

Frieder Rubik, Dirk Scheer

# Integrierte Produktpolitik (IPP) in ausgewählten Ländern Europas

Stand, Entwicklung und Perspektiven

Schriftenreihe des IÖW 179/05



i | ö | w

INSTITUT FÜR  
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG



Frieder Rubik, Dirk Scheer,  
unter Mitarbeit von Dr. Arthur Braunschweig und Gaby Oetterli

# **Integrierte Produktpolitik (IPP) in ausgewählten Ländern Europas**

**Stand, Entwicklung und Perspektiven**

**Schriftenreihe des IÖW 179/05  
Heidelberg, Februar 2005, ISBN 3-932092-80-5**

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH

IÖW-Geschäftsstelle  
Potsdamer Str. 105  
D-10785 Berlin  
Tel.: +49-(0)30 - 884 59 4-0  
Fax: +49-(0)30 - 882 54 39  
<http://www.ioew.de>

Büro Heidelberg  
Bergstraße 7  
D-69120 Heidelberg  
Tel.: +49-(0)6221 - 64 91 6-0  
Fax: +49-(0)6221 - 27 06 0  
[mailbox@heidelberg.ioew.de](mailto:mailbox@heidelberg.ioew.de)

## **Zusammenfassung**

Umweltpolitik hat sich in den letzten Jahren vermehrt Produkten zugewandt. Dies wurde unter dem Begriff „Integrierte Produktpolitik“ (IPP) zusammengefasst. Eine Integrierte Produktpolitik kann bisher nur auf eine vergleichsweise kurze „Geschichte“ von noch nicht einmal zehn Jahren zurückblicken. Dabei zeigen sich unterschiedliche politische Verständnisse, heterogene Ansichten der verschiedenen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen sowie auch sehr verschiedene politische Rezeptionsmuster. Einiges davon nachzuzeichnen ist das Ziel dieser Veröffentlichung. Dabei wird ein Überblick zum Stand einer IPP in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich Schweden sowie der Schweiz gegeben. Diese Länderbilder werden ergänzt durch einen Blick auf die Europäische Union. Dabei wird jedes Länderprofil angelehnt an den Policy-Zyklus dargestellt. Die Veröffentlichung schließt mit einer vergleichenden analytischen Auswertung der IPP.

## **Abstract**

In the last years, environmental policy has focussed more towards products. This political development has been subsumed under the term “Integrated Product Policy” (IPP). An IPP could look back on only a short “history” of about ten years. In this context, diverging political interpretations, heterogeneous opinions of different stakeholders and very different political reception patterns have developed. Objective of this report is to reconstruct these aspects. We present an overview on the state of IPP in Austria, France, Germany, Sweden, Switzerland and the UK. These country reports are supplemented by a view on the European Unions’s IPP. Each country profile is structured according to a policy-cycle. The report closes with a comparative analytical summary of IPP in the considered countries.

## **Die Autoren**

Dr. Frieder Rubik ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des IÖW und leitet das Forschungsfeld Ökologische Produktpolitik im Büro Heidelberg. Seine Arbeitsschwerpunkte: Integrierte Produktpolitik (IPP), Umwelt- und Sozillabelling, Ökobilanzen, Innovation und Diffusion ökologischer Technologien und Produkte.

Dirk Scheer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des IÖW im Forschungsfeld Ökologische Produktpolitik im Büro Heidelberg. Seine Arbeitsschwerpunkte: Ökologische Produktkennzeichnung, Theorien politischer Steuerung, Innovationen ökologischer Dienstleistungen.

Kontakt: Dr. Frieder Rubik, Tel.: +49-(0)6221 - 64 91 6-0, e-mail: [frieder.rubik@ioew.de](mailto:frieder.rubik@ioew.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>EUROPÄISCHE UNION</b>	<b>8</b>
2.1	Problemwahrnehmung	8
2.2	Politikformulierung	9
2.2.1	Produktpolitische Akteure	9
2.2.2	Produktpolitische Politikformulierung	10
2.3	Politikimplementierung	21
2.4	Politikreformulierung	23
2.5	Charakterisierung und Beurteilung	23
<b>3</b>	<b>DEUTSCHLAND</b>	<b>26</b>
3.1	Problemwahrnehmung	26
3.2	Politikformulierung	26
3.2.1	Produktpolitische Akteure	26
3.2.2	Produktpolitische Politikformulierung	27
3.3	Politikimplementierung	29
3.3.1	Bundesebene	29
3.3.2	Bundesländer	31
3.3.3	Gemeinden und Kommunen	33
3.4	Politikreformulierung	33
3.5	Charakterisierung und Beurteilung	33
<b>4</b>	<b>FRANKREICH</b>	<b>35</b>
4.1	Problemwahrnehmung	35
4.2	Politikformulierung	35
4.2.1	Produktpolitische Akteure	35
4.2.2	Produktpolitische Politikformulierung	36
4.2.2.1	Sondierung eines französischen IPP-Prozesses	37
4.2.2.2	Integration in nationale Nachhaltigkeitsstrategie	40
4.3	Politikimplementierung	43
4.4	Politikreformulierung	47
4.5	Charakterisierung und Beurteilung	47
<b>5</b>	<b>GROßBRITANNIEN</b>	<b>49</b>
5.1	Umweltpolitik in Großbritannien	49
5.2	Problemwahrnehmung	50
5.3	Politikformulierung	51
5.3.1	Produktpolitische Akteure	51

5.3.2	Produktpolitische Politikformulierung	53
5.3.2.1	Die UK Strategy for Sustainable Development	53
5.3.2.2	Advisory Committee on Consumer Products and the Environment	54
5.3.2.3	The UK Governments Framework for Sustainable Consumption and Production	56
5.4	Politikimplementierung	59
5.4.1	Priorität Energieeffizienz – das Market Transformation Programme	59
5.4.2	Produktpolitik ohne Produktbezug?	60
5.5	Politikreformulierung	61
5.6	Charakterisierung und Beurteilung	61
<b>6</b>	<b>ÖSTERREICH</b>	<b>63</b>
6.1	Charakteristika österreichischer Umweltpolitik	63
6.2	Problemwahrnehmung	64
6.3	Politikformulierung	64
6.3.1	Produktpolitische Akteure	64
6.3.2	Produktpolitische Politikformulierung	66
6.4	Politikimplementierung	69
6.5	Politikreformulierung	72
6.6	Charakterisierung und Beurteilung	72
<b>7</b>	<b>SCHWEDEN</b>	<b>73</b>
7.1	Problemwahrnehmung	73
7.2	Politikformulierung	73
7.2.1	Produktpolitische Akteure	73
7.2.2	Produktpolitische Politikformulierung	74
7.3	Politikimplementierung	79
7.4	Politikreformulierung	82
7.5	Charakterisierung und Beurteilung	82
<b>8</b>	<b>SCHWEIZ</b>	<b>84</b>
8.1	Problemwahrnehmung	84
8.2	Politikformulierung	84
8.2.1	Produktpolitische Akteure	84
8.2.2	Produktpolitische Politikformulierung	85
8.2.2.1	Hintergrund der schweizerischen IPP	85
8.2.2.2	Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002	86
8.2.2.3	Merkmale der IPP in der Schweiz	87
8.3	Politikimplementierung	87
8.3.1	Allgemeiner Teil	87
8.3.2	Schwerpunktbereiche	88
8.3.2.1	Ökobilanzierung	88
8.3.2.2	Öffentliche Beschaffung	90
8.3.2.3	Bau	92
8.3.2.4	Landwirtschaft	94
8.3.2.5	Weitere Teilbereiche	95
8.3.2.6	Kantone und Städte	96
8.4	Politikreformulierung	96
8.5	Charakterisierung und Beurteilung	96

<b>9</b>	<b>VERGLEICHENDE AUSWERTUNG</b>	<b>100</b>
9.1	Wahrnehmung produktbezogener Umweltprobleme	100
9.2	Formulierung einer IPP	102
9.2.1	Produktpolitische Akteure	102
9.2.2	Analyse produktpolitischer Inhalte	104
9.3	Implementierung einer IPP	114
9.4	Reformulierung	117
9.5	Ausblick und einige Schlussfolgerungen	117
<b>10</b>	<b>ABKÜRZUNGEN</b>	<b>120</b>
<b>11</b>	<b>LITERATUR</b>	<b>123</b>
<b>12</b>	<b>GESPRÄCHSLEITFADEN</b>	<b>134</b>
<b>13</b>	<b>GESPRÄCHSKONTAKTE</b>	<b>136</b>





# 1 Einleitung

Die umweltpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre haben viele Erfolge im prozess- und anlagenbezogenen Umweltschutz erbracht. Diese Erfolge, der wirtschaftliche Strukturwandel sowie das Wachstum des privaten Verbrauchs lenkten den Blick auf produkt- und dienstleistungsbedingte Umweltbelastungen entlang ihres gesamten jeweiligen stofflichen Lebenswegs, der die Rohstoffgewinnung, Produktion, Handel, Nutzung bis zur Entsorgung umfasst. Auch die Umweltpolitik widmet sich verstärkt Produkten und Dienstleistungen. Diese Hinwendung der Umweltpolitik zu produktbezogenen Fragestellungen ist allerdings nicht vollständig neu. Neu ist ein integrierender und systematisierender Ansatz, der in den letzten Jahren unter dem Stichwort „Integrierte Produktpolitik“ (IPP) bekannt geworden ist.

Der Begriff „Integrierte Produktpolitik“ (IPP) wurde in einem Gutachten im Auftrage der EU-Generaldirektion (DG) Umwelt eingeführt und definiert als: „Public policy which explicitly aims to modify and improve the environmental performance of product systems“ (E&Y 1998, 33). Das IÖW schlug in einem Gutachten für das deutsche Bundesumweltministerium folgende Definition vor: „IPP setzt an Produkten und Dienstleistungen und deren ökologischen Eigenschaften entlang des gesamten Lebensweges an; sie zielt auf die Verbesserungen ihrer ökologischen Eigenschaften ab und fördert hierzu Innovationen von Produkten und Dienstleistungen“ (Rubik 2000a, 27). Diese Definitionen beziehen sich auf den Auftrag an die Umweltpolitik, den ökologischen Herausforderungen auch mit Blick auf Produkte wie Dienstleistungen zu begegnen. Im Gegensatz zur Vergangenheit verfolgt die IPP eine integrative Sichtweise und berücksichtigt den ökonomischen Lebensweg von Produkten ebenso wie ihren stofflich-ökologischen Lebensweg. Diese gemeinsame Betrachtung hilft, Innovationspotentiale zu erkennen und ein zukunftsfähiges Wirtschaften im Bereich der Produkte zu unterstützen.

Eine Integrierte Produktpolitik kann nur auf eine vergleichsweise kurze „Geschichte“ von noch nicht einmal zehn Jahren zurückblicken. Dabei zeigen sich unterschiedliche politische Verständnisse im internationalen Raum; es zeigen sich heterogene Ansichten der verschiedenen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen mit Blick auf ihre jeweiligen Interpretationen einer IPP. Es zeigen sich aber auch sehr verschiedene politische Rezeptionsmuster. Einiges davon nachzuzeichnen ist das Ziel dieser Veröffentlichung.

Diese Veröffentlichung ist im Auftrag des schweizerischen Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), Bern, entstanden. Dabei wurde in Absprache mit dem Auftraggeber ein Überblick zum Stand einer IPP in einer Reihe von europäischen Ländern vorgenommen, nämlich in

- Deutschland,
- Frankreich,
- Großbritannien,
- Österreich
- Schweden sowie der
- Schweiz.

Diese Länderbilder werden ergänzt durch einen Blick auf die Europäische Union. Dabei wurde eine weitgehend einheitliche Berichtslegung in jedem Länderprofil gewählt, die angelehnt ist an den Policy-Zyklus, wie er in den Politikwissenschaften verwendet wird:

- Problemwahrnehmung,
- Politikformulierung
- Politikimplementierung sowie
- Politikreformulierung.

Der nachfolgende Bericht gliedert sich entsprechend in die verschiedenen Länderberichte und die EU auf. Im abschließenden Kapitel 9 „Auswertung“ werden die Ergebnisse einander gegenübergestellt und komparativ gewürdigt.

Die Publikation wird ausschließlich durch uns als Autoren verantwortet; die Wiedergabe der Aussagen unserer Interview- und Gesprächspartner/innen und die von uns daraus gezogenen Schlussfolgerungen sind von diesen nicht im Einzelnen überprüft worden. Sie liegen somit ausschließlich und alleine in unserer Verantwortung

Die Bearbeitung der Länderberichte erfolgte durch das IÖW und für die Schweiz durch das schweizerische Beratungsbüro E2 Management Consulting AG, Zürich ([www.e2mc.com](http://www.e2mc.com)); Dr. Arthur Braunschweig und Gaby Oetterli von E2 erstellten hierzu den Länderbericht für die Schweiz.

Abschließend gilt es einer Reihe von Personen zu danken: Dr. Christoph Rentsch vom BUWAL initiierte und unterstützte dieses Vorhaben und war mit seinen präzisen Anmerkungen stets eng am „IPP-Ball“. Im IÖW hat das Vorhaben eine Reihe von Personen unterstützt, namentlich zu nennen sind Pascal Fehling, Kirstin Flebbe, Maria Ittensohn und Hans Georg von Kettler.

Heidelberg, Februar 2005

## 2 Europäische Union

### 2.1 Problemwahrnehmung

Aktivitäten und Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich des produktbezogenen Umweltschutzes haben bereits eine längere Tradition<sup>1</sup>. Dabei lassen sich konzeptionelle, produktgruppenübergreifende Aktivitäten und Maßnahmen (z.B. Leitlinien für umweltbezogene Steuern und Abgaben, Mindeststeuersätze für Energie, das Europäische Umweltzeichen, die Normung) sowie eine Vielzahl von einzelfallbezogenen produktpolitischen Regelungen getroffen, die einen europaweiten Rahmen für den produktbezogenen Umweltschutz bieten und sich an spezielle Produktgruppen wenden; eine spezielle Aufmerksamkeit kommt dabei der Regulierung von Chemikalien und gefährlichen Stoffen zu<sup>2</sup>. Diese Maßnahmen sind jedoch in erster Linie *singuläre* „Ereignisse“ und leiten sich von keinem übergreifenden konzeptionellen Gesamtansatz ab.

Die Erarbeitung eines derartigen konzeptionellen produktbezogenen Ansatzes findet sich erst unter dem Stichwort der „Integrierten Produktpolitik“ (IPP). Das 5. Umweltaktionsprogramm (UAP) der EU, das für den Zeitraum 1992 bis 2000 gültig war, sprach IPP nicht explizit an, es beinhaltete jedoch mehrfach *implizit* einen Produktbezug, so z.B.: Die grundlegende Philosophie des UAP beruht auf einem „(...) dual approach of high environmental standards combined with positive incentives to even better performance [which – Ergänzung durch die Autoren] should be applied in a co-ordinated manner to the different points in the research-process-production-marketing-use-disposal chain where industry, and industrial products, may impact upon the Union's environmental resource base“ (UAP 1992, 28). Diese allgemeinen Überlegungen wurden im UAP mit Verweis auf einige produktbezogene instrumentelle Vorschläge<sup>3</sup> illustriert, wie beispielsweise Grenzwerte, Schaffung von Märkten für Produkte aus Recyclingmaterialien, Steuern/Abgaben. Im Fortschrittsbericht der Kommission [COM (95) 624] zur Umsetzung des 5. Umweltaktionsprogramms wurde erstmals explizit von Produktpolitik gesprochen: „Unsustainable production and consumption patterns are the main cause of recent environmental problems. Additional measures are needed inter alia in the area of product policy“ (European Commission 1996, chapter 1.1). Eine nochmalige Überprüfung des 5. Umweltaktionsprogramms legte dann fest: „(...) develop a framework for an integrated, life-cycle oriented product policy, which will address, inter alia, the further development of life-cycle analysis, including the reduction of waste generated, and will take into account implications for the internal market, in order to promote the development of cleaner products (...)“<sup>4</sup>.

Diese politische Entwicklung auf Ebene der Kommission wurde auch durch Initiativen in den EU-Mitgliedsstaaten vorangetrieben. Zu nennen ist hierbei insbesondere die Niederlande, die

---

1 Vgl. Rubik/Empacher (1994b).

2 Vgl. dazu den Überblick bei Onida (2004).

3 Vgl. ausführlicher Rubik/Empacher (1994b).

4 Entscheidung 98/2179 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 24.9.1998 (OJ vom 10.10.1998 – L 275).

bereits 1994 erste konzeptionelle produktpolitische Eckpunkte vorgelegt haben<sup>5</sup>, sowie die vielfältigen eher singulären Maßnahmen, wie etwa im Bereich der Umweltkennzeichnung. Daneben haben Veröffentlichungen aus der Wissenschaft dies unterstützt, wie etwa der von der DG Forschung unterstützte Bericht von Oosterhuis et al. (1996) oder verschiedene Ökodesign-Studien<sup>6</sup>.

## 2.2 Politikformulierung

### 2.2.1 Produktpolitische Akteure

Die wesentlichen Akteure in der Formulierung einer IPP auf Ebene der EU sind bei der Kommission die Generaldirektion Umwelt (DG Umwelt) und die Generaldirektion Industrie (DG Industrie)<sup>7</sup>. Die Arbeit der Kommission wird wie auf jedem Arbeitsgebiet durch die Europäischen Verträge bestimmt; als weitere Akteure – mit unterschiedlichem Gewicht – sind der Europäische Rat sowie das Europäische Parlament zu nennen.

In der DG Umwelt ist die Abteilung G 4 „Sustainable Production & Consumption“ für IPP-Fragen zuständig. Aufgaben sind die Gestaltung neuer Politiken (IPP und Strategien über Nutzung natürlicher Ressourcen, Abfallvermeidung und Recycling). Auch die Abteilungen G 2 „Umwelt und Industrie“ sowie G 1 „Forschung und Innovation“ sind eng in die Umsetzung der IPP eingebunden.

Die DG Industrie begleitet in der Abteilung E 1 „Environmental Aspects of Enterprise Policy“ u.a. auch den IPP-Prozess und nimmt neben der DG Umwelt an Netzwerktreffen teil. Weitere Aufgaben dieser Abteilung sind u.a. die Begleitung der europäischen Normung, freiwillige Vereinbarungen.

Innerhalb der Kommission gibt es einen – fallweise ausgelegten – horizontalen Austausch zwischen den verschiedenen Generaldirektionen zum Fortgang einer IPP. Eine eigenständige Arbeitsgruppe wurde jedoch nicht institutionalisiert.

Eine Vielzahl von Interessens- und Lobbygruppen sind in Brüssel aktiv. Im Kontext einer IPP können dabei die folgenden Akteure genannt werden: UNICE als Vertretung der nationalen Wirtschaftsverbände, das Europäische Umweltbüro (EEB) oder die Vertretung der Verbraucherorganisationen (BEUC). Der Einfluss dieser Gruppen ist sehr unterschiedlich, zudem bedienen sie sich unterschiedlichster Handlungs- und Aktionsformen.

Ein formelles IPP-Gremium wurde Anfang 2004 gegründet. In diesem Gremium sind neben der Kommission die EU-Mitgliedsstaaten sowie interessierte Kreise (sieben Repräsentanten/innen von u.a. Umwelt- und Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Handel, Gewerkschaften, Normung)

---

<sup>5</sup> Dazu gab es bereits 1992/1993 ersten Vorarbeiten sowie im Herbst 1993 einem internationalen Workshop zu einer produktorientierten Umweltpolitik, vgl. dazu ausführlicher Rubik (2002, 107ff.).

<sup>6</sup> Beispielhaft ist zu nennen Brezet et al. (1997).

<sup>7</sup> Die frühere DG Unternehmen wurde am 1.11.2004 mit Beginn der Amtszeit der neuen Kommission in DG Industrie umbenannt.

vertreten; im Jahre 2004 traf sich das Gremium zweimal<sup>8</sup>; angestrebt ist die Gründung verschiedener Arbeitsgruppen. Zwei Arbeitsgruppen wurden bereits gegründet, eine zu Strategien der Informationsweitergabe in der Wertschöpfungskette und eine zur Erarbeitung der Prozedur und Formate von Fortschrittsberichten. Das Gremium steht unter der Leitung der DG Umwelt.

Die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten erfolgt auf doppelte Weise: Einerseits durch ein informelles IPP-Netzwerk, dem Vertreter/innen der Mitgliedsstaaten sowie anderer Länder, etwa der Schweiz oder Norwegens angehören und das bereits im Februar 2000 gegründet wurde<sup>9</sup>, sowie andererseits durch die Einbindung der Mitgliedstaaten auf EU Ebene durch das erwähnte formelle IPP Gremium.

## 2.2.2 Produktpolitische Politikformulierung

### *Überblick über Strategien und Ziele*<sup>10</sup>

Konstituierend für die Umweltpolitik der EU sind die Nachhaltigkeitsstrategie und die im – mittlerweile – sechsten Umweltaktionsprogramm (UAP) niedergelegten Überlegungen.

Das 6. Umweltaktionsprogramm (6. UAP) wurde 2002 verabschiedet (EU Parlament & Rat 2002); zuvor legte die Kommission 2001 eine Mitteilung an die Kommission vor<sup>11</sup>, die jedoch von verschiedenen Seiten heftig kritisiert wurde. Darin stellte die DG Umwelt insgesamt vier prioritäre Zielbereiche auf, nämlich Klimaschutz, Umwelt & biologische Vielfalt, Umwelt & Gesundheit sowie Nutzung natürlicher Ressourcen und Abfallwirtschaft.

Die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung (KOM [2001] 264 endgültig) wurde parallel zur Erarbeitung des 6. UAP erarbeitet und vom Europäischen Rat in Göteborg 2001 verabschiedet. Dabei wurden sechs prioritäre Zielbereiche genannt:

- Begrenzung des Klimawandels und gesteigerte Nutzung sauberer Energien,
- Umgang mit Gefahren für die öffentliche Gesundheit,
- verantwortungsbewussterer Umgang mit natürlichen Ressourcen,
- Verbesserung des Verkehrsystems und der Flächennutzung,
- Bekämpfung von Armut und der sozialen Ausgrenzung,
- Umgang mit den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer Überalterung der Gesellschaft.

Diese Bereiche wurden zudem durch eine Reihe von Zielen und möglichen Maßnahmen konkretisiert.

---

<sup>8</sup> Derzeit liegt nur ein Protokoll der ersten und konstituierenden Sitzung vor (vgl. [http://forum.europa.eu.int/Public/irc/env/ipp\\_regmeeting/library?l=/minutes\\_meetings&vm=detailed&sb=Title](http://forum.europa.eu.int/Public/irc/env/ipp_regmeeting/library?l=/minutes_meetings&vm=detailed&sb=Title) – Besuch vom 3.11.2004).

<sup>9</sup> Bis zum Sommer 2004 fanden rund zehn Sitzungen statt. Ergebnisse einzelner Treffen sind im Internet verfügbar.

<sup>10</sup> Vgl. dazu ausführlich Jacob/Klawitter (2004).

<sup>11</sup> Mitteilung der Kommission KOM (2001) 31 endgültig.

Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2002 im Kontext des Gipfels von Johannesburg um eine internationale Komponente „Towards a Global Partnership for Sustainable Development“ (COM [2002] 82) ergänzt.

Innerhalb der EU gibt es eine ganze Reihe von strategisch ausgerichteten Überlegungen. Eine besondere Bedeutung hat dabei die sog. „Lissabon-Strategie“, die vom Europäischen Rat im März 2000 verabschiedet wurde (vgl. Kasten). Diese Strategie zielte ursprünglich auf die mittel- und langfristige Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU ab, wurde aber mit der Nachhaltigkeitsstrategie um die ökologische Dimension ergänzt, so dass der Lissabon-Prozess jetzt auf drei Dimensionen abzielt, nämlich die wirtschaftliche, soziale und ökologische. Im Bericht der sog. Kok-Kommission<sup>12</sup> wird dabei auch kurz das Thema IPP genannt.

Eine große Bedeutung besitzt zudem der sog. Cardiff-Prozess, der vom Europäischen Rat im Juni 1998 in Cardiff beschlossen wurde. Danach sollten verschiedene Formationen des Ministerrates jeweils eigene Strategien zur Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes in ihrem Tätigkeitsbereich erarbeiten. Damit sollten die Voraussetzungen für die Erfüllung der Verpflichtung aus Artikel 6 des EG-Vertrages zur Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes in allen Politikbereichen geschaffen werden. Dabei wurden verschiedene Ministerräte aufgefordert, Strategien und Programme zur Integration der Umweltbelange in ihren jeweiligen Bereichen vorzulegen<sup>13</sup>.

#### **Die Lissabon-Strategie:**

*Die Lissabon-Strategie umfaßt sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU. Im März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon diese auf zehn Jahre angelegte Strategie vorgelegt, mit deren Hilfe die EU zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft entwickelt werden soll. Im Sinne dieser Strategie treibt eine starke Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, welche wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten.*

*Die Lissabon-Strategie betrifft nahezu alle Tätigkeiten der EU in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Seit ihrer Annahme ist die Strategie alljährlich Gegenstand des Frühjahrsberichts der Europäischen Kommission und das einzige Dokument auf der Tagesordnung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Auf dieser Tagung bewerten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die im Rahmen der Strategie erzielten Fortschritte und legen fest, welche Maßnahmen vorrangig einzuleiten sind, um die Ziele von Lissabon zu erreichen. (Quelle: [http://europa.eu.int/comm/lisbon\\_strategy/intro\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/intro_de.html)).*

#### **Erste IPP-Impulse**

Der wesentliche Impuls zur konzeptionellen (Weiter-)Entwicklung und Politikformulierung wurde durch einen Auftrag der DG Umwelt an die Unternehmensberatung Ernst&Young (E&Y) und die Universität von Sussex im Jahre 1996 geleistet, einen ersten konzeptionellen Entwurf für eine europäische IPP vorzubereiten. Der Bericht wurde 1998 (E&Y et al. 1998) vorgelegt<sup>14</sup> und löste eine intensive Diskussion aus.

Der von E&Y et al. (1998) erarbeitete Bericht wurde im Dezember 1998 auf einem Workshop in Brüssel der Öffentlichkeit und interessierten Kreisen vorgestellt; an diesem Workshop nahmen mehr als 180 Personen aus Politik, Verbänden, Unternehmen, Umwelt- und Verbraucher-

<sup>12</sup> Vgl. [http://europa.eu.int/comm/lisbon\\_strategy/pdf/2004-1866-EN-complet.pdf](http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/2004-1866-EN-complet.pdf) (Besuch vom 26.11.2004).

<sup>13</sup> Es gibt inzwischen einen Bericht über die Umsetzung des Cardiff Prozesses (vgl. [http://europa.eu.int/comm/environment/integration/com2004394\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/integration/com2004394_en.pdf)).

<sup>14</sup> In dieser Studie wurde auch erstmals der Begriff Integrierte Produktpolitik verwendet.

organisationen sowie Wissenschaft teil (European Commission 1999). Zur Vorbereitung wie auch Nachbereitung des Workshops legten ausschließlich eine Reihe von Wirtschaftsverbänden<sup>15</sup> Positionspapiere und Stellungnahmen vor, deren wichtigste Punkte die folgenden sind:

- IPP sollte einem integrativen Ansatz hinsichtlich der Berücksichtigung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit und des Lebenswegs von Produkten folgen.
- IPP sollte als ein neuer umweltpolitischer Ansatz betrachtet werden, der dem Deregulierungsgedanken folgt und keine neuen ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergreift. Hierbei wird die umweltpolitische Steuerungsphilosophie der Selbstregulation des Marktes anvisiert.
- Die maßgeblichen Akteure sollten sich die Verantwortung teilen („shared responsibility“); einseitige Aufgabenzuweisungen an die Wirtschaft werden abgelehnt.
- Zentrale staatliche Aufgabe innerhalb der IPP ist es, die richtigen Rahmenbedingungen für die anderen Akteure und speziell die Wirtschaft zu schaffen; hierzu gehört die Formulierung von Zielen, die Benennung von Prinzipien (einschließlich der Orientierung an diesen) sowie die Entwicklung von Instrumenten.
- Die IPP-Instrumente sollten der Wirtschaft keine Restriktionen auferlegen, sondern Anpassungsspielräume gewährleisten und flexibel sein. Hierbei werden insbesondere freiwillige Vereinbarungen, Konsumenteninformation (etwa durch Produktkennzeichnung und Umweltberichte) sowie freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft betont.

Das Thema Produktpolitik erhielt durch die bevorstehende Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland in der ersten Jahreshälfte 1999 einen weiteren Impuls. Im Herbst 1998 entschied das deutsche Bundesumweltministerium (BMU) IPP zu einem thematischen Schwerpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft zu machen. Das BMU beschloss, diesem Thema einen so genannten „Informellen EU-Umweltministerrat“ zu widmen. Zur Vorbereitung dieses EU-Umweltministerrates fand eine Reihe von Besprechungen der Fachabteilungen der 15 EU-Mitgliedsstaaten statt<sup>16</sup>; zusätzlich wurde das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) beauftragt, ein Hintergrundpapier für den EU-Umweltministerrat zu entwerfen<sup>17</sup>. Dieses Hintergrundpapier wurde in einer leicht durch das BMU überarbeiteten Fassung den anderen EU-Mitgliedsstaaten vor dem Informellen EU-Umweltministerrat vorgelegt. Auf der Ratssitzung, die vom 7. bis 9. Mai 1999 in Weimar stattfand, wurde die deutsche Initiative begrüßt und einhellig unterstützt. Damit wurde das Thema IPP auf die politische Agenda gesetzt und eine Reihe von Maßnahmen auf Ebene der EU angeregt. Das vom BMU vorgelegte Hintergrundpapier (BMU 1999a) bildet den „common ground“ in der EU. Es entwickelte dabei einen eher umfassenden IPP-Rahmen, wobei folgende Definition zugrunde gelegt wurde: „Integrated Product Policy (IPP) is public policy which aims at or is suitable for continuous improvement in

---

<sup>15</sup> Beispielsweise AIM (1998), CIAA (1998), EU-COMMITTEE (1998 und 1999), UNICE (1998a, 1998b und 2000).

<sup>16</sup> Allerdings gelang es nicht, alle Mitgliedsstaaten in diesen Prozess aktiv zu involvieren. Einige, v.a. südliche, Mitgliedsstaaten verfolgten diesen Prozess ohne Teilnahme an den Vorbereitungssitzungen.

<sup>17</sup> Ein Autor dieser Arbeit trug für die Erarbeitung dieses Hintergrundpapiers die Hauptverantwortung.

the environmental performance of products and services within a life-cycle context“ (BMU 1999b, 3)<sup>18</sup>.

Zur wissenschaftlichen Unterstützung der weiteren konzeptionellen Arbeiten innerhalb der DG Umwelt wurde im Herbst 1999 wiederum Ernst&Young zusammen mit SPRU beauftragt, die Entwicklung der IPP-Arbeiten auf EU-Ebene zu unterstützen. Dabei entwickelten E&Y et al. (2000) nochmals eine Reihe von Argumenten und Hinweisen zum Thema IPP: „The dynamic vision of IPP (...) implies that any effort, whether taken by the Commission or member states, should be focused on working with the market to encourage and promote innovation and dynamism amongst firms. (...) this effort should be directed towards achieving the goal of minimising the life cycle environmental burden of final consumption. In delivering this, consumers, industry and public policy makers all have a role to play“ (E&Y et al. 2000, 27). Folgende Rollen und Aufgaben wurden dabei für die Kommission vorgeschlagen:

- „provide leadership and diffuse good practise.
- ensure that measures which focus on products are integrated, not only amongst themselves, but also with other environmental policy measures.
- safeguard the internal market.
- promote measurement and evaluation“ (E&Y et al. 2000, 27).

### **Das IPP-Grünbuch der EU**

Mit einer längeren Verzögerung legte im Februar 2001 die DG Umwelt ein politisches Diskussionspapier in Form eines „Grünbuchs“<sup>19</sup> zu einer IPP vor (Europäische Kommission 2001a). Es benennt als Ziel einer IPP die Reduktion der Umweltauswirkungen von Produkten während ihres gesamten Lebenszyklus; dabei wird auf die Nutzung der Marktkräfte als Leitprinzip abgehoben. Die weitere Implementationsstrategie der Kommission konzentriert sich auf die Verbesserung der ökologischen Orientierung der Angebots- wie auch der Nachfrageseite. Das Grünbuch selbst enthält keine explizite eigenständige Definition einer Integrierten Produktpolitik und knüpft damit auch nicht an den verschiedenen im Vorfeld des Grünbuchs präsentierten Vorschlägen an, die oben dargestellt wurden. Dabei werden vier Schwerpunkte gebildet, innerhalb derer jeweils verschiedene Maßnahmen angeregt werden:

- *Nutzung des Preismechanismus:* Den Hauptansatz bildet eine differenzierte Besteuerung von Produkten in Abhängigkeit von ihrer Ökoeffizienz, wobei ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz nach Maßgabe der Auszeichnung eines Produkts mit dem Europäischen Umweltzeichen gewährt werden könnte. Als weitere potentielle Instrumente werden die Ausweitung der Produzentenverantwortung, staatliche Finanzhilfen sowie die Umwelthaftung benannt.

---

<sup>18</sup> Im Folgenden wird die englischsprachige Originalvorlage verwendet, da die deutschsprachige Version eine Reihe von Übersetzungsfehlern bzw. -unschärfen aufweist.

<sup>19</sup> Grünbücher sind Mitteilungen über einzelne Politikbereiche, die von der Europäischen Kommission veröffentlicht werden. Sie präsentieren eine Reihe von Ideen und Vorschlägen und stellen diese zur Diskussion. Grünbücher richten sich an interessierte Kreise und Organisationen und räumen diesen die Möglichkeit ein, an der Konsultation und Beratung des jeweiligen Politikbereichs teilzunehmen.



- *Förderung eines umweltfreundlichen Verbrauchs:* In diesem Schwerpunkt wird zwischen der privaten Nachfrage und der Nachfrage durch die öffentliche Hand unterschieden. Private Verbraucher sollen dabei einen erleichterten Zugang zu verständlichen, relevanten sowie verlässlichen Informationen erhalten, wobei dies über Kennzeichen oder über andere Informationsübermittler (z.B. Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Internet) erfolgen kann. Das öffentliche Beschaffungswesen soll u.a. durch Klarstellungen seitens der EU zur Auslegung ökologischer Anforderungen besser mobilisiert werden.
- *Vorreiterrolle der Wirtschaft:* Die Kommission betrachtet die Verbesserung der Informationslage als einen zentralen Hebel, um in der Wirtschaft ökologische Aspekte zu verbreiten, wobei in diesem Kontext Ökobilanzen zu einer größeren Verbreitung verholfen werden soll. Daneben sollen Öko-Design-Leitfäden gefördert sowie die Normung mit Blick auf ökologische Aspekte intensiviert werden. Außerdem sollen einige Pilotprojekte – „product panels“ genannt – zu einer IPP auf freiwilliger Basis initiiert werden.
- *Ergänzende Instrumente:* Ergänzend zu Maßnahmen in den o.g. drei Schwerpunktbereichen sollen weitere Instrumente, wie etwa Umweltmanagementsysteme, F&E, Projektförderung und die Umweltberichterstattung, für eine IPP genutzt werden.

Nach Veröffentlichung des Grünbuchs wurden einzelne Elemente/Maßnahmen auf mehreren Treffen mit interessierten Kreisen im Frühjahr 2001 diskutiert. Zudem nahmen eine Reihe von Verbänden und Einrichtungen in Kommentaren zum Grünbuch Stellung, beispielsweise ACCPE (2001) oder EEB (2001). Insgesamt erhielt die Kommission über 100 Stellungnahmen.

### **Reaktionen auf das Grünbuch**

Auf der Sitzung der EU-Umweltminister im Juni 2001 in Luxemburg wurde über das Grünbuch und die weiteren Aktivitäten berichtet. Die Umweltminister verabschiedeten Schlussfolgerungen und Empfehlungen zum weiteren Fortgang. Die Minister ersuchen „(...) die Kommission, das im Grünbuch beschriebene allgemeine IPP-Konzept zu einer gemeinsamen Perspektive mit speziellen, nach Prioritäten abgestuften Umsetzungsmaßnahmen auszugestalten, die den zusätzlichen Nutzen des IPP-Konzepts unzweideutig zum Ausdruck bringt“ (EU-Umweltminister 2001, 14). Die weiteren Empfehlungen orientieren sich an der Gliederung des Grünbuchs, bestärken und verstärken diese.

Das Europäische Parlament hat in einem Hearing im Herbst 2001 das Grünbuch diskutiert<sup>20</sup> und in seiner Sitzung vom 17. Januar 2002 eine Entschließung zur IPP angenommen (Europäisches Parlament 2002). Grundtenor dieser Entschließung ist eine deutliche Kritik am Grünbuch und der Wunsch nach einem überarbeiteten sowie konzeptionell konsistenten Vorschlag.

### **Die IPP-Mitteilung der Kommission**

Wiederum mit einiger Verzögerung wurde statt des angekündigten Weißbuchs<sup>21</sup> zu einer IPP im Juni 2003 von der Kommission eine Mitteilung zur IPP (Europäische Kommission 2003a) veröffentlicht. Darin wurden neue, teilweise gegenüber dem Grünbuch modifizierte Überlegungen

<sup>20</sup> Vgl. dazu <http://garciaorcoyen.org/hearingingles.htm>.

<sup>21</sup> Weißbücher enthalten Vorschläge für EU-Aktivitäten in einem bestimmten Politikbereich. Sie enthalten im Gegensatz zu Grünbüchern *förmliche* Vorschläge und dienen dazu, die jeweiligen Bereiche zu entwickeln.

der Kommission zur IPP vorgestellt und die IPP in den Kontext einer nachhaltigen Entwicklung eingeordnet.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen dabei auf fünf Grundsätzen:

- Denken in Lebenszyklen von Produkten,
- Zusammenarbeit mit dem Markt,
- Einbeziehung aller am Lebenszyklus beteiligten Akteure,
- Unterstützung kontinuierlicher stofflicher Verbesserungen, sowie
- Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Instrumente.

Diese Grundsätze stellen das Kerngerüst einer IPP dar; eine darüber hinausgehende Definition einer IPP wurde auch in der Mitteilung nicht vorgenommen. Ausgehend von diesen Grundsätzen schlägt die Kommission zwei wesentliche Maßnahmenbündel vor, nämlich einerseits

- **Instrumentenspezifische Aktivitäten:**

- ? **Instrumente zur Schaffung geeigneter wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen:**

- ? Förderung von Umweltsteuern und -anreizen zur Erzielung gerechter Preise; hierbei erfolgt eine Konzentration auf Vorschläge zur Energiebesteuerung
- ? Erarbeitung von Kriterien zur Identifikation umweltschädlicher Subventionen;
- ? Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen;
- ? Überprüfung des Rahmen von Umweltvereinbarungen;
- ? Mitteilung zur europäischen Normung und Umweltschutz;
- ? Sicherstellung der Einbeziehung europäischer nichtstaatlicher Organisationen im Umweltbereich in die Normung;
- ? Klärung der Rolle des öffentlichen Beschaffungswesens;
- ? Erlass von Rechtsvorschriften bei Marktstörungen oder Beeinträchtigungen des Binnenmarkts (z.B. im Bereich der Abfall- und Chemikalienpolitik, Gestaltung energieverbrauchender Produkte);
- ? Strategie über die Wiederverwertung und Vermeidung von Abfällen;

- ? **Förderung des Denkens in Lebenszyklen:**

- ? Koordination und Bereitstellung einer Internetplattform zu Ökobilanzen (Tagungen, Verzeichnis der Ökobilanzdatenbanken);
- ? Koordination der Erhebung von Ökobilanzdaten und deren Harmonisierung (zunächst Durchführung einer Studie zum Sachstand);
- ? Handbuch über vorbildliche Verfahren zum Einsatz von Ökobilanzen und deren Interpretation (zunächst Durchführung mehrerer Studien);
- ? Förderung der Forschung und Entwicklung von Ökobilanzen in verschiedenen Umsetzungsbereichen;

- ? Erarbeitung von Leitlinien zur Behandlung von Produkten im Rahmen von EMAS;
- ? Überwachung der Umsetzung des Produktbezugs in EMAS und Einbringung in Überarbeitung der EMAS;
- ? Prüfung des Eintrags der Kommission nach EMAS;
- ? Erarbeitung eines Diskussionspapiers über Möglichkeiten zur Förderung der Umsetzung des IPP-Konzepts in den Unternehmen;
- ? Untersuchung der Möglichkeiten zur Information der Öffentlichkeit über Umweltleistungen eines Produkts und über dessen umweltverträgliche Gestaltung;
- ? **Information der Verbraucher:**
  - ? Feststellung des derzeitigen Umfangs eines ökologisch ausgerichteten öffentlichen Beschaffungswesens;
  - ? Aufstellung eines Aktionsplans für eine ökologischere Gestaltung des Beschaffungswesens der Kommission;
  - ? Mobilisierung des öffentlichen Beschaffungswesens;
  - ? Vorlage einer Empfehlung an Mitgliedsstaaten zur Aufstellung von Aktionsplänen für eine ökologischere Gestaltung des Beschaffungswesens;
  - ? Informationsmaßnahmen für Behörden zum ökologisch ausgerichteten öffentlichen Beschaffungswesen (Handbuch für Behörden, Produktgruppendatenbank, Internetplattform);
  - ? Einwirken auf gewerbliches Beschaffungswesen in Richtung einer stärkeren ökologischen Ausrichtung;
  - ? Erweiterung der Anwendungsbereiche des EU-Umweltzeichens und der Energieetikettierung;
  - ? Durchsetzung einer Richtlinie über irreführende Werbung;
  - ? Erarbeitung von Leitlinien zu Umweltbehauptungen;
  - ? Diskussion einer Studie zu umweltbezogener Produkterklärungen (ISO-Typ III) und Prüfung der Notwendigkeit einer EU-Initiative.
- **Produkt(gruppen)spezifische Aktivitäten**
  - ? Durchführung mehrerer freiwilliger Pilotprojekte zur Untersuchung und Demonstration des Nutzens einer IPP;
  - ? Erarbeitung einer Methodik zur Identifizierung der Umweltverbesserungspotentiale von Produkten und deren Priorisierung;
  - ? Anwendung der Methodik zur Identifizierung prioritärer Produkte;
  - ? Untersuchung einzelner prioritärer Produkte.

Diese verschiedenen Maßnahmen wurden in einem Zeit- und Arbeitsplan zusammengebracht und damit auch hinsichtlich ihrer Implementation überprüfbar gemacht:

**Tab. 2.1:** Chronologische Liste der IPP-Aktivitäten der EU-Kommission (Quelle: [http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p\\_action.gettxt=gt&doc=MEMO/03/136|0|RAPID&lg=EN&display=-](http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=MEMO/03/136|0|RAPID&lg=EN&display=-) – Besuch vom 19.8.2003; eigene Übersetzung)

<i>Datum</i>	<i>Maßnahme</i>
2003	Mitteilung zu Umweltaspekten in der Normung
2003	Umfrage zum Stand eines ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesen in den Mitgliedsstaaten
2003	Entwurf eines Handbuchs zum ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesen
2003	Prototyp einer Produktgruppendatenbank zu einem ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesen
2003	Entscheidung über Pilotprojekte
2003	Initiierung von regulären Sitzungen mit den Mitgliedsstaaten und Vertretern von Anspruchsgruppen
2004	Leitlinien zur Behandlung von Produkten innerhalb von EMAS
2004	Entscheidung zu einer Registrierung der Kommission innerhalb von EMAS II
2004	Einrichtung einer Webseite zu einem ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesen
2004	Schlussfolgerungen zu den Pilotprojekten
2004	Einrichtung einer Plattform zur Kommunikation über Ökobilanzen und zum Austausch von Ökobilanzdaten
2004	Koordinierung einer Initiative zu Ökobilanzdaten - initial study examining existing situation and possible future directions.
2005	Handbuch zu besten Ökobilanzpraktiken
2005	Diskussionsvorlage zu Verpflichtungen im Produktdesign
2005	Entscheidung möglicher Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung von EPDs
2006	Aufstellung eines Aktionsprogramms zum kommissionseigenen ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesen
2007	Identifizierung der Produkte mit dem größten ökologischen Verbesserungspotential
2007	Bericht an den Rat und das EU-Parlament zum Fortschritt einer IPP

Der Begriff Integration einer IPP wird seitens der Kommission umfassend verstanden und dabei auf die Betrachtung des stofflichen (Produkt-)Lebenswegs, des Zusammenspiels verschiedener Instrumente, der Zusammenarbeit mit Anspruchsgruppen sowie anderer Politikfelder abgehoben. Dabei steht insgesamt die Umweltdimension der Nachhaltigkeit im Vordergrund der Betrachtung.

### ***Vergleich Grünbuch und Mitteilung***

Die Kommission hat in ihrer Mitteilung die Maßnahmen des Grünbuchs fortgeschrieben und dabei auch die zwischenzeitlich eingegangenen Rückmeldungen, die Diskurse und die Vorgaben der verschiedenen Räte und des Parlaments berücksichtigt. In einem Vergleich zwischen den Maßnahmen des Grünbuchs und denen der Mitteilung fällt folgendes auf:

- **Präzisionsgrad:** Die in der Mitteilung aufgelisteten Maßnahmen sind gegenüber denen des Grünbuchs ungleich präziser und genauer.
- **Zeitplan:** Ein zentrales Merkmal der Mitteilung ist die Orientierung an einem Zeitplan, der zumindest eine gewisse zeitliche Überprüfbarkeit sicherstellt.
- **„Entschärfung“:** Einige Maßnahmen, die speziell an Unternehmen sich richten und deren Rahmenbedingungen nachhaltiger beeinflussen könnten, wurden in die Mitteilung nicht

mehr aufgenommen. Dies sind beispielsweise die folgenden im Grünbuch angekündigten Maßnahmen:

- ? Ausdehnung der Produzentenverantwortung auf weitere Bereiche.
  - ? Überprüfung der Erfahrungen mit anderen Varianten zur Ausdehnung der Produzentenverantwortung (z.B. Pfandsysteme).
  - ? Untersuchung der Möglichkeiten einer verpflichtenden Informationstransmission seitens der Hersteller.
- **Prüfaufträge:** Es fällt auf, dass in der Mitteilung der Kommission eine größere Anzahl von Prüfaufträgen aufgelistet werden, wie etwa die Überprüfung des Rahmens von Umweltvereinbarungen.
  - **Strategische Einbettung:** Im Gegensatz zum Grünbuch wird in der Mitteilung auf eine Einbettung der Maßnahmen in einen strategischen Zugang zur Umweltpolitik abgehoben. Dabei wird etwa auf die Erarbeitung einer Methodik zur Identifizierung der Umweltverbesserungspotentiale von Produkten und deren Priorisierung, die Anwendung dieser Methodik zur Identifizierung prioritärer Produkte sowie auf die Untersuchung einzelner prioritärer Produkte abgezielt.

Diese Einbettung genügt dem Postulat einer rationalen Umweltpolitik, die anhand von Umweltzielen Prioritäten setzt und diese auf verschiedene Politikfelder herunter bricht.

### **Reaktionen auf die Mitteilung**

Die EU-Umweltminister berieten im Oktober 2003 die Mitteilung und forderten die Kommission insbesondere dazu auf, einen präziseren Zeit- und Arbeitsplan vorzulegen<sup>22</sup>.

Im EU-Parlament wurde die Mitteilung der Kommission im Frühjahr 2004 diskutiert. Der Umweltausschuss und das EU-Parlament verabschiedete dazu – beruhend auf einem Bericht des schwedische MdEP Anders Wijkman – einen äußerst kritischen Bericht (EU-Parlament 2004). Darin wird zwar einerseits die Mitteilung begrüßt, andererseits aber auch bedauert, „(...) dass sie nur begrenzt Anleitung dafür bietet, wie sich die Gesellschaft in Richtung wirklich nachhaltiger Systeme der Entwicklung und Gestaltung von Produkten bewegen kann“ (Europäisches Parlament 2004, 80). Dabei wird die Kommission aufgefordert, „(...) zum frühest möglichen Zeitpunkt eine Rahmenrichtlinie über die integrierte Produktpolitik vorzulegen, die auf eindeutig definierten Grundsätzen und Zielen beruht (...)“ (ebd. 80). Folgende Aktivitäten wurden als besonders vordringlich eingestuft:

- „Schaffung der notwendigen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Ziele und Anreize, um die IPP zur Realität zu machen,
- Festlegung von Schlüsselbereichen für FuE und Pilotprojekte,
- Aufbau und Anwendung wirkungsvoller Instrumente zur Information auf der Ebene der Verbraucher (...); Vorlage einer Strategie, wie verschiedene Informationsinstrumente ent-

---

<sup>22</sup> Vgl. [http://ue.eu.int/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=89&GRP=6362&LANG=1&cmsId=356](http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=89&GRP=6362&LANG=1&cmsId=356) (Besuch vom 29.7.2004).

wickelt und koordiniert werden können, um den Informationsfluss in der gesamten Produktkette zu verbessern,

- Entwicklung und Durchführung von Bildungs- und Informationsprogrammen für die Gesellschaft generell unter besonderer Berücksichtigung bestimmter Zielgruppen;
- Einbeziehung der IPP und des lebenszyklusbezogenen Denkens in alle wichtigen EU-Politikbereiche;
- Ausarbeitung eines Plans zur Koordinierung der IPP mit anderen laufenden Prozessen wie einschlägigen thematischen Strategien, Anschlussmaßnahmen nach Johannesburg, Chemiestrategien, Aktionsplan Klimaschutz usw.“ (Europäisches Parlament 2004, 82).

Diese Entscheidung des Umweltausschusses wurde vom Europäischen Parlament am 21.4.2004 angenommen; sie stellt für die Kommission keine bindende Vorgabe dar. Der wesentliche Dissens liegt in der Meinung des Parlaments, eine Rahmenrichtlinie zu erarbeiten; dies wird seitens der Kommission zur Kenntnis genommen, aber eine Meinung dazu erst für die in 2007 geplante Vorlage eines Berichts an den Europäischen Rat und das Parlament angekündigt. Die Vorstellungen des Europäischen Parlaments gehen dabei teilweise erheblich über den Rahmen hinaus, den sich die Kommission in ihrer Mitteilung selbst gesetzt hatte; daneben wurden auch Bereiche angesprochen, die die Kommission im Rahmen der Ressourcenstrategie behandelt.

### ***Beziehungen zu Umweltaktionsprogramm und Nachhaltigkeitsstrategie***

IPP wird ausdrücklich in der EU-Nachhaltigkeitsstrategie und im Umweltaktionsprogramm genannt.

In der EU-Nachhaltigkeitsstrategie findet sich IPP im Bereich des Ziels eines verantwortungsbewussteren Umgangs mit natürlichen Ressourcen. Ziel ist dabei das „Aufbrechen der Verkettung von Wirtschaftswachstum, Nutzung der Ressourcen und Abfallproduktion“ (Europäische Kommission 2001b, 14); Dabei wird die „Entwicklung einer Integrierten Produktpolitik in Zusammenarbeit mit den Unternehmen zur Reduzierung der Nutzung der Ressourcen und der Auswirkungen des Abfalls auf die Umwelt“ (ebd. 14) als eine von insgesamt sechs Maßnahmen bezeichnet.

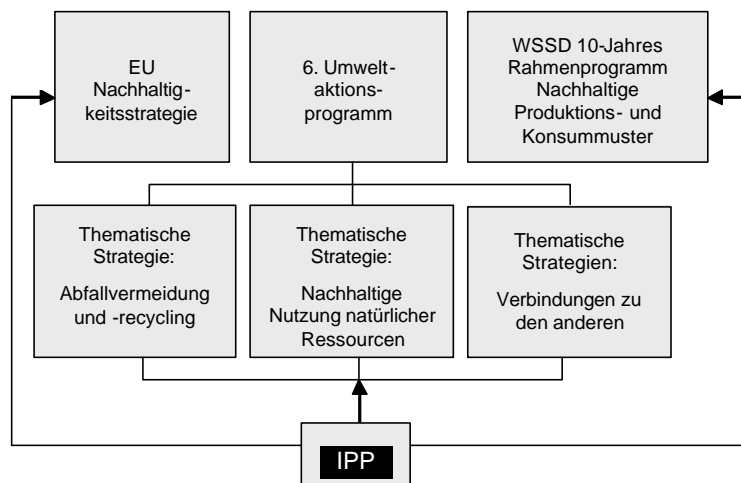
Die Umweltdimension der Nachhaltigkeitsstrategie der Kommission sollte – so ein Beschluss des Europäischen Rats im Jahre 2003 – einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden. Ende 2003 legte die Kommission hierzu einen ersten Bericht vor (KOM [2003] 745 endg.). Darin wird IPP im Kontext des Ressourcenmanagements erwähnt; danach soll IPP – neben der Abfallpolitik – die Bemühungen der Kommission um eine nachhaltigere Ressourcennutzung unterstützen. Allerdings fehlen hier Konkretisierungen zur weiteren Umsetzung der IPP, um ihren Beitrag zu einem Ressourcenmanagement zu verdeutlichen.

In seinem Beschluss zum Umweltaktionsprogramm stimmte der Europäische Rat mit Blick auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen darin überein, „dass die integrierte Produktpolitik der

EU, die auf eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltauswirkungen des Abfall abzielt, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft umgesetzt werden sollte“<sup>23</sup>.

Im gemeinsamen Beschluss des EU-Parlaments und des Rats zum Umweltaktionsprogramm wurde festgestellt wird, dass „(...) die Förderung des Ansatzes der integrierten Produktpolitik im gesamten Programm zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltaspekten während des gesamten Lebenszyklus von Produkten sowie eines verstärkten Einsatzes umweltfreundlicher Prozesse und Produkte“ (EU Parlament & Rat 2002, 5) erforderlich ist; IPP wird hierbei als Teile strategische Konzepte zur Erfüllung der Umweltziele betrachtet. Das 6. Umweltaktionsprogramm kündigte auch die Erarbeitung von sieben sog. „thematischer Strategien“ an, bei denen auch die IPP eine Rolle übernehmen sollte. Mittlerweile ist Erarbeitung der thematischen Strategien vorangeschritten. IPP wird dabei im Bereich der Ressourcenstrategie (Europäische Kommission 2003b) und der Strategie zu Abfallvermeidung (Europäische Kommission 2003c) erwähnt, wobei das Lebenswegdenken einer IPP von Bedeutung ist; eine weitere Konkretisierung einer IPP im Kontext dieser beiden Strategien wurde jedoch nicht vorgenommen. Diese wird erst im Jahr 2005 mit der Weiterentwicklung der thematischen Strategien erfolgen.

Einen Überblick über die verschiedenen Strategien und Programme gibt die nachfolgende Abbildung.



**Abb. 2.1:** Bezug einer IPP zu verschiedenen EU-Strategien  
(Quelle: van Rossem et al. 2004, 11; eigene Übersetzung)

### Sonstiges

Anfang 2004 legte die Kommission zudem einen Aktionsplan zu Umwelttechnologien (Europäische Kommission 2004a) vor, in der IPP mehrfach erwähnt wird und insbesondere im Teil zur Verbesserung der Marktbedingungen eine prominente Rolle spielt. Dabei werden u.a. auch folgende Maßnahmen vorgeschlagen

<sup>23</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 15. & 16. Juni 2001 zur Nachhaltigkeitsstrategie (zitiert nach Europäische Kommission 2003, 2).

- Festlegung von Leistungszielen für die wichtigsten Produkte, Dienstleistungen und Prozesse,
- Mobilisierung von Risikokapital für Investitionen in Umwelttechnologien,
- Untersuchung der Möglichkeiten für ein leistungsorientiertes öffentliches Beschaffungswesen<sup>24</sup>.

## 2.3 Politikimplementierung

In der Implementation einer IPP steht die Kommission immer wieder vor dem Problem einer Priorisierung von Bereichen bzw. Produktgruppen. Hierzu hat die Kommission mittlerweile bei IPTS<sup>25</sup> eine Studie in Auftrag gegeben, in der es um die Ermittlung der aus Umweltsicht prioritären produktbezogenen Problembereiche geht<sup>26</sup>; dabei wird in einer ersten Stufe eine methodische Vorlage erstellt und danach in den IPP-Implementationsprozess eingebracht. Erst nach einer Diskussion dieser methodischen Grundlagen sollen in einem weiteren Schritt tatsächlich prioritäre Produktgruppen identifiziert werden.

Unabhängig und bisweilen bereits zeitlich vor Veröffentlichung des IPP-Grünbuchs und der Mitteilung hat die Kommission eine Reihe von IPP-Maßnahmen implementiert, die – zumindest teilweise – auch wieder im Grünbuch bzw. der Mitteilung aufgeführt werden. Bedeutsamere Aktivitäten sind:

- **Elektrogeräte:** Die Kommission hat hier nach mehrjährigen Vorarbeiten Ende 2002 einen europaweit gültigen Rahmen<sup>27</sup> festgelegt, der 2005/2006 geltendes Recht in den Mitgliedsstaaten wird.
- **Energiebesteuerung:** Hier hat die Kommission mehrere Vorschläge erstellt, die im Ministerrat noch immer kontrovers verhandelt werden, bei denen aber ein Konsens – hier gilt das Einstimmigkeitsprinzip – nur in Form von Mindeststeuersätzen erzielbar war.
- **Öffentliches Beschaffungswesen:** Die bestehenden Vorgaben der EU und die Möglichkeit des Einbezugs sozialer bzw. ökologischer Belange wurden durch zwei Mitteilungen klar gestellt<sup>28</sup>; zudem hat die Kommission im Herbst 2004 ein Handbuch zu einem umweltorientierten öffentlichen Beschaffungswesen vorgelegt (European Commission 2004c).
- **Energieverbrauchskennzeichen:** Dieses Kennzeichen verpflichtet Hersteller/Importeure von bestimmten Elektrogeräten (u.a. Waschmaschinen, Kühlgeräte) zu einer skalierten qualitativen Produktinformation v.a. hinsichtlich des Energieverbrauchs.

---

<sup>24</sup> Dieses sog. „Technology procurement“ wurde erfolgreich in Schweden eingesetzt, vgl. dazu Edquist et al. (2000) und Neij (1997).

<sup>25</sup> Das Institute for Prospective Technological Studies (IPTS), Sevilla, ist eine Forschungseinrichtung der Kommission, die zum Netzwerk des Joint Research Centre (JRC) gehört.

<sup>26</sup> Vgl. dazu <http://cleantech.jrc.es/pages/r4.htm> (Besuch vom 3.11.2004).

<sup>27</sup> Richtlinien über Elektroaltgeräte (EU-Richtlinie 2002/96/EG) (WEEE) und über Stoffverbote (EU-Richtlinie 2002/95/EG) (ROHS).

<sup>28</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Interpretierende Mitteilung der Kommission über das auf das Öffentliche Auftragswesen anwendbare Gemeinschaftsrecht und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (KOM [2001] 274 endgültig) sowie Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Mitteilung über die Auslegung des gemeinschaftlichen Vergaberechts und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (KOM [2001] 0566 endgültig).



- **EU-Umweltzeichen:** Anfang der 90er Jahre wurde ein freiwilliges EU-Umweltzeichen eingeführt<sup>29</sup>. Mittlerweile sind Vergabeanforderungen für 22 Produktgruppen festgelegt worden. Im Herbst 2004 besaßen 208 Unternehmen das Recht, das EU-Umweltzeichen für bestimmte Produkte zu führen.
- **Normung:** Die Normung wird seitens der Kommission als ein Bereich mit beträchtlichem ökologischem Gestaltungspotential angesehen. Ihre Vorstellungen hat die Kommission in einer Mitteilung im Winter dieses Jahres vorgelegt<sup>30</sup>. Diese Mitteilung wurde vom Europäischen Rat im Oktober 2004 diskutiert. Mittlerweile wurde auch die Teilnahme der Umwelt- und Verbraucherverbände seit dem Jahre 2003 durch einen Dienstleistungsvertrag finanziell geregelt.
- **F&E-Life:** Das EU-Life-Programm<sup>31</sup> hat einen expliziten IPP-Schwerpunkt und fördert bereits eine Reihe von IPP-Projekten<sup>32</sup>: Eine Analyse zeigt, dass etwa die Hälfte dieser Projekte eine technische end-of-pipe-Ausrichtung besitzt.
- **Pilotprojekte:** Die Kommission hat interessierte Kreise aufgerufen, ihre Vorschläge und Überlegungen bis Ende Oktober 2003 einzureichen. Dazu lagen der Kommission 22 Vorschläge vor. Daraus wurden zwei Vorschläge ausgewählt, nämlich ein Projekt im Bereich von Mobiltelefonen (Nokia) und eines im Bereich von Gartenmöbeln (Carrefour). Die Projekte starteten Mitte 2004 und sollen im Sommer 2005 beendet werden. Ziele der Pilotprojekte sind der Informations- und Meinungsaustausch verschiedener Anspruchsgruppen, die Analyse bisheriger Aktivitäten (v.a. der auf unternehmerischer Seite) sowie Identifizierung von Möglichkeiten für weitere Verbesserungen.

Ein Abgleich dieser wie auch anderer, hier nicht genannter, Aktivitäten mit den in der IPP-Mitteilung genannten zeitlichen Abfolge von Maßnahmen zeigt folgendes Bild:

- Die bis 2004 aufgeführten Maßnahmen wurden – bisweilen mit etwas Verspätung – zumeist durchgeführt.
- Einige für 2004 avisierte Aktivitäten werden erst 2005 durchgeführt, etwa die Schlussfolgerungen aus den Pilotprojekten oder die unterstützenden Maßnahmen zum Umgang mit Ökobilanzen.

Daneben befinden sich einige Aktivitäten in der Implementationsphase, unterliegen teilweise jedoch noch beträchtlichen Diskussionen:

- **Chemikalien:** Hier hat die Kommission ein Weißbuch zur Chemikalienpolitik erstellt<sup>33</sup>, dessen Umsetzung höchst umstritten ist.

---

<sup>29</sup> Vgl. ausführlich Rubik/Frankl (2005).

<sup>30</sup> KOM (2004) 130 endg.

<sup>31</sup> Verordnung (EG) Nr. 1655/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE), ABl. L 192 vom 27.7.2000, S. 1-9. In der Liste der im Jahr 2000 geförderten Projekte finden sich jedoch keine IPP-relevanten Projekte. In der Bewilligungsrunde der im Jahre 2002 genehmigten 109 Anträge wurden neun IPP-Projekte ausgewählt.

<sup>32</sup> Quelle: <http://europa.eu.int/comm/environment/life/project/Projects/index.cfm?CFID=555827&CFTOKEN=27019313> (Besuch vom 18.8.2003).

<sup>33</sup> Weißbuch über die Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik, KOM(2001) 88 endg.

- **Quantitative Produktinformationen:** Hier wurde eine Studie (Bogeskrär et al. 2002) vorgelegt, zu der verschiedene Anspruchsgruppen eine Stellungnahme abgegeben haben. Überlegungen zum weiteren Vorgehen wurden zurückgestellt, bis die internationale Normung – voraussichtlich in 2005 – ihre Arbeiten zum ISO Typ III abgeschlossen haben wird.
- **EuP:** Als paradigmatisches Beispiel für die Umsetzung und Implementation der IPP wird die Öko-Design-Richtlinie betrachtet<sup>34</sup>, die seit längerer Zeit diskutiert wird<sup>35</sup>. Im August 2003 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie vor (Europäische Kommission 2003d), die seitdem kontrovers beraten wird<sup>36</sup>. Er zielt auf die Berücksichtigung von Umweltaspekten in das Design von nichtmobilen Produkten ab, die in ihrer Anwendung Energie verbrauchen. Die Richtlinie stellt eine Rahmenrichtlinie dar, die keine direkt verbindlichen Vorgaben für einzelne Produktgruppen macht, sondern vielmehr Kriterien und Bedingungen für die Entwicklung von Vorgaben festlegt, deren Umsetzung dann einfacher und schneller durch den Erlass von Durchführungsmaßnahmen unter Einbeziehung eines Regelungsausschusses<sup>37</sup> erfolgen kann.

## 2.4 Politikreformulierung

Die verschiedenen Entwicklungsschritte einer IPP innerhalb der EU sind von einem langsamen, bisweilen zeitlich verzögerten Prozess gekennzeichnet. Eine Reformulierung lässt sich eigentlich nur mit Blick auf die Governance-Philosophie erkennen, wobei hier anzumerken ist, dass diese eher durch Widersprüche gekennzeichnet ist.

## 2.5 Charakterisierung und Beurteilung<sup>38</sup>

Die Entwicklung der EU-Umweltpolitik steht im Spannungsfeld wirtschaftlicher Entwicklung und Verbesserung der Umweltsituation. Der Fortgang des Lissabon-Prozesses scheint in zunehmendem Maß auf wirtschafts- und wettbewerbspolitische Ziele abzustellen und der Umweltdimension eine geringere Bedeutung zuzumessen<sup>39</sup>. Die EU-Kommission agiert in einem Geflecht politischer Instanzen und Akteure. Dies gilt allgemein und auch im Feld der IPP: Einerseits sind Mitgliedsstaaten der EU wie Schweden und Deutschland sowie – v.a. in der Vergangenheit – die Niederlande im Bereich der IPP sehr aktiv und gaben der EU einen Push, auf

---

<sup>34</sup> Vgl. Hey (2004).

<sup>35</sup> Diese Richtlinie – EuP genannt („Energy using products“) – geht zurück auf verschiedene Initiativen im Bereich Abfall und gefährliche Stoffe. Vor einigen Jahren legte die DG Umwelt Vorschläge für die Behandlung von elektrischen und elektronischen Produkten vor, wobei einerseits deren Rücknahme und Entsorgung geregelt und andererseits der Einsatz von Gefahrstoffen begrenzt werden sollten. Parallel zur Diskussion von Vorschlägen der DG Umwelt („WEEE“, „RoHS“) legte die DG Unternehmen einen ersten Entwurf für das Design von elektrischen und elektronischen Produkten vor („EEE“). Dieser Vorschlag mit einem Entwurf der DG Energie/Verkehr zu Energieeffizienzanforderungen („EER“) verknüpft und daraus entstand der EuP-Vorschlag.

<sup>36</sup> Derzeit besteht keine Einigung zwischen dem Ministerrat und dem EU-Parlament. Der Ministerrat für Verkehr, Telekommunikation und Energie, der für diese Richtlinie zuständig ist, hat am 10.6.2004 inhaltlich ambitionierte Änderungsvorschläge des Parlaments abgelehnt. Eine Fortführung des Verfahrens wird nach der Neukonstituierung des EU-Parlaments im Herbst 2004 erfolgen.

<sup>37</sup> Sog. „Komitologieverfahren“.

<sup>38</sup> Vgl. dazu auch die kritischen Analysen bei Dalhammar (2004), Dalhammar/Mont (2004), van Rossem et al. (2004) und Nuij (2005).

<sup>39</sup> Vgl. Klasing et al. (2004).

europäischer Ebene eine IPP voranzutreiben; andererseits sind eine Reihe von Mitgliedsstaaten bisher kaum mit einer IPP in Berührung gekommen. Hier war die Kommission mit ihren Arbeiten Ende der 90er Jahre tatsächlich wegweisend und diese konzeptionellen Vorarbeiten stellen einen wichtigen IPP-Fundus dar.

Die Philosophie der IPP ist eingebettet in die Diskussion um eine neue Form des Regierens, wozu die Kommission 2001 ein eigenes Weißbuch (European Commission 2001c) und einen Bericht (European Commission 2003e) vorgelegt hat. Diese Rahmendiskussion beeinflusst natürlich auch die IPP. Blickt man auf das Grünbuch, so hebt dieses zwar auf die Nutzung des Preismechanismus als bevorzugten Zugang ab, zielt aber im Wesentlichen in den Handlungsvorschlägen auf selbstregulatorische Instrumente ab. Die Mitteilung setzt noch stärker auf freiwillige Instrumente. Genau in dieser Philosophie einer Selbstregulation gründen auch die sehr gegensätzlichen Stellungnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure: Während etwa Umweltverbände einen stärkeren Einfluss legislativer Maßnahmen befürworten, befürchten Wirtschaftsverbände genau dieses und schreiben quasi die vergangene Umweltpolitik in die Zukunft fort und „übertragen“ ihre Erfahrungen in Befürchtungen. Zwischen diesen beiden Polen scheint auch die Kommission intern gespalten zu sein, bevorzugt doch die DG Industrie eindeutig den Weg freiwilliger Lösungen, während die DG Umwelt eine stärker gestaltende Rolle der Politik präferiert. Diese Auseinandersetzung ist derzeit bis 2007 „eingefroren“, da erst zu diesem Zeitpunkt die Kommission über den weiteren Fortgang einer IPP berichten will<sup>40</sup>. Die Ausgestaltung und Implementation der EuP-Richtlinie wird teilweise als erster paradigmatischer Fall für den Fortgang einer IPP betrachtet: Hey (2004, 20) spitzt dies zur Frage „Selbststeuerung versus ökologische Produktstandards“ zu und sieht im Ausgang dieses politischen Ringens eine Entscheidung zum perspektivischen Fortgang einer IPP.

In der Mitteilung werden die Aufgaben der Akteure allgemein und additiv beschrieben. Es fehlt eine Klarstellung des Stellenwerts der Politik im Vergleich zu den marktwirtschaftlichen Akteuren und deren Aktivitäten. Damit einher geht auch eine Unklarheit, wie die Integration der Akteure erfolgen soll und welches Ziel hiermit verfolgt wird.

IPP beinhaltet als Kern den Integrationsgedanken. Bemerkenswert ist dabei sicherlich die Verzahnung einer IPP mit den Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategien der EU. Allerdings bleibt diese Form der Integration unkonkret und ohne weitere Ziel- und Handlungskorridore. Hier deutet sich eher ein „Überbauüberschuss“ als eine Integrationsleistung an. Mit Blick auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit scheint sich derzeit die IPP der Kommission auf die Umweltdimension zu konzentrieren, obwohl stets die Gleichrangigkeit der drei Dimensionen betont wird.

Die Schwierigkeiten der Politikintegration („Cardiff-Prozess“) zeigen sich auch bei der IPP. Beispielhaft zeigt sich dies am Innovationsaktionsplan (European Commission 2004b): In diesem werden zwar verschiedene – auch produktbezogene – Instrumente und Tools unter dem Aspekt der Vermarktung von Innovationen diskutiert, aber kein inhaltlich erkennbarer Bezug zur IPP hergestellt. Dies überrascht doch sehr, da eine IPP auf die Dynamik des Marktes setzt und Innovationen dabei einen zentralen Hebel zur Verbesserung der ökologischen

---

<sup>40</sup> Diese zeitliche Verschiebung zeigt sich auch bei der Ermittlung prioritärer Produktgruppen; die Ergebnisse der derzeitigen Methodikerstellung dürften auf Jahre umstritten sein und bis diese dann angewandt und zu einem solide vorbereiteten „Common ground“ führt, dürften ebenfalls mehrere Jahre vergehen.

Performance darstellen. Blickt man umgekehrt auf die IPP-Mitteilung und deren Orientierung auf Innovation, so zielt diese in erster Linie auf eine prozessorientierte und kontinuierliche Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen. Dabei werden keine materiellen Leistungsziele angestrebt, es fehlt eine Auseinandersetzung mit Innovationen und den Möglichkeiten, durch eine IPP weiterreichende Systeminnovationen zu stimulieren, die mit größeren ökologischen Entlastungsspielräumen verbunden sind.

Das Verhältnis zwischen Produktion und Nutzung ist in der Mitteilung nur unzureichend ausgeführt<sup>41</sup>. Die bisherigen Aktivitäten der Kommission haben es versäumt, Überlegungen und Strategien zu einem nachhaltigen Konsum vorzulegen, etwa durch Konsultationsprozesse oder die Erstellung einer Mitteilung. Zwar hat die Kommission auch eigenständige Aktivitäten im Kontext des Marrakesch-Prozesses ergriffen; bisher wurde eine Art Inventar vorgelegt<sup>42</sup>. Die Verbindung und Verknüpfung dieses Prozesses mit der IPP ist derzeit noch äußerst unklar<sup>43</sup>. Es wird abzuwarten sein, ob es der Kommission gelingt, beide Aktivitäten aufeinander abzustimmen – zu integrieren. Eine weitere konzeptionelle Präzisierung einer IPP ist – wie bereits erwähnt – auf die Zeit nach 2007 verschoben. Die nächsten Jahre dürften dabei wesentlich den Bericht der Kommission an den Rat und das EU-Parlament prägen. Dabei wird es darauf ankommen, den Spannungsbogen zwischen den IPP-aktiven Mitgliedsstaaten, einer kommissionsinternen Unterstützung und Verantwortungszuweisung sowie den Einflüssen zivilgesellschaftlicher Gruppen zu nutzen und eine Präzisierung und stärkere Initiativrolle einzunehmen. Besondere Augenmerke verdienen dabei

- eine angemessene institutionelle Verankerung<sup>44</sup>,
- eine Klarstellung der Governance-Philosophie und der Rollen verschiedener Akteure,
- eine verstärkte die „Eignerschaft“<sup>45</sup> über Instrumente einer IPP sowie
- eine bessere Integration zwischen IPP und andere Politikbereiche bzw. Aktivitätsfeldern der Kommission.

Gerade der letzte Punkt ist allerdings eine Forderung, die sich nicht nur an die IPP richtet, sondern generell für (Umwelt-)Politik gilt.

---

41 Vgl. dazu ausführlich Dalhammar/Mont (2004).

42 Vgl. European Commission (2004d).

43 Erschwert wird die Verknüpfung durch die Zuordnung zu unterschiedliche Abteilungen innerhalb der DG Umwelt.

44 Vgl. hierzu auch die weitreichenden Vorschläge des EEB (2003 und 2004). Das EEB fordert darin als Kern eine Rahmenrichtlinie, in der beispielsweise die Ziele einer IPP, eine Priorisierung von Instrumenten sowie die Schaffung institutionalisierter Strukturen geregelt werden sollten.

45 Die Kompetenzen für IPP-Instrumente der DG Umwelt liegen in vielen Fällen bei anderen Generaldirektionen, etwa für die Energieverbrauchskennzeichnung bei der DG Energie/Verkehr, für Steuern bei der DG Steuern/Zollunion oder für nachhaltigen Konsum bei der DG Gesundheit/Verbraucherschutz.

## 3 Deutschland

### 3.1 Problemwahrnehmung

Allgemeine produktpolitische Aktivitäten in Deutschland sind nichts Neues: Beispielsweise dienten im 19. Jahrhundert Produktsteuern dem staatlichen Fiskalinteresse<sup>46</sup>. Oder in Form der Wettbewerbspolitik, in deren Rahmen sich der Produktwettbewerb vollzieht. Diese Formen von Produktpolitik verfolgten jedoch keine explizit ökologische Steuerungsrichtung. Erste ökologisch ausgerichtete Aktivitäten und Maßnahmen des produktbezogenen Umweltschutzes reichen in Deutschland bis in die 70er Jahre zurück: Beispielsweise wurde 1972 das DDT-Gesetz verabschiedet und im Jahre 1978 ein nationales Umweltzeichen – der „Blaue Engel“ – eingeführt.

Insgesamt betrachtet hat sich über die letzten 20-30 Jahre eine Vielzahl von Ansätzen, Instrumenten, Zugangsweisen und „Traditionen“ einer Ökologisierung der Produktpolitik herausgebildet. Neitzel (1994), Rubik (1994a) sowie Rubik/Teichert (1997) haben im Detail die ökologischen Instrumentarien der deutschen Produktpolitik analysiert. Dabei zeigte es sich sehr deutlich, dass bis Mitte der 90er Jahre eine Vielzahl *singulärer* Maßnahmen und Aktivitäten ergriffen wurde,

- eine *systematische* Produktpolitik jedoch zu diesem Zeitpunkt erst am Anfang stand,
- eine IPP aber an dem vorhandenen Instrumentarium anknüpfen kann, das teilweise implizit, teilweise auch bereits explizit ökologisch ausgerichtet ist.

### 3.2 Politikformulierung

#### 3.2.1 Produktpolitische Akteure

Organisatorisch zuständig für das Themenfeld IPP ist im BMU das Referat G.I.5 „Produktbezogener Umweltschutz“. Das Umweltbundesamt (UBA) als Fachbehörde bearbeitet in der Fachabteilung III.1.3 „Methoden der Produktbewertung, Umweltzeichen“ IPP-bezogene Fragestellungen, wobei die Arbeiten primär auf das Umweltzeichen Blauer Engel ausgerichtet sind; in einem engeren Sinne befassen sich drei Personen u.a. auch mit einer IPP. Insgesamt dominiert sowohl im BMU wie auch im UBA eine Vielzahl von implementationsbezogenen Aufgaben.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe zum Thema IPP besteht nicht, jedoch findet auf der Ebene der Politikimplementierung eine entsprechende Zusammenarbeit statt (s.u.). Ein routinisierte Gedankenaustausch erfolgt – zumindest ansatzweise – im Rahmen des Bund-Länder-Arbeitskreises „Steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes“ (BLAK); allerdings steht das Thema IPP derzeit nicht im Vordergrund der Arbeit. Diese Aktivitäten werden um informelle und formelle Ressortabstimmungen ergänzt.

---

<sup>46</sup> Vgl. dazu Hansmeyer (1980).

### 3.2.2 Produktpolitische Politikformulierung

Erste *konzeptionelle* Vorarbeiten<sup>47</sup> zu einer deutschen produktpolitischen Konzeption wurden im Umweltbundesamt in den Jahren 1996 und 1997 angestellt; diese Arbeiten wurden jedoch – aus Prioritäts- und personellen Kapazitätsgründen – nicht weiterverfolgt; sie bauten aber gleichwohl einen ersten orientierenden Rahmen auf. Weitere Impulse zu einer Politikformulierung ergaben sich im Vorfeld eines Informellen EU-Umweltministerrates vom Mai 1999 in Weimar – zu dieser Zeit hatte Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Durch die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel wurde das Thema IPP auf die politische Agenda gesetzt. In diesem Zusammenhang wurde das IÖW beauftragt, sowohl den Vor- und Nachbereitungsprozess des Umweltministerrates zu begleiten wie auch konzeptionelle und instrumentelle Vorschläge zu einer IPP-Konkretisierung auf deutscher Ebene zu entwerfen; diese wurden dem BMU im Mai 1999 bzw. April 2000 (Rubik 2000a) vorgelegt.

Die deutsche Ratspräsidentschaft mündete in eine Diskussion auf dem EU-Umweltministerrattreffen am 8. Mai 1999 in Weimar; dort verabschiedeten die Minister einmütig ein Hintergrundpapier zu einer IPP (BMU 1999a und 1999c), das als Wegbereiter einer EU-IPP gilt (vgl. Kap. 2).

Dieser IPP-Tradition fehlt jedoch eine *konzeptionsabgeleitete* Systematisierung. Offizielle konzeptionelle Politikdokumente, die hierbei weiterführen würden, wurden weder seitens der Bundesregierung<sup>48</sup> noch des Umweltbundesamts vorgelegt. Aus unserer Sicht scheint der Hauptgrund hierfür zu sein, dass im Falle einer Vorlage ein derartiges Konzept nicht nur einen allgemeinen Teil umfassen, sondern auch gehaltvoll mit einzelnen Maßnahmen zu unterlegen gewesen wären<sup>49</sup>. Stattdessen wird auf einzelne Instrumente fokussiert.

Insgesamt liegen derzeit die Prioritäten im BMU insbesondere im Bereich der Energie- und Klimapolitik; weitere Bereiche sind Naturschutz-, Verkehrs- und Chemiepolitik sowie Umsetzung der Kreislaufwirtschaft<sup>50</sup>. Gerade die letztgenannte Priorität, die einen Übergang zu einer ressourcenschonenden Stoffpolitik intendiert, könnte einen Bezug zu einer IPP aufweisen, erwähnt diese jedoch nicht. Insofern spielen die verschiedenen denkbaren Integrationsdimensionen einer IPP im konzeptionellen und politischen Raum momentan eine geringe Rolle; es kann einzig auf Probst (2001) verwiesen werden, die den Begriff der Integration mit der Berücksichtigung des stofflichen Lebenswegs, der Umweltmedien, aller Politikbereiche, von Instrumenten und von Akteuren aus allen Bereichen interpretiert.

Den *einzigsten* Ansatzpunkt für konzeptionelle Überlegungen bildet ein Positionspapier des Bund-Länder-Arbeitskreises „Steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes“

---

<sup>47</sup> Hierzu wurden drei Expertisen erstellt: Böttcher-Tiedemann (1997), Kindermann (1996) und Scholl (1997).

<sup>48</sup> Es kann in diesem Kontext ausschließlich auf Redebeiträge seitens der politischen Spitze verwiesen werden, etwa der Staatssekretärin Simone Probst (2001) oder des Bundesumweltministers Jürgen Trittin (2000).

<sup>49</sup> Hierbei ist auf ein – generelles – Problem hinzuweisen: Viele der potentiellen Instrumente einer IPP liegen außerhalb des Regelungsreichweite umweltpolitischer Akteure, wie etwa das Beschaffungswesen, das Energieverbrauchskennzeichen, für die beide in Deutschland das Wirtschaftsministerium zuständig sind.

<sup>50</sup> Vgl. <http://bmu.de/de/1024/JS/schwerpunkte/> (Besuch vom 11.10.2004).

(BLAK)<sup>51</sup> (BLAK 2001), in dem stoff- und produktbezogene Fragen miteinander verknüpft wurden und das auf der 56. Sitzung der Umweltminister der Bundesländer im Juni 2001 zur Kenntnis genommen wurde (BLAK 2001)<sup>52</sup>. Dabei wurde eine Definition einer IPP<sup>53</sup> und eine Ausleuchtung des Integrationsgedankens<sup>54</sup> vorgenommen sowie fünf Schwerpunktbereiche identifiziert<sup>55</sup>, die jeweils mit einer Reihe von Vorschlägen zur instrumentellen Gestaltung unterlegt wurden.

Aus Reihen umweltpolitischer Akteure nahm der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in seinem Jahresgutachten 2002 (SRU 2002) auch zur IPP Stellung, wobei insbesondere der europäischen Ebene eine besondere Aufmerksamkeit zukam; darin merkt der SRU an, dass – zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses im Januar 2002 – keine übergreifende politische Konzeption vorlag (SRU 2002, 200).

Ein für die deutsche IPP-Diskussion bemerkenswertes Ereignis war der Workshop „Perspektiven des produktbezogenen Umweltschutzes“, den das BMU und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) am 1. Februar 2000 gemeinsam veranstalteten<sup>56</sup>. Hierbei zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung der Ausgangslage: Mehrfach – so z.B. von Hans-Olaf Henkel als damaligem Präsidenten des BDI wie auch vom damaligen Leiter der Grundsatzabteilung des BMU Andreas Gallas – wurden drei Schlüsselbegriffe, nämlich Integration, Kooperation und Kommunikation, welche im Rahmen einer IPP von besonderer Bedeutung sind, hervorgehoben.

Die Bundesregierung legte im April 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland vor (Bundesregierung 2002a und 2002b). Darin findet sich kein expliziter Verweis auf eine Integrierte Produktpolitik; allerdings wird Bezug auf die Verantwortungszuweisung genommen und als Managementregel formuliert: „Die Unternehmen tragen für ihre Produktion und ihre Produkte die Verantwortung. Dazu gehört die Information der Verbraucher über gesundheits- und umweltrelevante Eigenschaften der Produkte sowie über nachhaltige Produktionsweisen. Der Verbraucher trägt die Verantwortung für die Auswahl des Produkts und dessen sozial und ökologisch verträgliche Nutzung“ (Bundesregierung 2002b, 50). Unter den 21 Indikatoren, die Deutschlands Weg zur Nachhaltigkeit quantitativ unterlegen sollen, haben die Indikatoren 1 „Energie- und Ressourcenproduktivität“ sowie 21 „Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern“ einen – gewissen – Bezug zu Produkten und Nachhaltigkeit. Das Kapitel „Innovation als Motor der Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit als Motor für Innovationen“ (Bundesregierung 2002b, 276ff.)

---

<sup>51</sup> Der BLAK wurde durch die deutsche Umweltministerkonferenz (Bundes- und alle Landesumweltminister) eingesetzt und arbeitet dieser auf Auftrag zu; daneben kann der BLAK eigeninitiativ tätig werden. Die Kompetenzen des BLAK sind in der Geschäftsordnung der Umweltministerkonferenz geregelt. Die Umweltministerkonferenz selbst beruht auf keinen gesetzlichen Vorgaben, sondern wurde im föderalen Gebilde als Arbeits- und Koordinationseinheit eingerichtet.

<sup>52</sup> Dieses Positionspapier baut auf einem Paper auf, das am 27. und 28. Oktober 1999 auf der 53. Sitzung der Länder-Umweltminister verabschiedet wurde (BLAK 1999).

<sup>53</sup> „Integrierte Produktpolitik fördert und zielt auf eine stetige Verbesserung von Produkten einschließlich Dienstleistungen hinsichtlich ihrer umweltrelevanten Wirkungen entlang des gesamten Lebensweges“ (BLAK 2001, 3).

<sup>54</sup> Übergreifende Betrachtung des Lebenswegs, der Umweltmedien, der Akteure, der Instrumente sowie der Politikfelder (ebd., 3f.).

<sup>55</sup> Schaffung von Transparenz und Sicherung der Bereitstellung von Informationen, Klärung und Zuordnung von Verantwortung, Unterstützung der ökologischen Stoff- und Produktentwicklung, Schaffung von Märkten und Flankierung durch eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Chemikalien- und Abfallpolitik (ebd. 6f.).

<sup>56</sup> Leider sind zu diesem Workshop keine Proceedings verfügbar. Die nachfolgenden Zitate sind den schriftlich vorgelegten Fassungen der Referate entnommen.

hat einen starken Produktbezug, wobei in erster Linie auf Innovationsförderung und Strukturwandel abgestellt wird; hierbei wird auf Wirtschafts- und Forschungspolitik als Handlungsrahmen abgezielt. Im Fortschrittsbericht 2004 zur Nachhaltigkeitsstrategie findet IPP indirekt über das Thema Verbraucherschutz bzw. Denken in stofflichen Lebenswegen Eingang<sup>57</sup>.

### 3.3 Politikimplementierung

#### 3.3.1 Bundesebene

Die Politikimplementierung einer IPP kann in Deutschland auf eine langjährige Tradition zurückblicken, die auch trotz eines fehlenden konzeptionellen Grundgerüsts quasi konstituierende Merkmale einer „de-facto“-IPP darstellen.

Auf der Ebene des Bundes sind sowohl das Bundesumweltministerium wie auch das Umweltbundesamt im Bereich der IPP aktiv und können eine Serie von Aktivitäten und Maßnahmen innerhalb ihrer – eingegrenzten – Kompetenzen aufweisen. Seitens der Industrie bestehen erhebliche Vorbehalte gegenüber einer IPP<sup>58</sup>; gerade aus diesem Grunde wird durch die Behörden statt des Begriffs IPP die Bezeichnung *produktbezogener Umweltschutz* verwendet.

Seitens der Umweltpolitik des Bundes wird der **Schwerpunkt** der IPP-bezogenen Aktivitäten einerseits auf einzelne Instrumente und andererseits auf die Begleitung der IPP-Prozesse, v.a. auf Ebene der EU, gelegt. Instrumentenbezogen dominieren das Beschaffungswesen und die Produktkennzeichnung<sup>59</sup>, daneben gilt der Normung und der EMAS weitere Aufmerksamkeit; weitere Prioritäten liegen im Verbraucherschutz<sup>60</sup>. Die Mobilisierung der Schnittmengen mit Themen wie Energie, Verbraucher und Gesundheit<sup>61</sup> bildet einen weiteren Schwerpunkt der in der Umweltpolitik tätigen Akteure, wobei anzumerken ist, dass dabei die Zuständigkeit primär bei anderen (Bundes-)Ressorts liegt.

Die Prozessbegleitung orientiert sich auf die von der EU-Kommission ergriffenen Aktivitäten, etwa zum Beschaffungswesen oder zu energieverbrauchenden Produkten<sup>62</sup>.

Aus diesen Aktivitäten lassen sich **Ziele** herauslesen, die v.a. auf die Verbesserung der Umwelteigenschaften von Produkten wie auch auf die Unterstützung eines ökologisch verbesserten Konsums abzielen; daneben steht eine Verminderung des Ressourcenverbrauchs im Blickpunkt, ein Ziel, das auch in der Nachhaltigkeitsstrategie niedergelegt ist (s.o.).

Der Ansatz einer IPP in Deutschland ist von seinen **Prinzipien** her auf Kooperation und Vernetzung verschiedener Akteure ausgelegt, dies zeigte auch die oben erwähnte gemeinsame

---

<sup>57</sup> Der Fortschrittsbericht 2004 hat einen eigenen kleineren Abschnitt dem „Nachhaltiger Konsum“ im Kapitel „Gesund produzieren – gesund ernähren“ gewidmet (Bundesregierung 2004, 131ff.). In diesem Abschnitt weist die Bundesregierung u.a. auf die Bedeutung des 10-Jahres-Rahmens von Johannesburg 2002 hin und erwähnt IPP als ein Thema im Rahmen des nationalen Dialogprozesses zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern.

<sup>58</sup> Vgl. hierzu die Stellungnahmen des BDI (BDI 2001a und b).

<sup>59</sup> Ein Beispiel stellt die Herausgabe einer Broschüre zur Umweltkennzeichnung dar, die gemeinsam mit dem BDI herausgegeben wurde (BMU/BDI/UBA 2003).

<sup>60</sup> Hierbei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem dafür zuständigen Ministerium, dem BM VEL.

<sup>61</sup> Speziell das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ (APUG) (BMU/BMG 1999) bildet dabei eine wichtige Grundlage.



Konferenz des BMU und des BDI. Das Prinzip der Information findet seinen Niederschlag auch in der instrumentellen Fokussierung auf weiche Instrumente, wie etwa Umweltkennzeichnung. Allerdings wird der Aspekt der Kooperation nicht durch gemeinsame Projekte derzeit unterlegt, wie dies etwa die EU-Kommission beabsichtigt; zumindest derzeit bestehen keine Planungen für Pilotprojekte oder Produktforen auf Bundesebene. Allerdings ist dabei auch auf den „Blauen Engel“ – das deutsche Umweltzeichen – hinzuweisen. Der „Blaue Engel“, das dienstälteste Umweltzeichen der Welt, wird von der Jury Umweltzeichen<sup>63</sup> vergeben und nimmt dabei eine Interessensabwägung zwischen den Akteuren im Rahmen eines mehrstufigen Anhörungs- und Kommunikationsprozesses wahr. Die dabei ausgetauschten Ansichten und Einsichten können auch als eine Art informeller Produktforen angesehen werden, deren offizielles Ziel zwar die Erarbeitung von Vergabegrundlagen für ein Umweltzeichen ist, deren Arbeiten jedoch darüber hinausgehen und eine Kooperationskultur zwischen den beteiligten Kreisen etabliert haben.

**Prioritätenfestlegungen** auf einzelne Produktgruppen, Bedarfsfelder oder Anwendungsbereiche wurden in Deutschland nicht explizit vorgenommen. Hauptursachen hierfür sind einerseits die instrumentelle Fokussierung einer IPP in Deutschland wie auch andererseits die dann notwendige Ressortabstimmung, da viele Politikbereiche durch derartige Prioritätensetzungen betroffen sein könnten.

In der Umweltpolitik bestehen eine Reihe von Überschneidungen zu verwandten politischen Ansätzen, insbesondere das Stoffstrommanagement ist hier zu nennen, aber auch die – eher langfristig – ausgerichtete Ressourcenstrategie, Chemikalienpolitik, einzelne Bedürfnisfelder (z.B. Bauen/Wohnen, Ernährung) oder auch das Flächenmanagement haben Schnittmengen mit einer IPP.

Neben dem BMU ist auch das Umweltbundesamt im Bereich IPP aktiv. Einerseits ist dabei die Zuständigkeit für den Blauen Engel als „klassisches“ weiches Instrument der Umweltpolitik zu nennen. Andererseits führt(e) das UBA verschiedene F&E-Projekte im Themenfeld IPP durch, die teilweise enger, teilweise weiter die IPP streifen. Beispiele sind Projekte zum Bereich „Nachhaltiger Konsum“, zur Fortentwicklung des „Blauen Engels“ oder anstehende Arbeiten zu einem „Nationalen Aktionsprogramm zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster im Rahmen der produktbezogenen Umweltpolitik“. Insbesondere die seit Beginn 2004 laufenden Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans für nachhaltige Produktions- und Konsummuster (SCP) betten bereits eine IPP ein und weisen andererseits auch bereits darüber hinaus.

- Die politische Implementationsarbeit zeigt die Herausforderungen der Integration:
- Eine Zusammenarbeit mit anderen Politikfeldern und über Ressortgrenzen hinweg ist immer wieder mit dem Problem der Handlungslogiken einzelner Politikbereiche gekennzeichnet und kann aus heutiger Sicht nicht als durchgängig vollzogen betrachtet werden. Insbesondere die Zuständigkeit – also die „Eignerschaft“ für die Instrumente einer IPP überschreiten dabei die Ressortgrenzen und zeigen den zunächst eingegengten Rahmen umweltpolitischer Akteure.

---

<sup>62</sup> „EuP“-Richtlinie.

<sup>63</sup> Die Jury Umweltzeichen wird vom Bundesumweltminister berufen; ihr gehören insgesamt 14 Einzelpersonlichkeiten aus Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Wirtschaft, Handel, Gewerkschaften, Medien, Kirchen und Wissenschaft sowie Vertreter/innen der Landesumweltminister an.

- Der instrumentenübergreifende Fokus einer IPP wird anerkannt, jedoch ist die Beziehung zwischen den Instrumenten, also deren inhaltliche vertikale und horizontale Verknüpfung, noch eine offene Aufgabe. In aller Regel wurden die „traditionellen“ Instrumente einer IPP weitergeführt.
- Die Berücksichtigung des stofflichen Lebenswegs ist allgemein anerkannt und schlägt sich in den Aktivitäten seitens der Umweltpolitik nieder.
- Eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren steht oft unter dem Vorzeichen der politischen „Großwetterlage“. Im allgemeinen bestehen eine Reihe von Anknüpfungs- und Diskursmöglichkeiten, bei denen die Stakeholder ihre Interessen und Meinungen einbringen; in einem gewissen Sinne bildet die Jury Umweltzeichen dabei die interessanteste Runde im Bereich der IPP.
- Die Berücksichtigung der Nachhaltigkeit zeigt sich als Herausforderung immer wieder bei einzelnen Instrumenten, etwa beim Umweltzeichen. Allerdings stößt die immer wieder auf den begrenzten Raum einer Umweltpolitik.

In Zukunft könnten zu den o.g. Schwerpunkten insbesondere die durch die Globalisierung vorangetriebenen Fragen des Welthandels und der nationalen, internationalen und intertemporalen Gerechtigkeit an Bedeutung gewinnen und auch das Feld einer IPP beeinflussen.

Das BMU ist sowohl Mitglied des internationalen informellen IPP-Netzwerks, das im Jahr 2000 auf Initiative des schwedischen Umweltministeriums gegründet wurde, wie auch des formellen IPP-Netzwerks, das im Nachgang der IPP-Mitteilung der EU im Frühjahr 2004 eingesetzt wurde.

### 3.3.2 Bundesländer

Neben den genannten bundespolitischen Akteuren ist auch auf die Aktivitäten der deutschen Bundesländer hinzuweisen. Diese erstellten die bereits oben genannten Positionspapiere (BLAK 1999 und 2001), die allerdings zum einen nur eine geringe Wirkung entfaltet haben und deren Arbeitsaufträge zum anderen in der Umsetzung sich als nicht leistbar gezeigt haben. Derzeit steht das Thema IPP nicht auf der Agenda dieser Treffen.

Daneben haben einzelne Bundesländer länderspezifische Initiativen zur IPP ergriffen. Am pointiertesten und profiliertesten sind dabei sicherlich die Aktivitäten Bayerns einzuschätzen. Aber auch andere Bundesländer, wie v.a. Baden-Württemberg und Niedersachsen, waren aktiv:

- **IPP Aktivitäten des bayerischen Umweltministeriums (StMLU):** Das bayerische StMLU hat sich der IPP sehr stark verpflichtet und führte eine Reihe von Projekten und Aktivitäten durch<sup>64</sup>, wie etwa IPP im Bereich der Medizintechnik, von Bodenstaubsaugern, in der Simulationstechnik, bei der Gebäudesanierung, in KMU, in Marketingkonzepten, in Managementsystemen, sowie branchenbezogene Produktpanels am Beispiel Küche und Schuhe<sup>65</sup>. Neben diesen Aktivitäten kündigt das Ministerium weitere Aktivitäten im Rahmen

---

<sup>64</sup> Vgl. dazu auch die Webseite <http://www.ipp-bayern.de>.

<sup>65</sup> Die verschiedenen Aktivitäten werden in einem vom Bayerischen Umweltministerium herausgegebenen IPPsilon-Newsletter dargestellt. Zudem wurde ein „IPPsilon Koordinationsbüro“ eingerichtet.

seiner Umweltforschungsarbeiten<sup>66</sup> an, etwa eine IPP bei Handys. Die bayerische IPP-Philosophie hat Umweltminister Schnappauf dargestellt: „Selbstverständlich bringen wir unsere IPP-Erfahrungen in die internationale Diskussion um die weitere Ausgestaltung von IPP ein, die wir in unserem Sinne, d.h. insbesondere hinsichtlich Freiwilligkeit und Kooperation statt staatlicher Regulierung, beeinflussen wollen“ (Schnappauf 2003, 3). Damit wurde klar das Primat auf eine Governance-Philosophie gelegt, die den marktwirtschaftlichen Akteuren die Rolle der Gestaltung zuweist. Insgesamt wird IPP nicht als ein politisches Konzept betrachtet.

- **IPP Aktivitäten des baden-württembergischen Umweltministeriums (UVM):** Das UVM hat 2001-2003 zwei Pilotprojekte zu IPP am Beispiel von Papierprodukten (Frings et al. 2002) und der textilen Kette (Keil/Rubik 2004 und Rubik/Keil 2004) durchgeführt. Im letztgenannten Projekt wurde dabei auch eine Handreichung zur Durchführung von Produktforen – vergleichbar den dänischen Product panels – erstellt. Insofern hat sich in diesem Bundesland bereits eine gewisse Kooperationskultur etabliert.
- **IPP Aktivitäten des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums:** Die vom Land geförderte Effizienzagentur Nordrhein-Westfalen hat im Jahre 2001 eine Veranstaltung „Clean Production – Intelligent products: Die Bedeutung der Integrierten Produktpolitik für eine nachhaltige Unternehmenspolitik“ durchgeführt. Daneben hat die Effizienzagentur eine Untersuchung zum produktintegrierten Umweltschutz in nordrhein-westfälischen Unternehmen erstellen lassen (Grawatsch/Schöning 2002). Neben diesen Aktivitäten förderte das Umweltministerium eine Studie, in der die Auswirkungen einer IPP auf die Wettbewerbsfähigkeit dreier Branchen (Möbelindustrie, Textilveredelung sowie Obst- und Gemüseverarbeitung) untersucht wurde (Clausen/Rubik 2002).
- **IPP Aktivitäten des saarländischen Umweltministeriums:** Die saarländische Landesregierung schloss im März 2002 einen Umweltpakt mit der saarländischen Wirtschaft (o.N. 2002). Dabei wurde auch das Thema IPP angesprochen.
- **IPP Aktivitäten des niedersächsischen Umweltministeriums:** Das niedersächsische Umweltministerium widmet sich der IPP v.a. unter dem Aspekt der Kreislaufwirtschaft. Dazu wurden mittlerweile vier Regierungskommissionen berufen, die in den letzten zehn Jahren Aspekte der Abfall- und Kreislaufwirtschaft behandelt haben. Die 4. Regierungskommission, die von 1999 bis 2002 arbeitete, beriet die Landesregierung zum Thema „Umweltmanagement und Kreislaufwirtschaft“. Ein Arbeitskreis<sup>67</sup> behandelte den Aspekt der Produktverantwortung und analysierte anhand des Beispiels Reifen das Thema IPP (Kommission der niedersächsischen Landesregierung 2002).
- **IPP Aktivitäten des Bremer Senats:** Der Bremer Senat ließ 2003 eine Studie zu den Möglichkeiten des Landes Bremen, im Bereich einer IPP aktiv zu werden, erstellen (IKrW/IÖW 2004). Dabei wurde u.a. vorgeschlagen, eine IPP-Koordinierungsstelle einzurichten, IPP in die bremische Förderlandschaft zu integrieren sowie mehrere (Pilot)-Projekte zu Produktforen zu initiieren.

<sup>66</sup> Vgl. <http://www.umweltministerium.bayern.de/daten/forsch/>.

<sup>67</sup> Dieser Arbeitskreis 22 der 4. Regierungskommission setzte sich aus rund 20 Vertretern/innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (u.a. Wirtschaft, Umweltorganisationen, Gewerkschaften) zusammen.

### 3.3.3 Gemeinden und Kommunen

Auf der kommunalen Ebene ist das – auch im IPP-Grünbuch der EU erwähnte – Netzwerk Coup 21 zu nennen, das auf Initiative des Umweltamtes der Stadt Nürnberg in einem Arbeitskreis sich der IPP widmete (Ebert/Janoschka 2003).

## 3.4 Politikreformulierung

Der konzeptionelle und Implementationsstand einer IPP ist nicht so weit fortgeschritten wie in einigen anderen Staaten. Explizite Aktivitäten im Sinne einer Reformulierung früherer Positionen sind aus diesem Grund nicht wahrzunehmen. Allerdings ist die IPP mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert, denen sich Umweltpolitik generell angesichts sich verschlechternder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und struktureller Probleme Deutschlands zu stellen hat. Dies könnte zu einer Betonung wirtschaftlicher (und sozialer) Belange gegenüber ökologischen führen.

## 3.5 Charakterisierung und Beurteilung

Die Beurteilung der IPP in Deutschland muss zwischen einer *konzeptionellen* und *de-facto konstituierenden* Ebene differenzieren: Offenkundig ist das Fehlen eines konzeptionellen Grundgerüsts – einzig das Positionspapier des BLAK (2001) bildet eine Orientierung, die jedoch noch keinen Brückenschlag in Richtung Nachhaltigkeit leistet. De facto verfügt Deutschland jedoch über reichhaltige produktbezogene Erfahrungen und Traditionen, die sich jedoch mit der Herausforderung der Struktur- und Standortdebatte konfrontiert sehen. Dabei zeigt es sich allerdings, dass mit dem Aufkommen des Ansatzes einer IPP nicht notwendigerweise eine Neuausrichtung bestehender oder eine Neueinführung anderer produktbezogener Instrumente einher geht; insofern besitzt Deutschland auf Instrumentenebene noch keinen gemeinsamen IPP-Ansatz.

Die Fortentwicklung einer IPP in Deutschland wird aus unserer Sicht aus verschiedenen Richtungen bestimmt werden:

- **Prioritäten:** Die Bedeutung der Umweltpolitik schlechthin und die Ausgestaltung der Umweltpolitik wird von politischen Konstellationen und der wachsenden Dominanz wirtschaftlicher und – stärker nachgeordnet – sozialer Aspekte geprägt. Die Bedeutung ökologischer Belange droht demgegenüber an Fahrt zu verlieren.
- **Europäische Entwicklung:** Insbesondere die EU wie auch einige andere beispielgebende Mitgliedsstaaten der EU werden die Implementierung einer IPP maßgebend prägen und zu entsprechenden Prioritäten führen. Zuvorderst ist hier die im Abstimmungsstadium zwischen Rat und Parlament befindliche EuP-Richtlinie zu nennen, deren inhaltliche Ausrichtung und Implementierung fast paradigmatisch für den Fortgang einer IPP sein dürfte; daneben könnten auch die EU-Richtlinien über Elektroaltgeräte (EU-Richtlinie 2002/96/EG) (WEEE) und über Stoffverbote (EU-Richtlinie 2002/95/EG) (ROHS) bzw. deren nationale Implementation einen Einfluss ausüben.

- **Komplexität:** Die verschiedenen Konnotationen, die mit dem Begriff der Integration verbunden sind, führen zu einer strukturellen Überlastung einer IPP. Der Fortgang einer IPP wird sich der gezielten Komplexitätsreduktion stellen müssen, um Handhabbarkeit und Fokussierung zu ermöglichen.

Insgesamt dürfte nach unserer Einschätzung in Deutschland in den nächsten Jahren der instrumentell ausgerichtete Fokus einer IPP dominieren. Die Fortentwicklung einer IPP wird sich weniger unter dem gemeinsamen Dach einer IPP finden lassen, sondern einerseits sehr stark in den Bereich des Aktionsplans für nachhaltige Konsumtions- und Produktionsmuster (SCP) eingehen und andererseits in Zusammenarbeit mit Verbraucher- und Gesundheitsschutz erfolgen. Diese Tendenzen könnten etwas gegenläufig durch die Nachhaltigkeitsforschung des Bundesforschungsministeriums beeinflusst werden, das für 2005 innerhalb des „Forschungsprogramms Nachhaltigkeit“ (FONA)<sup>68</sup> eine Ausschreibung zum Thema Produktstrategien anstrebt.

---

<sup>68</sup> Vgl. [www.fona.de](http://www.fona.de).

## 4 Frankreich

### 4.1 Problemwahrnehmung

Produktpolitische Maßnahmen haben in Frankreich vergleichbar zu anderen europäischen Ländern Tradition. Aus dem Blickwinkel eines vorsorgenden Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes fokussierten produktbezogene Maßnahmen in erster Linie auf Gefahrenabwehr. Im Blickpunkt standen daher meist Einzelmaßnahmen bei ausgewählten, weil vordringlich zu behandelnden Produkten (Chemikalien, Lebensmittel, Batterien etc.). Dass neben den offensichtlichen Umwelteinwirkungen einzelner Produkte generell jedes Produkt für gewisse Umweltbeeinträchtigungen verantwortlich zeichnet, wurde erst nach und nach bewusst. Das Paradigma einer präventiven, systematischen Produktpolitik wurde Mitte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts aufgegriffen und als Integrierte Produktpolitik weiterentwickelt.

Der von der europäischen Union initiierte politische Prozess einer Integrierten Produktpolitik hatte Signalwirkung für die Problemwahrnehmung in der französischen Politik. Nachdem die informelle EU-Ministerkonferenz 1999 in Weimar den Startschuss für eine europäische IPP gegeben hatte, wurden auch einige Mitgliedsländer auf nationaler Ebene aktiv – darunter auch Frankreich. Die Anfänge einer eigenständigen französischen IPP lassen sich damit auf das Jahr 2000 datieren.

### 4.2 Politikformulierung

#### 4.2.1 Produktpolitische Akteure

Die Kompetenzen für Fragen des produktbezogenen Umweltschutzes sind in Frankreich bei dem 1971 gegründeten Umweltministerium (heutiger Name: **Ministère de l'Écologie et du Développement Durable - MEDD**) angesiedelt. Über lange Zeit galt das Umweltministerium in der französischen Politik als wenig einflussreich und beschränkte sich darauf, andere Ministerien von der Bedeutung des neuen Politikfeldes Umweltpolitik zu überzeugen. Der erste französische Umweltminister Robert Poujade charakterisierte sein Ministerium denn auch als „le ministère de l'impossible“ (Poujade 1975). Im Laufe der Zeit konnte sich das Ministerium jedoch etablieren und über mehrfache interne Umstrukturierungen seinen Einfluss in der französischen Politikgestaltung stärken. Die Strukturreformen wurden insbesondere zu Beginn der neunziger Jahre forciert.

Zum einen wurde das Ministerium im zentralstaatlichen Frankreich dezentral verankert. Umweltminister Lalonde initiierte 1990 die Gründung von in jeder Region angesiedelten Außenstellen des Ministeriums. Diese so genannten Direction régionale de l'environnement (DIREN) bilden eine Scharnierfunktion zwischen zentralstaatlicher und kommunaler Politik. Die Aufgabenbereiche der Regionaldirektionen umfassen Naturschutz, Architektur und Raumplanung sowie wasserrechtliche Aspekte. Zusammen mit dem Wirtschaftsministerium wurden darüber hinaus in den einzelnen Regionen Direction régionales de l'industrie, de la recherche et de

l'environnement (DRIRE) eingerichtet mit industriepolitischen Aufgaben (bspw. Gesetzesvollzug, Betriebsüberwachung).

Zum anderen wurde die innerministerielle Struktur des Umweltministeriums mehrfach zu Beginn der 90er Jahre geändert. Produktpolitische Aufgabengebiete sind dabei der Abteilung *Direction de als prévention des pollutions et des risques (DPPR)* zugeordnet. Zunächst lag der Schwerpunkt allerdings auf sauberen Technologien und abfallspezifischen Fragen. Im Zuge einer Umstrukturierung wurde 1993 die Unterabteilung „Produkte und Abfall“ im Rahmen der DPPR gegründet. Dieser Unterabteilung sind folgende drei Dienststellen zugeordnet:

- Umweltqualität von Produkten (Bureau de la qualité écologique des produits)
- Stoffe und chemische Verfahren (Bureau des substances et préparation chimiques)
- Abfallplanung und -management (Bureau de la planification et de la gestion des déchets)

Die Dienststelle Umweltqualität von Produkten befasst sich mit Fragen einer Integrierten Produktpolitik. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Förderung umweltschonender Produktentwicklung, Abfallmanagement, Methoden der umweltbezogenen Produktbewertung sowie Zertifizierung und Labelling von Produkten. In der Dienststelle ist eine Person mit Fragestellungen einer IPP befasst.

Das 1992 als öffentliche Einrichtung gegründete Amt für Umwelt und Energieeffizienz (**Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie – ADEME**) kann als operativer Arm des Umweltministeriums bezeichnet werden. Als eine dezentral organisierte Behörde ist ADEME in allen Regionen Frankreichs präsent. Zu den Aufgaben der Behörde zählen vornehmlich Durchführung bzw. Unterstützung von Forschungsaktivitäten in den Bereichen Abfall und Recycling, Boden, Luft, Lärm sowie Energieeffizienz. Über die Bereiche Abfall und Energieeffizienz führt ADEME eine Reihe von IPP-relevanten Tätigkeiten aus. So fördert die Behörde beispielsweise Entwicklung, Umsetzung und Diffusion von Ökodesign, umweltfreundliche Beschaffung im privaten und öffentlichen Bereich, Produktkennzeichnung (Eco-labels, Produktdeklarationen), Umweltmanagementsystemen oder Akteurskooperationen.

Im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als eine Anforderung des Weltgipfels von Rio 1992 wurden verschiedene Institutionen etabliert. Direkt im Anschluss an den Rio-Gipfel wurde 1992 die **Commission Française du Développement Durable (CFDD)** als Konsultativorgan geschaffen und dem Premierminister unterstellt. Die CFDD erarbeitete allgemeine Berichte zur Nachhaltigkeitssituation in Frankreich im Vorfeld der 1996 vorgelegten französischen Nachhaltigkeitsstrategie. Mittlerweile konzentriert sich die Arbeit auf themenbezogene Expertise (bspw. Wasser). Im Jahr 2003 wurde das **Comité Interministériel pour le Développement Durable (CIDD)** gegründet. Zur Aufgabe der CIDD gehört es, die Politiken einzelner Fachministerien in Bezug zur Nachhaltigkeitsstrategie zu überprüfen.

#### 4.2.2 Produktpolitische Politikformulierung

Das Politikfeld Integrierte Produktpolitik kam in Frankreich durch die EU-Initiative Ende der neunziger Jahre auf die politische Agenda. Die Entwicklung einer französischen IPP lässt sich in zwei Phasen untergliedern: Ausloten eines nationalen IPP-Prozesses im Rahmen eines Son-

dierungsvorhabens durch externe Politikberater (2000 – 2003); Integration von produktpolitischen Politikzielen in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie (2003 –).

#### 4.2.2.1 Sondierung eines französischen IPP-Prozesses

Auf politischer Ebene wurde durch die Europäische Kommission Ende der neunziger Jahre ein europäischer IPP-Prozess initiiert. Unter deutscher EU-Präsidentschaft wurde auf der informellen Umweltministerkonferenz 1999 in Weimar dafür die Grundlage geschaffen. Der europäische Impuls veranlasste einige Mitgliedsländer – darunter auch Frankreich – die Möglichkeiten für die Initiierung und Ausgestaltung eines nationalen IPP-Prozesses zu sondieren. Vom französischen Umweltministerium wurde 2000 ein solches Sondierungsvorhaben in Auftrag gegeben. Das von der Unternehmensberatung Athur Andersen durchgeführte Sondierungsvorhaben beinhaltet folgende Schwerpunkte (Andersen 2001, II<sup>69</sup>, 2):

- Analyse der Kernelemente einer Integrierten Produktpolitik sowie problemorientierte Situationsanalyse einer IPP in europäischen Vorreiterländern,
- Diffusion der Ergebnisse in Form eines Syntheseberichts unter ca. 60. verschiedenen Interessengruppen,
- Diskussion mit Stakeholdern im Rahmen eines eintägigen Workshops und Experteninterviews,
- Erarbeiten von Handlungsempfehlungen für einen französischen Weg einer IPP.

Die Autoren der Studie lehnen sich in ihrem IPP-Verständnis an der auf der Weimarer Umweltministerkonferenz der Europäischen Union vereinbarten IPP-Definition an. Demnach ist Integrierte Produktpolitik „public policy which aims at or is suitable for continuous improvement in the environmental performance of products and services in a life-cycle context“ (BMU 1999c, 3). Gemäß den Autoren der französischen IPP-Studie basiert IPP auf den Kernprinzipien Lebenswegorientierung, Marktorientierung sowie Koordination und Integration in bestimmte Sektorpolitiken (Produktion, Transport, Energie, Arbeitsbedingungen, Verbraucherschutz). IPP wird dabei als wesentliches Politikkonzept mit dem Fokus auf die Dimensionen Umwelt und Ökonomie der übergeordneten Strategie einer nachhaltigen Entwicklung untergeordnet.

Die Bestandsaufnahme einer IPP in ausgewählten europäischen Ländern – namentlich Skandinavien, Deutschland, Großbritannien und Italien – identifiziert zunächst die allen Ländern gemeinsamen problemorientierten Begründungen für die (nationale) Notwendigkeit eines IPP-Ansatzes (Andersen 2001, I, 7):

- Fehlende Berücksichtigung der Produktperspektive in derzeit existierenden sektororientierten Umweltpolitiken,
- Stetig steigender Konsum und Abfall,
- Schrittweise Ausschöpfung energetischer, biotischer und abiotischer Ressourcen,

---

<sup>69</sup> Die Studie ist in zwei Teile (Bestandsaufnahme, Handlungsempfehlungen) mit jeweils neuer Seitennummerierung unterteilt. Diesem Umstand wird in der Zitierweise durch Indikation I (erster Teil) und II (zweiter Teil) vor der Seitenzahl Rechnung getragen.



- Industrieller Strukturwandel,
- Wachsendes umweltorientiertes Konsumentenverhalten,
- Notwendigkeit, eines integrierten Ansatzes entlang des Produktlebensweges.

Dabei wird konstatiert, dass die Vorreiterländer in ihren nationalen IPP-Strategien jeweils eigene Schwerpunkte setzen; sich somit ein äußerst heterogenes Bild einer europäischen IPP ergibt. Die Bestandsaufnahme der europäischen IPP-Landschaft wurde im Rahmen der französischen Sondierungsstudie intensiv mit interessierten Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert. Dieser Konsultativprozess bildete die Grundlage für die Erarbeitung eines französischen IPP-Konzepts. Daran anschließend wurde von den Autoren der Sondierungsstudie Handlungsempfehlungen für eine französische IPP erarbeitet.

Zunächst wurde basierend auf der Partizipation der Stakeholder der konzeptionelle Rahmen einer französischen IPP definiert. Dabei standen eine ziel-, umsetzungs- und akteursorientierte Perspektive im Vordergrund. Die zielorientierte Perspektive fokussierte darauf, mit welchem Ziel eine französische IPP initiiert werden sollte. Dabei wurden zwei Zielrichtungen betont: zum einen die Erarbeitung eines kohärenten Referenzrahmens, der die Integration verschiedener Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft erlaube. Zum anderen die Entwicklung eines IPP-Ansatzes, der dem Paradigma einer präventiven Umweltpolitik verpflichtet ist. Die umsetzungs- bzw. instrumentenorientierte Perspektive akzentuierte die instrumentellen Schwerpunkte einer möglichen französischen IPP-Politik. Hervorgehoben wurden produktorientierte Umweltmanagementsysteme, umweltorientierte private und öffentliche Beschaffung, Selbstdeklarationen von Unternehmen sowie freiwillige (Sektor-) Vereinbarungen zwischen Staat und Industrie im Hinblick auf relevante Umweltprobleme. Seitens der Stakeholder wurde betont, dass eine zu starke Ausrichtung auf regulative Maßnahmen nicht förderlich sei. Die akteursorientierte Perspektive fragte danach, wer federführend für die instrumentelle Ausgestaltung verantwortlich sei, und an wen IPP-relevante Maßnahmen zu adressieren sind. Während die Instrumentenverantwortung vor allem Politik und Wirtschaft (Industrie, Handel) zugeschrieben wurde, sollten sich Maßnahmen einer IPP an alle am Produktlebensweg beteiligten Akteure richten (Politik, Industrie, Handel, Konsumenten, Verbände). Im Vergleich zu IPP-Konzepten in anderen europäischen Mitgliedsländern bzw. auf Ebene der europäischen Union fällt der ausgeprägte Wunsch nach einem kohärenten Referenzrahmen für eine französische IPP auf. Allerdings bleibt unklar, wie dieser Referenzrahmen ausgestaltet werden soll (gesetzlicher Verankerung, Festlegen von (quantitativen) Zielvorgaben etc.).

In einem zweiten Schritt wurden strategische Handlungsempfehlungen für die weitere Ausgestaltung eines französischen IPP-Konzepts erarbeitet. Zu unterscheiden war zunächst zwischen einer französischen IPA-Strategie und einer französischen IPP-Position. Diese beiden Ansätze unterscheiden sich nach dem Grad der kohärenten Ausarbeitung sowie der Verpflichtung. Während eine IPP-Strategie einen proaktiven Handlungsrahmen für einen eigenen, nationalen Politikprozess aufzeigt, grenzt sich eine IPP-Position eher gegenüber anderen Politikinitiativen – vor allem gegenüber jener der Europäischen Union – ab. Auf Wunsch des französischen Umweltministeriums wurde eine nationale IPP-Strategie von den Autoren konkretisiert.

Die Andersen-Studie schlägt zwei strategische Achsen als Handlungsempfehlung für eine zukünftige, langfristig ausgerichtete französische IPP vor. Mit einem Bündel angebotsseitiger (1. Achse) und nachfrageseitiger (2. Achse) soll eine umfassende Markttransformation zugunsten nachhaltiger Warenangebote und Konsummustern herbeigeführt werden (vgl. Tab. 4.1).

Angebotsseitig werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf die Phase der Produktentwicklung, unternehmerische Verantwortung, ökologische Produktbewertung und marktliche Wettbewerbsfähigkeit abzielen. Damit ökologische Designprinzipien frühzeitig in den Prozess der Produktentwicklung berücksichtigt werden, sollen – auch über kontinuierliche Zusammenarbeit nach dem Vorbild der dänischen *product panels* – Ökodesign-Konzepte entwickelt und kommuniziert werden. Die unternehmerische Verantwortung soll im Rahmen glaubwürdiger und zielorientierter freiwilliger Vereinbarungen verankert werden. Produktorientierte Umweltmanagementsysteme nach dem Vorbild der dänischen POEMS<sup>70</sup> können über eine unabhängige Zertifizierung den ökologischen Mehrwert auf dem Markt transparent machen. Auch mit so genannten Selbstdeklarationen soll die Sichtbarkeit des ökologischen Profils von Produkten und Dienstleistungen deutlicher werden. Die in der ökologischen Produktpolitik diskutierte Strategie einer „Dematerialisierung“, d.h. ein Ersatz von bzw. Ergänzung mit ökoefizienten Dienstleistungen wird ebenfalls propagiert. Interessanterweise werden von den Autoren auch Sanktionsmaßnahmen für diejenigen Unternehmen vorgeschlagen, die keine freiwilligen Maßnahmen für eine stetige ökologische Verbesserung ihrer Produkte durchführen. Diskutiert wurden bspw. Quotenregelungen für Recycling, Abfall und Sekundärstoffe, Gewichtsobergrenzen oder Transportbegrenzungen.

**Tab. 4.1:** Strategische Handlungsempfehlungen für eine französische IPP  
(Quelle: in Anlehnung an Andersen 2001, II, 4)

Strategische Ausrichtung	Instrumente und Maßnahmen
Stärkung des ökologischen Produktangebots	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Entwicklung und Diffusion von Ecodesign-Konzepten</li> <li>▪ Förderung freiwilliger Maßnahmen (freiwillige Vereinbarungen, produktorientierte Umweltmanagementsysteme)</li> <li>▪ Entwicklung von produktbezogenen Umweltprofilen</li> <li>▪ „Dematerialisierung“ von Produkten durch Dienstleistungen</li> <li>▪ Sanktionsmaßnahmen für Unternehmen, die sich nicht bei freiwilligen Maßnahmen zur Stärkung ökologischer Warenangebote engagieren</li> <li>▪ Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von umweltverträglichen Produkten durch Internalisierung der Kosten</li> </ul>
Stärkung der ökologischen Produktnachfrage	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sensibilisierung des Konsumenten für umweltfreundliche Produkte durch Kommunikationsmaßnahmen</li> <li>▪ Diffusion von Best-Practise-Beispiele für ökologische Beschaffung</li> <li>▪ Formalisierung und Integration von Umweltaspekten für den Bereich öffentliche Beschaffung</li> <li>▪ Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von umweltverträglichen Produkten durch Internalisierung der Kosten</li> </ul>

<sup>70</sup> In mehreren Pilotprojekten wurde in den Niederlanden der Ansatz produktorientierter Umweltmanagementsysteme entwickelt (Product-related Environmental Management Systems – POEMS).

Nachfrageseitig stehen insbesondere „weiche“ Instrumente zur ökologischen Sensibilisierung unterschiedlicher Konsumentengruppen im Vordergrund. Zum einen wird ein Bündel von Kommunikationsmaßnahmen vorgeschlagen, die die Sensibilisierung des privaten Endverbrauchers für ökologischen Konsum stärken helfen. Ökologischer Konsum umfasst sowohl das Einkaufsverhalten mit der Stärkung der Nachfrage nach umweltverträglicheren Produkten wie auch der ressourcenschonende Umgang mit Produkten in der Phase der Nutzung und Entsorgung. Die Handlungsempfehlungen beinhalten bspw. eine kontinuierliche quantitative Sozialforschung über ökologische Kundenanforderungen, Unterstützung von Nachhaltigkeitskampagnen bei Verbraucherverbänden, Informationsmaterial (Broschüren, Internet) über umweltfreundliches Nutzungsverhalten bei bestimmten Produkten sowie eine Verankerung ökologisches Konsumentenverhalten im Bildungswesen. Zum anderen wird insbesondere die öffentliche Beschaffung in den Blick genommen. Durch Diffusion von *best-practise*-Beispielen und eine Verankerung ökologischer Beschaffungskriterien im europäischen wie nationalen Wettbewerbs- und Beschaffungsrecht soll mittelfristig ein Nachfragesog für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen geschaffen werden. Darüber hinaus sehen die Autoren die Internalisierung der (Umwelt-) Kosten als die „beste Lösung zur Förderung umweltverträglicher Produkte und Dienstleistungen“ (ebd. II, 21, Übersetzung der Verf.). Allerdings bleiben die Vorschläge zur Umsetzung der Kosteninternalisierung recht vage.

#### 4.2.2.2 Integration in nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Die Anfänge einer nationalen Umweltplanung in Frankreich datieren auf das Jahr 1990 als der erste nationale Umweltplan veröffentlicht wurde. In der Nachfolge des Weltgipfels in Rio de Janeiro 1992 stand die Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf der politischen Agenda nationaler Regierungen. Eine erste Version einer französischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde 1996 vorgestellt, führte aber nicht zu einer Verabschiedung durch das Kabinett. Im März 2002 wurde ein zweiter Entwurf präsentiert, der am 3. Juni 2003 von der französischen Regierung angenommen wurde. Die Einschätzung der französischen Nachhaltigkeitsstrategie differiert unter Beobachtern. Während zum einen der sehr begrenzte öffentliche Diskursprozess sowie ein fehlender inhaltlicher Zusammengang und Umsetzungspläne kritisiert wurden (Göll/Long Thio 2004, 82), sieht Bachmann die französische Nachhaltigkeitsstrategie als ein Beispiel für modernes Regierungshandeln im Bereich nachhaltige Entwicklung (Bachmann 2002).

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie ist unterteilt in je einen strategisch-zielorientierten und einen handlungsorientierten Teil. Zunächst werden in sechs so genannten strategischen Achsen die programmatischen Schwerpunkte bzw. Zielsetzungen festgelegt. Diese umfassen bspw. den Bürger als Akteur einer nachhaltigen Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf Partizipation und Bildung oder die Neudefinition des Staates in Abkehr des traditionell hierarchisch ausgerichteten *command & control*-Staatsverständnisses.

Die französische Nachhaltigkeitsstrategie ist insofern interessant, da produkt- und konsumbezogene Zielsetzungen und Aspekte in diesen Bereich aufgenommen wurden. Damit wurde der 2000 eingeleitete nationale IPP-Prozess in den Nachhaltigkeitsprozess integriert. Allerdings geht mit der Überführung in die Nachhaltigkeitsstrategie auch eine Namensänderung einher. Der Begriff „Integrierte Produktpolitik (IPP) taucht in der Nachhaltigkeitsstrategie nur einmal auf, ohne allerdings besonders betont zu werden (CIDD 2003, 29). Produktbezogene Nachhaltig-

keitspolitik firmiert vielmehr unter dem seit dem Post-Johannesburg-Prozess sich etablierenden Terminus Produktions- und Konsummuster. Die so genannte dritte strategische Achse fokussiert nämlich auf den Bereich wirtschaftliche, unternehmerische und konsumbezogene Aktivitäten. Die große Herausforderung für Unternehmer wie Konsumenten – gemäß den Autoren der Nachhaltigkeitsstrategie – sei das Erreichen eines wirtschaftlichen Wachstums unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit zugunsten aller. Fünf generelle Zielsetzungen wurden im Bereich unternehmerische und konsumbezogene Aktivitäten (3. Achse) formuliert:

Als erste Zielsetzung wurde die *Förderung des Engagements aller Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung* formuliert. Konkret sollen mit verschiedenen Verbandsvertretern gemeinsame Vorgehensweisen bezüglich den Themen Treibhauseffekt, ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen, industrielle Risiken, Gesundheitsschutz, Reduktion des Energie- und Wasserverbrauchs, Abfall sowie Innovationsförderung erarbeitet werden. Als besondere Zielgruppe sind klein- und mittelständische Unternehmen vorgesehen. Darüber hinaus sind von Seiten der staatlichen Administration – vornehmlich durch ADEME – Wissenstransferleistungen wie Best-practise-Diffusion vorgesehen.

Die zweite Zielsetzung fokussiert auf die *Integration einer nachhaltigen Entwicklung in Produktions- und Konsummuster von Gütern und Dienstleistungen*. Ansatzpunkte sind Innovation und Diffusion im Bereich Ökodesign sowie der Bereich ökologische Produktkennzeichnung zur Sensibilisierung der Konsumenten. Es ist geplant, sektor- bzw. produktgruppenspezifische Ökodesignleitlinien zu erarbeiten mit dem Ziel, bis 2007 über wenigstens einen Guide pro Sektor und Produktfamilie zu verfügen. Bis zum Ende des Jahres 2004 sollen bereits zehn solcher Handbücher vorhanden sein. Im Bereich Produktkennzeichnung ist vorgesehen, dass bis Ende 2004 die Anzahl der Produktgruppen, für die das Umweltzeichen „NF Environnement“ erhältlich ist, von 35 auf 70 verdoppelt werden. Auch sollen den ersten fünf Unternehmen, die im Rahmen einer neuen Produktgruppe das Umweltzeichen beantragen, die Kosten erstattet werden. Weitere Maßnahmen sehen Forschungsprogramme zum produktbezogenen Umweltschutz, Harmonisierung existierender Kennzeichnungen mit entsprechenden ISO-Normen (ISO 14020 und ISO 14021) sowie abfallbezogene Aktivitäten vor.

Die dritte Zielsetzung dient der *Förderung von Innovation und Firmengründungen für den Bereich nachhaltiger Technologien*. Vornehmlich durch Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sollen Unternehmen auf das Entwicklungs- und Absatzpotential umweltfreundlicher Technologien aufmerksam gemacht sowie technische Regeln und Normen auf ihre innovative Anreizwirkung überprüft werden.

Mit der vierten Zielsetzung wird die *soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen im Sinne von „Good Governance“* akzentuiert. Im Mittelpunkt steht dabei die Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung. Zunächst wird eine französische Definition zur sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen in Zusammenarbeit mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet und in den internationalen Corporate Social Responsibility (CSR)-Prozess eingebracht. Die gesetzlichen Anforderungen im Bereich Unternehmens

berichterstattung werden evaluiert (Artikel 116 des Gesetzes zur neuen Wirtschaftsregulierung<sup>71</sup>) sowie soziale und ethische Anforderungen an den Finanzmarkt erarbeitet.

Die fünfte Zielsetzung widmet sich dem *staatlichen Instrumentarium zur Ausarbeitung wirksamer Anreizmechanismen für eine nachhaltige Entwicklung*. So sollen die Einwirkungen staatliche Maßnahmen auf die nachhaltige Entwicklung evaluiert, sektorspezifische fiskalische Anreizstrukturen in den Bereichen Transport sowie Bauen und Wohnen sondiert und ökologische Kriterien wie bspw. Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems in die Vergabegrundlagen staatlicher Hilfen integriert werden.

Insgesamt scheint der Ansatz produkt- und konsumbezogener Politiken in der französischen Nachhaltigkeitsstrategie thematisch breit gefächert und ambitioniert. Anders als etwa in Deutschland wurde der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Transformation des Marktgeschehens große Aufmerksamkeit geschenkt und als eigenständige, langfristig angelegte strategische Zielsetzung definiert. Die Handlungsansätze konzentrierten sich auf angebots- wie nachfrageseitige Aspekte des Marktgeschehens, indem die Bereiche Technologien, Finanzmärkte, Produktentwicklung, Bedürfnisfelder, politisch-institutionelle Rahmenbedingungen und Konsumentenbewusstsein in Richtung nachhaltiges Handeln gefördert werden sollen. Allerdings ist Vorsicht im Hinblick auf den Verbindlichkeitsgrad bei der Zielerreichung geboten. Inzwischen wurde bspw. deutlich, dass die avisierten Aktivitäten im Bereich Produktkennzeichnung jeglicher ernsthaften Umsetzung entbehren. Die Verdopplung der Anzahl der Produktgruppen beim französischen Umweltzeichen von 35 auf 70 und die Freistellung der ersten fünf Antragsteller bei einer neuen Produktgruppe findet (vorerst) nicht statt – wenn dies denn jemals ernsthaft ins Auge gefasst worden ist. Der Grund: Keine ausreichenden finanziellen Ressourcen. So bleibt es dabei, dass wie bisher allenfalls zwei bis drei neue Produktgruppen pro Jahr für das französische Umweltzeichen erarbeitet werden. Sollte dieses Beispiel Schule machen, ist der Vertrauensvorschuss in die Umsetzungsfähigkeit der französischen Nachhaltigkeitsstrategie schnell verspielt.

Mit der zweiphasigen Politikformulierung – Sondierung eines nationalen IPP-Ansatzes und der nachfolgenden Integration in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie – scheint eine Akzentverschiebung in der französischen IPP-Politik stattgefunden zu haben. IPP ist nach der Einbettung in die Nachhaltigkeitsstrategie offiziell nicht mehr als eigenständiger Ansatz wahrnehmbar. Allerdings wird der IPP-Prozess intern durchaus weitergeführt. Im Oktober 2004 wurde von dem federführenden Referat (Büro für Umweltqualität von Produkten) eine inoffizielle Definition einer IPP erarbeitet, die im Wortlaut wiedergegeben wird (MEDD 2004).

„Integrierte Produktpolitik (englisch: Integrated Product policy oder IPP) zielt darauf ab, die Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen über den gesamten Lebensweg zu reduzieren. Es ist ein präventiver, multikriterienorientierter Ansatz (Wasser, Luft, Boden, Lärm, Abfall, Primärstoffe, Energie...), der – gestützt auf die Mechanismen des Marktes – danach strebt, Umweltaspekte in Produktions- und Konsummuster zu integrieren. IPP strebt eine ökologische Verbesserung aller Produkte und Dienstleistungen an und beschränkt sich demnach nicht nur auf die Förderung der umweltverträglichsten Produkte.

IPP impliziert im großen Maßstab einen Prozess der Sensibilisierung von allen Akteuren des ökonomischen Lebensweges: Produzenten, Handel, Konsumenten, öffentliche und private Beschaffer. IPP impliziert gleichzeitig für Entwickler und Designer, dass sie den „Lebensweg-Ansatz“ (d.h. Berücksichtigung der Umweltauswirkungen über den gesamten Lebensweg) in ihre Produkt- und Dienstleistungs-

---

<sup>71</sup> Loi sur les nouvelles régulations économique (NRE).

entwicklung integrieren (Eco-design). (...) Die praktischen Auswirkungen einer IPP hängen in erster Linie von folgenden Faktoren ab: (1) Komplementarität von regulatorischen und freiwilligen Maßnahmen, (2) Homogenität bzw. Disparität einer IPP-Anwendung auf Ebene der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedsländer.“ (*eigene Übersetzung des Verf.*)

Gegenüber anderen IPP-Definitionen ist die Betonung des präventiven und multikriterienorientierten Ansatzes im französischen Verständnis hervorzuheben. Dahinter verbirgt sich der integrative, lebenswegbezogene Charakter einer IPP. Gleichwohl bleibt unklar, wie die unterschiedlichen Umwelteinwirkungsfaktoren priorisiert werden. Mit der ausschließlichen Fokussierung auf Marktmechanismen wird deutlich, dass das französische Umweltministerium die im Rahmen der Anderson-Studie erarbeiteten Vorschläge für Sanktionsmechanismen seitens des Staates nicht aufnimmt. Kurz: Zuckerrohr statt Peitsche. Allenfalls auf Komplementarität ausgerichtete regulatorische Politik wird in Betracht gezogen.

### 4.3 Politikimplementierung

Die französische Administration hat verschiedene produktpolitische Themenschwerpunkte gesetzt, auf die sich ihre Aktivitäten konzentrieren. Diese zielen in erster Linie auf die Sensibilisierung unterschiedlicher Akteure und sind auf Freiwilligkeit ausgelegt. Anders als die Handlungsempfehlungen der externen Politikberatung (Anderson-Studie) verzichtet das Umweltministerium bislang auf ein kohärentes, genuin nationales Rahmenkonzept. Es werden weder Zielstrukturen oder Priorisierungen hinsichtlich bestimmter Produktgruppen noch ein regulatorischer Rahmen festgelegt. Das Prinzip der ergänzenden, freiwilligen Maßnahmen dominiert. Die IPP-Aktivitäten knüpfen damit nicht unmittelbar an bereits existierende Sektorpolitiken – bspw. Gefahrstoffe in der Chemikalienpolitik – an.

Mit den vier Schwerpunkten *ökologische Konsumenteninformation*, *ökologische Produktentwicklung – Ecodesign*, *Umweltmanagementsystem* und *öffentliche bzw. gewerbliche Beschaffung* verfolgt die französische IPP-Strategie einen angebots- wie nachfrageseitigen instrumentellen Ansatz. Im Einzelnen wurden folgende Arbeitsschwerpunkte definiert (MEDD 2004):

- Förderung freiwilliger Maßnahmen
- Methoden und Werkzeuge für ökologische Produktentwicklung (Ecodesign)
- Sensibilisierung für Ecodesign sowie Integration in französisches Bildungswesen
- Internationalisierung der Umweltkosten, insbesondere im Bereich Abfall
- Übergang von einem Produkt- zu einem Dienstleistungsangebot
- Förderung von produktorientierten Umweltmanagementsystemen (POEMS – product-oriented environmental management systems)
- Verbraucher- und Konsumentenbildung
- Ökologische Produktinformation
- Umweltverträglicher öffentlicher und privater Einkauf

### **Schwerpunkt Ökologische Konsumenteninformation**

Auf Betreiben des Umweltministeriums wurde am 3. Februar 2004 die *Association Consodurable* gegründet. Ziel des Verbandes ist die Information des Konsumenten in Bezug auf nachhaltigkeitsverträgliche Produkte und Dienstleistungen. Darüber hinaus sollen freiwillige Aktivitäten zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung durch Synergieeffekte zwischen Produzenten und Konsumenten gefördert werden. Der Verband besteht aus einer Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Mitglieder<sup>72</sup>. Im Zentrum der Arbeit des Verbandes steht die Konsumenteninformation mit Hilfe eines Internetportals. Am 23. Juni 2004 wurde die Internetplattform [www.consodurable.org](http://www.consodurable.org) eröffnet. Die Seite informiert umfassend über spezifische Aktivitäten und Hintergründe zum Thema nachhaltiger Konsum. So werden verschiedene ökologische Produktkennzeichnungen vorgestellt (Umweltzeichen, Selbstdeklarationen), ein umfassendes Glossar zum Thema Nachhaltige Entwicklung und Produkte bereitgestellt, ein Test zur Überprüfung des eigenen Umweltverhaltens angeboten oder bedürfnisfeldorientierte Themen des nachhaltigen Konsums in Form von so genannten Ecolettres aufbereitet. Darüber hinaus haben Unternehmen die Möglichkeit, über ihre Aktivitäten zu informieren und ihre umweltverträglichen Produkte zu bewerben. Über die Rezeption des neuen Informationsportals existieren bislang noch keine Informationen. Auch ist nicht bekannt, ob begleitend eine Evaluation bzw. ein Monitoring durchgeführt wird, um stetige Verbesserungspotentiale zu eruieren bzw. Informations- und Lerneffekte initiiert durch die Plattform transparent zu machen.

Im Bereich ökologische Produktkennzeichnung wird in Frankreich weiterhin das seit 1992 existierende nationale Umweltzeichen (Norme Française Environnement) sowie das europäische Umweltzeichen gefördert. Im Rahmen des NF Environnement existieren derzeit 22 Produktgruppen mit ca. 150 zertifizierten Produkten. Das europäische Umweltzeichen wird parallel in Frankreich beworben. So wurde bspw. eine groß angelegte Kampagne für das europäische Umweltzeichen vom 18. bis 24. Oktober 2004 lanciert. Frankreich ist mit derzeit 40 Zeichenernehmer für die europäische Umweltblume an dritter Stelle im europäischen Ländervergleich (nach Italien und Dänemark).

### **Schwerpunkt ökologische Produktentwicklung – Ecodesign**

Ein Schwerpunkt der französischen Produktpolitik fokussiert auf die Integration ökologischer Prinzipien in die Produktentwicklung. Der unter dem Namen Ecodesign (*éco-conception*) firmierende präventive Ansatz soll flächendeckend in unterschiedlichen Branchen und Sektoren bei den Produktdesignern Berücksichtigung finden. Das französische Engagement im Bereich Ecodesign geht allerdings bereits auf die frühen neunziger Jahre zurück und wurde nicht erst durch den IPP-Diskurs initiiert. Bereits 1998 veröffentlichte etwa die französische Normungsbehörde (AFNOR 1998) die Dokumentation FD X 30-310 über Prinzipien und Methoden des Ecodesign.

---

<sup>72</sup> Ministère délégué aux PME, au commerce, à l'artisanat, aux professions libérales et à la consommation; Ministère chargé de l'Ecologie et du Développement Durable; Nathalie KOSCIUSKO-MORIZET, Député; Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie (ADEME); Institut National de la Consommation (INC); Association Française de Normalisation (AFNOR); La Présidente du Conseil National du Développement Durable; Association Nationale des Industries Alimentaires (ANIA); Mouvement des entreprises de France (MEDEF); Fédération des entreprises du Commerce et de la Distribution (FCD); Association Française des Industries de la Détergence, de l'Entretien et de l'Hygiène (AFISE); Comité de Liaison des Industries de Main d'Oeuvre (CLIMO); Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises (CGPME); Fédération des Industries Electriques Electroniques et de la Communication (FIEEC); Comité de Liaison des Industries Françaises de l'Emballage (CLIFE); Association Débats et Dossiers pour le Développement Durable (4D).

Das französische Umweltministerium strebt an, Ecodesign innerhalb der Industrie weit zu verbreiten und hat aus diesem Grund eine enge Beziehung zwischen dem Umweltministerium und der französischen Umweltagentur (ADEME) aufgebaut. Jüngst startete ADEME das Projekt "Eco-conception", das eine Einführung des Ecodesigns in möglichst vielen Unternehmen – unabhängig von Größe und Branche – anvisiert. ADEME unterstützt Unternehmen bei der Implementierung und erarbeitet Veröffentlichungen und Leitfäden. So hat die Agentur hinsichtlich des Ökodesigns von Produkten ein Hilfsprogramm für Unternehmen entwickelt und einen Katalog mit 90 *best-practise*-Beispielen herausgegeben. Zusätzlich werden Pilotvorhaben von 29 Unternehmen unterschiedlicher Sektoren unterstützt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Entwicklung von Software im Bereich des Ecodesigns. So wurde das Softwaretool EIME (Évaluation de l'Impact sur l'Environnement) zusammen mit Vertretern der Elektroindustrie, und das Softwaretool EDIT (Eco Design Interactive Tools) mit Vertretern der Automobilindustrie entwickelt. Eine Zusammenstellung vorliegender Eco-design-Softwareprogramme hat gezeigt, dass in Frankreich im Vergleich zu Deutschland, USA oder Skandinavien kaum eigen entwickelte Software vorlag (Janin 2000). Auch wurde mit der Entwicklung einer vereinfachten Ökobilanzmethode – so genannte ESQCV (Evaluation simplifiée et qualitative du cycle de vie) – der Schwerpunkt auf Umsetzung und Anwendbarkeit in Industrie und Wirtschaft gelegt. Darüber hinaus wurde 2004 von ADEME ein Forschungsprogramm ausgeschrieben, das explizit dazu beitragen soll, Umweltkriterien in der Phase der Produktentwicklung zu berücksichtigen. Für die Zukunft ist geplant – und in der Nachhaltigkeitsstrategie fest geschrieben –, dass für alle Sektoren ein Handbuch zum Ecodesign vorliegen wird.

Insgesamt ist der französische Ecodesignansatz auf einfache Handhabbarkeit in Unternehmen ausgerichtet. Die auf Freiwilligkeit basierende Initiative stellt Umsetzungsangebote in den Vordergrund. Im Mittelpunkt stehen einfache Methoden und Instrumente, *best-practise*-Diffusion sowie finanzielle Unterstützung.

### **Schwerpunkt Umweltmanagementsysteme**

Ein weiterer Schwerpunkt produktbezogener Umweltpolitik verbindet sich mit der Förderung von Umweltmanagementsystemen nach ISO 14.001 bzw. EMAS. ADEME unterstützt in Kooperation mit anderen Akteuren unternehmerische Initiativen im Bereich des Umweltmanagements. Im Jahr 2003 hat die Agentur zum einen 580 Unternehmen bei der Realisierung einer Umweltbestandsaufnahme begleitet, zum anderen hat sie 392 Unternehmen bei dem Aufbau eines Umweltmanagementsystems geholfen. Im Jahr 2003 waren insgesamt 2.750 Unternehmen in Frankreich nach ISO bzw. EMAS zertifiziert. Dabei ist das europäische Umwelt-Audit mit insgesamt 25 Zertifizierungen allerdings fast bedeutungslos.

**Abb. 4.1:** Éco-profil-Kennzeichnung (Prosign)





Reine Umweltmanagementsysteme haben keinen unmittelbaren Produkt- und Dienstleistungsbezug. Sie können nicht als Instrument einer Integrierten Produktpolitik im engeren Sinne verstanden werden. Allerdings gibt es Überlegungen, produktbezogene Aspekte in Umweltmanagementsysteme zu integrieren. Bereits Anfang der neunziger Jahre wurde in den Niederlanden dieser Ansatz diskutiert und 1995 eine Reihe von Pilotprojekten unternommen. Die französische Sondierungsstudie nahm diesen Ansatz als ein erfolg versprechendes produktpolitisches Instrument auf. Das französische Umweltministerium und ADEME haben „le management environnemental, approche produits“ (product oriented environmental management systems – POEMS) aufgegriffen. Nach deren Verständnis zielen POEMS darauf ab, Umweltauswirkungen von Produkten (Dienstleistungen und Güter) entlang des gesamten Lebensweges zu optimieren (ADEME 2002b). Bezüglich der Integration produktbezogener Aspekte rekurriert dieser Ansatz allerdings auf konventionelle produktpolitische Instrumente. Unter dem ‚approche produits‘ werden Ecodesign und produktbezogene Umweltinformationssysteme (PUIS) subsumiert. Derzeit konzentriert sich ADEME auf so genannte ‚éco-profil‘. Dies sind Produktkennzeichnungen in Anlehnung an Umweltdeklarationen von Unternehmen, wie sie mit der Produktkennzeichnungsnorm ISO Typ III (ISO 14025) in Verbindung gebracht werden. In verkürzter Form enthalten ‚éco-profil‘ (vergleichende) Ergebnisse einer Produktökobilanz.

2002 wurde von dem mittelständischen Unternehmen Prosign, welches Farbstoffe für Straßenmarkierungen herstellt, die erste ‚éco-profil‘-Kennzeichnung vorgestellt. Es handelt sich dabei um den Vergleich zweier Farbprodukte (Wasserbasis vs. Lösungsmittel) des Unternehmens auf Basis von Ökobilanzergebnissen (vgl. Abb. 4.1).

Der französische Ansatz produktbezogener Umweltmanagementsysteme (POEMS) lässt allerdings bislang die Verbindung zu konventionellen Umweltmanagementsystemen missen. Es ist nicht klar, wie die Integration produktbezogener Aspekte in prozessbezogene Umweltmanagementsysteme vonstatten gehen soll. Mit der Fokussierung auf Ökodesign und neue Formate der Produktkennzeichnung auf Grundlage von (ausgewählten) Ökobilanzergebnissen bleibt die Integration unzureichend bzw. vordergründig.

### **Schwerpunkt öffentliche und private Beschaffung**

Die Förderung umweltverträglicher Beschaffung im öffentlichen wie privaten Bereich ist ein weiterer Schwerpunkt der französischen Produktpolitik. Vergleichbar den zuvor diskutierten Schwerpunkten liegt der Akzent insbesondere auf freiwilligen Maßnahmen der Informationsbereitstellung für relevante Akteure im Einkaufs- und Beschaffungswesen. Durch den Beschluss des interministeriellen Umweltkomitees vom 11. April 1995 wurde das französische Umweltministerium beauftragt, die Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung voranzutreiben. Seit 1996 erarbeiten das Umweltministerium und ADEME methodische und pädagogische Informationsbroschüren für die ökologische Beschaffung.

Informationen zur ökologischen Beschaffung werden auf der im Juni 2003 eingerichteten Internetplattform ([www.ecoresponsabilite.environnement.gouv.fr](http://www.ecoresponsabilite.environnement.gouv.fr)) bereitgestellt bzw. in Form von Informationsbroschüren vertrieben (z.B. ADEME 2002a). Im Mittelpunkt stehen Einkaufsratschläge zu Produkten in bestimmten Branchen oder Bedürfnisfelder (bspw. Büromaterial, Transport und Mobilität, Bauen und Wohnen etc.), Informationen zu rechtlichen Frage-

stellungen<sup>73</sup> sowie die Darstellung ausgewählter Initiativen und illustrativer Beispiele. Auch im Bereich ökologische Einkauf und Beschaffung akzentuiert die französische Produktpolitik vor allem freiwillige Ansätze.

#### 4.4 Politikreformulierung

Der französische Ansatz einer Integrierten Produktpolitik ist konzeptionell nur indirekt formuliert. Basis sind die Konzeptentwicklung durch externe Politikberatung, Verankerung von produktbezogenen Handlungsschwerpunkten in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sowie einer informellen Stellungnahme zur IPP durch das Umweltministerium. Mit der Integration in die Nachhaltigkeitsstrategie ist IPP als eigenständiges Politikfeld in Frankreich kaum noch wahrnehmbar. Damit hat sich der Schwerpunkt von der konzeptionellen auf die operative Ebene verlagert. Im Mittelpunkt steht nunmehr die Umsetzung und Fortführung produktbezogener Maßnahmen in den Schwerpunktbereichen Ecodesign, ökologische Produktkennzeichnung, Umweltmanagementsysteme und Beschaffung. Damit verfolgt die französische Administration einen inkrementell instrumentenfokussierten Ansatz. Der anfängliche strategische Impetus für die Erarbeitung eines weitreichenden nationalen IPP-Ansatzes scheint nunmehr dem „business-as-usual“ produktbezogener Umweltpolitik gewichen zu sein. Damit verbindet sich implizit eine Reformulierung, die die konsequente Weiterentwicklung einer IPP aufgibt.

#### 4.5 Charakterisierung und Beurteilung

Integrierte Produktpolitik kam durch die Initiative der Europäischen Kommission Ende der neunziger Jahre auf die politische Agenda Frankreichs. Das französische Umweltministerium hat dies zum Anlass genommen, durch externe Beratung eine „politique française intégrée des produits“ erarbeiten zu lassen. Die Autoren der Andersen-Studie haben die französische IPP als ein Dachkonzept entwickelt, das angebots- wie nachfrageseitige Maßnahmenbündel in den Mittelpunkt stellt. Die vorgeschlagenen Politiken basieren prinzipiell auf „soft policy“ – also freiwilligen, akteursunterstützenden Maßnahmen. Für den Fall, dass vornehmlich Unternehmen nur unzureichend freiwilliges produktorientiertes Engagement zeigen, sollen ggf. Sanktionsmaßnahmen greifen.

Das französische Umweltministerium hat diesen Ansatz nur bedingt aufgegriffen. Zwar wird die Komplementarität von regulatorischen und freiwilligen Maßnahmen als Erfolgsfaktor für eine IPP definiert, in der Praxis werden allerdings in erster Linie Informations-, Anreiz- und Sensibilisierungsmaßnahmen betont. Damit verfolgt die französische Administration einen auf Freiwilligkeit basierenden Governance-Ansatz, der weitgehend auf eine strategische Weiterentwicklung einer IPP verzichtet. Vor diesem Hintergrund sind innovative Schritte im Rahmen einer IPP – etwa Instrumenteninnovationen, quantitative Zielorientierungen oder Produktgruppenpriorisierungen – nicht zu erwarten. Der französische IPP-Ansatz lässt sich daher als ein Maßnahmenkonzept bezeichnen, dass mit der Verankerung in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie seinen Niederschlag findet. Eine langfristige Prozessplanung zu produktions- und konsumbezo-

---

<sup>73</sup> Vergleichbar anderen gesetzlichen Regelungen in EU-Mitgliedländern erlaubt auch die Neufassung des Gesetzes zur öffentlichen Beschaffung in Frankreich (Verordnung n°2001-210 vom 7. März 2001) die Berücksichtigung von ökologischen Kriterien im Rahmen der technischen Spezifizierung.

genen Aspekten wird in der Nachhaltigkeitsstrategie allerdings nicht sichtbar. Die Zielkonkretisierungen orientieren sich an kurzfristigen Arbeitsplanungen. Inwieweit diese Arbeitsplanung konsistent und glaubwürdig ist, muss vor dem Hintergrund von teilweise unrealistischen bzw. falschen Zielsetzungen (Verdopplung der Anzahl der Produktgruppen beim französischen und europäischen Umweltzeichen) bezweifelt werden.

Der Umstand teils illusionärer Zielformulierung in der Nachhaltigkeitsstrategie gibt Aufschluss über die administrative Akteursbeteiligung. Federführend bei der Formulierung und Umsetzung der nationalen IPP in Frankreich ist das Umweltministerium und ADEME als dessen operativ verlängerter Arm. Im Umweltministerium beschäftigt sich eine Person mit Aspekten einer IPP. Eine bessere Ressourcenausstattung in naher Zukunft ist nicht bekannt. Damit sind der Weiterentwicklung einer IPP in Frankreich enge Grenzen gesetzt. Parallel werden allerdings weiterhin sektor- und branchenspezifische Politiken (z.B. Verkehr, Energie, Abfall etc.) in Fachreferaten erarbeitet. Eine enge Austauschbeziehung und Integration einer IPP mit diesen Fachreferaten bleibt allerdings die Ausnahme. Ebenfalls existieren kaum interministerielle Austauschbeziehungen zu anderen Ministerien.

## 5 Großbritannien

### 5.1 Umweltpolitik in Großbritannien

Kontinuität statt Wandel sowie Reaktion statt Antizipation sind Schlagworte, mit denen die britische Umweltpolitik charakterisiert wurde (Jordan et al. 2003; Weale 1997). So wurde denn auch der nachsorgende Umweltschutz als grundlegende Philosophie der britischen Umweltpolitik ausgemacht (Weale et al. 2000, 177). Die Optimierung im Sinne von „end-of-pipe-Lösungen“, d.h. die Reduktion von verschmutzungsbedingten Umwelteinträgen stand deutlich im Vordergrund gegenüber vorsorgenden umweltpolitischen Maßnahmen, die an der Quelle ansetzen. Dementsprechend galt die Umweltpolitik Großbritanniens über lange Zeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als wenig avanciert.

Für diese mittelmäßige Performance wurden vornehmlich institutionelle Gründe und ein spezifisch nationaler Politikstil verantwortlich gemacht. Das institutionelle Arrangement begünstigte eine inkrementelle und reaktive Entwicklung in einem entpolitisierten Kontext. Während die Rolle der Zentralregierung sich auf das Festsetzen von generellen Rahmenbedingungen beschränkte, oblag die detaillierte Ausarbeitung den lokalen Behörden. Die konkreten umweltpolitischen Anforderungen wurden auf dezentraler Ebene durch informelles Verwaltungshandeln in kooperativer Absprache mit den jeweiligen Adressaten ausgearbeitet. Die Formulierung von Umweltpolitik geschieht demnach in abgeschlossenen Politiknetzwerken zwischen Umweltbehörden und Industrieverbänden (Nordbeck 2001, 22). Der voluntaristische und pragmatische Politikstil begünstigt eher einen diffusen regulatorischen Ansatz ohne strategische Ausrichtung. Kurz: Vermeidung klarer Zielsetzungen und umweltpolitischer Regulierung des Marktes sowie Desinteresse an alternativen Politikansätzen (Gouldson/Murphy 1998, 74).

Galt diese Einschätzung insbesondere für die britische Umweltpolitik der siebziger und achtziger Jahre, so wird seit den neunziger Jahren eine deutliche Akzentverschiebung geltend gemacht (Jordan et al. 2003, Carter/Lowe 1998). Bedingt durch nationale und internationale Entwicklungen befindet sich die britische Umweltpolitik derzeit im Wandel mit Veränderungen institutioneller, konzeptioneller und inhaltlicher Art. Dafür werden insbesondere vier Entwicklungen hervorgehoben (Carter/Lowe 1998, 28ff):

- Die Politisierung der Umweltorganisationen
- Öffnung der umweltpolitischen Entscheidungsprozesse
- Wachsende Bedeutung der Europäischen Union im Umweltschutz
- Initiierung eines nationalen Nachhaltigkeitsprozesses

Erste Einschätzungen in bestimmten umweltpolitischen Bereichen kommen zu dem Ergebnis, dass sich derzeit ein Paradigmenwechsel in Großbritannien vollzieht. Dies gilt sowohl für den konzeptionell-strategischen wie inhaltlichen Part britischer Umweltpolitik. Entgegen dem früheren regulatorischen Ansatz kommen jüngst so genannte „Neue“ Instrumente der Umwelt-

politik vermehrt zum Einsatz<sup>74</sup>. Auch wurden unter New Labour durch verschiedene Ministerien zum teil viel beachtete Strategiepapiere erarbeitet<sup>75</sup>. Insgesamt zeichnet sich auf instrumenteller Ebene ein Übergang von der dezentralen zur zentralen, d.h. in nationalen Ministerien und Wirtschaftsverbänden angesiedelten Politikgestaltung ab (Jordan et al. 2003, 195). Bei der konzeptionellen Politikformulierung wird ein Übergang zu einem strategischen und integrativen Ansatz konstatiert (Carter/Lowe 1998, 35).

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen wird nun der Frage nachgegangen, ob diese Charakteristika britischer Umweltpolitik auch für den Bereich der Integrierten Produktpolitik zutreffen. Dies wird anhand einzelner Stadien des Politikzyklus, nämlich Problemwahrnehmung, Politikformulierung, Politikimplementierung sowie Politikreformulierung, untersucht.

## 5.2 Problemwahrnehmung

Vergleichbar anderen europäischen Ländern stehen in Großbritannien produktpolitische Maßnahmen in einer langen (umweltpolitischen) Tradition. Auch wenn das Schutzziel dieser oftmals stoffpolitischen Aktivitäten primär dem Arbeits- oder Gesundheitsschutz verpflichtet war, bilden sie die Anfänge der früheren umweltmedienbezogenen Produktpolitik. Die politische und wissenschaftliche Wahrnehmung einer umweltbezogenen Produktpolitik in Großbritannien als eigenständiges Handlungsfeld lässt sich allerdings erst auf Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen. Dafür waren verschiedene Gründe ausschlaggebend:

- Ausgangspunkt waren erste produktpolitische Aktivitäten der niederländischen Regierung, die in Großbritannien sehr aufmerksam verfolgt wurden. Erstmals offiziell erwähnt wurde der Begriff Produktpolitik in dem 1990 veröffentlichten Umweltplan Plus (VROM 1990), einer Fortschreibung des 1989 veröffentlichten ersten Umweltplans. Die Regierung betonte in diesem Dokument die Notwendigkeit einer „sound product policy“. 1994 wurden die Leitlinien zur Produktpolitik in einem eigenständigen Dokument veröffentlicht. Im Verständnis der niederländischen Regierung war das Ziel von Produktpolitik „to bring a situation whereby all the market actors – producer, traders and consumers – are involved in an ongoing effort to reduce the impact which products have upon the environment“ (VROM 1994, S. 8).
- Auf Ebene der Europäischen Union wurden ab Mitte der neunziger Jahre erste konzeptionelle Arbeiten zur Produktpolitik durchgeführt (Oosterhuis et al 1996; Ernst & Young/SPRU 1998), die systematisch bestehenden Produktansätze erfassten und zukünftige Herausforderungen formulierten. Die britische Autorenschaft für die grundlegende Studie zu einer Integrierten Produktpolitik (IPP) für die Europäische Kommission (Ernst & Young/SRPU 1998) beeinflusste die produktpolitische Problemwahrnehmung in der britischen Administration.
- In der Frühphase der IPP wurde dem Instrument der ökologischen Produktinformation eine zentrale Bedeutung beigemessen. Insbesondere Umweltzeichen galten als das Instrument

---

<sup>74</sup> Zu nennen sind hier bspw.: fuel duty excalator, vehicle excise taxes, VAT on domestic fuel, landfill tax, climate chance levy, an aggregate tax, emission trading scheme.

<sup>75</sup> Our Energy Future – creating a low carbon economy, DTI, February 2003; Directing The Flow: priorities for future water policy, Defra, November 2002; Resource Productivity: making more with less, Strategy Unit, November 2001; Waste Not Want Not: a strategy for tackling the waste problem in England, Strategy Unit, November 2002; Tax and the Environment: using economic instruments, HM Treasury, November 2002

einer auf Kooperation und Markkonformität basierenden Produktpolitik. Da Großbritannien nicht wie andere Länder (z.B. Blauer Engel in Deutschland) über ein nationales Umweltzeichen verfügte, versprach man sich viel von der europaweiten Einführung der „EU-Flower“ – und wurde enttäuscht<sup>76</sup>. Das Scheitern der EU-Umweltblume in Großbritannien sensibilisierte die nationalen Entscheidungsträger für produktpolitische Fragen.

- Neben den spezifisch produktpolitischen Gründen ist allerdings auch ein prinzipieller Umdenkprozess im britischen Umweltministerium anzuführen, der als Europäisierung der britischen Umweltpolitik bezeichnet wurde (Jordan 2000). Die britische Umweltpolitik gegenüber Europa war in den siebziger und achtziger Jahren gekennzeichnet durch Widerstand und Konflikt. Die traditionelle Rolle Großbritanniens war jene eines rückwärts-gewandten Bremsers in der EU. Erst durch administrative Reformen unter der Thatcher-Regierung wurde ein Mentalitätswandel eingeleitet, der eine proaktive Mitarbeit bei der europäischen Gesetzgebung betonte. In den Worten des Staatssekretärs Neil Summerton: „It was far too easy for Ministers form hostile states and Commissioners (...) to make the UK the whipping boy. And having this bad reputation as being environmentally hopeless just made our position extremely difficult across the board in negotiations (...) It was necessary to have a more positive image“ (zit. nach Jordan 2000, 28). Vor diesem Hintergrund unterstützte die britische Regierung aktiv die Erarbeitung einer nationalen produktpolitischen Strategie. Mit dem ausgeprägten politischen Willen, eine nationale Produktpolitik zu initiieren, verbindet die britische Regierung eine umweltpolitische Vorreiterrolle in Europa einzunehmen.

## 5.3 Politikformulierung

### 5.3.1 Produktpolitische Akteure

Zunächst war ausschließlich das britische Umweltministerium mit Fragestellungen der produktbezogenen Umweltpolitik beschäftigt. Im Zuge interministerieller Zusammenarbeit – auch begünstigt durch die Initiierung des Nachhaltigkeitsprozesses – bearbeiten mittlerweile aber auch andere Ministerien produktpolitische Fragestellungen. So wurde das 2003 veröffentlichte nationale Rahmenprogramm für nachhaltigen Konsum und Produktion gemeinsam von Umwelt- und Wirtschaftsministerium verfasst. Auch die HM Treasury (Finanzministerium) hat mit der Veröffentlichung eines Strategiepapiers über ökologische Besteuerung indirekt produktpolitisches Terrain betreten.

Produktbezogene Umweltpolitik ist im **Department for Environment, Food and Rural Affairs (DEFRA)** im Referat „Environment Protection Strategy“ (EPS) als Abteilung „Environment Business and Consumers“ (EBC) angesiedelt. Neben Produktpolitik werden in diesem Referat u.a. ökonomische, europäische und internationale Fragestellungen des Umweltschutzes in eigenen Abteilungen bearbeitet. Das EPS kann als Grundsatzreferat bezeichnet werden, in dem sektor- und medienübergreifende Umweltfragen behandelt werden. In der Unterabteilung EBC beschäftigen sich derzeit sechs Personen mit Fragestellungen des produktbezogenen Umwelt-

---

<sup>76</sup> Von den derzeit 288 Unternehmen, die ihre Produkte mit dem europäischen Umweltzeichen zertifizieren, stammen nur vier aus Großbritannien.

schutzes. Im Zuge des Post-Johannesburg-Prozesses wird diese Thematik im Kontext nachhaltiger Produktion- und Konsummuster diskutiert (Sustainable Consumption and Production = SCP).

Das **Department of Trade and Industry (DTI)** bearbeitet vornehmlich umweltbezogene Fragestellungen mit starken Wirtschafts- und Industriebezug, d.h. bspw. die Umsetzung europäischer Direktiven<sup>77</sup> DTI's „Innovation Group“ ist verantwortlich für die Themengebiete Innovation, Nachhaltigkeit, Produktstandards, Umweltschutz, Ressourcenproduktivität und Corporate Social Responsibility. In der Unterabteilung Nachhaltigkeit werden lebenswegbezogene Aspekte von Produkten und Dienstleistungen thematisiert, etwa Umwelttechnologien, Recycling- und Abfallpolitik sowie Ökodesign und Produktpolitik. Mit spezifischen Fragen der Integrierten Produktpolitik im Rahmen von SCP beschäftigen sich derzeit zwei Mitarbeiter. Zu produktbezogenen Themen zeichnet sich eine intensive Zusammenarbeit zwischen DEFRA und DTI ab.

Das britische Finanzministerium – **HM Treasury** – befasst sich seit Mitte der neunziger Jahre mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen als Querschnittsthema. Im Vordergrund steht der Einsatz ökonomischer Instrumente (Besteuerung) und deren Beitrag zu einer ökologischen Modernisierung. Mit der Veröffentlichung des Dokuments „Tax and the environment: using economic instruments“ (2002) hat die Treasury eine systematische Bestandsaufnahme verschiedener Politikinstrumente geliefert mit dem Ziel, dass, “[o]ver time, the Government will aim to reform the tax system to increase incentives to reduce environmental damage. That will shift the burden of tax from ‘goods’ to ‘bads’; encourage innovation in meeting higher environmental standards; and deliver a more dynamic economy and a cleaner environment, to the benefit of everyone“ (HM Treasury 2002, 5).

Zur Etablierung des Politikfeldes Produktpolitik hat das britische Umweltministerium 1998 die Einrichtung eines externen Beratergremiums angeregt und ein Jahr später die **Advisory Committee on Consumer Products and the Environment (ACCPE)** institutionalisiert. Aufgabe des Expertengremiums aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ist, die britische Regierung (bzw. schottische und nordirische Ministerien) bezüglich der Reduktion von Umwelteinflüssen verursacht durch Produkte und Dienstleistungen zu unterstützen. Die Organisation und Arbeitsweise orientiert sich am Prinzip einer unentgeltlichen Gremienarbeit. Der Umweltminister ernennt für eine Amtsperiode von drei Jahren den Vorsitzenden (derzeit Alan Knight vom Unternehmen Kingfisher) sowie fünfzehn weitere verbraucher- und umweltbezogene Experten. In regelmäßige Arbeitssitzungen (ca. 5-7 jährlich) werden gemäß eines Arbeitsprogramms unterschiedliche Themen mit Produktbezug behandelt. Häufig werden zur Wissensvermittlung externe Wissenschaftler, Berater oder „policy-maker“ hinzugezogen, um derzeit laufende Projekte, Forschungsergebnisse oder politische Initiativen aus verwandten Themenbereichen zu präsentieren.

Derzeitige Anstrengungen von DEFRA konzentrieren sich auf eine Institutionalisierung bzw. Verankerung der produkt- und konsumbezogener Fragestellungen im administrativen Gefüge britischer Umweltpolitik. So ist eine **Task Force on Production** geplant, die innerhalb von DEFRA angesiedelt sein soll und sich stärker auf Fragen nachhaltiger Produktion von Gütern

---

<sup>77</sup> Zum Beispiel die so genannte WEEE-Richtlinie (2002/96/EWG) und RoHS-Richtlinie (2002/95/EWG).

und Dienstleistungen konzentrieren soll. Mit einem geplanten **Consumption Roundtable** mit zivilgesellschaftlichen Vertretern soll hingegen die Schnittstelle von physischer Infrastruktur und Verbraucherverhalten beleuchtet werden. Hier ist eine Anknüpfung an die „Beraterinfrastruktur“ der nationalen Nachhaltigkeitspolitik vorgesehen (Sustainable Development Commission). Als zentrale Koordinierungsstelle ist nach derzeitigen Überlegungen ein „SPC Project Management Board“ vorgesehen.

### 5.3.2 Produktpolitische Politikformulierung

#### 5.3.2.1 Die UK Strategy for Sustainable Development

Die Anfänge der britischen Nachhaltigkeitsstrategie reichen zurück bis zu Beginn der neunziger Jahre als unter der Regierung Thatcher das Weißbuch „This Common Inheritance: Britain's Environmental Strategy“ veröffentlicht wurde. Die sich aus diesem Dokument ableitenden Maßnahmen konzentrierten sich vor allem auf die Institutionalisierung inter-ministerieller Zusammenarbeit (Ministerial Committees; Green Ministers). Im Januar 1994 initiierte die Regierung unter John Major das Programm „Sustainable Development: The UK Strategy“. Schwerpunkt war auch hier wieder die Etablierung nachhaltigkeitsrelevanter Institutionen. Im Mai 1999 schließlich veröffentlichte die Regierung nun unter Führung von Tony Blair die neue Nachhaltigkeitsstrategie „The UK's National Strategy for Sustainable Development: a better quality of life“. Vergleichbar anderen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien basiert der britische auf den Prämissen des Brundtlandberichts und strebt an, mit Hilfe allgemeiner Zielformulierung, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die Überprüfung der Zielerreichung geschieht mit auf einzelne Themenbereiche zugeordneten Indikatoren (insgesamt 150).

Die Nachhaltigkeitsstrategie von New Labour enthält interessanterweise einen Abschnitt zur Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster. Dabei wird konstatiert, dass „we need action focused more directly on the production and use of goods and services“. Kern des produkt- und konsumpolitischen Zugangs ist das Konzept der Markttransformation. Im Verständnis der britischen Regierung beinhaltet Markttransformation „to deliver better goods and services to more people, at lower cost and with lower environmental impacts; improving the performance of the best products, while leaving no place for the poorest performers“ (DEFRA 1999, 37). Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Regierung verschiedene Schwerpunkte erarbeitet (vgl. Tab. 5.1).



**Tab. 5.1:** Nachhaltige Produktions- und Konsummuster und die britische Nachhaltigkeitsstrategie: Schwerpunkte, Maßnahmen, Indikatoren (Quelle: eigene Zusammenstellung nach DEFRA 1999)

Schwerpunkte	Prioritäre Maßnahmen	Indikatoren
Nachhaltiger Konsum	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verbindliche und freiwillige Produktinformation</li> <li>▪ Ökologische Beschaffung</li> <li>▪ Kampagnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Konsumenteninformation (n.z.e.)</li> <li>▪ Konsumentenausgaben</li> </ul>
Nachhaltige Produktion	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Best Practice Programme zu Abfall und Transport; Ausweitung von Energie- und Umweltprogrammen</li> <li>▪ Entwicklung von Standards zur Umweltberichterstattung</li> <li>▪ Wiederaufnahme der Kampagne „Making a Corporate Commitment“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Energie- und Wasserverbrauch nach Sektor</li> <li>▪ Abfall und Emissionen nach Sektor</li> <li>▪ Corporate Environmental Engagement Index</li> <li>▪ Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichterstattung (n.z.e.)</li> </ul>
Bauen und Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Energie-Labeling im Bereich Wohnen</li> <li>▪ Initiativen der Industrie zur Ressourceneffizienz</li> <li>▪ Nachhaltiges Bauen und Überprüfung von Bauvorschriften</li> <li>▪ Markttransformation für ökoeffiziente Haushaltsgeräte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wasserverbrauch von Haushalten</li> <li>▪ Wärmeeffizienz bei Gebäuden</li> <li>▪ Bauabfälle</li> <li>▪ Energieverbrauch von Haushaltsgeräten</li> </ul>
Lebensmittel	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einrichtung einer Behörde für Lebensmittelqualität</li> <li>▪ Reform des Lebensmittelrechts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Pestizidrückstände in der Nahrung</li> <li>▪ Anbaugelände für ökologische Landwirtschaft</li> </ul>
Personentransport	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Pflichtkennzeichnung für Kraftfahrzeuge</li> <li>▪ Erster Bericht der „Cleaner Vehicle Task“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Energieeffizienz des personengebundenen Reiseverkehrs</li> <li>▪ Durchschnittlicher Benzinverbrauch bei Neuwagen</li> </ul>
Tourismus und Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umsetzung einer Tourismusstrategie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Inanspruchnahme von „key sites“ (n.z.e.)</li> <li>▪ Überseereisen</li> <li>▪ Freizeitfahrten nach Verkehrsträger</li> </ul>

n.z.e. = noch zu entwickeln

Die Zielformulierungen zu den produkt- und konsumbezogenen Aspekten in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind demnach sehr vage gefasst. In den einzelnen Schwerpunkten werden zwar prioritäre Instrumente und Maßnahmen sowie zur Fortschrittsüberprüfung ausgewählte Indikatoren aufgeführt. Quantitative Zielformulierungen unter zeitlicher Berücksichtigung werden aber nicht angestrebt. Dadurch wird nicht definiert, wie in den einzelnen Schwerpunkten Nachhaltigkeitsfortschritte quantitativer Art erzielt werden.

### 5.3.2.2 Advisory Committee on Consumer Products and the Environment

Das Expertengremium ACCPE (Advisory Committees on Consumer Products and the Environment – ACCPE) dokumentiert seine Arbeit in unregelmäßig veröffentlichten Berichten. Bislang wurden drei Berichte veröffentlicht. Darüber hinaus wurde im September 2003 das Dokument „Towards Sustainable Products: SCP Strategy Contribution“ als Beitrag des ACCPE zur nationalen Strategie für nachhaltige Produkte veröffentlicht.

Die Themensetzung des Gremiums hat sich in den fünf Jahren seines Bestehens leicht verändert. Zu Beginn standen Fragen der ökologischen Produktinformation (Ecolabels, green claims) deutlich im Vordergrund. Dies ist auch auf eine der Wurzeln britischer Problemwahrnehmung für produktbezogenen Umweltschutz zurückzuführen – nämlich das Scheitern der europäischen Umweltblume in Großbritannien (s.o.). Die Perspektive des Expertengremiums lässt sich folgendermaßen charakterisieren:

- *Instrumentenfokus:* Bezüglich produktbezogener Instrumentarien stehen ökologische Produktinformation und Beschaffungspolitik im Vordergrund. Beim Thema ökologische Produktinformation wurde der Schwerpunkt auf freiwillige Selbstdeklaration von Unternehmen (green claims) und neuen Kennzeichnungsinitiativen (car labelling; house energy labelling, carbon offset scheme) gelegt. Als vielversprechend gilt dem ACCPE der Ansatz so genannter „graded labels“, also Umweltzeichen, die Produkteigenschaften nach unterschiedlichen Leistungskategorien dem Verbraucher kommunizieren (angelehnt an die EU-Energiekennzeichnungspflicht für „Weiße Ware“). Dies wurde vom ACCPE für die energieverbrauchenden Produktgruppen Kraftfahrzeuge und Häuser vorangetrieben. Ziel ist die Etablierung eines koordinierten Kennzeichnungs-Regimes, das sich an den prioritären Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie orientiert. Die Handlungsempfehlungen zur ökologischen Produktpolitik wurden in dem ersten Bericht des Gremiums 2000 mit dem Titel *Choosing Green – Towards More Sustainable Goods and Services* veröffentlicht (ACCPE 2000). Der empfohlene Policy-Mix konzentriert sich auf weiche Instrumente (Kommunikation von „good practise“, *Green Claims Code*) sowie eine Verschärfung regulatorischer Maßnahmen (Gesetz zum unlauteren Wettbewerb bei green claims). Die Einführung eines nationalen Umweltzeichens vergleichbar dem bundesdeutschen Blauen Engel wird als „unzeitgemäßes Instrument“ zurückgewiesen. Bei der Beschaffungspolitik wird gewerbliche wie öffentliche Beschaffung als ein elementarer Bestandteil einer Produktpolitik angesehen. Das Gremium empfiehlt der Regierung, formal Beschaffungsrichtlinien mit der Zielrichtung auf Energieeffizienz zu erarbeiten; so sollen beim Einkauf die EU-Energiekennzeichnungspflicht, das europäische Umweltzeichen sowie die Steuerrahmengesetzgebung zur „Enhanced Capital Allowances (ECAs)“ berücksichtigt werden.
- *Produktgruppenfokus:* Die Beschäftigung mit ausgewählten Produktgruppen mit einem großen umweltpolitischen Verbesserungspotential durch aktive Maßnahmen einer integrierten Produktpolitik ist ein weiteres Merkmal der Arbeit von ACCPE. Mit der Konzentration auf bestimmte Produktgruppen soll exemplarisch der *toolbox-approach* illustriert werden. So wurden die Bereiche Transport und Mobilität, elektrische und elektronische Anwendungen, Bauen und Wohnen sowie Ernährung analysiert. Damit nimmt der ACCPE eine bedürfnisfeldorientierte Perspektive ein.
- *Life-cycle Methodologies:* ACCPE beschäftigt sich – wenn auch in geringerem Maße – mit methodischen Fragen des produktpolitischen Lebensweges. Die zentrale Fragestellung ist, welche Methoden geeignet, d.h. pragmatisch umsetzbar sind, um (ökologische) Lebenswegkosten von Produkten und Dienstleistungen transparent zu machen. Dabei geht es vor allem um leicht handhabbare Methoden der Ökobilanzierung („streamlined approaches to life cycle thinking“).

- *Rezeption anderer Ansätze und Debatten:* Das Gremium verfolgt aufmerksam derzeitige politische Entwicklungen und wissenschaftliche Diskurse, die direkte oder indirekte Anknüpfungspunkte zur eigenen Arbeit besitzen. Dazu zählen Themen wie der EU-Prozess zur Integrierten Produktpolitik, das Market Transformation Programme der britischen Regierung, laufende Debatten zum nachhaltigen Konsum oder auf internationaler Ebene der Post-Johannesburg-Prozess (10-Jahresplan).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Instrumentenfokus ist charakteristisch für die Arbeit des ACCPE und kann als *integrated toolbox approach* bezeichnet werden. In seinem zweiten Report *Action for Greener Products: a tool-box for change* wurde dieser Ansatz zu zwei grundlegenden Zielen zusammengefasst (ACCPE 2002, 9):

- “The strategic part is in making quite explicit the link between high-level sustainability objectives and the product sectors which have the most potential for improvement.
- The pragmatic part is in identifying and using the particular combination of tools that will stimulate action among the relevant players in each of those product streams”.

Produktpolitik wird als ein zukünftig bedeutendes Politikfeld gesehen, dessen Formulierung und Etablierung erst am Anfang steht. Grundlegend für die erfolgreiche Etablierung des Politikfeldes ist die Notwendigkeit einer neuen, d.h. vom Produkt ausgehenden, ganzheitlichen Sichtweise. Der so genannte *toolbox-approach* lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Handlungsprioritäten sind für jene Produktgruppen festzulegen, die ein großes ökologisches Optimierungspotential in Bezug auf ein klar zu definierendes Optimierungsziel (z.B. Energieeffizienz) besitzen. Der politische Instrumentenmix aus weichen (Information, Kampagne) und harten (Minimumstandards, ökonomische Instrumente etc.) wird dann an die Erfordernisse der Produktgruppe angepasst.

Für die Institutionalisierung einer Produktpolitik in der britischen Administration schlägt ACCPE die Schaffung einer „dedicated products organisation“<sup>78</sup> vor, die als abteilungs- und ministerienübergreifendes Gremium konzipiert ist. DEFRA nahm inzwischen diese Initiative auf und plant innerhalb des Umweltministeriums die Einführung einer so genannten „Task Force on production“.

### 5.3.2.3 The UK Governments Framework for Sustainable Consumption and Production

Mit der Veröffentlichung eines Konsultationspapiers „Consumer Products and the Environment“ 1998 fasste das britische Umweltministerium erste eigene Überlegungen zur Produktpolitik zusammen. Inhaltlich konzentrierten sich die Autoren auf ökologischer Produktinformation, das Konzept einer Markttransformation sowie den Ansatz einer IPP. Damit wurde gleichermaßen eine instrumentelle, zielorientierte und strategische Perspektive eingenommen.

- Auf Instrumentenebene wurden ökologische Produktinformationen in den Mittelpunkt gestellt. Ziel ist die Umsetzung eines integrierten ökologischen Informationssystems. Mittels eines integrierten Informationsansatzes, der ausgerichtet auf Bedürfnisse von Akteuren,

---

<sup>78</sup> So formuliert in dem 3. Report "From Principles to Action - Applying the Product Sustainability Toolbox" (Februar 2004).

Branchen und Produkte jeweils passenden Informationsinstrumenten bereithält, soll die Umweltperformance von Produkten und Dienstleistungen verbessert werden.

- Das Konzept der Markttransformation zielt darauf, "to bring about a steady rise in the overall performance of products in the most environmentally significant areas" (DETR 1998).
- Der Ansatz einer IPP wurde aufgefasst als "looking at environmental policy through the 'lens' of each product sector, selecting the priority areas for improvement, and deciding on the policy and market measures best suited to deliver the improvement."

Im September 2003 hat die britische Regierung unter Federführung des Umwelt- (DEFRA) und Wirtschaftsministeriums (DTI) das nationale Rahmenprogramm *Changing Patterns: UK Government Framework for Sustainable Consumption and Production* vorgelegt. Damit hat Großbritannien die internationale Verpflichtung des Johannesburg-Abkommens (10-Jahresplan) aufgenommen und eine nationale politische Strategie erarbeitet.

### **SCP-Rahmenprogramm und Nachhaltigkeitsstrategie**

Das Rahmenprogramm soll in die regelmäßigen Review-Prozesse der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einfließen und in diesem Kontext weiterentwickelt werden. Es zeichnet sich in Großbritannien demnach eine enge Verschränkung des Bereichs nachhaltige Produktions- und Konsummuster mit der Nachhaltigkeitsstrategie ab. Die ökologische Fokussierung von Nachhaltigkeitsstrategien auf Umweltmedien und ihre Parameter scheint im Wandel. Ganzheitlichere Politikkonzepte mit einem akteurs-, innovations- und effizienzorientierten Ansatz „an der Quelle“ scheinen an Bedeutung zu gewinnen. Das Konzept der Integrierten Produktpolitik bildet allerdings nur noch ein Baustein auf dem Weg zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern.

### **Leitbild und Leitlinien der SCP-Strategie**

Das Konzept nachhaltiger Produktions- und Konsummuster wird – in enger Anlehnung an die Nachhaltigkeitsdefinition des Brundtland-Berichtes – definiert als „Continuous economic and social progress that respects the limits of the Earth's ecosystems, and meets the needs and aspirations of everyone for a better quality of life, now and for future generations to come“ (DEFRA 2003, 10). Neben der inter- und intragenerativen Perspektive wird vor allem der ökonomische und soziale Fortschrittsgedanke unter Berücksichtigung ökologischer Verträglichkeit als Leitbild akzentuiert.

Indirekt findet sich in dem Regierungsdokument erstmals auch eine Definition von IPP – im Glossar des Dokuments. Integrated Product Policy – so heisst es dort – „seeks to minimise environmental degradation caused by product manufacturing, use or disposal by looking at all phases of a product's life-cycle and taking action where it is most effective“ (ebd. 42). Auch hier gilt ein auf Effizienz ausgelegtes Handeln als Maxime; eine Akzentuierung, die vor dem Hintergrund des generellen Strukturproblems der britischen Wirtschaft – die im Vergleich zu anderen Industrienationen mangelnde Produktivität – gesehen werden muss.

Aus dem generellen Leitbild ökonomischen und sozialen Fortschritts bei Ökologieverträglichkeit werden verschiedene Leitlinien abgeleitet, die als allgemeine Zielorientierung dienen:

*Sichtbarkeit auf Makroebene:* Prinzipielle Leitlinie der SCP-Strategie ist die Entkopplung des ökonomischen Wachstums vom Grad der Umweltverschmutzung. Damit intendiert die britische Regierung einen Trend zu brechen, der für viele Industrienationen bis zu Beginn der neunziger Jahre gültig war: Steigerung des ökonomischen Wachstums gleich Steigerung der Umweltverschmutzung. Um die Entkopplung quantifizierend sichtbar zu machen, schlägt die Regierung folgende Indikatoren vor – ohne allerdings eindeutige, d.h. quantitative Zielkonkretisierungen vorzugeben:

- Wirtschaftsübergreifende Indikatoren: Treibhausgasemissionen, Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung, Gewerbe- und Haushaltsabfall,
- Ressourcenorientierte Indikatoren: Materialverbrauch, Wasserverbrauch, Wohnungsbau und Zahl der Haushalte,
- Sektorspezifische Indikatoren in den Bereichen: Stromerzeugung, Transport, Landwirtschaft, Handwerk und Haushalt.

*Fokussierung auf relevante Umweltprobleme:* Die im Rahmen der SCP-Strategie entworfenen (vagen) Zielsetzungen und Maßnahmen sollen sich an den aus Regierungsperspektive relevanten Umweltproblemen orientieren. Dabei wird in dem Dokument allerdings noch keine verbindliche Priorisierung von Umweltproblemen vorgenommen. Es werden nur exemplarisch die Problembereiche CO<sub>2</sub>-Reduktion vor dem Hintergrund des britischen Langzeitziels einer Verminderung um 60% bis 2050, die Senkung des Wasserverbrauchs bzw. Wasserqualität sowie Reduktion des Abfalls genannt. Interessanterweise sind diese Zielvorgaben anderen Politikstrategien bzw. EU-Richtlinienvorgaben entlehnt<sup>79</sup>. Damit bündelt das Rahmenprogramm Umweltziele mit produktspezifischer Relevanz, ohne allerdings eine konsequente „Produktbrille“ aufzusetzen. Letztlich bleibt die Frage unbeantwortet, welche spezifischen Produkt- und Dienstleistungsgruppen für die als relevant erachteten Umweltprobleme verantwortlich zeichnen.

### **Politikansatz**

Die britische Regierung verfolgt einen Politikansatz, der eine ganzheitliche Perspektive, d.h. eine produktbezogene Lebenswegbetrachtung entlang der Wertschöpfungskette einnimmt. Politikintervention soll nur dann erfolgen, wenn aufgrund wissenschaftlicher und ökonomischer Analyse Marktversagen identifizierbar und quantifizierbar ist. Produktpolitische Maßnahmen sollen sich in erster Linie auf marktkonforme, d.h. vor allem ökonomische Instrumente stützen. Nur dort, wo Marktversagen offensichtlich ist und ökonomische Instrumente an ihre Grenzen stoßen, kommen regulatorische Instrumente zum Einsatz. Als Hauptaufgabe gilt es, „SCP-thinking“ politikfeldübergreifend zu verankern. Damit führt die SCP-Strategie den unter New Labour verstärkten Paradigmenwechsel in der britischen Umweltpolitik fort. Dessen Kern, eine stärker strategisch ausgerichtete Umweltpolitik, die Stärkung bzw. Schaffung neuer institutioneller Kapazitäten sowie der vermehrte Einsatz marktbasierter Politikinstrumente spiegeln sich auch in dem nationalen Rahmenprogramm wider.

---

<sup>79</sup> Für Wasser: Directing the Flow: priorities for futur water policy, DEFRA, November 2002. Für Abfall: Council Directive 99/31/EC of 26 April 1999. Für Kohlendioxid: Our Energy Future – creating a low carbon economy, DTI, February 2003.

Es bleibt allerdings auch der Eindruck einer „Patchwork-Strategie“, die vor allem vorhandene Ansätze zusammenführt und weitgehend darauf verzichtet, genuin neue produktbezogene Politikschwerpunkte zu erarbeiten. Die im Rahmen der SCP-Strategie betonten Schwerpunkte rekurren vielfach auf weitere Strategiepapiere, die von unterschiedlichen Ministerien verantwortet werden. Dies betrifft bspw. die Bereiche Energie (DTI 2003), Transport (DTLR 2002), Wasser (DEFRA 2002) oder den Einsatz ökonomischer Instrumente für umweltpolitische Ziele (HM Treasury 2002). Zum einen nimmt die nationale Rahmenstrategie damit keine konsequente produktpolitische Perspektive ein; zum anderen bleibt abzuwarten, ob dieses „Verantwortungskonglomerat“ verschiedener Ministerien einer zielgerichteten und effizienten Produktpolitik förderlich ist.

## 5.4 Politikimplementierung

Produktpolitische Maßnahmen besitzen in Großbritannien bei den traditionellen *stand-alone-tools* eine lange Tradition – vergleichbar allen westlichen Industrieländern. Regulatorische Politik konzentriert sich dabei vor allem auf stoffpolitische Maßnahmen wie Stoffver- oder -gebote mit dem Schutzziel Gesundheit, Arbeitssicherheit oder Umweltschutz. Vergleichbar der umweltpolitischen Gesetzgebung anderer Länder, entwickelte sich auch in Großbritannien eine Umweltgesetzgebung mit produktpolitischem Bezug. In der Abfallwirtschaft beispielsweise wurde mehr und mehr der Recyclinggedanke aufgenommen. Ging es in dem Control of Pollution Act (1974) und dem Environmental Protection Act (1990) noch vornehmlich um Sicherheit und Lizenzierung bei der Endlagerung auf Mülldeponien, so leitete die EU Rahmenrichtlinie Abfall (91/156/EEC) eine Kehrtwende in Richtung Abfallrecycling ein. Dabei werden produktpolitische Maßnahmen allerdings zunehmend von Brüssel verantwortet.

Traditionelle produktpolitische Maßnahmen entsprechen aber nicht dem ganzheitlichen, lebenswegbezogenen Ansatz einer Integrierten Produktpolitik. Implementierungen einer Integrierten Produktpolitik stehen in Großbritannien denn auch erst am Anfang. Im Zentrum produktpolitischer Implementation steht die Strategie der Markttransformation.

### 5.4.1 Priorität Energieeffizienz – das Market Transformation Programme

Die britische Regierung führte 1998 das so genannte „Market Transformation Programme“ (MTP)<sup>80</sup> ein. Ziel des Programms ist es, Produktion und Absatz ökoeffizienter Produkte zu fördern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Energieeffizienz.

Im Mittelpunkt der Arbeit des MTP steht die Abschätzung und Vorausschau zukünftiger Produktions- und Konsumtrends bei bestimmten Produktgruppen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass ein Marktversagen bezüglich Energieeffizienz bei bestimmten Produkten existiert. Mit Hilfe quantitativer Modellierung werden Marktprojektionen und Politiksznarien entworfen. Als Ergebnis des „Sektor-Review“-Prozesses werden öffentlich zugängliche „Policy Briefs“ erarbeitet, die Problemaufriss sowie Prioritäten und Maßnahmen entwerfen, die nötig sind, um quantifizierbare Verbesserungen in der Ressourceneffizienz über einen gewissen Zeit-

---

<sup>80</sup> Zum Market Transformation Programme vgl. deren umfangreiche Internetseite ([www.mtprog.com](http://www.mtprog.com)).

raum zu erreichen. Diese Dokumente sollen eine informative Grundlage für diesbezügliche Politikdebatten und legislative Akte sein. Sie werden in regelmäßigen Konsultationen mit zentralen Stakeholdern erstellt und aktualisiert. Basis der „Policy Briefs“ sind „Briefing Notes“, die (erklärende) Hintergrundinformationen bzw. -annahmen beinhalten. Als so genannte Markt Transformation Tools werden vornehmlich weiche Instrumente in Betracht gezogen. Dazu zählen insbesondere Produktinformation, Minimumstandards (vor allem freiwillige Vereinbarungen) sowie die Verbreitung von „Best Practice“-Beispielen.

Derzeit liegt der zentrale Fokus auf der Energieperformance von Haushalts- und „Non-domestic“-Produkten. Es werden Produktsektoren bzw. -gruppen ausgewählt, die einen gesamtwirtschaftlich relevanten Energieverbrauch aufweisen. Die bis dato angesprochenen Produktbereiche umfassen einerseits alle zentralen energieverbrauchenden Haushaltsprodukte (Beleuchtung, Heizung, Kühl-, Wasch- und Kochanwendungen sowie Unterhaltungselektronik) sowie andererseits Waren im kommerziellen Sektor (Büroausrüstung, Motoren und Laufwerke, Beleuchtung und kommerzielle Kühlung). Zukünftig sollen auch andere Parameter wie Wasserverbrauch, Abfall sowie Problemstoffe (z.B. Quecksilber in digitalen Fernsehapparaten) berücksichtigt werden.

Das Market Transformation Programm schließt die Ökobilanzierungs-Aktivitäten der DEFRA ein. Eine neue Initiative zielt darauf, zuverlässige, öffentlich zugängliche Produktinformationen zur Verfügung zu stellen, um politische Schlüsselmaßnahmen („Labelling“, „Buyers‘ Guides“, „Standards“, „Green Procurement“) zu unterstützen. Derzeit wird zusammen mit der niederländischen Regierung an der Entwicklung eines internationalen Politikinformationsforums gearbeitet. Darüber hinaus wird sondiert, inwieweit das Programm dazu geeignet ist, breiter angelegte Umweltfragen und Überlegungen im Kontext einer Integrierten Produktpolitik zu behandeln bzw. zu unterstützen.

#### **5.4.2 Produktpolitik ohne Produktbezug?**

In der SCP-Strategie werden derzeit laufenden Maßnahmen aufgeführt. Diese konzentrieren sich auf fiskalpolitische und informations- bzw. kommunikationsbezogene Aspekte:

##### ***Fiskalpolitische Maßnahmen***

- Zu nennen sind hier die Climate Change Levy, die Landfill tax sowie die 2001 eingeführte so genannte Aggregates Levy (Besteuerung des Abbaus von Baumaterial). Darüber hinaus existieren ökonomische Anreizmaßnahmen (Steuervergünstigungen) wie die „enhanced capital allowances for investing in equipment to improve energy efficiency, water use and quality“. Bei der gewerblichen Investition in energie- bzw. wassersparende Industrieanlagen oder emissionsarme Fahrzeuge können Investoren im ersten Jahr 100 Prozent der Investitionssumme abschreiben.

##### ***Informations- und kommunikationsorientierte Maßnahmen:***

- *Envirowise* ist ein von der Regierung finanziertes Programm, das Unternehmen Ratschläge und Hilfestellungen bei Fragen der Abfallreduktion bzw. Senkung der Abfallkosten gibt. Seit 1994 investierte Envirowise laut Regierungsangaben ca. 54 Mill. € mit einem Einspareffekt von ca. 1,1 Mrd. € für die Industrie. (DEFRA. 2003, 27).

- Die mit Hilfe der Regierung gegründete *Carbon Trust* berät Unternehmen über Einsparpotential für Kohlenstoffemissionen und Energieeffizienz.
- Das bereits genannte *Market Transformation Programme* stellt eine quantitative ausgerichtete Wissensbasis zur Energieeffizienz bestimmter Produkte zur Verfügung und erarbeitet zusammen mit relevanten Akteuren politische Maßnahmenbündel.
- Die *Environment Agency* stellt Informationen zur Wassereffizienz über das *Centre for Water Demand Management* zur Verfügung.
- Kampagnen und Informationen zur Produktkennzeichnung wie die EU-Energiekennzeichnung oder vergleichbare Kennzeichnungen wie sie für bestimmte Produktgruppen (Autos, Wohnungen) entwickelt werden.

Es zeigt sich, dass die derzeit laufenden Maßnahmen britischer Umweltpolitik sich vor allem auf verbrauchsbezogene Aspekte bezüglich Wasser und Energie konzentrieren. Genuin produkt- bzw. dienstleistungsbezogene Parameter wie bspw. Material oder Emissionen bilden die Ausnahme. Es wird deutlich, dass im Verständnis der britischen Umweltpolitik keine stringente Trennung von Produkt, Produktion und Konsum vorhanden ist.

## 5.5 Politikreformulierung

Fragen einer Integrierten Produktpolitik spielen in der britischen Politik bzw. Politikberatung seit Ende der neunziger Jahre eine bedeutende Rolle. Ausschlaggebend dafür ist zum einen der explizite politische Wille diese Thematik aufzugreifen und sowohl konzeptionell wie auch institutionell in den Rahmen herkömmlicher Umweltpolitik zu integrieren. Dabei fand auf konzeptioneller Ebene eine deutliche Akzentverschiebung statt. Standen zu Beginn Fragen der ökologischen Produktinformation (Einführung eines nationalen Umweltzeichens) im Vordergrund, so hat sich der Blick zunehmend geweitet. Fragen der ökologischen Produktinformation wurden stärker mit anderen produktpolitischen Instrumenten diskutiert. Seit Johannesburg ist die Debatte um nachhaltige Produktions- und Konsummuster immer mehr in den Vordergrund gerückt. Mittlerweile wird IPP als ein wichtiger Bestandteil dieser Herausforderung gesehen und in den größeren Zusammenhang der „Johannesburg-Debatte“ gestellt. Es handelt sich dabei allerdings weniger um die Reformulierung einer Integrierten Produktpolitik als um die konzeptionelle Weiterentwicklung der Debatte um nachhaltige Produktions- und Konsummuster.

## 5.6 Charakterisierung und Beurteilung

Produktorientierte Umweltpolitik in Großbritannien spielt seit Ende der neunziger Jahre eine bedeutende Rolle. Ausschlaggebend hierfür waren Erfahrungen, die auf Ebene der Europäischen Union gemacht wurden. Zum einen waren britische Experten maßgeblich an der Konzeptionalisierung der durch die EU initiierten Integrierten Produktpolitik beteiligt – und in nationale Politikformulierungsprozesse integriert. Zum anderen zeigte auf Ebene der Implementierung herkömmliche produktpolitische Maßnahmen deutliche Defizite (europäisches Umweltzeichen). Die britische Regierung nahm dies zum Anlass, von der umweltpolitischen Hinterbänklerrolle der siebziger Jahre in eine nationale und europäische Vorreiterrolle zu schlüpfen – zumindest im Hinblick auf produktorientierte Umweltpolitik. Das Vorhandensein eines starken politischen



Willens ist entscheidend für das derzeitig ausgeprägte Engagement in Sachen IPP bzw. nachhaltige Produktions- und Konsummuster. Die Stärke liegt allerdings vor allem auf der Ebene der Politikformulierung und – in Anfängen – Institutionalisierung.

Der konzeptionelle Zugang orientiert sich dabei an einer pragmatischen Herangehensweise. Zuerst werden jene Produktgruppen identifiziert, die für die übergeordneten britischen Umweltziele von besonderer Bedeutung sind und erhebliches ökologisches Optimierungspotential versprechen. Im Kontext der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie liegt der Fokus dabei auf der Klimapolitik bzw. dem Themenfeld Energie. Energieintensive Endverbraucherprodukte (haushalts- wie haushaltferne Produkte<sup>81</sup>) gelten somit als prioritäre Produktgruppe. Zunehmend werden allerdings auch wasser- und abfallpolitische Fragen thematisiert. Im Vordergrund der Politikimplementierung steht die Problemsensibilisierung unter allen relevanten Akteuren. In einer auf Transparenz ausgerichteten Arbeitsmethode wird mit Hilfe der Szenariotechnik quantitatives Datenmaterial generiert, das auf Basis herkömmlicher Produktions- und Konsummuster zukünftige produktgruppenspezifische Herausforderungen verdeutlichen soll. Im nächsten Schritt wird dann ein auf die Produktgruppe zugeschnittener Instrumentenmix entwickelt, der an verschiedenen Phasen des Produktlebensweges ansetzt (toolbox-approach). Allerdings steht die Implementierung dieses IPP-Konzepts erst am Anfang.

---

<sup>81</sup> Z.B. Haushaltsgroß- und -kleingeräte („braune Ware“, „weiße Ware“), Häuser, Kraftfahrzeuge etc.).

## 6 Österreich

### 6.1 Charakteristika österreichischer Umweltpolitik

Zwar gehen in Österreich vereinzelte staatliche Maßnahmen zum Umweltschutz weit zurück; so sah das Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 bereits Schutzmaßnahmen gegen exzessive Waldnutzung vor. Eine explizite Verankerung im staatlichen Institutionengefüge Österreichs datiert allerdings erst auf die frühen siebziger Jahre als Kanzler Kreisky das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz ins Leben rief. Über eine Dekade stand das Umweltschutzministerium jedoch im Zeichen symbolischer Politik ohne relevante Gesetzgebungsprozesse zu initiieren, da mit ungenügenden Kompetenzen und Mitarbeitern ausgestattet (Lauber 1997, 82). Obwohl die achtziger Jahre geprägt waren durch intensive gesellschaftliche Umweltdebatten (z. B. Ausstieg aus Kernenergie; Waldsterben) war es vor allem anderen Ministerien vorbehalten, umweltpolitisch aktiv zu werden. Das Finanzministerium verfügte bspw. über weitreichende Kompetenzen im Bereich Industrie, Tourismus und Energie.

Eine Kehrtwende zeichnete sich ab Mitte der achtziger Jahre ab, als die Umweltbewegung eine Petition zur verfassungsmäßigen Berücksichtigung des Umweltschutzes einreichte. Die Regierung reagierte darauf mit der Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in die österreichische Verfassung. Darüber hinaus wurden im Zuge einer institutionellen Umstrukturierung dem Umweltministerium weitreichende Kompetenzen zugebilligt und 1985 das österreichische Umweltbundesamt (UBA) etabliert, um das Ministerium wissenschaftlich fundiert zu unterstützen. Anders als etwa das deutsche Umweltbundesamt beschränkt sich das österreichische UBA auf das Erarbeiten wissenschaftlicher Expertise ohne umfassende und weitreichende Politikvorschläge zu unterbreiten (Wurzel et al. 2003). Mit der Privatisierung des UBA im Jahr 2000 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde dessen Status als parastaatliches Wissenschaftsinstitut zementiert.

Die umweltpolitischen Initiativen der späten achtziger und frühen neunziger Jahre begründen Österreichs Ruf als ein „belated leader“ (Lauber 1997) europäischer Umweltpolitik. Weitreichende Gesetze bezüglich Luft, Wasser, Boden und Abfall mit strikten Umweltstandards basierend auf dem Stand der Technik („best available technique“) kennzeichnen den regulatorischen *command & control*-Ansatz österreichischer Umweltpolitik. Viele dieser Standards gingen weit über das Maß europäischer Umweltpolitik hinaus und machten Österreich zu einem Vorreiter von *end-of-pipe*-orientierter Umweltpolitik. In den Verhandlungen zum EU-Beitritt – das Land trat der EU 1995 bei – beharrte Österreich auf einer Klausel, die die strikteren Umweltstandards in der österreichischen Gesetzgebung für eine Übergangszeit garantierte. 2001 allerdings verabschiedete das österreichische Parlament das so genannte Deregulierungsgesetz, in dem es gleich zu Beginn heißt: „Insbesondere ist bei der Vorbereitung der Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft darauf zu achten, dass die vorgegebenen Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden“ (§ 1. (1), Teil I Nr. 151/2001). Dies wurde als Abkehr Österreichs von der umweltpolitischen Vorreiterrolle in Europa interpretiert (Wurzel et al. 2003, 58).

Zudem zeichnete sich bereits in den neunziger Jahren mit der Übernahme europäischer Richtlinien ein Übergang zu „weichen“, marktbasierenden umweltpolitischen Instrumenten ab<sup>82</sup>. Darüber hinaus spielen ökonomische Instrumente – insbesondere Subventionen – in Österreich eine bedeutende Rolle. Für die Akzentverschiebung weg vom ausschließlich regulatorischen Ansatz zeichnet auch die nationale Umweltplanung verantwortlich. In enger Anlehnung an niederländische Aktivitäten veröffentlichte die Bundesregierung 1995 als zweites europäisches Land einen nationalen Umweltplan (NUP), der als ein neuer Politikansatz eine langfristige Planung österreichischer Umweltpolitik enthält. Wenn auch nicht rechtlich bindend, betont er jedoch auch den Einsatz „weicher“ umweltpolitischer Instrumente wie Information, marktbasierende und prozessorientierte Instrumente, sowie ökonomische Anreize (BMUJF 1995, 26-27).

## 6.2 Problemwahrnehmung

Vergleichbar zu anderen europäischen Ländern bestehen produktbezogene Maßnahmen in Österreich seit den sechziger und siebziger Jahren. Mit dem Fokus auf Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ist der Gesetzgeber insbesondere hinsichtlich gefährlicher Substanzen aktiv geworden. Dies gilt insbesondere für den Bereich Chemikalienpolitik (z. B. Pflanzenschutz). Traditionelle Produktpolitik fokussiert denn auch vor allem auf ökologische „hot spots“ im Sinne einer Gefahrenabwehr. Darüber hinaus besitzen viele produktpolitische Maßnahmen nur einen indirekten ökologischen Bezug wie etwa Produktbesteuerung. Es existiert in Österreich eine Vielzahl von produktpolitischen Maßnahmen und Aktivitäten vor allem bezüglich Chemikalien- und Abfallpolitik, Produktinformation und ökologische Beschaffung als auch Initiativen von Wirtschafts-, Umwelt- und Konsumentenorganisationen.

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich allerdings in Wissenschaft und Politik ein Verständnis von Produktpolitik etabliert, das eine systematische, lebenswegbezogene ökologische Betrachtung von Produkten und Dienstleistungen in den Mittelpunkt stellt. Österreich hat diesen Perspektivwechsel in Ansätzen aufgenommen ohne bislang allerdings explizit eine nationale Produktpolitik verfolgt zu haben.

## 6.3 Politikformulierung

### 6.3.1 Produktpolitische Akteure

Federführend bei der Formulierung produktpolitischer Aspekte des Umweltschutzes ist das **Österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)** – auch Lebensministerium genannt. In der Sektion VI „Stoffstromwirtschaft, Umweltechnik und Abfallwirtschaft“ befasst sich die Abteilung VI/5 „Betrieblicher Umweltschutz und Technologie“ mit den Themen:

- Betrieblicher und produktionsintegrierter Umweltschutz,
- Öko-Effiziente Technologien,
- Integrierte Produktpolitik und Ecodesign,

---

<sup>82</sup> Beispiele sind Umweltinformationsgesetz (1993), Umweltverträglichkeitsprüfung (1995), EMAS Verordnung (1995).

- Umweltzeichen sowie umweltgerechte Produkte und Dienstleistungen,
- umweltgerechten Beschaffung sowie
- betriebliches Umweltmanagement (EMAS).

Die Abteilung II/3 „Nachhaltige Entwicklung und Umweltförderpolitik“ koordiniert seitens des Ministeriums die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie mit den Schwerpunkten Evaluation und Indikatoren, Integration von Nachhaltigkeit in alle Politikfelder sowie integrationspolitische Strategie und Agenda 21-Prozesse – berührt damit auch produktpolitisches Terrain.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)** arbeitet in seiner Abteilung C1/5 „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ zu IPP-relevanten Fragestellungen. Unter den Arbeitsschwerpunkten industrielle Umweltpolitik, Verpackungs- und Entsorgungswesen, nachhaltige Stoffpolitik und nachhaltiges sektorenübergreifendes Wirtschaften werden produkt- und dienstleistungsrelevante Umweltschutzmaßnahmen behandelt.

Mehrere multi-stakeholder-Dialogprozesse mit produktpolitischen Bezügen wurden unter Beteiligung oben genannter Ministerien in Österreich initiiert. Mit der Gründung des so genannten **Roundtable Ökoeffizienz** 1998 wurde der Fokus auf die Steigerung der Ökoeffizienz gerichtet. Allerdings wurden bislang nur zwei Sitzungen des Roundtables veranstaltet (1998, 2001). Ein nächstes Treffen ist erst für 2005 vorgesehen. Der Roundtable fungiert als ein loses Netzwerk, das – weitgehend ohne Mittelausstattung – kaum operative Arbeit zu Fragen der Ökoeffizienz umsetzen kann. Im Vorfeld der zweiten Sitzung 2001 wurde ein Österreichischer Aktionsplan zur Steigerung der Ökoeffizienz entwickelt, der explizit Ökoeffizienz an Produkten und Dienstleistungen festmacht. Danach wird „Ökoeffizienz erreicht durch die Schaffung von Produkten und Dienstleistungen mit konkurrenzfähigen Preisen, die die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft für eine bessere Lebensqualität erfüllen und gleichzeitig die Umwelteinwirkungen und die Ressourcenintensität über den gesamten Produktlebenszyklus verkleinern...“ (Aktionsplan Ökoeffizienz 2001). Der Aktionsplan wurde allerdings in der Folgezeit nicht weiter umgesetzt. Das Thema Ökoeffizienz wurde in die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie integriert.

Im Dezember 2001 wurde der so genannte **Roundtable Ökosoziale Marktwirtschaft** unter dem Vorsitz von Vizekanzler a.D. Josef Riegler auf Initiative der Wirtschafts- und Umweltressorts ins Leben gerufen. Als multi-stakeholder Dialog konzipiert treffen sich die Mitglieder des Gremiums mehrmals im Jahr. Bislang wurden die thematischen Schwerpunkte öko-soziale Fiskalreformen, Faktor 10 sowie Empfehlungen in Anlehnung an den Aktionsplan Ökoeffizienz zu den Schwerpunktbereichen Landwirtschaft, Produkte und Dienstleistungen, Infrastruktur und Verkehr, Forschung und Entwicklung sowie Öffentlichkeit und Konsum erarbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Steigerung der Ressourcenproduktivität in den genannten Bereichen.

Das 1998 gegründete **Akteursnetzwerk "Nachhaltiges Österreich"** setzt sich aus Akteuren zusammen, die in ihrem beruflichen Wirkungsbereich in der Verwaltung, Wirtschaft oder in der Wissenschaft ganz konkret an der Realisierung einer Nachhaltigen Entwicklung arbeiten. Eine Interdisziplinarität ist durch die Vielfältigkeit der Einsatzbereiche der Mitglieder gewährleistet, schwerpunktmäßig arbeiten die Netzwerkmitglieder in den Bereichen Umweltschutz, Wirtschaft, nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung sowie Technik.

### 6.3.2 Produktpolitische Politikformulierung

Die österreichische Regierung hat bislang kein eigenständiges Konzept einer produktpolitischen Politikformulierung vorgelegt. Anders als etwa die Regierung Großbritanniens, die 2003 ein nationales Rahmenprogramm zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern veröffentlicht hat, ist eine produktpolitische Umweltplanung („top-down“-Ansätze) in Österreich zur Zeit nicht vorgesehen. Damit verfolgt Österreich keine explizite nationale produktpolitische Strategie; vielmehr werden vorhandene produktpolitische Politikformulierungen in übergeordnete Politikkonzepte wie die nationale Nachhaltigkeitsstrategie integriert. Die vorhandenen Ansätze in Wirtschafts- und Umweltministerium zur Produktpolitik finden damit nicht direkt Eingang in den formellen politischen Entscheidungsprozess. Es ergibt sich somit kein einheitliches Bild einer nationalen Integrierten Produktpolitik in Österreich. Die Integrierte Produktpolitik zeichnet sich vielmehr als ein Muster bestehend aus verschiedenen endogenen und exogenen Mosaiksteinen aus. Zu nennen sind hier die nationale Umweltplanung, der europäische Prozess einer Integrierten Produktpolitik sowie die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie.

Der 1995 veröffentlichte erste **Nationale Umweltplan Österreichs** erwähnt nicht explizit den Bereich Produktpolitik. Dennoch heißt es in der mittelfristigen Zielplanung, dass innovative, umweltfreundliche Produktionsprozesse zu fördern und „grüne“ Technologien, Produkten und Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermarkten sind (NUP 1995, 25). Dem Vorbild des niederländischen Umweltplans folgend betont auch der nationale Umweltplan Österreichs den Einsatz marktbasierter Politikinstrumente als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus wird der Veränderung des Konsumentenverhaltens durch Informationsübermittlung eine besondere Bedeutung beigemessen. Insgesamt bleibt allerdings der Eindruck, dass der österreichische Umweltplan sehr stark auf den niederländischen Erfahrungen aufbaut, ohne – zumindest in Sachen Produktpolitik – eigene Akzente zu setzen. Eine von der Organisationsberatung 17&4 im Jahr 2001 verfasste Studie zu IPP in Österreich kommt zu folgendem ernüchterndem Ergebnis: „Der nationale Umweltplan scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Keine Rede ist mehr von der angekündigten *Evaluierung der Umsetzungsergebnisse in Abständen von zwei Jahren nach seiner Erstellung und seiner Aktualisierung etwa alle vier Jahre* (Zitate im NUP: kursiv) (Hruschka/Amerstorfer 2001, 13). Dies scheint allerdings ein zu harsches Urteil, stellt man in Rechnung, dass der nationale Umweltplan das Terrain für eine strategische Umweltplanung bereitet hat, die nun von der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen und fortgeführt wird.

Der **europäische Prozess einer Integrierten Produktpolitik** verhalf dem Thema auch in Österreich – kurzzeitig – auf die nationale politische Agenda. Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs zur Integrierten Produktpolitik der Europäischen Union 2001 (Europäische Kommission 2001a) wurde in Österreich das Für und Wider einer Integrierten Produktpolitik und ein möglicher nationaler Ansatz diskutiert. Dem von der EU-Kommission initiierten Konsultationsprozess im Anschluss an die Veröffentlichung des Grünbuchs haben sich – wenn auch wenige – österreichische Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geäußert. In der Stellungnahme des Umweltministeriums zum Grünbuch der EU heißt es: „For the implementation of IPP no new policy objectives and goals are needed, but IPP can form a framework for better achieving those goals already adopted at local, national or international level“ (BMLFUW 2001, 1). Daraus ist zu schließen, dass die österreichische Regierung weder auf nationaler noch internationaler Ebene die Notwendigkeit sieht, konkrete Zielstrukturen für

eine IPP festzulegen. Vielmehr gelte es, die bereits vorhandenen Zielsetzungen für Produkte zu operationalisieren. Allerdings bleibt unklar, welche Zielsetzungen quantitativer oder qualitativer Art gemeint sind. Insgesamt beurteilt die Stellungnahme des Umweltministeriums das Grünbuch sehr wohlwollend. Anders die Vertreter/innen der österreichischen Wirtschaft. Die Stellungnahme der Wirtschaftskammer Österreich sieht das Grünbuch gekennzeichnet durch einen „stark dirigistischen Charakter“ (WK 2001). Der österreichische Wirtschaftsverband hält den auch für wünschenswert, dass bezüglich staatlicher Rahmenbedingungen freiwilligen Maßnahmen der Vorrang vor gesetzlichen Regulierungen gegeben wird.

Das europäische Grünbuch wurde 2001 auch im Zuge einer Anfrage durch Parlamentarier im österreichischen Parlament verhandelt (ÖP 2001). In der Antwort des Umweltministeriums wird generell auf bereits bestehende produktpolitische Instrumente rekurriert mit besonderer Betonung auf das öffentliche Beschaffungswesen und das österreichische Umweltzeichen (BMLFUW 2001a). Eine eigenständige, nationale Weiterentwicklung einer IPP verfolgt Österreich demnach nicht. Der Begriff IPP taucht denn auch nach 2001 kaum noch in der österreichischen Debatte um produktbezogenen Umweltschutz auf. Eine offizielle Reaktion auf die Mitteilung der EU zur Integrierten Produktpolitik ist nicht bekannt. So charakterisieren denn auch die Autoren der Studie „IPP Austria“ die Reaktionsmuster ihrer Gesprächspartner als „interessierte Teilnahmslosigkeit“ (Hruschka/Amerstorfer 2001, 14).

Wenn auch Österreich bezüglich IPP keine Vorreiterrolle einnimmt, so finden sich doch produktpolitische Bezüge in der 2002 von der Bundesregierung beschlossenen nationalen **Nachhaltigkeitsstrategie**. Die Nachhaltigkeitsstrategie gliedert sich in zwanzig Leitziele, die vier großen Handlungsfeldern<sup>83</sup> zugeordnet sind. Im Handlungsfeld zwei „Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort“ wird mit dem Leitziel neun „Erfolgreiches Wirtschaften durch Ökoeffizienz“ und dem Leitziel zehn „Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen stärken“ produktpolitisches Terrain betreten. Der Schwerpunkt liegt auf der Angebotsseite, indem Ökoeffizienz als Leitziel ausgegeben wird. Dabei bedeutet „ökoeffizientes Wirtschaften (...) eine Steigerung des wirtschaftlichen Erfolges bei gleichzeitiger Senkung des spezifischen Energie- und Rohstoffverbrauchs. Integrierte Produktpolitik, Dienstleistungskonzepte und Cleaner Production sind dazu wichtige Ansätze“ (BMLFUW 2002, 55). Die Erhöhung der Ressourcenproduktivität soll über die Vermeidung von Rohstoff- und Energieverbrauch erreicht sowie eine Schließung von Stoffkreisläufen angestrebt werden. Vordringliche Ansatzpunkte sind u.a. die Förderung neuer Technologien für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, die Umsetzung von Konzepten im Sinne von Cleaner Production sowie Kennzahlen über nachhaltiges Wirtschaften über einen Monitoring-Prozess. Als primäre Bedürfnisfelder wurden Lebensmittel, Konsumgüter, Wohnen sowie Tourismus und Freizeit identifiziert. Für das gesamte Handlungsfeld „Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort“ wurden insgesamt elf Indikatoren festgelegt, die in der Mehrheit produktpolitische Bezüge aufweisen (vgl. Tab. 6.1).

---

<sup>83</sup> Diese sind: (1) Lebensqualität in Österreich, (2) Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort, (3) Österreich als Lebensraum sowie (4) Österreichs Verantwortung.

**Tab. 6.1:** Aspekte einer Integrierten Produktpolitik in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie (Quelle: eigene Zusammenstellung aus BMLFUW 2002)

	<b>Leitziel 9: „Erfolgreiches Wirtschaften durch Ökoeffizienz“</b>	<b>Leitziel 10: „Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen stärken</b>
<b>Ziel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erhöhung Ressourcenproduktivität (kurzfristig Stabilisierung des absoluten Ressourcendurchsatzes, langfristig Steigerung um Faktor 4)</li> <li>▪ Vermeidung von Rohstoff- und Energieverbrauch</li> <li>▪ Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger um jährlich 1% bis</li> <li>▪ Schließung von Stoffkreisläufen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Steigerung des Marktanteils von Produkten und Dienstleistungen mit geringerem Ressourcen- und Energieverbrauch</li> <li>▪ Verbreitung nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen in Bedürfnisfeldern „Nahrungsmittel“, „Wohnen“, „Konsumgüter“, „Tourismus und Freizeitverhalten“</li> <li>▪ Öffentliche Beschaffung</li> </ul>
<b>Ansatzpunkte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Neue Technologien für Einsatz nachwachsender Rohstoffe</li> <li>▪ Cleaner Production</li> <li>▪ Integration von Produkten und Dienstleistungen</li> <li>▪ Integrierte Abfallwirtschaftskonzepte</li> <li>▪ Effizienzsteigerung in Gebäuden durch Anforderungen in Bauordnung und Wohnbauförderung</li> <li>▪ Kennzahlen über nachhaltiges Wirtschaften (bspw. Dow Jones Sustainability Group Index),</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Nahrungsmittel: Programm für umweltgerechte Landwirtschaft; bundesweite Standards für Tierhaltung; Direktvermarktung Bioprodukte</li> <li>▪ Konsumgüter: Produktinformation (Umweltzeichen); Bewusstseinsbildung für regionale Produkte</li> <li>▪ Integration der bereits bestehenden, punktuellen Initiativen zu einem Gesamtkonzept</li> </ul>
<b>Indikatoren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ F&amp;E-Ausgaben</li> <li>▪ Umweltsteuern</li> <li>▪ Steuern auf Arbeit</li> <li>▪ Materialeinsatz</li> <li>▪ Landschaftsverbrauch</li> <li>▪ Energieverbrauch in Relation zum BIP (Bruttoinlandsverbrauch und Energetischer Endverbrauch)</li> <li>▪ Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoinlandsverbrauch</li> <li>▪ Nettoimporttangente der Energieversorgung</li> <li>▪ Abfallmengen</li> <li>▪ Anzahl der Umweltzeichen-Produkte</li> <li>▪ Anzahl der EMAS und ISO 14001 Standorte</li> </ul>	

Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie ist stark umsetzungsorientiert<sup>84</sup>. Um den Umsetzungsprozess zu begleiten, werden jährliche Arbeitsprogramme erstellt. In so genannten jährlichen Fortschrittsberichten werden die umgesetzten Aktivitäten dokumentiert und anhand der in der Nachhaltigkeitsstrategie ausgewiesenen Indikatoren analysiert. Der erste Fortschrittsbericht wurde im Frühjahr 2004 vorgelegt. Darüber hinaus ist für Herbst 2005 eine externe Evaluation vorgesehen. Betrachtet man die Arbeitsprogramme 2003 und 2004, so kommt ihnen in erster Linie eine *Koordinierungs-, Bündelungs- und Transparenzfunktion* zu, indem freiwillige Maßnahmen, staatliche Programme und Strategien sowie ordnungsrechtliche Aktivitäten dokumentiert werden. Zudem werden einzelne Maßnahmen den Leitzielen der Nachhaltigkeitsstrategie zugeordnet. Für die Leitziele neun und zehn identifiziert das Arbeitsprogramm 2004 insgesamt 101 Maßnahmen (mit Mehrfachnennungen), darunter etwa gesetzgeberische (z.B. Abfallwirtschaftsgesetz 2002), forschungspolitische (z.B. Programmlinie 'Fabrik der Zukunft') oder einzelprojektbezogene Maßnahmen (z.B. Projektinitiative „Fairtrade“). Die vielfältigen produktpolitischen Initiativen und Maßnahmen werden allerdings nicht in einem

<sup>84</sup> Zentrale Akteure des Umwetzungsprozesses sind „Das Komitee für ein Nachhaltiges Österreich“ sowie das „Forum Nachhaltiges Österreich. Während das Komitee bestehend aus Ministeriums- und Interessengruppenvertretungen Maßnahmen und Programme zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele entwickelt, ist das Forum als ein Expertengremium für die kritische Begleitung und Beratung verantwortlich.

Atemzug mit dem Konzept einer Integrierten Produktpolitik genannt. IPP wird vornehmlich für den europäischen Prozess reserviert, während auf nationaler Ebene von produktbezogenem Umweltschutz gesprochen wird.

## 6.4 Politikimplementierung

Auch wenn kein explizites nationales IPP-Konzept in Österreich vorhanden ist, existiert eine Vielzahl von regulatorischen, marktbasierenden und freiwilligen produktbezogenen Maßnahmen. Schwerpunkte bilden dabei Abfallpolitik, Beschaffung, Produktkennzeichnung sowie sektorspezifische Aktivitäten. Im Folgenden wird exemplarisch auf Abfall, Beschaffung und Produktkennzeichen eingegangen.

Österreich war lange gekennzeichnet durch eine Rechtszersplitterung in der **Abfallpolitik**. Vorschriften auf Bundesebene waren nur partiell vorhanden. Materienübergreifende Regelungen auf Bundesebene datieren auf Mitte der siebziger Jahre mit dem Umweltstrafrecht (1975). Weitere Regelungen sind das Sonderabfallgesetz (1983), das Altölgesetz (1986) sowie das Altlastensanierungsgesetz (1989). Eine Kehrtwende bedeutet das 1990 verabschiedete Abfallwirtschaftsgesetz, das die Kompetenz für gefährliche Abfälle und bei Bedarf auch für nicht-gefährliche Abfälle auf Bundesebene übertrug. Im Zuge gemeinschaftlicher Gesetzgebung auf europäischer Ebene wurde das Abfallwirtschaftsgesetz mehrmals novelliert, zuletzt 2002. Wesentliche Neuerungen sind die Änderung des Abfallbegriffs, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes längstens alle fünf Jahre, die Festlegung von Behandlungspflichten, die Einführung eines elektronischen Datenmanagements und ein einheitliches, neu strukturiertes Anlagenrecht. Darüber hinaus umfasst das Abfallwirtschaftsgesetz:

- den Bundes-Abfallwirtschaftsplan (beinhaltet eine Bestandsaufnahme der Abfallwirtschaft, Vorgaben zur Reduktion der Abfallmengen, Vorschläge zur umweltgerechten und volkswirtschaftlich sinnvollen Abfallverwertung usw.)
- Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung (Kennzeichnung, Rücknahme, Pfandsystem usw.)
- Selbstregelungsmechanismen der Wirtschaft (Branchenkonzepte<sup>85</sup>, freiwillige Vereinbarungen<sup>86</sup> sowie Abfallsammel- und Verwertungssysteme<sup>87</sup> (ARA und spezifische Subunternehmen),

Darüber hinaus existieren auf internationaler und insbesondere europäischer Ebene für Österreich relevante abfallwirtschaftliche Regelungen und Vereinbarungen<sup>88</sup>.

---

<sup>85</sup> Z.B. für Galvanikschlämme, Gießereien, Lösungsmittel, KFZ-Branche, medizinische Abfälle, Ledererzeugung, Altholz und Holzreststoffe, Farb- und Lackabfälle usw.

<sup>86</sup> Z.B. Alt-PKW-Recycling, Altpapier, Autoreifen, Styroporverpackungen, Kunststoffrohre, PVC-Karten, Batterien, rückstrahlende Kennzeichentafeln, usw.

<sup>87</sup> ARA und spezifische Subunternehmen.

<sup>88</sup> Internationale Regelungen: Basler Übereinkommen über den grenzüberschreitenden Abfallverkehr, OECD-Ratsbeschluss 1992 über den zwischenstaatlichen Verkehr von Sekundärrohstoffen. EU-Abfallrecht: 75/442/EWG (Abfälle), 91/689/EWG (gefährliche Abfälle), 93/259/EWG (Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen), 94/67/EG (Verbrennung gefährlicher Abfälle), Entscheidung 2000/532/EG (Abfallverzeichnis) sowie die bis 2004 in nationales Recht umzusetzenden so genannten WEEE und RoHS-Richtlinien.



**Umweltfreundliche Beschaffung** der öffentlichen Verwaltung bzw. durch Unternehmen und Organisationen gilt als ein zentraler Anknüpfungspunkt für die Schaffung und Ausweitung von Märkten für umweltfreundliche Produkte. Das Volumen der öffentlichen Beschaffung in Österreich beträgt jährlich ca. 29 Mrd. € (ca. 16-17% des BIP) mit dem Schwerpunkt der Ausgaben für Bau und Instandhaltung (Oehme 2002). Bereits vor ca. zwanzig Jahren rückte das Potential einer ökologischen Beschaffung in den Blickpunkt; wurde eine Ökologisierung des Beschaffungswesen bei Bund, Ländern und Gemeinden vor allem in Umweltprogrammen und Klimabündnissen bzw. Maßnahmen der Abfallpolitik integriert.

Das ökologische Beschaffungswesen Österreichs ist vor allem gekennzeichnet durch Maßnahmen und Projektinitiativen auf Bundes und Landesebene im Sinne einer Best-practise-Diffusion. Zu nennen sind hier etwa (Oehme 2002):

- Einrichtung eines interministeriellen Arbeitskreises zur nationalen Umsetzung des im Rahmen der OECD-Umweltministertagung am 19.-20. Februar 1996 beschlossenen Ratsakt „Improving the Environmental Performance of Government“. Der Beschluss umfasst u.a. auch die Berücksichtigung von Umweltkriterien bei der öffentlichen Beschaffung.
- Die im Ministerrat vom 1. 4. 1998 beschlossenen Leitlinien für eine Ökologisierung der Bundesverwaltung werden aktualisiert. Für den Bereich der öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge werden im Sinne der Bestimmung des § 21 Abs. 6 des Bundesvergabegesetzes 2002 aktuelle Umwelteigenschaften von Produkten/Leistungen festgelegt, die von den öffentlichen Auftraggebern in den Ausschreibungen zu berücksichtigen wären.
- Einrichtung des ÖkoBeschaffungsservice Vorarlberg sowie Erarbeitung von Leitfäden durch den Umweltverband Vorarlberg.
- Im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzprogrammes KliP-Wien wurde die Einrichtung des Projektes „ÖkoKauf Wien“ 1998 initiiert, das die Erstellung von Kriterienkatalogen für Wien zur umweltfreundlichen Beschaffung zum Ziel hat.
- Unter Leitung des Umweltministeriums wurde zusammen mit wissenschaftlichen Instituten der Kriterienkatalog „Check it!“ als Informationshilfe erarbeitet.
- Einrichtung des „BeschaffungService Austria – Informationsstelle für umweltfreundlichen Einkauf“ 1997 als zentrale Anlaufstelle zum Thema ökologische Beschaffung.

Im Rahmen einer IPP wurden die vorhandenen Initiativen allerdings nicht in einer systematischen und konzeptionellen Weise bislang fortgeführt.

Mit der Einführung des nationalen Österreichischen Umweltzeichen 1991 liegt ein Schwerpunkt produktbezogener Umweltpolitik in Österreich im Bereich **freiwillige Produktkennzeichnung**. Die anbieterseitige Nachfrage nach dem Umweltzeichen kann als moderat bezeichnet werden. Bislang wurde von ca. 260 Unternehmen für insgesamt ca. 600 das Umweltzeichen beantragt. Im Vergleich zu den erfolgreichsten nationalen Umweltzeichen, dem deutschen Blauen Engel (ca. 3700 Produkte) und dem skandinavischen Nordischen Schwan (ca. 2500 Produkte), bleibt das österreichische Umweltzeichen damit hinter den Erwartungen zurück. Neben dem produktgruppenübergreifenden österreichischen Umweltzeichen existiert eine Vielzahl produktgruppenspezifischer Labels, die vornehmlich als Branchenlabels konzipiert sind (vgl. Tab. 6.2).

**Tab. 6.2:** Produktkennzeichnung in Österreich (Quelle: Scheer 2002)

Produktkennzeichnung	Zertifizierung durch	Produktgruppen	Lebensweg-orientierung
IBO Zeichen	Branche	Bauprodukte	ja
Gütezeichen für Recycling-Baustoffe	Branche	Bauprodukte	ja
Österreichisches BIO-Zeichen	Staat	Lebensmittel	ja
Demeter	Branche	Lebensmittel	ja
Ernte	Branche	Lebensmittel	ja
Orbi	Branche	Lebensmittel	ja
Dinatur	Branche	Lebensmittel	ja
Ja! Natürlich	Unternehmen	Lebensmittel	ja
TransFair	NGO	Lebensmittel	teilweise
Natur pur	Unternehmen	Lebensmittel	ja
Erde & Saat	Branche	Lebensmittel	ja
ARGE Gentechnik-frei	Branchen	Lebensmittel	teilweise
E-Commerce-Gütezeichen	Staat, NGOs	online-shopping	nein
Naturpack	Unternehmen	Verpackung	teilweise
Austrian Ecolabel	government	produktgruppenübergreifend	ja
Green cotton	Unternehmen	Textil	ja
ÖKO Tex Standard 100	Branche	Textil	teilweise
Silberne Diestel	Branche	Tourismus	teilweise
Grüner Baum	Branche	Tourismus	teilweise
Servus Tourismus	Branche	Tourismus	teilweise
Umweltsiegel Tirol	Branche	Tourismus	teilweise
Beim Bauern zu Gast	Branche	Tourismus	teilweise

Bezüglich der Labelkonkurrenz heißt es in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie: „Durch wenige, dafür aber klar definierte Gütezeichen soll die Glaubwürdigkeit derartiger Auszeichnungen gesichert werden. Durch bessere Information über die Umweltauswirkungen in der Vorproduktion soll eine integrative Beurteilung der ‚ökologischen Rucksäcke‘ von Konsumgütern ermöglicht werden“ (BMLFUW 2002, 59).

Inzwischen wurde zur Stärkung des nachhaltigen Konsums in Österreich eine so genannte Bewusstseinskampagne unter dem Slogan „Nachhaltige Wochen“ vom 15. September bis 15. Oktober 2004 durchgeführt (vgl. [www.nachhaltigewochen.at](http://www.nachhaltigewochen.at)). Mit der vom österreichischen Umweltministerium initiierten Kampagne soll der bewusste Konsum von nachhaltigeren Produkten gefördert werden. Auf Initiative des Lebensministeriums gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, der Wirtschaftskammer Österreich und den Ländern Oberösterreich, Salzburg und Steiermark hat sich eine Vielzahl österreichischer Handelsketten bereit erklärt, in einer gemeinsamen Aktion „nachhaltige“ Produkte gezielt in die Auslage zu stellen. Für die Jahre 2005 und 2006 soll die Stärkung des nachhaltigen Konsums ein Themenschwerpunkt der umsetzungsorientierten Nachhaltigkeitsstrategie Österreichs bilden.

Die im Verbund von Politik und Wirtschaft durchgeführte Aktion zielt langfristig auch auf die Verringerung der Kennzeichnungslandschaft. Zunächst wurde gemeinsam mit einer Reihe von

Handelsketten die Wort-Bild-Marke „Das bringt's. Nachhaltig“ entwickelt. Diese Kennzeichnung ist nicht als unabhängig zertifiziertes Gütesiegel zu verstehen. Es dient vielmehr als so genanntes „optisches Ausrufezeichen der Nachhaltigkeit“. Diesem Instrument der Konsumenteninformation wird seitens des Umweltministeriums aber Potential als Kennzeichnungsdachmarke zugeschrieben und könnte sich somit als eine erfolg versprechende Strategie zur Verringerung von Umweltsiegeln erweisen.

## 6.5 Politikreformulierung

Aufgrund der Tatsache, das Österreich keine explizites politisches Konzept einer Integrierten Produktpolitik formuliert hat, ist folgerichtig auch keine Reformulierung wahrnehmbar. Zwar lassen sich erste Ansätze einer impliziten Formulierung durch Berücksichtigung produktpolitischer Aspekte in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erkennen. Für eine Bewertung hinsichtlich einer konzeptionellen Akzentverschiebung ist es allerdings noch zu früh.

## 6.6 Charakterisierung und Beurteilung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass IPP in Österreich nicht als eigenständiges Politikfeld wahrgenommen wird. Unter IPP wird insbesondere der politische Prozess der europäischen Union gefasst. Die zahlreich auf nationaler Ebene existierenden produktbezogenen Aktivitäten firmieren unter dem Begriff produktbezogener Umweltschutz.

Mit dem Startschuss für eine europäische IPP auf der Umweltministerkonferenz in Weimar 1999 wurde das Thema auch in Österreich auf die nationale Agenda gehoben. Durch externe Politikberatung ließ sich das österreichische Umweltministerium über Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen nationalen IPP-Politik beraten. Dieser Impuls scheint aber keinerlei Folgewirkung entfaltet zu haben. Zumindest unter dem Markenzeichen IPP findet derzeit in Österreich keine konzeptionelle Weiterentwicklung statt. IPP gilt als wesentlicher Bestandteil einer europäischen Politik – nicht einer österreichischen.

Ungeachtet dessen haben produktpolitische Aspekte Einzug in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie gefunden. Mit der expliziten Aufnahme von produktbezogenen Fragestellungen in die Leitzielbestimmung der Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt die österreichische Regierung indirekt Kernelemente einer IPP wie die Lebenswegbetrachtung, die Transformation von ökologischen Produkten von der Nische in den Massenmarkt oder Ökoeffizienz als Strukturprinzip nachhaltigen Wirtschaftens. Der Nachhaltigkeitsstrategie kommt somit eine Koordinierungs-, Bündelungs- und Transparenzfunktion bei produktbezogenen Aspekten zu. Hier werden zentrale Zielstrukturen für eine nachhaltige Produktpolitik genannt; etwa die Erhöhung der Ressourcenproduktivität mit dem langfristigen Ziel Faktor vier, Schließung von Stoffkreisläufen oder die Steigerung des Marktanteils von Produkten und Dienstleistungen mit geringem Energie- und Ressourcenverbrauch. Auch werden Ansatzpunkte für prioritäre Maßnahmen und Indikatoren zur Fortschrittsüberprüfung aufgeführt. Damit wurde die produktbezogene Umweltplanung in die Nachhaltigkeitspolitik integriert.

## 7 Schweden

### 7.1 Problemwahrnehmung

Schweden gilt im Allgemeinen als ein in der Umweltpolitik führendes Land, das ein hohes internationales Ansehen besitzt. Lafferty/Meadowcroft (2000) sehen Schweden im Bereich der Nachhaltige Entwicklung als „Early starter“ an, das bereits 1993, also ein Jahr nach der UN-Konferenz von Rio de Janeiro, umfassende Aktivitäten einleitete<sup>89</sup>.

Einen weiteren Impuls stellt die Aufmerksamkeit mit Blick auf Gefahrstoffe in Produkten dar. Hier wurden bereits in den 80er Jahren erste Arbeiten vorangetrieben und in den 90er Jahren fortgesetzt<sup>90</sup>. In diesem Zusammenhang wurden Umweltprobleme zunehmend aus der stofflichen Lebenswegperspektive betrachtet und eine ganzheitliche Zugangsweise entwickelt. Ein Beispiel für diese Fokussierung stellt die ecocycle-policy dar, die die schwedische Regierung 1993 verkündete und gesetzlich verankerte. Darin wurde ein breiter Rahmen für Produktmanagement und Abfallwirtschaft aufgespannt und insbesondere die Produzentenverantwortung als Prinzip eingeführt. Zudem wurde ebenfalls 1993 die sog. „Ecocycle Commission“ eingesetzt, deren Aufgabe die Unterstützung und Koordination dieser Politik war.

Aus der Diskussion und schrittweisen Umsetzung der Produzentenverantwortung entstand allmählich auch ein produktbezogener Zugang zu Umweltproblemen.

### 7.2 Politikformulierung

#### 7.2.1 Produktpolitische Akteure

Die Ausformulierung einer schwedischen IPP-Politik liegt beim schwedischen Umweltministerium und dort in der Abteilung „Sustainable Development and Environmental Integration“. Die Aufgaben dieser Abteilung sind recht umfassend, wie etwa:

- IPP und nachhaltige Konsummuster
- nachhaltige Entwicklung
- Umwelt und Handel/Wirtschaft sowie Dialogprozesse mit Wirtschaft;
- Umwelttechnologien.

In dieser Abteilung befassen sich rund 20 Personen mit Nachhaltigkeitsfragen allgemein und zwei speziell mit dem Thema IPP.

Das Umweltministerium arbeitet in einem interministeriellen Netzwerk mit einer Reihe anderer Ministerien (u.a. Wirtschaft/Arbeit/Kommunikation, Finanzen, Gesundheit/soziale Angelegen-

---

<sup>89</sup> Vgl. zur schwedischen Umweltpolitik im allgemeinen Kronsell (1997).

<sup>90</sup> Vgl. beispielsweise Ministry of the Environment and Natural Resources (1992).

heiten, Landwirtschaft/Ernährung/Verbraucher) zusammen, wobei ein Informationsaustausch und eine Abstimmung bzw. Zuarbeit zu IPP-bezogenen Vorlagen erfolgen. Diese Zusammenarbeit konkretisiert sich in periodisch stattfindenden Arbeitstreffen.

Neben dem Umweltministerium ist auf behördlicher Ebene noch das schwedische Umweltagentur (Swedish Environmental Protection Agency - SWEPA) zu nennen, bei der in der Abteilung „Sustainable production and consumption“ IPP-bezogene Fragen bearbeitet werden.

Schweden arbeitet traditionell eng mit den anderen nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Island und Norwegen im „Nordic Council of Ministers“ zusammen. Mit Bezug auf IPP wurde im Jahre 1998 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer nordischen IPP eingesetzt<sup>91</sup>.

Neben der behördlichen Ebene wurde 1998 ein nationales schwedisches IPP-Netzwerk gegründet, dem Vertreter/innen aus Wirtschaft, Forschung, Behörden, Ministerien sowie NGOs angehören. Seit 2000 fanden bisher neun Dialogtreffen statt.

Daneben tragen auch Forschung und Wissenschaft zum Fortgang einer IPP bei, etwa durch ihre Beteiligung an dem schwedischen IPP-Netzwerk oder durch aus öffentlichen Mitteln aufgelegte Forschungsprogramme.

## 7.2.2 Produktpolitische Politikformulierung

Schweden verfolgt traditionell eine sehr aktive Umweltpolitik. Dies spiegelt sich auch in der Nachhaltigkeitsdebatte wider. Beruhend auf einem ersten Strategiepapier aus dem Jahr 2002 legte die schwedische Regierung jüngst ihre Nachhaltigkeitsstrategie (Ministry of the Environment 2004) in einer überarbeiteten Form dem Parlament vor; das schwedische Parlament wird im Herbst 2004 darüber debattieren<sup>92</sup>. In den acht Kernbereichen der Nachhaltigkeitsstrategie ist IPP an zwei Stellen verankert:

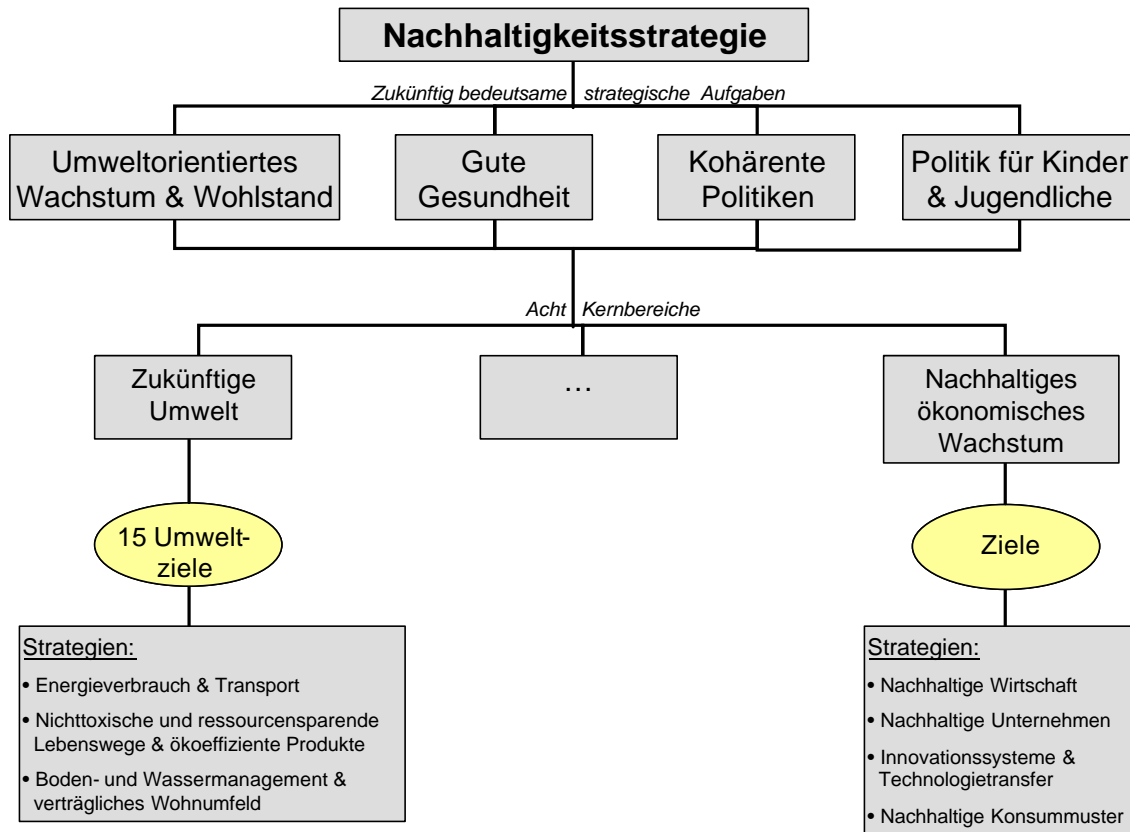
- Im Kernbereich „Zukünftige Umwelt“ wird IPP als Teil der Lebensweg-Strategie benannt (Ministry of the Environment 2004, 12). Diese Strategie fokussiert auf nicht-toxische und ressourcensparende Lebenswege (Ministry of the Environment 2003); ursprünglich sollte diese Strategie noch enger mit IPP<sup>93</sup> verbunden werden, dies wurde jedoch aus politischen Gründen nicht weiterverfolgt.
- Im Kernbereich „Nachhaltiges ökonomisches Wachstum & Wettbewerbsfähigkeit“ wird die Unterstützung der von nachhaltigen Unternehmen durch eine Promotion einer IPP angekündigt (Ministry of the Environment 2004, 17).

---

<sup>91</sup> Hierzu fand im Januar 1998 ein erster Workshop statt; auf einem zweiten Workshop im Februar 2000 wurden erste Ergebnisse zur Diskussion gestellt Vgl. Nordic Council of Ministers (2000) sowie Sørensen (2000). Insgesamt zeigte sich, dass die Zusammenarbeit der fünf nordischen Staaten eher strategisch angelegt ist, um *gemeinsam* die EU-Aktivitäten zum Thema IPP zu stimulieren und pushen, und auf eine Art informelle Netzwerkbildung abzielt; die Implementation einer gemeinsamen nordischen IPP-Politik scheint weniger im Vordergrund zu stehen.

<sup>92</sup> Vgl. zu einem Überblick Stratos (2004) sowie Göll/Thio (2004).

<sup>93</sup> Neben IPP sollte hier auch der Bereich der nachhaltigen Produktions- und Konsummuster eingebracht werden; auch dies wurde nicht weiterverfolgt.



**Abb. 7.1:** Einordnung einer IPP in die schwedische Nachhaltigkeitsstrategie (Quelle: eigene Zusammenstellung und Übersetzung)

Diese Verankerung der IPP stellt sich auch mit einem expliziten Bezug auf einige der 15 schwedischen Umweltziele dar<sup>94</sup>.

Konkretisiert wird der schwedische Zugang zu einer IPP durch eine eigene schwedische IPP-Konzeption, die das schwedische Umweltministerium erarbeitete. Diese wurde zunächst in mehreren Dialogveranstaltungen über 100 Organisationen zur Kommentierung und dann letztendlich in einer überarbeiteten Form im Mai 2000 dem schwedischen Parlament vorgelegt und dort debattiert (Government Communication 2000). Die Definition einer IPP wird dabei mit einer Zielbeschreibung verbunden: „The aim of an integrated product policy is to produce products and services that make the smallest possible impact on human health or the environment at each stage of their lifecycle. (...) An internationally established integrated product policy would, moreover, help to improve the function of the single market, give Europe competitive advantages and lower barriers to trade worldwide“ (Government Communication 2000, 4). Ziel einer IPP ist somit die Erhöhung der Ökoeffizienz von Produkten sowie Dienstleistungen. Bei dieser Zielbeschreibung ist einerseits der ausdrückliche Einbezug von Dienstleistungen, andererseits der Verweis auf die internationale Bedeutung einer IPP bemerkenswert. Gerade dieser Gedanke der Internationalität durchzieht die vorgelegte Konzeption an vielen Stellen und

<sup>94</sup> Dabei wird davon ausgegangen, dass eine IPP zur Erfüllung folgender Umweltziele beitragen kann: Nicht-toxische Umwelt, Null-Eutrophierung, Reduktion des Klimawandels, Schutz der Ozonschicht sowie gesundheitsfördernde Bebauung (SWEPA 2002, 9).

unterstreicht nachdrücklich die Bedeutung der EU. Des weiteren benennt diese Konzeption eine Reihe von Prinzipien, die einer IPP zugrunde liegen; diese orientieren sich zum einen an den internationalen Verpflichtungen Schwedens, wie sie sich aus dem Amsterdamer EU-Vertrag ergeben, zum anderen an schwedischen Vorgaben, wie sie im schwedischen Umweltgesetz niedergelegt wurden; Beispiele sind hier das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip.

Konstituierende Merkmale der vorgelegten Konzeption sind die Berücksichtigung des Lebenswegs, was als Integrationsprinzip bezeichnet wird, sowie die Aufgabenteilung zwischen verschiedenen Akteuren. Diese beiden Ansatzpunkte münden in eine – zunächst einmal sehr allgemeine – instrumentelle Vorgehensweise ein: „The Government continues to encourage the development of voluntary, market-driven incentives and to issue transparent rules. Measures should be taken (...) to ensure that existing and new policy instruments relating to products are coordinated in order to take advantage of potential synergies“ (Government Communication 2000, 46). Insgesamt ergibt sich jedoch eine klare Botschaft: Koordination und Kopplung von Maßnahmen einerseits sowie andererseits Stimulierung und Unterstützung der (freien) Marktkräfte durch Maßnahmen, die einen freiwilligen Charakter besitzen.

Eine Informationstransmissionsstrategie wird dabei als ein zentraler Ansatzpunkt betrachtet, um alle Akteure in die Lage zu versetzen, eigenständige Maßnahmen zu ergreifen. Dabei wird den Herstellern eine gestaltende und verantwortende Rolle zugedacht: „Suppliers and manufacturers know most about the materials and substances that are included in their products and are therefore best placed to produce product-related environmental information. They should assume joint responsibility for this and for adopting information to different target groups and ensuring that it is easy to understand“ (Government Communication 2000, 23). Entsprechend dem Gedanken der Informationstransmission und -diffusion wird die Stärkung der unabhängigen ISO-Typ I Umweltzeichen sowie der quantitativen ISO-Typ III Produktkennzeichnung hervorgehoben. Allerdings bleiben die Verweise auf die Informationsweitergabe durch Hersteller, Importeure und Händler sehr allgemein und sind eher als Zielvorgaben aufzufassen, deren freiwillige Erfüllung durch die Adressaten man sich erhofft. Mögliche regulativ verpflichtende Maßnahmen werden dabei nicht genannt. Neben diesen informatorischen Maßnahmen wird die Stärkung des Umweltmanagements, die Bedeutung der ökologischen Vorreiterrolle des öffentlichen Beschaffungswesens, die Normung sowie die Ausrichtung der Forschung auf IPP-verwandte Themen betont. Die Ausweitung der bisherigen Regelungen zur Produzentenverantwortung auf beinahe alle Produkte wird als allgemeines Ziel avisiert, wobei die Ergebnisse einer Evaluation der bisherigen Erfahrungen berücksichtigt werden sollen<sup>95</sup>.

Die vorgelegte Strategie sollte ursprünglich weiterentwickelt und auch im Zuge der Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet werden. Diese Planung wurde jedoch zunächst nicht weiterverfolgt, ist aber zunächst nur zurückgestellt.

Das Umweltministerium beauftragte nach Vorlage der IPP-Strategie die Umweltagentur SWEPA mit einer Konkretisierung der IPP-Strategie. Hierzu erarbeitete die SWEPA zusammen mit anderen schwedischen Einrichtungen sowie unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer Anspruchsgruppen eine Vorlage (SWEPA 2002), die folgende Ziele verfolgt: „The aim of the environment-oriented product policy is to develop goods and services which lead to the least

---

<sup>95</sup> Die Ergebnisse wurden Ende 2001 vorgelegt (Bohlin/Linell 2001).

possible negative impact on human health or on the environment in every phase of a product's lifecycle" (SWEPA 2002, 26).

Die Überlegungen gründen auf drei Säulen (SWEPA 2002, 27)<sup>96</sup>:

- *"A more holistic approach* by improving the flow of information and increasing awareness of the environmental impact generated by products in a lifecycle perspective.
- *A better platform for market players* as a result of clear game rules, an increased supply and demand of greened products along with the internalisation of environmental costs.
- *Greater interaction among actors* through more dialogue along the product chain, increased exchange of experiences and knowledge transfer, as well as the involvement of "new actors".

Die Unterlegung der drei Säulen mit Aktivitäten und Maßnahmen geht von fünf Barrieren bzw. Einflussfaktoren aus, die es zu beachten gilt (vgl. SWEPA 2002, 56f.):

- Fehlen entwickelter Rahmenbedingungen,
- unzureichende finanzielle Anreize,
- Beharrungshaltung gegenüber Veränderungen,
- fehlende Kenntnisse von Umweltproblemen, deren Konsequenzen und bestehenden Handlungsspielräumen,
- Informationen zu Handlungsalternativen.

Zur Beeinflussung dieser fünf Barrieren werden dem Umweltministerium eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten vorgeschlagen, auf die im Folgenden nur auszugsweise eingegangen werden kann<sup>97</sup>:

- Bereich ganzheitlicher Ansatz:
  - ? Unterstützung und Erleichterung des Zugangs zu Informationen für Akteure entlang der Wertschöpfungskette durch u.a. Bereitstellung von Ökobilanzdaten(banken), Koordination der verschiedenen umweltbezogenen Kennzeichnungssysteme (z.B. Weißer Schwan, Umweltdeklarationen).
  - ? Initiative zur besseren Verzahnung verschiedener Normen der ISO 14000-Reihe und Verstärkung des Produktbezugs in der ISO 14001 sowie EMAS.
  - ? Harmonisierung und Abstimmung zwischen dem Weißen Schwan und dem EU-Umweltzeichen.
  - ? Verstärkte Umweltbildung v.a. für Entscheidungsträger aus dem öffentlichen Beschaffungswesen.

---

<sup>96</sup> Einen zusammenfassenden und aktualisierten Überblick gibt Reinhard (2005).

<sup>97</sup> Reinhard (2005) hat die Weiterentwicklung 2002-Beginn 2004 beschrieben; darauf stützt sich auch die Darstellung der einzelnen Aktivitäten.



- Bereich Verbesserung der Marktbedingungen:
  - ? Ausbau der internationalen Beziehungen, etwa in der EU, und Verankerung einer IPP<sup>98</sup>.
  - ? Initiierung einer gleichberechtigten Behandlung von Umweltfragen in den anstehenden Welthandelsrunden.
  - ? Ausbau und Koordination legislativer Instrumente im schwedischen Umweltgesetz unter stärkerer Berücksichtigung des Lebensweggedankens<sup>99</sup>.
  - ? Überprüfung der Möglichkeiten zur Einführung von Rohstoffsteuern.
- Ausbau der Akteurskooperationen:
  - ? Einrichtung einer Plattform zur Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Ökologisierung von Produktion und Konsum.
  - ? Erarbeitung eines Aktionsplans für nachhaltige Konsummuster.
  - ? Einführung ökologischer und ethischer Standards in staatlich kontrollierte Bereiche (u.a. öffentliches Beschaffungswesen, aber auch staatliche Betriebe).

Eine Analyse der Aktivitäten zeigt, dass diese sich sowohl auf die Angebots- wie auch auf die Nachfrageseite des Markts beziehen. Die schwedische Kooperationskultur wird sowohl direkt unterstützt wie auch indirekt durch eine Verbesserung der Informationstransmission inhaltlich unterlegt. Hervorzuheben ist auch die im Arbeitspapier von 2002 geplante Einrichtung einer neuen eines IPP-Rats und einer IPP-Plattform (SWEPA 2002, 110ff.). Gerade der Rat sollte für eine stärkere Institutionalisierung einer IPP sorgen als dies bei der Vielzahl von Aufgaben der SWEPA und des Umweltministeriums möglich ist. Aufgabe der Plattform wäre der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Initiierung eigener Projekte und Aktivitäten; dabei sollte ein Sekretariat mit eigenen Ressourcen für die Bewältigung der genannten Aufgaben eingerichtet werden.

Diese Vorschläge werden ergänzt um Anregungen zur Erhöhung der Integrationsleistung einer IPP. Dabei nennt die SWEPA (2002, 44ff.) insbesondere Handel & Wettbewerb, Innovationen, Verkehrspolitik sowie die Förderung von KMUs.

Die Weiterentwicklung und – in einem gewissen Sinne – auch zunehmende Konkretisierung einer IPP soll durch verschiedene strategisch ausgerichtete Arbeiten vorangetrieben werden:

- Das Umweltministerium hat 2004 die SWEPA beauftragt, eine produktbezogene Umweltinformationsstrategie zu erarbeiten. Dabei sollen fördernde und hemmenden Faktoren zur Informationstransmission entlang der Wertschöpfungskette identifiziert werden, mögliche Verbesserungen ermittelt sowie auch Handlungsmöglichkeiten benannt werden; der Bericht wird Ende 2005 vorlegt werden.
- Das Landwirtschafts-, Ernährungs- und Verbraucherministerium erarbeitet derzeit eine Verbraucherstrategie, die eine Reihe von produktbezogenen Fragestellungen umfassen wird. Diese Strategie wird Ende 2004 publiziert werden.

---

<sup>98</sup> Hier bestehen intensive Beziehungen zu China und Japan.

<sup>99</sup> Als Beispiele werden die Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Zulassung von Betriebsstätten, die gefahrstoffsbezogenen Regelungen oder die Gewerbeaufsicht genannt (vgl. dazu vorbereitend Dalhammar 2002).

- Neben der allgemeineren Verbraucherstrategie wird von einer Kommission Überlegungen zu nachhaltigen Verbrauchsmustern erarbeitet und 2005 vorgelegt werden. Einbezogen sind dabei verschiedene Ministerien sowie zivilgesellschaftliche Anspruchsgruppen. Der Kommissionsbericht wird anschließend vom Landwirtschafts-, Ernährungs- und Verbraucherministerium zur Vorlage eines nationalen schwedischen Aktionsplans zu nachhaltigen Verbrauchsmustern herangezogen; diese Vorlage dürfte erst Anfang 2006 veröffentlicht werden.
- Daneben erwägt die Regierung die SEWPA zu beauftragen, eine Untersuchung zur Wechselwirkungen von IPP-bezogenen Instrumenten durchzuführen, wobei die Erhöhung ihrer Effizienz, die Verbesserung der Kohärenz sowie eine stärkere Integration analysiert werden sollen. Mit einem Bericht ist nicht vor Mitte 2006 zu rechnen.

In Schweden wurde in den vergangenen Jahren eine Reihe von Forschungsbemühungen im Bereich einer IPP unternommen. Besonders hervorzuheben ist das FLIPP-Programm<sup>100</sup>, das über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Juni 2008 mit einem Budget von 20 Mio. SEK (~ 2,2 Mio. €) für F&E-Vorhaben im Bereich der IPP von der Universität Lund betreut und durch die SWEPA finanziert wird. Thematisch zielt das Programm darauf ab "(...) at developing knowledge and understanding of the dynamics, mechanisms and interactions in complex product chains necessary to underpin life cycle based decision support systems" (o.N. 2003, 1). Dabei werden zwei Ziele verfolgt: "(...) understanding the interactions between the governmental agencies and the product chains and understanding the prerequisites for IPP through understanding the interactions that take place within the product chain" (o.N. 2003, 2)<sup>101</sup>.

### 7.3 Politikimplementierung

Die Diskussionen in Schweden um eine IPP haben bereits einen längeren Vorlauf. Insbesondere die Ecocycle-bezogenen Arbeiten, die bereits Anfang der 90er Jahre begonnen haben, sind hier zu nennen. Bereits damals wurden erste *Regelungen zur Produktrücknahme* getroffen und seitdem schrittweise ausgebaut. Bisher wurden seitens des Gesetzgebers verpflichtende Regelungen zur Produktrücknahme in den Bereichen Altpapier, Automobile, Reifen, Elektro- und Elektronikprodukte sowie Verpackungen getroffen; zusätzlich wurden mit der Industrie freiwillige Vereinbarungen im Bausektor und im Hinblick auf Büropapier abgeschlossen (vgl. Naturvårdsverket 2002).

Die 1993 eingesetzte Ecocycle Commission selbst schloss ihre Arbeiten 1997 ab (Ecocycle Commission 1997a, 1997b, 1997c). Im Mittelpunkt dieser Arbeiten stand die Frage der quantitativen Reduktion der Material- und Stoffströme sowie deren qualitative Verbesserung: „From more to less, from linear to circular, from harmful to harmless. (...) The basic principle of eco-

---

<sup>100</sup> FLIPP steht für „Furthering Life Cycle Considerations Through Integrated Product Policy“ (vgl. o.N. 2003); vgl. auch die Webseite [http://www.iiee.lu.se/QuickPlace/flipp/Main.nsf/h\\_Toc/4e4650242cdb9919c1256e7a0070b6dd!OpenDocument](http://www.iiee.lu.se/QuickPlace/flipp/Main.nsf/h_Toc/4e4650242cdb9919c1256e7a0070b6dd!OpenDocument).

<sup>101</sup> 70% der Mittel fließen in sieben Projekte zur Untersuchung der Verbreitung des Lebenswegsdenkens in Politik, Unternehmen, Wirtschaft sowie in Marktbeziehungen ein. 30% der Mittel werden öffentlich ausgelobt; in einer ersten Ausschreibungsrunde 2003 wurde knapp 5,6 Mio. SEK (~ 0,6 Mio. €) für zwei Projekte zu IPP-Indikatoren und zu Politikinstrumenten in Netzwerken festgelegt. Vgl. ausführlicher o.N. (2003).

Neben diesem Programm betrachtet das Programm SHARP (Sustainable Households: Attitudes, resources & policy) die Konsumentenebene; vgl. dazu <http://www.sharpprogram.se> für ausführliche Informationen.

logically sustainable society is that products must have a long life, and be repairable and upgradable“ (Ecocycle Commission 1997a, 25). Die Ecocycle Commission legte hierzu eine Reihe von Vorschlägen vor, von denen mehrere auch für den Bereich der IPP relevant sind:

- *Einführung einer allgemeinen Produzentenverantwortung:* Die Kommission schlug eine generelle Regelung vor, nach der alle Hersteller verpflichtet werden sollten, Produkte kostenlos wieder zurückzunehmen<sup>102</sup>.
- *Vorgeschriebene produktbezogene Umweltinformationen:* Ein weiterer Vorschlag der Kommission betraf die Verpflichtung der Hersteller, Informationen über die stoffliche Zusammensetzung und die ökologischen Eigenschaften zu erstellen und diese Dritten zugänglich zu machen.

Diese Vorschläge wurden von der SWEPA als mit internationalen Recht und den EU-Vereinbarungen inkompatibel angesehen und deswegen abgelehnt. Zudem sollten aus Sicht der SWEPA auch Priorisierungen einzelner Produktgruppen erfolgen<sup>103</sup>, statt eine allgemeine Regelung über alle Produktgruppen hinweg anzustreben.

Aus der Vielzahl weiterer Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich einer IPP sind folgende besonders hervorzuheben:

- **Beschaffungswesen:** In Schweden wurde das Beschaffungswesen gezielt zur Förderung technologischer Innovationen eingesetzt. Das „Swedish National Board for Industrial and Technical Development“ (NUTEK) initiierte in diesem Rahmen bis Mitte der neunziger Jahre 30 so genannte „technology procurement“-Programme, die mit einem Finanzvolumen von 700 Mio. SEK (~ 78 Mio. €) verbunden waren<sup>104</sup>. Dabei wurden Beschaffungsvorgänge gezielt ausgeschrieben, die ökologisch innovativen Produkten, die noch nicht auf dem Markt verfügbar waren, die Markteinführung ermöglichen sollten.

Daneben wurden eine Vielzahl von Aktivitäten ergriffen, wie etwa die Auflage eines Beschaffungshandbuchs oder Handreichungen für die Produkthanforderungen in Ausschreibungen<sup>105</sup>.

- **Umweltzeichen:** In Schweden existieren zwei verschiedene Umweltzeichensysteme, nämlich zum einen das nordische Umweltzeichen „White Swan“ und zum anderen das „Bra Miljöval“, das von der schwedischen Umweltorganisation „Swedish Society for Nature Conservation“ vergeben wird. Beide Systeme sind weit verbreitet und werden als Erfolgsgeschichte betrachtet, was sich am Umsatzwachstum der damit gekennzeichneten Produkte aufzeigen lässt: Der Umsatz wuchs von 18 Mrd. SEK (~ 2 Mrd. €) im Jahre 1996 auf 34 Mrd. SEK (~ 3,8 Mrd. €) zwei Jahre später, was hauptsächlich auf die gezielte Listung der umweltzeichentragenden Produkte im oligopolistisch strukturierten schwedischen Handel zurückzuführen ist<sup>106</sup>.

---

<sup>102</sup> Ergänzend zu diesem Vorschlag wurde angeregt, eine Versicherung zur Sicherstellung einer zukünftigen Produktrücknahme zu schaffen.

<sup>103</sup> Vgl. SWEPA (1999) und Ahlner/Markusson (2000a).

<sup>104</sup> Vgl. Edquist et al. (2000), Lund et al. (1996), Neij (1997).

<sup>105</sup> Vgl. <http://www.eku.nu/eng>.

<sup>106</sup> Vgl. Abildgaard (2000, 32).

- **Quantitative Produktdeklarationen:** In Ergänzung zu Umweltzeichen wurde in Schweden – gemeinsam mit anderen, v.a. nordischen Staaten – ein ISO-Typ III Kennzeichnungsprogramm zu „Environmental Product Declaration“ (EPD) entwickelt, das umfassende quantitative Informationen bereitstellen soll<sup>107</sup>. Unternehmen, die für eines ihrer Produkte eine derartige Kennzeichnung verwenden wollen, müssen ihre Daten überprüfen und sich zertifizieren lassen. Bis zum Sommer 2004 wurden Anforderungen für 34 verschiedene Produktgruppen in Schweden entwickelt<sup>108</sup>; 23 (von weltweit 99) Produkte schwedischer Unternehmen nutzen diese und haben eine Umweltdeklaration erstellt.
- **Diskussionsforen:** Die Regierung instruierte das „Swedish Environmental Advisory Council (SEAC)“<sup>109</sup>, zur Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit durch die Planung und Einrichtung von und das Engagement in Dialogen in bestimmten Sektoren beitragen. Dazu wurden zwei Foren („dialogues“) mit Pilotcharakter eingerichtet, nämlich eines für den Bereich „Building and Living („Bygga/Bo“) und eines für den Bereich „Tomorrow's Grocery Market“ bzw. „Future Convenience Goods Trade“. Sie wurden anfangs nicht explizit als Maßnahme im Rahmen einer IPP definiert. Erst in späteren Phasen nutzte sie die schwedische Regierung als Beispiel für eine IPP-Aktivität<sup>110</sup>. Dabei ging es darum, „to stimulate companies to take action beyond what is requested by law and thus raise the level of industries environmental activities“<sup>111</sup>. Die behandelten Bereiche wurden ausgehend von einer Funktionsperspektive gewählt. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, welche Funktionen in der Zukunft in einer nachhaltigeren Art und Weise erfüllt werden müssen (vgl. Näslund 2004).
- **Ökobilanzen:** Entwicklung und Anwendung von Ökobilanzen wurden bei der Chalmers Universität in Göteborg mit finanzieller Unterstützung vorangetrieben und als nationales Kompetenzzentrum etabliert<sup>112</sup>. Gleichzeitig wurde eine Datenbank aufgebaut<sup>113</sup>, die v.a. durch Unternehmen und Forschungseinrichtungen genutzt wird.

Jenseits dieser Maßnahmen, die bereits implementiert sind, laufen eine Reihe von Aktivitäten an bzw. fort:

- Fortsetzung der nationalen schwedischen Dialoge.
- Gründung eines „Centre of Environmental Technology“: Dieses Zentrum, dessen Gründung wohl nicht vor Ende 2005 erfolgen wird<sup>114</sup>, soll Umweltechnologien entwickeln und deren Marktdiffusion unterstützen; eine wesentliche Funktion stellt dabei auch die Förderung schwedischer Exporte dar. Das Zentrum selbst soll auch die von der SWEPA

---

<sup>107</sup> Vgl. den Überblick bei <http://www.environdec.com> sowie auch Rubik/Frankl (2004).

<sup>108</sup> Insgesamt bestehen Mitte 2003 99 erarbeitete Vergabegrundlagen weltweit.

<sup>109</sup> SEAC berät die Regierung in Bezug auf ökologische Fragen.

<sup>110</sup> Die Dialoge werden als IPP-Projekt angesehen, da sie die gesamte Produktkette betrachten und Akteure aus allen Phasen einbeziehen. Dabei wird eine breite Definition der involvierten Sektoren gewählt – so partizipierten z.B. auch Banken, Versicherungsunternehmen und die Telekommunikationsindustrie am „Panel“ für „Bauen und Wohnen“ -, um langfristige Nachhaltigkeitslösungen finden zu können.

<sup>111</sup> Auskunft von Siv Näslund (SEAC).

<sup>112</sup> Das „Centre for Environmental Assessment of Product and Material Systems“ (CPM) wurde 1996 mit Unterstützung der NUTEK gegründet; vgl. <http://www.cpm.chalmers.se>.

<sup>113</sup> Das CPM entwickelte dabei ein eigenes Datenformat (SPINE), vgl. <http://www.globalspine.com/>.

<sup>114</sup> Der Gründung geht die Schaffung eines zeitlich befristeten Rats voraus, der Ende 2004 eingesetzt werden soll.

vorgeschlagene Plattformfunktion integrieren, ohne allerdings dies ausdrücklich hervorzuheben.

## 7.4 Politikreformulierung

Die IPP-Aktivitäten Schwedens unterliegen einer kontinuierlichen Fort- und Weiterentwicklung. In einem konzeptionell-inhaltlichen Sinne sind keine Zeichen für eine Reformulierung einer IPP zu erkennen. Allerdings scheint eine von der SWEPA 2002 vorgeschlagene Institutionalisierung einer IPP durch einen „Special council“ (SWEPA 2002, 110) *zumindest derzeit* nicht weiterverfolgt zu werden. Damit würde auch eine stärkere institutionelle Abstützung einer IPP jenseits der Aktivitäten von SEPA und Umweltministerium nicht stattfinden.

Spannend bleibt die künftige Positionierung einer IPP im Verhältnis zu SCP: Derzeit bestehen Überlegungen zur Erarbeitung eines nationalen SCP-Konzepts; damit will Schweden die internationale Verpflichtung des Johannesburg-Abkommens (10-Jahresplan) aufnehmen. Dabei wäre auch auf das Verhältnis zwischen SCP und IPP inhaltlich, konzeptionell und instrumentell einzugehen und Gemeinsamkeiten, etwa bei den Instrumenten, und Differenzen herauszuarbeiten.

## 7.5 Charakterisierung und Beurteilung

Umweltpolitik ist in Schweden stark verankert; im Allgemeinen kann Schweden sicherlich zu den umweltpolitischen Vorreitern gezählt werden. Göll/Thio (2004, 111) konstatieren, dass „(...) die Nachhaltigkeitspolitik dort sehr ausgereift und relativ weit verankert ist, und dass sie sich auf einem vielversprechenden Weg befindet. Dies basiert auf den langjährigen Erfahrungen mit integrierter Umwelt- und sozialstaatlicher Politik“. Die Verankerung einer IPP in der Nachhaltigkeitsstrategie ist bemerkenswert, wird IPP sowohl im Rahmen der ökologischen wie auch ökonomischen Ziele erwähnt und strategisch hervorgehoben. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass eine IPP alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichermaßen fokussiert: Derzeit liegt das Schwergewicht eindeutig auf der ökologischen Seite.

IPP wurde in Schweden konzeptionell vorangetrieben und als nationales Konzeptpapier auch 2000 verabschiedet. Bemerkenswert ist dabei auch die parlamentarische Verankerung einer IPP. Eine Institutionalisierung einer IPP war in der Diskussion, scheint aber mittlerweile als eigenständige Aufgabe nicht mehr weiterverfolgt zu werden; insofern bleiben Umweltministerium und Umweltbehörde die wichtigsten Akteure und Träger einer IPP. Inwieweit das avisierte „Center for Environmental Technology“ Plattform- und damit auch teilweise Institutionisierungsaufgaben einer IPP einnimmt, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Hervorzuheben ist auch die Integration vielfältiger Akteure in den IPP-Prozess, etwa durch die nationalen IPP-Dialoge.

Die Implementation einer IPP legt einen Schwerpunkt auf die Informationstransmission in der Kette und zwischen den Akteuren. Information wird offensichtlich als das Hauptelement einer IPP betrachtet und auch weiterhin strategisch vorangetrieben. Dies wird ergänzt um Maßnahmen zur Produzentenverantwortung und im öffentlichen Beschaffungswesen.

Derzeit bestehen keine direkten Verbindungen zwischen den schwedischen Umweltzielen und den IPP-Aktivitäten, obwohl eine qualitative Beschreibung vorgenommen worden ist. Dies ist als eine strategische Zukunftsaufgabe zu betrachten, um eine Zielorientierung umweltpolitischer Maßnahmen zu erreichen.

Die Gründung des „Center for Environmental Technology“ und die zunehmende Bedeutung der Identifizierung von Win-Win-Potentialen deuten aus unserer Sicht auf eine stärkere wirtschaftliche Verankerung oder auch Rechtfertigung einer IPP hin.

Einen derzeit noch nicht abschätzbaren Einfluss übt der in Johannesburg 2002 vereinbarte Aktionsplan zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern aus. Eigenständige schwedische Aktivitäten laufen erst an und dürften die schwedische IPP beeinflussen.

## 8 Schweiz<sup>115</sup>

### 8.1 Problemwahrnehmung

Bis anfangs der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde staatliche Umweltpolitik in sektoriellen Politiken (z.B. die Luftreinhalte-, die Gewässerschutz- oder die Chemikalienpolitik) weitgehend getrennt bearbeitet. Einzig im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung bestand bereits ein ökologisches übergreifendes Konzept.

In der neuen Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999 ist nachhaltige Entwicklung explizit in Artikel 2 ‚Zweck‘ verankert (siehe auch 8.2.2.2). Mit dem Zusammenführen der Lebenswegbetrachtung und den einzelnen sektoriellen Politikbereichen übernimmt IPP eine potenziell wichtige Rolle bei der Umsetzung und Konkretisierung einer nachhaltigen Entwicklung.

### 8.2 Politikformulierung

#### 8.2.1 Produktpolitische Akteure

Die Strategie Nachhaltigkeit als umfassendes Konzept wird vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) koordiniert. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) trägt die Verantwortung für die gesamte Koordination und Motivation bezüglich einer Integrierten Produktpolitik (IPP). Das BUWAL ist bestrebt, die für IPP-Projekte verantwortlichen Stellen zusammen zu führen und IPP mit verwaltungsinternen Netzwerken institutionell zu verankern. Beteiligt sind daneben weitere Bundesämter sowie die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA).

Die Aktivitäten des BUWAL im Bereich einer IPP umfassen:

- Am 31. August 2004 organisierte das BUWAL eine breite bundesinterne Sitzung zu IPP: 5 von 7 schweizerischen Ministerien waren vertreten: EFD, EVD, EDA, UVEK, EDI. Einzig das VBS und das EJPD waren nicht anwesend. Die Teilnehmer beschloss, ein nationales Netzwerk zu IPP aufzubauen. Das Netzwerk liefert den Teilnehmenden auf informeller Basis eine gemeinsame Adressliste für gegenseitige Konsultationen. Ein weiterer Beschluss war, den Bereich SCP (Sustainable Consumption and Production - von Johannesburg; der so genannte Marrakesch-Prozess) in der Schweiz unter dem Dach von PP zu führen. Dies benötigt keine besonderen neuen Maßnahmen, sondern der Bereich SCP wird in die laufenden schweizerischen Prozesse einbezogen.
- Das BUWAL hat sich auf das ‚Kerngeschäft‘ in der Bundesverwaltung konzentriert und noch keine externen nationalen, regionalen bzw. lokalen Akteure einbezogen.

---

<sup>115</sup> Autoren dieses Länderberichts sind Gaby Oetterli und Dr. Arthur Braunschweig von E2 Management Consulting AG, Zürich; redaktionelle Änderungen wurden von Dr. Frieder Rubik vorgenommen.

- Das BUWAL berücksichtigt die Entwicklungen der OECD, EU bzw. UN bei ihrer Arbeit und versucht auch, diese zu beeinflussen. Wie erwähnt wird der Marrakesch-Prozess in die nationalen IPP-Aktivitäten integriert. Hingegen ist das BUWAL immer weniger in EU-Arbeiten integriert: Die EU institutionalisiert sich vermehrt<sup>116</sup>, wodurch die Einflussmöglichkeiten des BUWAL abnehmen.
- Die Beauftragung dieser Studie „Integrierte Produktpolitik (IPP) in Europa - eine Übersicht und Einordnung der Schweiz“.

Der weitere Fortgang einer IPP soll sich auf die folgenden Aspekte konzentrieren:

- Hauptziel ist die institutionelle Verankerung von IPP in der Bundesverwaltung. Die Festigung des Ende August gegründeten Netzwerks ist hierzu ein wichtiges Element.
- Das BUWAL unterstützt die Bestrebungen, neben Gesetzen und Verordnungen mit der Normierung ein unabhängiges Standardisierungssystem aufzubauen, welches auch Sozial- und Umweltaspekte berücksichtigt.
- Die EU hat einen guten Überblick über die Instrumente zur Umsetzung von IPP erstellt. Da dies in der Schweiz fehlt möchte das BUWAL etwas Analoges erarbeiten.

## 8.2.2 Produktpolitische Politikformulierung

### 8.2.2.1 Hintergrund der schweizerischen IPP

Zu Beginn der 90er Jahre begannen - von den Niederlanden ausgehend - Bestrebungen, eine produktorientierte Umweltpolitik zu formulieren. Gesah dies anfangs auf informeller Ebene, so fand eine stärkere Bündelung seit den 90er Jahre durch Aktivitäten der OECD im Rahmen einer Tagungsreihe „Green goods“ statt. Das vierte der insgesamt fünf Treffen wurde 1997 in der Schweiz durchgeführt<sup>117</sup>. Etwa zur gleichen Zeit ergriff die EU-Kommission die Initiative, die IPP als neuen Politikbereich offiziell zu etablieren<sup>118</sup>. Das BUWAL wurde von Anfang an punktuell in diese EU-Arbeiten einbezogen (vgl. BUWAL 2001). Grundsteine zu einer produktorientierten Politik wurden im BUWAL mit der Lancierung von zwei Themen gelegt (vgl. BUWAL o.J. a):

- 1984 mit einer ersten Publikation über Ökobilanzen (BUS 1984),
- 1996 mit der Errichtung der Fachstelle „Umweltorientierte öffentliche Beschaffung“.

In der Schweiz ist IPP historisch aus dem Umweltbereich heraus gewachsen, hat aber auch starke Wurzeln im sozialen Bereich (Entwicklungshilfebereich). Die schweizerischen Erfahrungen wurden in einem ersten Statusbericht über IPP anfangs 2000 (BUWAL 2000) zusammengeführt. Insgesamt ist die IPP aus dem Umweltbereich in die umfassende Nachhaltigkeitsperspektive gewachsen. Für die nächste Legislaturperiode (ab 2007/8) ist geplant, die bundesrätliche Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten. Es ist noch festzulegen, wie IPP dort einfließen wird.

---

<sup>116</sup> Vgl. dazu Kap. 2.

<sup>117</sup> OECD (1997a).

<sup>118</sup> Vgl. Kap. 2.2.



### 8.2.2.2 Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002

In der neuen Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999 ist nachhaltige Entwicklung in Artikel 2 ‚Zweck‘ verankert: „(...) Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes. (...). Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung“.

Im Frühjahr 2002 hat der Bundesrat seine Strategie 2002 für eine nachhaltige Entwicklung (Schweizerischer Bundesrat 2002) verabschiedet. Diese bezweckt eine möglichst flächendeckende Integration der Grundsätze der Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern. Wesentliche Eckpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 sind:

- Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Aspekten,
- eine grundsätzlich breit angelegte Strategie,
- eine handlungs- und wirkungsorientierte Ausrichtung der Maßnahmen im Sinne eines Aktionsplanes,
- der Einbezug der Kantone und der Zivilgesellschaft.

Die Nachhaltigkeitsstrategie 2002 bündelt verschiedene Ziele und Programme der Bundesverwaltung, welche auf eine nachhaltige(re) Schweiz, d.h. eine ausgewogene Berücksichtigung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten, abzielen.

In diese Strategie wurde als Maßnahme auch die ‚Einführung einer Integrierten Produktpolitik IPP‘ integriert: „Um die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung auch auf der Produktebene (Güter und Dienstleistungen) zu konkretisieren, unterstützt der Bundesrat die Einführung einer integrierten Produktpolitik (IPP). Mittels der Schaffung besserer nationaler und internationaler Rahmenbedingungen bemüht sich der Bundesrat um eine Verlagerung der Nachfrage seitens der öffentlichen Hand und der Privaten auf Produkte, die hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Standards entsprechen. Produkte und Dienstleistungen sollen neu über ihren gesamten Lebenszyklus (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen. Die Ziele der IPP sind dementsprechend vielfältig: Die Prinzipien der IPP sollen in sämtlichen Phasen der Formulierung und der Umsetzung von Politiken, die Produkte betreffen, zur Anwendung kommen. Für alle IPP-relevanten Politikbereiche sind Kriterien und Instrumente zu entwickeln, welche die Zusammenhänge zwischen den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit besser erkennen lassen und für eine Umsetzung dieser Politik förderlich sind“ (Schweizerischer Bundesrat 2002, 17)

Für die schweizerische Bundesverwaltung ist IPP ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept ist und nicht nur ein Umweltkonzept. Auch ist die Nachhaltigkeitsidee in der Bevölkerung relativ breit fundiert. Deshalb wurde IPP in die Strategie nachhaltige Entwicklung aufgenommen.

### 8.2.2.3 Merkmale der IPP in der Schweiz

Ein Grundgedanke der IPP ist, dass die Verantwortung über den Lebenszyklus eines Produktes bei allen Akteuren liegt. Dies soll etwa den Produzenten motivieren, seine Produkte verantwortungsvoll zu produzieren. Diese Sicht ist ein Bestandteil der Lebenszyklusbetrachtung des Produktes, wobei die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen an den gesamten Lebenszyklus des Produktes betrachtet werden sollten. Diese ganzheitliche Sicht strebt an, Auswirkungen eines Produktes auf die drei Nachhaltigkeitsdimensionen von Anfang an zu optimieren:

- IPP strebt dabei einen effizienteren Umgang mit den Ressourcen an und fördert Innovation. Gleichzeitig stimuliert IPP diese Innovation auch über die Nachfrage.
- IPP bietet im ökologischen Bereich eine gute Basis. Die Einbeziehung sozialer Aspekte stellt jedoch noch immer eine Herausforderung dar.

IPP soll dahingehend wirken, dass interessierte Kreise frühzeitig einbezogen werden, um eine konsensfähige Politik zu definieren. Die IPP hat einen interdisziplinären Ansatz und lässt alle relevanten Fachpolitiken mitwirken, von der Ökologie über die Finanzen bis zum Konsumverhalten.

Dabei soll der Bund IPP als Vorbild vorleben, indem er bei seinen Aufträgen und Tätigkeiten mit gutem Beispiel vorangeht.

## 8.3 Politikimplementierung

Die Implementierung der IPP in der Schweiz lässt sich in einen allgemeinen Teil und in Schwerpunktbereiche unterteilen. Während die Schwerpunktbereiche in der Nachhaltigkeitsstrategie explizit dargestellt sind, werden – weiterhin – allgemeine Aufgaben wahrgenommen. Neben diesen beiden allgemeinen und schwerpunktbezogenen Aktivitäten sind auch noch die Kantone und Städte aktiv; darauf wird ebenfalls kurz eingegangen.

### 8.3.1 Allgemeiner Teil

Die allgemeinere Implementation einer IPP erfolgt im Wesentlichen nicht durch eigenständige und neue Initiativen, sondern durch die Mitwirkung des BUWAL bei der Modifizierung und Revision bestehender Vorgaben und Vorschriften. Hier ist das BUWAL routinemäßig in bundesinterne Abstimmungsprozesse eingebunden und trägt über seine Stellungnahmen dazu bei, dass IPP in der Breite implementiert wird.

Weitere Aktivitäten beziehen sich auf die schweizerische Umsetzung des in Johannesburg vereinbarten Prozess nachhaltiger Produktions- und Konsummuster (SCP) und zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

Eine weitere Initiative hat das BUWAL mit Blick auf Umweltkennzeichnung (in der Schweiz: „Ökolabel“) ergriffen. Das BUWAL betrachtet die Umweltkennzeichnung als ein Tool zur Umsetzung von IPP. Umweltkennzeichnung wird als ein „sanftes“ marktwirtschaftliches

Instrument angesehen, das den Konsumenten/innen bewusste Kaufentscheide ermöglicht. Für die Produzenten sind Ökolabels ein Anreiz, umwelt- und sozialverträgliche Produkte herzustellen, um umweltbewusste Kunden/innen zu gewinnen und zu halten. Der öffentlichen Hand können Produktkriterien (wie Energie- und Rohstoffverbrauch) als Maßstab für die Beschaffung dienen.

Das BUWAL möchte die Ökolabels vermehrt als Instrument für eine nachhaltige Entwicklung ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen und im Rahmen der öffentlichen Beschaffungsstellen nutzen. Zu diesem Zweck strebt das BUWAL den Einbezug der Schweiz an das Europäische Umweltzeichen an. Auch will das BUWAL die bundesinterne Koordination der einzelnen Label-Aktivitäten verbessern helfen und die Glaubwürdigkeit von Labels sowie den Überblick über die Vielzahl der sich auf dem Schweizerischen Markt befindenden Labels erhöhen.

Derzeit ist der Fachbereich Produkte des BUWAL in folgende Aktivitäten involviert:

- Unterstützung der Infostelle für Umwelt- und Soziallabels - Praktischer Umweltschutz Schweiz (PUSCH),
- Leitung der Schweizerischen Arbeitsgruppe Umweltzeichen,
- informelle Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Europäischen Umweltzeichens und Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Hinblick auf eine Beteiligung der Schweiz am Europäischen Umweltzeichen.

### **8.3.2    Schwerpunktbereiche**

In der schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 wird die Einführung einer integrierten Produktpolitik in sieben Teilziele und -bereiche unterteilt:

- (1) Geschäftsverkehrsgesetz GVG/Verwaltungsinterne Anweisungen,
- (2) Forschung,
- (3) Kompetenzzentrum für Ökoinventare,
- (4) öffentliche Beschaffung,
- (5) Landwirtschaft,
- (6) Produktverantwortung,
- (7) Controlling.

Diese sieben Teilziele sind das Ergebnis der Initiative der zuständigen Verwaltungsstellen, welche ihre Aktivitäten, basierend auch auf dem IPP-Statusbericht 2000 (BUWAL 2000), in die bundesrätliche Nachhaltigkeitsstrategie einbrachten.

#### **8.3.2.1    Ökobilanzierung**

##### ***A) Thema und Zielsetzung:***

Die Auseinandersetzung mit der Methode der Ökobilanzierung trägt dazu bei, das ganzheitliche Denken in Wirtschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit zu vertiefen. Im Anhang zur

Nachhaltigkeitsstrategie 2002 (IDARio 2002, 1) wurden im Teilbereich ‚Kompetenzzentrum für Ökobilanzen‘ folgende Aufgaben beschrieben:

- Verfügbarmachen von ökologischen Daten hoher Qualität im Hinblick auf die Durchführung von quantitativen Lebenswegbetrachtungen und deren Bewertung.
- Schaffung von Grundlagen zur Berechnung von z.B. grauer Energie, Produktökobilanzen und externen Kosten.

### **B) Aktivitäten der EMPA:**

Die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) betreut dieses Teilziel. Dabei wurde das ‚Kompetenzzentrum für Ökoinventare‘ aufgebaut. Die Datenbank Ecoinvent 2000 ist die Basis für das Kompetenzzentrum und seit Herbst 2003 on-line<sup>119</sup>.

### **C) Aktivitäten des BUWAL:**

Das BUWAL fördert das Lebenswegdenken einerseits durch die Mitarbeit bei der Verbesserung bestehender Ökobilanz-Methoden und bei der Anwendung von Ökobilanz-Berechnungen in Verwaltung und Wirtschaft (v. a. Beurteilung des Ist-Zustandes von Materialbilanzen), und andererseits durch die Förderung von Maßnahmen, bei denen Ökobilanzen als Datengrundlage eine wichtige Rolle spielen, wie Ökodesign, Umweltkennzeichnung und umweltorientierte öffentliche Beschaffung.

Spezielle Aktivitäten des BUWAL beinhalten eine LCA-Koordinationsgruppe im BUWAL, eine Koordinationsgruppe des Bundes für Energie- und Ökobilanzen (KOEBI), die LCA-Informations-Plattform „LCAinfo“ sowie die erwähnte Beteiligung am Aufbau der Ecoinvent 2000.

### **D) Ausblick:**

- Ab Herbst 2004 ist die Ecoinvent Datenbank in die definitive Betriebsorganisation übergegangen.
- Die Ecoinvent Datenbank soll eine breite Akzeptanz und Anwendung finden. Sie soll regelmäßig aktualisiert werden und adäquate Daten enthalten.
- Ziel ist es außerdem, die Ecoinvent Datenbank auf europäischer Ebene aufzubauen, entweder durch die Verbindung verschiedener nationaler Datenbanken oder durch die Einrichtung einer analogen Lösung über die Schweizer Landesgrenze hinaus. Darüber hinaus wird versucht dies in eigenen Projekten auch in Schwellenländern, die auf dem Weg zur Industrialisierung sind, von Anfang an einzubringen (z.B. in Südamerika).
- Daneben soll die Datenbank die Life Cycle Initiative der UNEP unterstützen.

---

<sup>119</sup> <http://www.ecoinvent.ch/>.

### 8.3.2.2 Öffentliche Beschaffung

#### A) Thema und Zielsetzung:

Die öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) beschafft jährlich für rund 36 Mrd. CHF ( $\approx$  24 Mrd. €) Güter und Dienstleistungen. Dieses Potenzial soll genutzt werden, um mit gutem Beispiel voranzugehen und gleichzeitig den Markt in Richtung bessere Produkte und Dienstleistungen zu lenken (BUWAL o.J.b).

Im Anhang zur Nachhaltigkeitsstrategie 2002 (IDARio 2002, 1f.) wurden im Teilbereich 'Öffentliche Beschaffung' folgende Aufgaben beschrieben:

- Abklärung des rechtlichen Spielraums für die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte bei öffentlichen Beschaffungen.
- Schaffung optimaler – insbesondere rechtlicher – Voraussetzungen für die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte unter Respektierung des international verankerten Diskriminierungsverbots.
- Zurverfügungstellen von bedürfnisgerechten, einfachen und praktischen Hilfsmitteln, Informationen und Ausbildungsmaßnahmen.

#### **Aktivitäten der Beschaffungskommission des Bundes (BKB):**

Die ersten zwei Aufgaben der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 im Bereich Öffentliche Beschaffung liegen in der Verantwortung der Beschaffungskommission des Bundes (BKB) im Bundesamt (BBL). Die BKB schafft die Voraussetzungen für eine nachhaltige Beschaffungspraxis beim Bund.

Die BKB hat in Umsetzung der bundesrätlichen Nachhaltigkeitsstrategie folgende Arbeiten geleistet:

- Erstellung eines Schulungskonzepts.
- Erstellung eines Kriterienkatalogs für die ökologische Beschaffung (wirtschaftlich & ökologisch).
- Präsentation eines interaktives Beschaffungshandbuch GIMAP ([www.gimap.ch](http://www.gimap.ch)).
- Stärken- und Schwächen-Analyse des bestehenden öffentlichen Beschaffungsrechts unter Einbezug der Beschaffungsstellen, Anbieter, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, und daraus abgeleitet die übergeordneten Ziele der Revision, die am 1. September 2004 vom Bundesrat verabschiedet worden sind. Zu diesen Zielen gehört auch die Schaffung bzw. Erhaltung von rechtlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Beschaffungspraxis.
- Die BKB war beteiligt bei der Umsetzung der Empfehlung, Holz nachhaltig zu beschaffen (KBOB zusammen mit IPB). Hier fand eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft statt.
- Die BKB hat in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Instrument für die innerbetriebliche Messung von Lohngleichheit entwickelt. Dieses Instrument wurde im Rahmen eines Pilotprojekts erfolgreich getestet.
- Unter der Federführung der BKB wurden im Bereich der grafischen Industrie und in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern die Voraussetzungen für die Durchführung von Kontrollen der Arbeitsbedingungen geschaffen.

Die Maßnahmen im Bereich 'Schulung, Information, förderliche rechtliche Rahmenbedingungen, Hilfsmittel (z.B. Produktkriterien)' würden gut laufen. Es sei jedoch kein systematisches Controlling über die Berücksichtigung der ökologischen Aspekte in der Praxis vorhanden.

Für ausgewählte „standardisierte“ Produktkategorien (z.B. Büromaterial, Computer) sind zum Teil bereits Öko-Standards eingerichtet. Empfehlungen für nachhaltige Holz-Beschaffung wurden ebenfalls verabschiedet. Jährlich wird festgelegt, für welche Produkte man im neuen Jahr ökologische Kriterien bestimmen wird, als verbindliches Ziel für die Beschaffungskommission. Die Kriterien werden jeweils in einer interdepartemental zusammengesetzten Arbeitsgruppe entwickelt, um optimale Chancen für die faktische Durchsetzung zu gewährleisten.

Weiter beobachtet die BKB wegen der Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte sehr genau die WTO- und EU-Ebene. Gemäß unseren Recherchen gab es hier große Probleme bei der Integration ökologischer und sozialer Aspekte. Dies hatte bereits Konsequenzen für das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz: Vor sechs Jahren war unklar, inwiefern das WTO z.B. die Integration sozialer und ökologischer Aspekte überhaupt zulässt. Universitäre Stellen hatten sogar erwähnt, dass ökologische Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen gar nicht berücksichtigt werden können. Diesbezüglich hat die Schweiz mittlerweile von den Entwicklungen in der EU profitiert, wo die Möglichkeiten und Grenzen zur Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte differenziert ausgelotet worden sind.

Auf EU-Ebene ist die BKB im 'Comité Consultatif' vertreten, einer informellen Gruppe aus EU-Mitgliedern und der Schweiz, die das Ziel hat, praktische Probleme im öffentlichen Beschaffungswesen zu diskutieren. In der Eigenwahrnehmung unserer Gesprächspartnerin ist die Schweiz bezüglich Integration von sozialen Aspekten im öffentlichen Beschaffungsrecht bereits weiter als die EU.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung bedeutet vor allem im ökonomischen Bereich „Total Cost of Ownership“ (d.h. Betrachtung der Beschaffungskosten und der Kosten über die gesamte Nutzungsdauer), und die Auswirkungen des Produktes auf die Umwelt. Im sozialen Bereich prüft man, ob Firmen, welche öffentliche Aufträge erhalten, soziale Minimalstandards einhalten.

### **B) Aktivitäten des BUWAL:**

Die Sektion Produkte des BUWAL hat eine Fachstelle 'umweltorientierte öffentliche Beschaffung' aufgebaut. Diese arbeitet auf nationaler und internationaler Ebene an den Rahmenbedingungen, welche eine umweltorientierte Beschaffung begünstigen sollen (Recht, Finanzen, Hilfsmittel). Dies erfolgt gemeinsam mit Fachleuten aus Umwelt, Recht, Finanzen, Beschaffung, Nutzung und Produktion.

Die Dienstleistungen des BUWAL in diesem Bereich umfassen:

- Mitarbeit bei der Schulung der Einkäufer/innen des Bundes zur Berücksichtigung der Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung bei der Beschaffung.
- Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit den zwei großen Organisationen öffentlicher Beschaffer/innen in der Schweiz.
- Ausarbeitung und Harmonisierung von ökologischen Kriterien für die verschiedenen Beschaffungsbereiche.
- Bereitstellen und Vermitteln von Hilfsmitteln für die umweltorientierte Beschaffung.
- Unterstützen der Beschaffungsstellen im Zusammenhang mit der Einführung des Ressourcen- und Umweltmanagements in den Bundesämtern (RUMBA).
- Analyse der Finanz- und Budgetfragen im Zusammenhang mit Lebenskostenbetrachtungen im OECD Projekt "Greener Public Purchasing".

Das BUWAL unterstützt dabei eine Reihe von Fachstellen, wie etwa die Koordinationsgruppe ökologisch Bauen (KÖB), die Beschaffungskommission des Bundes (BKB), das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen des Bundes (KBB) oder die Infostelle für Umwelt- und Sozietags (Praktischer Umweltschutz Schweiz, PUSCH)

Beispielhaft lässt sich dies anhand der Beschaffungskommission des Bundes (BKB) erläutern (vgl. Kasten).

### **C) Ausblick:**

- Umsetzung der Schulung.
- Regelmäßige Festlegung ökologischer Kriterien für weitere Produktkategorien.
- Umsetzung der sozialen Aspekte vorantreiben, indem kontrolliert wird, ob Anbieter z.B. Arbeitsschutz und Lohngleichheit Frau und Mann einhalten. Dies soll nicht nur durch verbale Bekenntnisse, sondern durch echtes Controlling geschehen.
- Für Wirtschaftlichkeit: Anwendung und Optimierung des Beschaffungsrechts, damit Produkte konsequent im Wettbewerb beschafft werden.

### 8.3.2.3 Bau

#### **A) Thema und Zielsetzung:**

Das Thema 'nachhaltiges Bauen' umfasst den gesamten Lebenszyklus der Bauten: Von der Planung bis zur Herstellung, von der Nutzung bis zum Rückbau/Entsorgung. Im Baubereich sollen vor allem Instrumente für Planer und für die Bauwirtschaft generell zur Verfügung gestellt werden. Damit soll die Umsetzung der IPP-Ziele pragmatisch, nachvollziehbar und einfach werden.

Im Anhang zur Nachhaltigkeitsstrategie 2002 (IDARio 2002, 2) ist im Teilbereich ‚Controlling‘ die Aufgabe folgendermaßen beschrieben: Entwicklung und Einführung eines Controllingsystems, v.a. für die Umsetzung der KBOB-Empfehlungen zum nachhaltigen Bauen und für die Umsetzung des Programms RUMBA.

Die Verantwortung hierfür trägt die Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB). Ziel der Arbeiten der KBOB ist es, mit praktischen Instrumenten (z.B. Empfehlungen oder Vorlagen zur Vertragsgestaltung) und einer aktiven Vernetzung der wichtigsten Akteure nachhaltiges Bauen zu ermöglichen.

#### **B) Aktivitäten der KBOB:**

Die KBOB publiziert seit über 10 Jahren Empfehlungen zum Thema ‚Nachhaltiges Bauen‘. Einige dieser Empfehlungen kann man als Umsetzung einer IPP-Politik verstehen. Die Empfehlungen werden im Namen aller öffentlichen Bauherren, teilweise zusammen mit privaten professionellen Bauherren, an Planer und Ausführende abgegeben. Zielpublikum sind Stellen im Immobilienmanagement der öffentlichen Verwaltung und private Architekten und Ingenieure. Prioritäre Produkte sind generell alle Baumaterialien für den Hochbau.

Einzelne Aktivitäten sind:

- In den letzten Jahren hat die KBOB mit den Ingenieur- & Architektenvereinen und verschiedenen Bundesämtern zusammen gearbeitet um nachhaltiges Bauen zu definieren (welche Kriterien und Zielvereinbarungen man berücksichtigen muss). Diese Arbeit soll auf der nächsten Swissbau (Januar 2005) vorgestellt werden.
- Momentan erarbeitet die KBOB ein Controllingsystem für nachhaltiges Bauen. Das vorliegende Konzept ist auf die kommenden nationalen SIA-Empfehlungen abgestimmt. Das Controllingsystem beinhaltet Werkzeuge, um nachhaltige Zielvereinbarungen zu formulieren und deren Erfüllung nachzuweisen.
- Schulungen & Kurse über nachhaltiges Bauen behandeln das ‚Leistungsmodell‘ für Planer. Diese Kurse sind auf die SIA-Empfehlungen abgestützt. Das ‚Leistungsmodell‘ erlaubt, in der Planungsphase vom Planer Nachhaltigkeits-relevante Leistungen zu verlangen.
- Daneben wirkt die KBOB in verschiedenen Projekten aktiv mit wie etwa Ecoinvent, Nachhaltigkeit im Baustoffmanagement, Erarbeitung von SIA-Empfehlungen für nachhaltiges Bauen, Minergie (schweizerisches Energielabel für gute Bauten); daneben besteht eine eher punktuelle Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, z.B. mit dem Malergewerbe zwecks Überlegungen über die Nachhaltigkeit von Anstrichmitteln.

Die Arbeit der KBOB im Bereich ‚Nachhaltiges Bauen‘ liegt primär im ökologischen und sekundär im ökonomischen Bereich. Vereinzelt werden auch soziale Aspekte berücksichtigt, wie z.B. bei den neusten Empfehlungen zur Holzbeschaffung. Die große Herausforderung besteht nun darin, die IPP-Theorie in die Praxis zu tragen.

### **C) Vernetzung in der Verwaltung**

Zum Thema 'Nachhaltiges Bauen' besteht eine breit abgestützte Fachgruppe mit Vertretern aus verschiedenen Bundesämtern (z.B. ASTRA, BFE, BUWAL, ETH, ARE), Kantonen, Städten, SBB usw. zu allen Fragen von Nachhaltigkeit/IPP. Weiter wird in der Bundesverwaltung mit dem Programm RUMBA ein Umweltmanagementsystem aufgebaut, welches auch das nachhaltige (umweltorientierte) Bauen fördert. Die KBOB arbeitet außerdem in der Koordinationsgruppe Ökologisch Bauen (KÖB)<sup>120</sup> mit und unterstützt diese finanziell.

### **D) Zusammenarbeit KBOB mit Externen:**

Im Vordergrund der Zusammenarbeit stehen die Wirtschaft, Ingenieur- und Architektenvereine, NGOs, die Wissenschaft (z.B. ETH, EMPA und EAWAG) und die Beratung von Experten. Deren Mitwirkung variiert je nach Thema. Für die KBOB ist die Sicht des Bauherrn sehr wichtig. Sie sucht bei jeder zu treffenden Maßnahme breite Abstützung und Konsens, damit die Empfehlungen Akzeptanz erreichen. Die externen Partner werden deshalb schon bei der Konzeptarbeit stark miteinbezogen. Aus Wirtschaft und Industrieverbänden (z.B. Metall, Fenster, Plattenleger) werden Partner je nach Thema punktuell einbezogen. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit dem SIA (Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein).

Bei den Arbeiten zur Empfehlung über die Beschaffung von Holz wurden nebst den Branchenverbänden aus Wald- und Holzwirtschaft auch NGOs (WWF, Greenpeace) mit einbezogen.

### **E) Ausblick:**

- Mit einem Controlling möchte die KBOB prüfen, inwiefern ihre Empfehlungen zu diesem Thema umgesetzt werden und welche allfälligen Maßnahmen getroffen werden müssten.
- Planer und große Bauherren müssten vermehrt vom Sinn einer umfassenden Sichtweise überzeugt werden – auch wenn die Umsetzung jeweils sehr individuell erfolge.
- Weitere Bemühungen seien notwendig, um die bestehenden Hilfsmittel zum Baustoffmanagement in der gesamten Bauwirtschaft mit den öffentlichen Bauherren tatsächlich und systematisch zu nutzen.
- Die KBOB wird weiterhin Empfehlungen für einzelne Bereiche abgeben. Ein nächstes Thema ist der Umgang mit PCB als Altlast in Bundesbauten.
- Für das öffentliche Beschaffungswesen werden Öko-Labels für den Baubereich relevant sein. Die KBOB wird die bisherigen Vorschläge und Maßnahmen zusammen mit der BKB prüfen.

---

<sup>120</sup> Die KÖB ist ein informeller Zusammenschluss von Bauämtern der Schweiz; sie wurde 1989 gegründet.



### 8.3.2.4 Landwirtschaft

#### **A) Thema und Zielsetzung:**

In der Landwirtschaft umfasst IPP den Lebensweg eines Nahrungsmittels vom Stall bis auf den Tisch durch die gesamte Nahrungskette. Wie oben beschrieben gibt es schon seit längerer Zeit IPP-ähnliche Ansätze in der Landwirtschaft, v.a. unter dem Begriff Qualitätssicherung/Lebensmittelkontrolle.

Der Anhang zur Nachhaltigkeitsstrategie 2002 (Schweizerischer Bundesrat 2002, 2) beschreibt im Teilbereich ‚Landwirtschaft‘ folgende Aufgabe: Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion mittels Ökobilanzierung, Verknüpfung dieser Daten mit ökonomischen Daten und damit Beurteilung der sowohl ökologischen wie ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit sowie Verbesserung der Produktinformation und des Betriebsmanagementsystems und Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebsleiter/innen.

Die Stabsstelle Ökologie des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) trägt die Verantwortung für diesen Teilbereich.

#### **B) Aktivitäten des BLW:**

Das BLW plante bereits seit längerem ein Projekt zur nachhaltigen Entwicklung durchführen, was ein Grund zur Beteiligung an der schweizerischen IPP ist. Hauptaktivität des BLW im IPP ist das Forschungsprojekt „Zentrale Auswertung und Ökobilanzierung“. Mit diesem Projekt werden seit 1996 ökonomische und ökologische Kenndaten auf Stufe Betrieb erfasst und ausgewertet. Als Ergebnis erwartet man einerseits für den Bewirtschafter (Bauer) Informationen für dessen Weiterbildung (wo stehe ich, wo habe ich Lücken, wo sollte ich investieren). Andererseits kann das BLW mit den aggregierten Auswertungen seine Politik beurteilen und optimieren und Schwachstellen beheben.

Im Rahmen dieses Projekts werden auch Informationen über die vorgelagerten Betriebe und Produkte (z.B. Hilfsstofflieferanten) bereitgestellt, so dass landwirtschaftliche Produkte (z.B. Milch) detailliert über die gesamte Produktionskette betrachtet werden können. Nachgelagerten Unternehmen (z.B. Milchverarbeitern) kann so der ökologische oder soziale „Rucksack“ des Produkts beschrieben werden. Mit diesen Informationen kann ein solches Unternehmen selbst IPP verfolgen. Die Beteiligung von Unternehmen an IPP sei grundsätzlich freiwillig, z.B. wenn Unternehmen soziale und ökologische Standards für die Produktion festsetzen. Es bestehen keine Vorschriften und bisher auch keine Übersicht (Umsetzungs-Controlling). Ob die Anwendung solcher Standards eher durch die Nachfrage der Konsument/innen oder durch politische Rahmenbedingungen gesteuert werde sei nicht eindeutig.

Andere IPP-ähnliche Arbeiten laufen im BLW schon seit längerem unter dem Begriff Qualitätssicherung im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes.

#### **C) Zusammenarbeit mit anderen Stellen:**

Das BLW ist auch im Rahmen des 10-Jahresplanes von Johannesburg (Nachhaltige Produktions- und Konsummuster) tätig. Zur Koordination mit der internationalen Forschung zu

IPP(-ähnlichen) Themen, z.B. in der UNO der Commission for Sustainable Development (CSD) sowie beim Nachfolgeprozess Johannesburg, ist das BLW auf die entsprechenden Informationen seitens BUWAL oder DEZA angewiesen. Eigene Kontakte hat das BLW mit der FAO als UNO-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation); es hat das eigene IPP-Projekt (Ökobilanz) dort aber noch nicht eingebunden. Letztlich ist das BLW mit dem BUWAL und der Weiterbildungsabteilung der landwirtschaftlichen Fachkräfte (Lehrer/innen, Berater/innen, interessierte Bauern/Bäuerinnen) im Dialog.

#### **D) Ausblick:**

Das Forschungsprojekt „Zentrale Auswertung und Ökobilanzierung“ wird auf mindestens 300 Betriebe mit verschiedenen Betriebstypen in der ganzen Schweiz ausgebreitet und bis 2009 beendet. Damit will das BLW Aussagen zur gesamten Wirkung der Agrarpolitik machen können. Weiter werden die Ökobilanz-Ergebnisse erlauben, in der Beratung und Weiterbildung den Bauern umweltfreundlichere und wirtschaftlichere Methoden aufzuzeigen. Ein weiterer Schritt wird die Verbindung mit den nachgelagerten Betrieben sein. Gespräche sind beispielsweise mit den Großverteilern Migros und Coop vorgesehen.

#### **8.3.2.5 Weitere Teilbereiche**

Folgende drei weitere Teilbereiche der IPP sind in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 beschrieben:

- **Geschäftsverkehrsgesetz GVG (SR 171.11)/Verwaltungsinterne Anweisungen:** Anpassung des GVG Art. 43 Abs. 3 sowie der verwaltungsinternen Anweisungen zur inhaltlichen Gestaltung eines Bundesratsantrags: Geplant ist eine Ergänzung betreffend "ökologische Auswirkungen". Zuständig ist das Bundesamt für Justiz (BJ).

Status: Die Arbeiten zu diesem Teilbereich haben noch nicht begonnen.

- **Forschung:** Ausbau der methodischen Grundlagen und Instrumente für die Entwicklung und Umsetzung von IPP sowie Evaluation der vorhandenen Instrumente. Zuständig ist das BUWAL.

Status: Dies beinhaltet die vorliegende Studie über die Positionierung der schweizerischen IPP im europäischen Kontext (Konzept, Strukturen, Umsetzung). Eine Publikation ist für 2005 vorgesehen.

- **Produktverantwortung:** Erarbeiten eines Konzeptes und eines Maßnahmenkataloges zur Erweiterung der Mitverantwortung der Hersteller von der Nutzung und Entsorgung (Extended Producer Responsibility) auf die vorgelagerte Versorgungskette (Supply Chain Responsibility). Zuständig ist das BUWAL.

Status: Die Arbeiten zur Umsetzung dieses Teilbereichs haben begonnen. Als erster Schritt wird ein umweltbezogenes Produktinformationssystem in Anlehnung an den ISO-Typ III angestrebt.

### 8.3.2.6 Kantone und Städte

Die Interessengemeinschaft für ökologische Beschaffung ist auch mit den Kantonen vernetzt. Auf informeller Ebene berichtet die BKB via ihrer Homepage über die Arbeitsergebnisse des Bundes. Damit möchte die BKB die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes auch in die kantonalen Strategien einfließen lassen. Des Weiteren führt das BKB auf Anfrage Veranstaltungen durch (z.B. Referate über ökologische Beschaffung). Das BKB versucht auch, die interkantonalen Organe im öffentlichen Beschaffungswesen zu informieren.

Zum ökologischen Bauen ist durch die Koordinationsgruppe KÖB die Mitwirkung der Kantone und Städte sichergestellt. Hier besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Ebenen.

Im landwirtschaftlichen Bereich sind einerseits kantonale Stellen bei der Datenerfassung und -lieferung im Projekt „Zentrale Auswertung und Ökobilanzierung“ beteiligt. Andererseits leistet das BWL Zahlungen an die Kantone für den so genannten ‚ökologischen Leistungsnachweis‘, einer finanziellen Unterstützung für umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion.

## 8.4 Politikreformulierung

Eine Reformulierung der IPP in der Schweiz ist derzeit nicht erkennbar. Allerdings könnten die anstehenden Einsparungsbemühungen des Bundes die IPP beeinflussen. Konkret wird momentan das Bundesgesetz für die öffentliche Beschaffung revidiert. Revisionsziel ist die materielle Harmonisierung, vielleicht sogar die Vereinheitlichung mit dem kantonalen Vergaberecht. Dabei sollen die Rechtsgrundlagen so gestaltet werden, dass Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen einfach möglich ist und Lebenswegkosten, Total Cost of Ownership, E-Procurement und soziale Aspekte weiter entwickelt werden (können).

Aus Sicht des BUWAL sind die oben beschriebenen Aktivitäten für IPP mittelfristig (d.h. auf 4 bis 5 Jahre) fest eingeplant. Es ist möglich, dass zusätzliche Aktivitäten beschlossen werden.

## 8.5 Charakterisierung und Beurteilung

IPP stellt einen Teil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dar. Dabei sollen sich hierarchisch gesehen Top-Down- mit Bottom-Up-Initiativen ergänzen. Übergeordnete Konzepte sollen auf politisch-strategischer Ebene normative Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung bilden. Damit soll IPP helfen, den Nachhaltigkeitsgedanken zu etablieren und auf hoher Verwaltungsebene zu diskutieren.

IPP stellt nach unseren Recherchen ein Ansatz dar, um alle Nachhaltigkeitsdimensionen bezogen auf Produkte *integriert* zu bearbeiten. ‚Integration‘ kann dabei auf verschiedenen Ebenen stattfinden und stellt sich in der Schweiz wie folgt dar:

- **Integration des stofflichen Lebenswegs:** Die Lebenszyklus-Betrachtung ist ein wichtiger Bestandteil der IPP und ihrer Konkretisierung in der Schweiz. Speziell im Baubereich ist diese Dimension der Integration sehr wichtig, da die Bautätigkeit mit viel Materialeinsatz verbunden ist und langlebige Produkte entstehen.

- **Integration der Politikfelder:** Die Schweiz hat die Integration der diversen Politikfelder zum Teil schon erreicht. So ist IPP beispielsweise beim Bund organisatorisch der Finanzpolitik angehängt. Nicht zuletzt hat die Finanzpolitik erheblichen Einfluss auf alle anderen Bereiche.
- **Integration der Instrumente:** IPP benötigt Messkonzepte und entsprechende Instrumente. Solche Controllinginstrumente fehlen gegenwärtig in der schweizerischen IPP.
- **Integration der Akteure & Adressaten:** Die schweizerischen IPP-Aktivitäten werden stark vernetzt umgesetzt. Freiwilligkeit hat dabei einen hohen Stellenwert.
- **Integration der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit:** Bisher ist IPP noch stark ökologisch orientiert. In der Bundesratsstrategie wird deutlich, dass IPP die Integration von Ökologie, Wirtschaft und sozialen Aspekten bedeutet. Dabei sollten die wirtschaftlichen Aspekte von Zielen und Maßnahmen auf jeden Fall berücksichtigt werden muss, da rein ökologische Maßnahmen sonst keine Chancen haben (außer durch Gesetze). Auch die soziale Dimension ist in einzelnen Bereichen noch stärker mit einzubeziehen, Themen wie Gesundheit, Nahrungsmittel- oder Arbeitssicherheit eines Produktes sollten vermehrt einfließen.

In unseren Recherchen wurde deutlich, dass alle zuvor genannten Dimensionen integriert werden sollten, allerdings sollte die Integration während den verschiedenen Phasen der IPP (Planung, Implementierung, Umsetzung und Controlling) in unterschiedlichem Ausmaß erfolgen: Auf der konzeptionellen Ebene gehe es vor allem um die Integration der drei Nachhaltigkeitsdimensionen. Auf der übergeordneten politischen Ebene sind die verschiedenen Zielsetzungen so zu koordinieren, dass einzelne Bereiche nicht entgegengesetzt wirken. Hier sollte ein Ausgleich zwischen den teils unterschiedlichen Interessen angestrebt werden. Bei der Umsetzung in der Forschung und Entwicklung selber müssen für allem die Akteure und Politikbereiche integriert werden, so können inter- oder transdisziplinäre Forscher zusammen gebracht werden. Im der weiteren politischen Umsetzung sollten praxistaugliche Instrumente zur Verfügung gestellt werden, damit Maßnahmen in die jeweiligen Prozesse integriert werden können.

Grundsätzlich benötigt jedes staatliche Handeln in der Schweiz eine gesetzliche Grundlage. Direkte gesetzliche Regelungen sowie gezielte staatliche Eingriffe in die Preis- und Kostenstrukturen benötigen einen ausdrücklichen politischen Auftrag. Als Begriff ist IPP bisher in der Schweiz nicht gesetzlich, sondern einzig in der bundesrätlichen Nachhaltigkeitsstrategie verankert. Hingegen ist eine Reihe von IPP-ähnlichen Zielen gesetzlich verankert, wie die vorstehenden Ausführungen aufzeigen. Dies bestimmt heute zu großen Teilen die Aktivitäten der Verwaltung bezüglich IPP.

Unsere Recherchen zeigten, dass in der schweizerischen IPP in den meisten Bereichen vor allem mit Information und informeller Kooperation gearbeitet wird. Im landwirtschaftlichen Bereich werden zusätzlich wirtschaftliche Anreize (und auch konkrete Vorschriften) bei den Produzenten eingesetzt. Im der öffentlichen Beschaffung setzt IPP mit allen drei Ansätzen an, mit Information, gesetzlichen Regelungen sowie mit wirtschaftlichen Anreizen. Auch die Produktkennzeichnung sollte wirtschaftliche Anreize auf Produktebene auslösen.

In unseren Recherchen zeigte sich eine Reihe von Implementierungshemmnissen:

- Solange ökologische „Kosten“ nicht auf gleicher Stufe wie ökonomische Kosten stehen, wird die Verlockung kurzfristig ökonomisch zu denken nach wie vor groß sein, und dies nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik.
- Man kann zwar Produkte auf den Markt bringen, die alle Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen, die Kunden kaufen aber dennoch andere (z.B. günstigere) Produkte.
- Viele Leute neigen dazu, ihre eigenen Aufgaben als das Wichtigste zu betrachten und sind an Kooperation und Integration wenig interessiert.
- Auf politischer Ebene mangelt es gegenwärtig an Strukturen für eine verbindliche Definition von IPP. Auch in den Verwaltungen sind die Strukturen ungenügend, um entsprechende Vorgaben zu machen. Dementsprechend ist auch die Schulung noch mangelhaft.
- Es herrscht Unsicherheit über die Rechtsgrundlagen.
- Teilweise herrscht ungenügendes Interesse und/oder Problembewusstsein.

Die Erarbeitung und Implementation einer IPP kann auch aus unternehmerischer Prozesssicht betrachtet werden; folgt man diesem Gedanken, so ergibt sich folgender Eindruck:

- **Vision:** Die bundesrätliche Nachhaltigkeitsstrategie 2002 gibt den Gesamtrahmen für die IPP vor. IPP ist ein eigenständiges Element dieser Nachhaltigkeitsstrategie.
- **Strategie, Ziele und Maßnahmen:** Die Strategie bezüglich IPP sowie erste Ziele und Maßnahmen sind innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 gut beschrieben; sie entstanden aus den Aktivitäten und Zielen der interessierten Ämter.
- **Umsetzung:** Die Umsetzung der Maßnahmen scheint in den untersuchten Teilbereichen auf gutem Weg zu sein. Auffällig ist das große Bedürfnis nach Klärung respektive Vereinfachung sowie nach Ausbildung. Nicht überraschend wird auch mehr externe Kommunikation gewünscht – wenn verwaltungsintern nur wenige Personen IPP kennen, ist die restliche Schweiz zweifellos noch weniger informiert. Hierzu gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird der Inhalt von IPP gemeinsam mit interessierten externen Kreisen konkretisiert oder das Konzept wird zunächst intern prägnanter formuliert.
- **Controlling und Korrekturmaßnahmen:** Wichtig scheint uns, dass ein Controlling zur Umsetzung von Maßnahmen in mehreren Bereichen fehlt, insbesondere zu den freiwilligen, Informationsgerichteten Aktivitäten. Periodisch sollte erkennbar werden, ob und welche Wirkung die bisherigen Maßnahmen erzielten und was daraus für die weitere Arbeit zu lernen ist. Angesichts der begrenzten Mittel für IPP sollte auch das Controlling sehr effizient gestaltet werden.

Eine Konkretisierung des Begriffes würde eine Grundlage bilden für die von einzelnen IPP-Akteuren gewünschte stärkere Praxisorientierung der Maßnahmen. Bedenkenswert wäre auch eine gesamthafte Würdigung und Priorisierung der verschiedenen IPP-bezogenen Ziele auf Basis expliziter Kriterien, z.B. jeweils nach vier Jahren (sofern eine solche Beurteilung nicht ohnehin für alle Maßnahmen der Strategie Nachhaltige Entwicklung gemacht wird).

- **Prozesse, Verantwortlichkeiten:** Die Verantwortungen für die IPP-Teilbereiche sind in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 klar definiert. Die innerbehördliche Zusammenarbeit scheint zu funktionieren. Die Teilbereiche scheinen formell mehrheitlich gut verankert zu sein. Als verwaltungsübergreifende Querschnittsaufgabe ist mit dem informellen Netzwerk ein

wichtiger erster Schritt erreicht. Ob dies für eine mittelfristig wirksame Zusammenarbeit ausreicht, wird sich weisen müssen<sup>121</sup>. Ein wichtiger hängiger Einzelschritt ist die institutionelle Verankerung des schweizerischen Ökoinventar- bzw. Ökobilanzentrums.

- **Ist-Analyse:** Inwiefern für die einzelnen Teilprojekte eine klare Ist-Analyse vorliegt, war nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Eine übergreifende Nachhaltigkeitsanalyse der Schweiz, welche zur Fokussierung von IPP hilfreich wäre, ist in Ansätzen vorhanden. Inwiefern sie in die bundesrätliche Nachhaltigkeitsstrategie eingeflossen ist, können wir nicht beurteilen. Insgesamt können wir erkennen, dass IPP in allen Elementen der obigen Prozesssicht Ansätze entwickelt hat. IPP scheint in vielen Teilbereichen organisatorisch gut verankert zu sein, wenn auch oft noch wenig verbindlich. Durch die Verankerung in der Nachhaltigkeitsstrategie ist die breite Ausrichtung der IPP im Grundsatz vorhanden.

Insgesamt stellen sich darüber hinaus abschließend folgende **Herausforderungen** für den Fortgang der schweizerischen IPP:

- **Zusatznutzen einer IPP:** In unseren Recherchen zeigte es sich, dass bisher nicht ausreichend klar geworden ist, welchen 'Zusatznutzen' IPP gegenüber bisherigen Aktivitäten erbringen kann.
- **Kommunikation und Sensibilisierung:** IPP als breites und erst abstrakt definiertes Konzept ist für Praktiker noch immer schwer verständlich. Die Bedeutung von IPP sollte weiter konkretisiert werden: Die Kommunikation sollte IPP einfacher und plakativer vermitteln und den Beitrag zur Nachhaltigkeit konkret kommunizieren. Auch Schulung ist wichtig, um die Umsetzung von IPP zu erleichtern.
- **Integration in die öffentliche Beschaffung:** Der Einbezug von IPP in die Beschaffungspolitik des Bundes sei wichtig. Damit werde IPP automatisch in der schweizerischen Wirtschaft wie auch in der Gesellschaft bei den Konsumenten bekannter.
- **Aufbau von Kompetenzzentren:** Die Umsetzung einer IPP sollte unterstützt werden, etwa durch den Aufbau von Kompetenzzentren (z.B. zu Wirtschaftlichkeit, sozialen Aspekten und Ökologie).
- **Weitere Implementationsanregungen:** Einige spezielle Hinweise:
  - ? **Beschaffungswesen:** Zur Umsetzung von IPP in der Beschaffungspolitik des Bundes sind zunächst die gesetzlichen Grundlagen auszubauen. Auch sollte bei der öffentlichen Hand ein gemeinsames Verständnis von nachhaltiger Beschaffung entwickelt werden. Ein gesamtschweizerisches Beschaffungsnetzwerk, mit vernetzten Fachausschüssen für ökologische und soziale Aspekte, E-Procurement, usw., wäre hier hilfreich.
  - ? **Einsatz von Ökobilanzen in der Wirtschaft:** Mit geeigneten Anreizen sollte der Einsatz von Ökobilanzen durch die Wirtschaft verstärkt werden. Das Beschaffungswesen des Bundes könnte solche Anreize schaffen.
  - ? **Forschung:** Auf Forschungsebene könnte IPP eine Fächer übergreifende Zusammenarbeit mit jüngeren Forschern ermöglichen. IPP könne auch mithelfen, die Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen und Ämtern zu verbessern.

---

<sup>121</sup> Die Koordination über Amtsgrenzen hinweg über alle Nachhaltigkeits-Dimensionen ist eine Herausforderung für die Nachhaltigkeitsstrategie als Ganzes und stellt kein spezielles Problem einer IPP dar.

## 9 Vergleichende Auswertung

In diesem abschließenden Kapitel sollen die in den voranstehenden Länderberichten dargestellten IPP-Politiken in den von uns betrachteten Staaten und der EU sollen in diesem Kapitel einer vergleichenden Auswertung unterzogen werden. Leitend ist dabei der sog. „Policy-Cycle“, der in Problemwahrnehmung, Politikformulierung, Politikimplementierung und Politikreformulierung unterteilt werden kann.

### 9.1 Wahrnehmung produktbezogener Umweltprobleme

Fragen produktbezogener Umweltpolitik, die heute oft mit dem Begriff „Integrierte Produktpolitik“ (IPP) bezeichnet werden, können auf drei Wurzeln zurückgeführt werden, die sich teilweise ergänzen, teilweise überschneiden; darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

#### **Forschung:**

Erste wesentliche und systematische Zugänge zum Thema IPP wurden mit einem von der DG Forschung der EU finanziell unterstützten Projekt „Product policy in support of environmental policy“ gelegt; Schwerpunkte dieser Arbeit waren zum einen Länderstudien über die damaligen produktbezogenen Maßnahmen, sowie zum anderen einige Fallstudien (Beschaffungswesen, Umweltzeichen, Farben/Lacke, Batterien). Die Gesamtergebnisse wurden von Oosterhuis/Rubik/Scholl (1996) veröffentlicht. Einige Monate später begann das internationale Consultingunternehmen Ernst&Young zusammen mit der Universität Sussex eine Studie im Auftrag der DG Umwelt und analysierte dabei nationale wie auch internationale produktbezogene Umweltpolitiken; dabei wurde auch erstmals der Begriff IPP eingeführt (Ernst&Young/SPRU 1998).

Etwa damit zeitlich einhergehend wurden verschiedene spezielle Themen und Bereiche durch F&E-Vorhaben untersucht. Dabei wurde einerseits das mögliche Instrumentarium einer IPP zu erarbeiten bzw. zu verbessern versucht, gleichzeitig wurde andererseits eine Reihe von Evaluationen durchgeführt. Im Blickpunkt der Forschung standen Untersuchungen zu Umweltkennzeichnung<sup>122</sup>, Produktrücknahme und -verantwortung<sup>123</sup>, öffentlichem Beschaffungswesen<sup>124</sup> und Steuern/Abgaben<sup>125</sup>. Daneben wurde auch das methodisch-konzeptionelle Gerüst zur Untersuchung des Umweltprofils von Produkten und Dienstleistungen – Ökobilanzen (englisch: Life Cycle Assessment) – beträchtlich verbessert<sup>126</sup>.

---

122 Vgl. OECD (1991), EPA (1993), EPA (1994), OECD (1997b).

123 Vgl. Department of Industrial Environmental Economics (1992), OECD (1996).

124 Vgl. Gebers/Führ (1992), OECD (1997c).

125 Vgl. OECD (1994a, b, 1997d), EEA (1996).

126 Vgl. zur Methodik beispielsweise ISO (1997), Nordic Council (1995), SETAC (1993) und zur Anwendung von Ökobilanzen insbesondere Frankl/Rubik (1999), Smith et al. (1999).

**Politik:**

Das 5. Umweltaktionsprogramm der EU von 1992, das bis zum Jahre 2000 gültig war, sprach bereits implizit IPP an, indem ein Bezug zum potentiellen produktpolitischen Instrumentarium genommen wurde. Auch die Agenda 21 von Rio de Janeiro hob die Bedeutung veränderter Produktions- und Konsumtionsmuster hervor.

Einzelne EU-Mitgliedsstaaten wie auch die Schweiz widmeten sich bereits seit dieser Zeit ausdrücklich produktbezogenen Fragen. Die niederländische Regierung veröffentlichte 1994 als erstes Land ein Politikpapier „Policy document on Products and the Environment“ (VROM 1994). Dieses Papier beeinflusste die gesamte europäische Landschaft und regte die Entwicklung in anderen Ländern sowie bei der EU an. Zeitlich damit einhergehend wurde 1993 in Schweden eine sog. Ecocycle Commission gegründet, die vier Jahre später ihren Abschlussbericht vorlegte (Ecocycle Commission 1997a, b und c). Dänemark folgte nach und publizierte 1996 ein Politikpapier „An intensified product-oriented environmental initiative“ (MEE et al. 1999a), das ein Jahr später durch einen Bericht (MEE et al. 1999b) ergänzt wurde. Großbritannien, Frankreich und auch Deutschland waren nicht unter den *konzeptionellen* Wegbereitern der damaligen Zeit.

Transnationale Organisationen wie die OECD starteten Mitte der neunziger Jahre systematische produktpolitische Aktivitäten; dazu wurde 1995 ein Bericht „Preliminary results of (Sustainable) Product Policy Survey“ (OECD 1995) vorgelegt. Die EU sprach in einem Fortschrittsbericht der Kommission [COM (95)624] zum 5. Umweltaktionsprogramm davon: „Unsustainable production and consumption patterns are the main cause of recent environmental problems. Additional measures are needed inter alia in the area of product policy“ (European Commission 1998, 5); und dabei wurde die Entwicklung eines „framework for an integrated, life cycle oriented product policy was made a priority within the programme in the period until 2000“ (European Commission 1998, 5f.) angekündigt. Der Europäische Rat vereinbarte dabei 1997 eine gemeinsame Position zu einer produktbezogenen Umweltpolitik und listete in diesem verschiedene produktbezogene Aktivitäten auf.

**Diskussionsforen:**

An- und Einsichten, Erfahrungen und Konzepte wurden weltweit bei den „Green goods“-Tagungen ausgetauscht. Die erste dieser Tagungsserie fand 1993 in Den Haag/NL statt (VROM 1994b). Wie die erste, so war auch die nächste Tagung in Schweden (Ryden/Stahl 1995) ebenfalls noch sehr allgemein gehalten. Die nächsten Tagungen in Norwegen (1996), der Schweiz (1997) und Deutschland (1998) konzentrierten sich dann mehr auf einzelne „Tools“, nämlich Produktverantwortung, öffentliches Beschaffungswesen (OECD 1997c) sowie Umweltzeichen (OECD 1999).

Diese Tagungsserie wird seit 1999 nicht mehr weiterverfolgt. Allerdings werden mittlerweile IPP-bezogene Fragen auf verschiedenen anderen Diskussionsforen behandelt, wie etwa beim European Roundtable for Cleaner Production and Consumption, der Konferenzreihe „Towards



sustainable product design"<sup>127</sup>, verschiedenen von der DG Forschung geförderten Netzwerkprojekten<sup>128</sup>) wie auch bei nationalen und internationalen Politiknetzwerken.

## 9.2 Formulierung einer IPP

Die Formulierung einer IPP variiert beträchtlich in den von uns betrachteten Ländern; darauf möchten wir mit Blick auf produktpolitische Akteure (Kap. 9.2.1) und den materiellen Inhalt einer IPP (Kap. 9.2.2) im Folgenden vergleichend eingehen.

### 9.2.1 Produktpolitische Akteure

Produktpolitische Akteure, d.h. Institutionen und Organisationen, die sich institutionell um eine IPP kümmern, können entweder direkt oder indirekt den Entwicklungsprozess einer Politik beeinflussen und dabei eine Push oder Pull-Rolle einnehmen. Dabei stellt sich die Situation in den von uns in diesem Bericht betrachteten Ländern wie folgt dar:

- **Europäische Union:** Die EU-Kommission treibt auf der Ebene der EU die Entwicklung einer IPP voran; federführend ist dabei die DG Umwelt. Einen starken Einfluss besitzt daneben die DG Industrie. Ein kommissionsinternes formelles Netzwerk besteht jedoch nicht, vielmehr wird fallweise eine horizontale Diskussion zwischen den verschiedenen Generaldirektionen organisiert. Zu ihrer Unterstützung hat die Kommission ein formelles IPP-Netzwerk im Frühjahr 2004 gegründet, das aus Vertretern/innen der EU-Mitgliedsstaaten und verschiedener Interessensgruppen (u.a. Verbraucher- und Umweltorganisationen, Industrie, Handel und Europäische Normung) besteht. Die in Brüssel ansässigen Interessensgruppen verfolgen die IPP der EU sorgfältig und versuchen formell wie auch informell die Kommission in ihrem jeweiligen Sinne zu beeinflussen. Das formelle IPP-Netzwerk wird durch ein informelles Netzwerk ergänzt, das 2000 gegründet wurde und das IPP mehr informell diskutiert; die Mitglieder des informellen Netzwerks kommen einerseits ebenfalls von den EU-Mitgliedsstaaten und auch andererseits von Staaten, die nicht der EU angehören, wie etwa Norwegen und der Schweiz.
- **Deutschland:** Das deutsche Umweltministerium (BMU) ist federführend bei einer IPP; es wird durch das Umweltbundesamt (UBA) unterstützt, das auch an internationalen Prozessen teilnimmt. Andere Ministerien besitzen eine Reihe von IPP-Kompetenzen, eine systematische Kooperation and Koordination findet fallweise statt, wobei intensivere Kontakte des BMUs mit dem Verbraucher-, Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium (BM VEL) bestehen. Neben der Bundesebene sind einige Bundesländer, etwa Bayern, Bremen und Baden-Württemberg im Bereiche einer IPP sehr aktiv. IPP wurde auch in Bundesländer-Arbeitskreisen behandelt. Deutsche Anspruchsgruppen sind im Bereich einer IPP nicht sehr aktiv, nur der Bundesverband Deutsche Industrie (BDI) hat verschiedene Stellungnahmen zur IPP veröffentlicht.
- **Frankreich:** Das französische Umwelt- und Nachhaltigkeitsministerium ist für IPP-bezogene Aufgaben verantwortlich. Zurückgehend auf die Integration einer IPP in die französische

---

<sup>127</sup> Vgl. <http://www.cfsd.org.uk>.

<sup>128</sup> Beispiele sind "Developing a Product Service System Methodology (MEPPS)" und SUSPRONET (<http://www.suspronet.org>)

Nachhaltigkeitsstrategie im Jahre 2003, werden produktions- und konsumbezogene Fragen in Nachhaltigkeitskörperschaften wie etwa der französischen Nachhaltigkeitskommission (CFDD) und dem interministeriellen Komitee für nachhaltige Entwicklung (CIDD) behandelt. Die 1992 eingerichtete Umwelt- und Energieagentur (ADEME) unterstützt das Ministerium operativ. Französische Anspruchsgruppen waren bisher nur fallweise in eine IPP involviert, etwa bei dem Konsultationsprozess mit Blick auf eine vom Umweltministerium beauftragte IPP-Studie (siehe unten).

- **Großbritannien:** IPP-bezogene Fragestellungen werden im Umweltministerium (DEFRA) und dem Handels- und Industrieministerium (DTI) behandelt. Letzteres widmet der Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Industrie eine besondere Aufmerksamkeit. Auf Betreiben der DEFRA wurde 1998 das „Advisory Committee on Consumer Products and the Environment“ (ACCPE) gegründet, das die Regierung mit Blick auf produktbezogene Umweltherausforderungen unterstützt; ACCPE ist eine pluralistische Gruppe, die aus etwa 15 Repräsentanten/innen aus Forschung, Unternehmen und NGOs besteht und sich 57 mal pro Jahr trifft. Für die nächste Zeit ist die Etablierung eines pluralistischen Expertenkreises geplant.
- **Österreich:** Das Österreichische Lebensministerium ist verantwortlich für produktbezogene Fragestellungen. Einige Aspekte einer IPP werden auch im Wirtschafts- und Arbeitsministerium behandelt. Der Einbezug von Anspruchsgruppen geschieht primär durch Expertennetzwerke wie etwas dem „Roundtable Ökoeffizienz“, dem „Roundtable Ökosoziale Marktwirtschaft“ und dem Akteursnetzwerk „Nachhaltiges Österreich“.
- **Schweden:** IPP fällt in Schweden ins Aufgabengebiet des Umweltministeriums. Dessen Arbeit wird durch eine interministerielle Arbeitsgruppe mit Vertretern/innen verschiedener anderer Ministerien (z.B. Wirtschaft/Arbeit/Kommunikation, Finanzen, Gesundheit/soziale Angelegenheiten) unterstützt. Die schwedische Umweltagentur (SWEPA) behandelt ebenfalls intensiv IPP. Verschiedene rationale Anspruchsgruppen sind in die nationalen Diskussionen einbezogen, dazu wurde 2000 ein IPP-Netzwerk gegründet, das Dialogtreffen organisiert<sup>129</sup>. Daneben ist Schweden im Nordischen Rat<sup>130</sup> vertreten, der 1998 eine eigene IPP-Arbeitsgruppe eingerichtet hat.
- **Schweiz:** Die Verantwortung für eine IPP liegt bei einem regierungsinternen Netzwerk, das vom Bundesamt für Wald, Abfall und Landschaft (BUWAL) koordiniert wird. Darin sind fünf der sieben schweizerischen Ministerien und elf Bundesämter vertreten.

Insgesamt betrachtet liegt die Verantwortung für eine IPP nahezu einmütig bei Umweltministerien. Die Kooperation mit anderen Ministerien ist nur in einzelnen Ländern (Schweden, Schweiz) intensiv and institutionalisiert; Konsultationen mit anderen Ministerien geschehen daneben fallweise. Das Interesse der Anspruchsgruppen scheint insgesamt verhalten zu sein, zumindest im Allgemeinen. Auf Ebene der EU scheint die mögliche regulative Rolle der EU Anspruchsgruppen „ermuntern“, sich mehr um eine IPP zu kümmern.

---

<sup>129</sup> Bis zum Herbst 2004 fanden neun Arbeitstreffen statt.

<sup>130</sup> Der Nordische Rat besteht aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.

Formalisierte Konsultationsroutinen bestehen auf Ebene der EU wie in Schweden. In anderen Ländern sind derartige Strukturen eines formellen Meinungsaustauschs rar.

### 9.2.2 Analyse produktpolitischer Inhalte

In diesem Teil soll die produktpolitische Ausformulierung untersucht werden, also der „politische“ und „materielle“ Gehalt einer IPP in den von uns betrachteten Ländern. Dabei wird zunächst der konzeptionelle Zugang untersucht, danach der Zusammenhang zwischen einer IPP und den jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien. Daran anschließend analysieren wir den Kontext zwischen nationaler und internationaler Ebene sowie abschließend einige wichtige Charakteristika des jeweiligen IPP-Zugangs (Regulationstypus, Integration von IPP-Instrumenten, Prioritätensetzungen, Ziele, Integration von Politikfeldern sowie Berücksichtigung des Lebensweggedankens).

#### ***Direkte oder indirekte Politikstrategie: Konzeptioneller versus instrumenteller Zugang?***

Die Formulierung einer PP erfolgt schrittweise. Einige Länder haben bereits eigene nationale (bzw. supranationale) Rahmendokumente ausgearbeitet:

- **Europäische Union:** Die EU veröffentlichte 2001 ein Grünbuch zu einer IPP (Europäische Kommission 2001a) und kündigte darin auch die Erarbeitung eines Weißbuchs an. Dieses wurde jedoch nicht weiterverfolgt, stattdessen wurde im Frühjahr 2003 eine von der politischen Bedeutung schwächere Mitteilung publiziert (Europäische Kommission 2003a).
- **Großbritannien:** IPP-Aktivitäten begannen in Großbritannien Ende der neunziger Jahre. 1998 wurde ein erstes Konsultationspapier (DETR 1998) erstellt und die Anspruchsgruppen aufgefordert, dieses zu kommentieren. Ursprünglich war daran gedacht, ein konzeptionell ausgelegtes Politikdokument zu erarbeiten, aber dieser Plan wurde zumindest bisher immer wieder zurückgestellt. Mittlerweile haben DEFRA und DTI ein nationales Rahmenprogramm für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (DEFRA 2003) vorgelegt, das als ein Ergebnis der IPP wie auch des Post-Johannesburg Prozesses angesehen werden kann.
- **Schweden:** Eine schwedische IPP-Strategie (Government Communication 2000) wurde 2000 erarbeitet und auch dem schwedischen Parlament vorgelegt. Eine ursprünglich geplante Fortschreibung dieser Strategie wurde bisher verschoben. Allerdings beauftragte das schwedische Umweltministerium die SWEPA, Vorschläge für eine Konkretisierung der schwedischen Strategie zu erarbeiten. Die SWEPA legte 2002 einen entsprechenden Bericht vor (SWEPA 2002).
- **Schweiz:** Die Schweiz ist eines der Länder mit der längsten IPP-Tradition. Erste IPP-Aktivitäten begannen bereits vor rund 20 Jahren und heute ist die IPP in der schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie fest verankert. Dies ist im internationalen Vergleich bemerkenswert; in der Nachhaltigkeitsstrategie wurden auch verschiedene Implementationsbereiche benannt. Eigenständige IPP-Konzeptionspapiere wurden nicht erstellt; allerdings bestehen eine Reihe pragmatischer Arbeitspapiere.

Auch in anderen Ländern wurden einige IPP-Aktivitäten unternommen, aber diese sind weniger konzeptioneller Natur, sondern primär eine Zusammenstellung verschiedener einzelner Maßnahmen und Aktivitäten:

- **Deutschland:** Deutschland besitzt eine „geteilte“ Tradition. IPP-verwandte Aktivitäten begannen bereits in den siebziger Jahren, erste Hintergrundstudien, die der konzeptionellen Formulierung einer IPP dienen sollten, wurden 1996/97 ausgeführt, aber ausgelöst durch veränderte politische Prioritätensetzungen wurde dieses Vorhaben nicht weiter verfolgt. Ein wirklich konzeptioneller IPP-Zugang besteht deswegen in Deutschland nicht. Eine gewisse Ausnahme stellen Arbeiten des Bund-Länder Arbeitskreises „Steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes“ (BLAK) dar, der ein politisches Statement zur IPP 2001 publizierte (BLAK 2001). Es gilt jedoch auch darauf hinzuweisen, dass Deutschlands Einfluss auf die IPP, auch bedingt durch die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999, wichtig war und den IPP-Prozess auf Ebene der EU wesentlich mit vorangetrieben hat.
- **Frankreich:** Ebenfalls angeregt durch die EU-Arbeiten entwickelte Frankreich eine IPP auf einer konzeptionell bescheidenen Basis Ende der neunziger Jahre. Eine erste sichtbare Konsequenz war dabei die Beauftragung einer IPP-Studie. Der Bericht eines Consultingunternehmens wurde 2001 vorgelegt (Anderson 2001). Dieser enthält eine Reihe von angebots- und nachfragebezogenen Vorschlägen. Diese Vorschläge wurden jedoch im Einzelnen zunächst nicht weiterverfolgt, auch bedingt durch den Regierungswechsel erfolgten keine weiteren konzeptionellen Arbeiten. Erst im Jahre 2003 wurde Frankreich im Bereich der IPP mit der Integration der IPP in die französische Nachhaltigkeitsstrategie wieder aktiv.
- **Österreich:** Das EU-Grünbuch von 2001 stimulierte in Österreich eine Diskussion über eine IPP. Letztendlich wurde dabei entschieden, keine eigenständige nationale Konzeption zu erarbeiten. Produktbezogene Aufgaben werden seitdem entweder im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie oder fallweise behandelt. Der österreichische IPP-Prozess wurde auch als eine „interessierte Teilnahmslosigkeit“ (Hruschka/Amerstorfer 2001, 13) betrachtet.

Neben diesen Ländern sind andere EU-Mitgliedsstaaten eher als Nachzügler anzusehen, z.B. Spanien oder Portugal. Die 2004 der EU beigetretenen Staaten sind noch recht weit davon entfernt, IPP-Konzepte zu erarbeiten. Ein Blick außerhalb Europas zeigt, dass in Japan IPP-Aktivitäten entstehen und auch in den USA einige Anstrengungen unternommen werden. In Europa können Dänemark, Schweden und in einem gewissen Sinne auch die Schweiz als Vorreiter angesehen werden. IPP-Aktivitäten in anderen Staaten stellen eher singuläre konzeptionelle Bemühungen dar, die nicht in umfassende konzeptionelle Ansätze mündeten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich). Aber – und dies gilt es hervorzuheben – die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten ist noch recht weit davon entfernt, konzeptionelle Schritte zu unternehmen.

### ***Integration versus Exklusion: IPP und die Nachhaltigkeitsstrategien***

IPP besitzt verschiedene Berührungspunkte mit den Nachhaltigkeitsstrategien, die in den meisten Staaten Europas mittlerweile erstellt worden sind<sup>131</sup>.

---

<sup>131</sup> Für eine allgemeine Analyse vgl. Swanson et al. (2004).

- **Europäische Union:** Das sechste Umweltaktionsprogramm erwähnte IPP und zwei daraus abgeleitete thematischen Strategien – Abfall und Ressourcen – beziehen sich auf IPP, wobei allerdings weiterreichende Konkretisierungen fehlen. IPP wurde auch in die 2001 vereinbarte EU-Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen; dabei wurde festgelegt, dass eine IPP „(...) with business to reduce resource use and the environmental impacts of waste“ (Europäische Kommission 2001b, 17) entwickelt werden sollte.
- **Deutschland:** Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 (Bundesregierung 2002a und b) erwähnt IPP nicht ausdrücklich. Auch die 21 Indikatoren behandeln produktbezogene Fragestellungen nur am Rande. Im Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie von 2004 (Bundesregierung 2004) werden jedoch einige – noch immer schwache – Bezüge zur IPP im Teil nachhaltiger Konsum im Rahmen des deutschen SCP-Prozesses hergestellt.
- **Frankreich:** Die französische Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2003 veröffentlicht (CIDD 2003). IPP wird darin einmal ohne jede weitere Ausführung erwähnt. Produktbezogene Fragen finden sich jedoch unter der Überschrift Produktions- und Konsummuster wieder, also im Bereich des Post-Johannesburg Prozesses. Eine der sechs strategischen Achsen der Nachhaltigkeitsstrategie fokussiert auf ökonomische, betriebliche und konsumtive Aktivitäten; fünf Ziele werden dabei benannt und insbesondere das zweite Ziel hebt die Bedeutung der Integration der Produktions- und Verbrauchsmuster von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie hervor.
- **Großbritannien:** Die britische Nachhaltigkeitsstrategie (DETR 1999) enthält ein eigenes Kapitel zu nachhaltigen Produktions- und Konsummuster. Dabei werden produktbezogenen Prioritäten in den Bereichen Bauen, Ernährung, Personentransport, Tourismus und Freizeit benannt. Allerdings bleibt die Nachhaltigkeitsstrategie im Allgemeinen recht vage und kündigt keine weiteren konzeptionellen und instrumentellen Überlegungen an.
- **Österreich:** Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahre 2002 (BMLFUW 2002) umfasst 20 Ziele. Zwei der Ziele beziehen sich dabei auch auf produktbezogene Fragen<sup>132</sup>. Zwei der 11 Nachhaltigkeitsindikatoren weisen zumindest teilweise einen Produktbezug auf, nämlich die Anzahl der Produkte mit Umweltzeichen und der Materialverbrauch.
- **Schweden:** Die schwedische Nachhaltigkeitsstrategie (Swedish Ministry of the Environment 2004) bezieht sich ausdrücklich in zwei der acht Kernbereiche auf IPP, nämlich in den Bereichen „Zukünftige Umwelt“ und „Nachhaltiges ökonomisches Wachstum“: In der ersteren wird IPP als ein Beitrag zur nicht-toxischen und ressourceneffizienten Gestaltung von Lebenswegen betrachtet; im letzteren Bereich wird IPP als ein Beitrag zur Unterstützung nachhaltiger Unternehmen angesehen. In der schwedischen Nachhaltigkeitsstrategie wird IPP eine wichtige Rolle in der Erreichung der Umweltziele zugemessen.
- **Schweiz:** Die Schweiz veröffentlichte 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie (Schweizerischer Bundesrat 2002), die 10 Aktionsbereiche mit insgesamt 22 verschiedenen Maßnahmen umfasst. Im Bereich „Finanzpolitik“ wird als eine der Maßnahmen ausdrücklich die Einführung einer IPP genannt und sieben verschiedene Implementationsbereiche benannt.

---

<sup>132</sup> Dies sind die Ziele 9 („Erfolgreiches Wirtschaften durch Ökoeffizienz“) und 10 („Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen stärken“).

Die Beziehungen zwischen einer IPP und den Nachhaltigkeitsstrategien folgen unterschiedlichen Wegen in Europa. Die stringentste und deutlichste Verankerung einer IPP findet sich im schweizerischen IPP-Ansatz. Ebenfalls bedeutsam sind die Beziehungen noch in Schweden und auch die verschiedenen Strategien und Konzepte der EU weisen oft auf eine IPP hin. Andere Staaten, etwa Deutschland, Großbritannien und Österreich, stellen in einem geringeren Ausmaß eine Beziehung zur IPP in ihren Strategien her. IPP wird in Frankreich unter einer anderen Überschrift im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie behandelt.

### ***Verständnisse einer IPP: Nationaler Ansatz oder Pseudonym für europäische Prozesse***

Die IPP Traditionen in Europa sind oft unterschiedlich. Einige Staaten verfolgen primär einen nationalen Ansatz (z.B. Schweiz), andere Staaten betrachten den Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der Europäischen Union und den nationalen Maßnahmen als wichtig (z.B. Schweden, Großbritannien) während einige andere Staaten IPP als ein primär EU-abgeleitetes Konzept betrachten und ihre Aktivitäten in diesem Kontext verorten (z.B. Österreich).

### ***Charakteristika der IPP-Strategien und Ansätze***

Konzeptionelle und pragmatische IPP-Ansätze führen eine Koexistenz in Europa. Nachfolgend untersuchen wir einige wichtige charakteristische Aspekte einer IPP:

- **Governance-Konzept:** Jede Form der Politik ist mit der Balance der Machtteilung zwischen Regierung und Gesellschaft konfrontiert. Verschiedene Regulationsregime sind denkbar und sollen im Folgenden mit Blick auf eine IPP analysiert werden:
  - ? **Europäische Union:** Die Philosophie der IPP ist bei der EU eingebettet in die Suche nach neuen Formen des Regierens – ein Topic, der in der EU seit einigen Jahren diskutiert wird<sup>133</sup>. Das IPP-Grünbuch aus dem Jahr 2001 erwähnt zunächst die Internalisierung externer Kosten als Hauptansatzpunkt, aber benannt gleich darauf ein Implementationsdilemma und wendet sich konzeptionell dann der Dissemination von Informationen als Ansatzpunkt zu: Fiskalische Maßnahmen werden dabei als die effektivsten Instrumente betrachtet "(...) that help to 'get the prices right', to internalise external costs (...). However, as long as this is not the case, supplementary action to better inform consumers on the environmental characteristics of products and to encourage producers to develop a better design of products is needed" (European Commission 2001b, 9). Die Mitteilung von 2003 bestärkt diesen Ansatz; insofern kann diese IPP-Philosophie als selbst-regulativ betrachtet werden.
  - ? **Deutschland:** Angesichts des derzeitigen wenig ausgearbeiteten konzeptionellen Stands ist es schwierig, die deutsche IPP-Situation zu beurteilen. Wir haben den Eindruck, dass die IPP in Deutschland der ähnlichen Tendenz folgt, wie sie derzeit in der deutschen Umweltpolitik vorherrscht, nämlich ein Bedeutungszuwachs von Selbstorganisation und Selbstverantwortung der verschiedenen Anspruchsgruppen. IPP-

---

<sup>133</sup> Die Kommission publizierte dazu eine Weißbuch (Europäische Kommission 2001c) und legte einen Fortschrittsbericht vor (European Commission 2003e).

verwandte Aktivitäten unterstützen freiwillige Maßnahmen und bevorzugen ebenfalls ein Capacity building (z. B. Umweltzeichen Blauer Engel).

- ? **Frankreich:** Der Übergang von einer eigenen IPP-Strategie zur Aufnahme der IPP in die Nachhaltigkeitsstrategie ist begleitet von veränderten Prioritäten bei den möglichen Instrumenten einer IPP. Der instrumentelle Fokus der IPP orientiert sich auf freiwillige und ergänzende Aktivitäten und Instrumente. Obwohl das Umweltministerium die Notwendigkeit betont, freiwillige Instrumente durch regulative Eingriffe zu ergänzen (vgl. MEDD 2004), hat sich dies bisher in der Politikimplementation noch nicht materialisiert.
- ? **Großbritannien:** Das Politikdokument aus dem Jahr 1998 (DETR 1998) betrachtete die Informationstransmission als zentrales Instrument innerhalb einer IPP, die alle Akteure in die Lage versetzen sollte, ihre Beiträge zu erbringen. Ein zweites Element stellt die Markttransformation mit Blick auf Energieeinsparung dar: "This 'market transformation approach' recognises the traditional shortcoming of markets in not reflecting the true costs which they impose on the environment. (...) The aim is gradually to push forward the proportion of goods available at the top end of performance, while encouraging the disappearance from the bottom end of those product lines which are least satisfactory for the environment" (DETR 1998, 6). Innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie wurde die Bedeutung der Information bekräftigt und um andere Instrumente ergänzt, etwa öffentliches Beschaffungswesen und Kampagnen. Die britische SCP-Strategie (DEFRA 2003) favorisiert marktbasierende Instrumente, z.B. fiskalische Maßnahmen und die Bildung bzw. Unterstützung neuer Einrichtungen. Insgesamt scheint die britische Strategie nachfrageorientiert ausgerichtet und auf Informationstransmission und Capacity building ausgelegt zu sein.
- ? **Österreich:** Die österreichische Umweltpolitik bevorzugt weiche Instrumente wie Information, marktbasierende Instrumente und ökonomische Anreize. Die instrumentellen Ansätze sind dabei einerseits angebotsseitig ausgerichtet, etwa indem die Entwicklung neuer und sauberer Technologien unterstützt werden soll, und andererseits zielt diese nachfrageseitig auf freiwillige informatorische Instrumente, v.a. Konsumenteninformationen, und die Ökologisierung des öffentlichen Beschaffungswesens.
- ? **Schweden:** Der schwedische IPP-Ansatz beruht überwiegend auf freiwilligen, marktbasierenden Anreizen und auf der Stärkung der Information. Informationstransmission wird als zentraler Mechanismus angesehen, alle Akteure zu ermutigen, ihre möglichen Beiträge zu leisten. Gleichwohl wird jedoch auch Lieferanten und Herstellern eine konstituierende und verantwortliche Rolle zugewiesen, was auf ihre Produktkenntnisse zurückgeführt wird.
- ? **Schweiz:** IPP als Teil der schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie bevorzugt freiwillige Instrumente und ermutigt die Anspruchsgruppen auf Angebots- und Nachfrageseite, ihre jeweiligen Beiträge zu erbringen. Dieser Ansatz gilt auch für den Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens. Daneben wird die IPP in laufende Revisions- und Gesetzgebungsprozesse routinemäßig einbezogen. Dies bedeutet, dass eine Mischung verschiedener Instrumente und Ansätze verfolgt wird.

Insgesamt besteht kein interventionistischer und regulatorischer Ansatz im Bereich der IPP in den von uns analysierten Ländern. Man kann sagen, dass Mischtypen verfolgt werden. Umgekehrt scheint auch ein ausschließlich selbstregulatorisches Regime auf nationaler Ebene nicht zu bestehen; eine Ausnahme stellt jedoch Bayern dar, das die Wirtschaft mit freiwilligen Aktionen und finanziellen Unterstützungsmaßnahmen zur Selbstregulation ermuntert. Auch der Ansatz der EU ist mehr selbstregulativer Art. Die meisten Staaten setzen verpflichtende und freiwillige Instrumente ein. Auch Angebots- und Nachfrageseite stehen in den meisten IPP-Ansätzen auf einer ausgewogenen Basis, jedoch differiert die Fokussierung etwas zwischen den etwas stärker nachfrageausgerichteten Ansätzen, etwa der Europäischen Union, Frankreichs, Großbritanniens, und mehr angebotsorientierten Ansätzen, die v.a. in Bayern verfolgt werden.

- **Instrumentelle Integration:** Eine IPP kann auf eine Vielzahl von Instrumenten zurückgreifen, deren institutionelle Verantwortung jedoch oft bei anderen Ministerien liegt. Gerade deswegen ist der interministerielle Meinungs austausch und die Koordination von Aktivitäten wichtig, um eine Integration der verschiedenen Instrumente zu gewährleisten und deren Wirkungen zu optimieren:
  - ? **Europäische Union:** Die instrumentelle Integration und die Berücksichtigung der Wechselwirkungen der Instrumente untereinander wurde mehrfach in den IPP-Dokumenten der EU angesprochen. Diesen Anspruch umzusetzen, tut sich die Kommission schwer, da die Verantwortung für die Instrumente bei mehreren Generaldirektionen liegt und eine inhaltliche Koordination, die über die bestehende formale hinausgeht, noch immer eine Herausforderung darstellt.
  - ? **Deutschland:** Trotz seines konzeptionell ungeklärten Status berücksichtigt die praktizierte IPP eine Reihe potentieller Instrumente und ist der Integrationsaufgabe gewahr. Ein wesentliches Problem stellt jedoch die ungenügende "Eignerschaft" des Umweltministeriums über viele der Instrumente dar, wie etwa Energieverbrauchs-kennzeichnung oder Beschaffungswesen. Eine theoretisch bessere Basis könnte die Nachhaltigkeitsstrategie darstellen, aber deren IPP-Fokus ist, wie erwähnt, gering.
  - ? **Frankreich:** Die instrumentelle Integration in einem weiteren Sinne wurde bisher nicht in der französischen produktbezogenen Umweltpolitik thematisiert. Der Fokus auf Öko-design, Beschaffungswesen, Umweltmanagementsysteme und Verbraucherinformation legt keinen Schwerpunkt auf die Entwicklung innovativer Politikinstrumente und deren Verknüpfung.
  - ? **Großbritannien:** Der instrumentelle Fokus beruht auf Informationstransmission und berücksichtigt dabei die Wechselwirkungen der verschiedenen informativen Instrumente. Dieser Ansatz berücksichtigt jedoch nicht das gesamte mögliche Instrumentenset einer IPP.
  - ? **Österreich:** Eine instrumentelle Integration wurde bisher nicht angegangen, obwohl dies als wichtige Aufgabe in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie benannt worden ist.



- ? **Schweden:** Das Zusammenwirken der Instrumente einer IPP hat in Schweden eine zunehmende Bedeutung erhalten. Die SWEPA (2002) wies auf diese Aufgabe hin und forderte einen mehr ganzheitlichen Zugang einer IPP. Um dies anzugehen, beauftragte das Umweltministerium die SWEPA im Jahre 2004, einen Bericht zur Integration von Instrumenten zu erarbeiten.
- ? **Schweiz:** In der Schweiz wurde die Integration durch eine Konzentration auf eine Kerngruppe von Instrumenten angegangen. Deren Wechselwirkungen mit anderen Instrumenten (z.B. fiskalische Maßnahmen, verpflichtende Kennzeichnung, freiwillige Vereinbarungen) wurde bisher nicht systematisch behandelt; dies soll aber bei anstehenden Revisionen bestehender Vorschriften erfolgen.

Die instrumentelle Integration scheint aus unserer Sicht in den von uns betrachteten Staaten noch ausbaufähig zu sein. Verschiedene Muster bestehen dabei: Einige Länder haben dies als Aufgabe erkannt: Die Schweiz integriert die Instrumente schrittweise, während in Schweden ein systematischer Ansatz verfolgt und ein entsprechender Bericht vorgelegt werden soll, Großbritannien verfolgt eine Integration im Bereich informativer Instrumente. Andere Staaten, wie etwa Österreich und Frankreich, scheinen diese Aufgaben nicht weiter anzugehen. IPP bei der EU und in Deutschland sind sich der Herausforderung der Integration bewusst, aber begrenzte Kompetenzen der Umweltressorts und ein gewisser Pragmatismus scheinen dies zu begrenzen.

- **Prioritätensetzungen:** Umweltpolitik im Allgemeinen und auch die IPP sind immer mit einer Reihe von Aktionsfeldern, Herausforderungen und Problemen konfrontiert, die es zu gestalten gilt. Angesichts begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen ist es unvermeidbar, Prioritäten zu setzen:
  - ? **Europäische Union:** Die Mitteilung der Kommission legte einen klaren Zeit- und Aufgabenplan für die nächsten Jahre bis 2007 vor. Die aufgelisteten Aufgaben können als eine explizite Prioritätensetzung aufgefasst werden. Hauptelemente sind darin das öffentliche Beschaffungswesen, die Promotion der Anwendung eines Lebenswegdenkens, zwei Pilotprojekte, die Untersuchung möglicher Vorgaben für das Produktdesign und die Identifizierung von Produkten mit dem größten Umweltverbesserungspotential.
  - ? **Deutschland:** Explizite IPP-bezogene Prioritäten wurden bisher nicht ausgearbeitet. Der eher pragmatische deutsche Zugang zu einer IPP konzentriert sich auf Instrumente, die in den Kompetenzbereich des Umweltministeriums fallen oder auf Instrumente, die in dem Verantwortungsbereich „nahestehender“ Ministerien liegen, z.B. die Themen nachhaltiger Konsum, Gesundheit & Umwelt, die im Verantwortungsbereich des BMVEL liegen.
  - ? **Frankreich:** Obwohl keine expliziten Prioritäten gesetzt worden sind, verfolgt die französische IPP als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie vier Topics (MEDD 2004): umweltbezogene Verbraucherinformation, Ökodesign, Umweltmanagementsysteme und öffentliches bzw. gewerbliches Beschaffungswesen.

- ? **Großbritannien:** Eine ausdrückliche Prioritätensetzung erfolge im Rahmen der britischen Nachhaltigkeitsstrategie und benannte dabei Bauen/Wohnen, Ernährung, Transport, Tourismus & Freizeit als relevant; diese Prioritäten können wohl auch auf die IPP übertragen werden.
- ? **Österreich:** Österreich hat keine ausdrückliche Schwerpunkte erarbeitet. Implizit ist jedoch die österreichische IPP auf Abfall, Beschaffungswesen, Umweltkennzeichnung und einige branchenbezogene Aufgaben konzentriert.
- ? **Schweden:** Explizit wurden keine Schwerpunkte gesetzt. Eher implizit besteht eine zweifache Tendenz: Einerseits eine klare Orientierung auf Information und die Stärkung der Kapazitäten verschiedener Anspruchsgruppen und andererseits eine stärkere Verknüpfung mit Konsumentenfragen, v.a. im Rahmen des nachhaltigen Konsums und des SCP-Prozesses.
- ? **Schweiz:** Die schweizerische IPP fokussiert in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie auf sieben Bereiche, nämlich Ökobilanzierung, öffentliches Beschaffungswesen, Forschung, Produktverantwortung, Controlling (inklusive dem Bereich Bauen), Landwirtschaft und verwaltungsinterne Anweisungen (IDARio 2002). Das Hauptaugenmerk liegt derzeit bei Ökobilanzen, Beschaffungswesen und Umweltkennzeichnung.

Prioritäten im Bereich der IPP werden bisher in den meisten Fällen nicht explizit gesetzt. Die Mitteilung der EU stellt dabei eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Eher implizit erfolgt eine Konzentration auf einige instrumentelle Bereiche, etwa in Großbritannien, oder auf einige Instrumente, die in der „Reichweite“ der Umweltministerien liegen, etwa in Deutschland.

- **Ziele:** Zielfestlegungen stellen ein wichtiges Element im Policy-Zyklus dar; sie geben Orientierungen und tragen dazu bei, Handlungskorridore für IPP-Ansätze zu entwickeln:
  - ? **Europäische Union:** Die IPP der EU beruht auf fünf Prinzipien, Denken in Lebenszyklen von Produkten, Zusammenarbeit mit dem Markt, Einbeziehung aller am Lebenszyklus beteiligten Akteure, Unterstützung kontinuierlicher stofflicher Verbesserungen, sowie Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Instrumente. Hauptziel ist es “(...) to reduce the environmental impacts from products throughout their life-cycle, harnessing, where possible, a market driven approach, within which competitiveness concerns are integrated” (European Commission 2003a, 5f.).
  - ? **Deutschland:** Ausdrückliche IPP-Ziele sind bisher nicht festgelegt worden, aber die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie erwähnt die Verringerung des Ressourcenverbrauchs als ein wichtiges Ziel, das auch für die IPP gelten kann; eher implizit wird damit die Verbesserung der Umwelteigenschaften von Produkten und die Ökologisierung des Verbrauchs als Hauptziele betrachtet werden.
  - ? **Frankreich:** Die Ökologisierung der Produktions- und Verbrauchsmuster ist eine der Hauptziele der IPP in Frankreich. Dies zielt jedoch nicht ausschließlich auf die Unterstützung der bisher ökoeffizientesten Produkte ab, sondern auf den gesamten Markt.

- ? **Großbritannien:** Der britische IPP-Ansatz ist in die nationalen Umweltziele und die Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet. Eine besondere Bedeutung besitzt für die IPP dabei die Erhöhung des Energie- und Wasserverbrauchs sowie die Verminderung des Abfallaufkommens. Als – sehr allgemeines – IPP-Ziel wurde die Verminderung der auf Produkte entlang ihres Lebenswegs zurückzuführenden Umweltverschlechterungen benannt, wobei die ökonomische Effektivität als Rahmenbedingung zu beachten ist.
- ? **Österreich:** IPP-bezogene Ziele sind in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie niedergelegt worden, wobei die Erhöhung der Marktanteile von Produkten und Dienstleistungen mit einem geringeren Ressourcen- und Energieverbrauchs sowie von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen als Ziele benannt werden.
- ? **Schweden:** Die schwedische IPP-Strategie ist sowohl national wie auch international ausgerichtet. Einerseits wird dabei die Verbesserung der Ökoeffizienz von Produkten und Dienstleistungen gefordert, andererseits soll die schwedische IPP an der internationalen IPP-Entwicklung angekoppelt werden und dabei die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern und die internationalen Handelshemmnisse abbauen helfen.
- ? **Schweiz:** Die schweizerische IPP-Strategie ist Teil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und umfasst neben ökologischen auch soziale sowie ökonomische Kriterien. Hauptziel ist es dabei, dass die IPP-Prinzipien in die verschiedenen Phasen der Formulierung und Implementation produktbezogener Politiken beachtet werden.

Die Ziele einer IPP wurden bisher im internationalen Kontext selten explizit formuliert, zumeist lassen sie sich nur implizit ableiten. Dominierende Zielsetzung ist der Ausbau der Marktanteile ökoeffizienter Produkte und Dienstleistungen. Die Aufgabe der systematischen Innovationsbegleitung von Produkten in ökologischer Absicht sowie deren Diffusion wird explizit kaum erwähnt. Bemerkenswert ist das schwedische Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch eine IPP.

- **Politikintegration:** Umweltpolitik und auch eine IPP sind nicht auf ein einziges politisches Aktionsfeld begrenzt. Andere Bereiche mit IPP-Relevanz sind etwa Landwirtschaft, Energie, Verbraucherschutz oder Finanzpolitik, insbesondere aus ihrer Kompetenz für einige potentielle IPP-Instrumente. Politikintegration wird als ein Hauptelement einer modernen Umweltpolitik betrachtet<sup>134</sup>:
- ? **Europäische Union:** Die Integration verschiedener Politikfelder wurde in der EU formal 1998 eingeführt und wird auch als „Cardiffprozess“ bezeichnet. Es ist eine top-down Strategie, um Umweltfragen in anderen Politikfeldern zu verankern. Diese Aufgabe stellt jedoch bei der EU in der realen und pragmatischen Welt des Policy making noch immer eine Herausforderung dar. Ein interessantes – aber negatives – Beispiel ist der Innovationsaktionsplan der EU (Europäische Kommission 2004a): Obwohl darin eine Reihe von Instrumenten und Maßnahmen aufgeführt werden, die Produktinnovationen unterstützen sollen, wird die Verbindung zu einer IPP nicht berücksichtigt; dies ist noch

---

<sup>134</sup> Für eine allgemeine Analyse vgl. Jacob/Volkery (2003).

um so bemerkenswerter, da die Kommission in ihrer IPP-Strategie die Unterstützung umweltkompatibler Innovationen ausdrücklich hervorhebt. Ein positives Beispiel ist hingegen der EU-Aktionsplan zu Umwelttechnologien (European Commission 2004b) der mehrmals IPP erwähnt und auf Instrumente abzielt, die die Umwelteigenschaften von Produkten zu verbessern trachten.

- ? **Deutschland:** Eine Integration verschiedener Politikfelder stellt im Allgemeinen noch eine Herausforderung für die deutsche Politik dar. Klare integrative Bemühungen erfolgen fallweise, etwa im Bereich der Verbraucher- und Gesundheitspolitik. Systematischere Integrationsbemühungen bestehen jedoch im Bereich der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.
- ? **Frankreich:** Es gibt keine ausdrücklichen Anstrengungen, produktbezogene Fragen in die Politik sowohl auf intra- wie auch auf interministerieller Ebene zu integrieren. Das Umweltministerium führt seine sektorspezifischen Politiken fort, während IPP-Aufgaben in einer anderen Abteilung behandelt werden. Daneben bestehen interministerielle IPP-Aktivitäten. Daneben unterstützen jedoch Einrichtungen wie die "Commission Française du Développement Durable" (CFDD) und das "Comité Interministériel pour le Développement Durable" (CIDD) IPP im Rahmen der französischen Nachhaltigkeitsstrategie.
- ? **Großbritannien:** Die Politikfeldintegration scheint durch die enge interministerielle Kooperation zwischen dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium begünstigt zu werden. Insbesondere im Bereich der Steigerung der Energieeffizienz bestehen starke integrative Aktivitäten. Auch das Schatzamt hat mit einem Strategiepapier zu Steuern und Umwelt sich integrativ gezeigt. Allerdings beruht die Kooperation zwischen den britischen Ministerien nicht auf formalisierten Strukturen im Bereich der IPP.
- ? **Österreich:** Die Integration von Politikfeldern als Teil einer IPP wird nicht ausdrücklich betont, eine bescheidenere Integration erfolgt zwischen IPP und Forschung etwa im Bereich des Forschungsprogramms „Fabrik der Zukunft“, das verschiedene Produktaspekte beinhaltet. Die Einbeziehung von IPP-Aspekten in die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie könnte jedoch eine Politikintegration unterstützen.
- ? **Schweden:** Integration wird als wichtiger Teil der schwedischen Nachhaltigkeitsstrategie angesehen. Ökonomische und ökologische Fragen werden gemeinsam berücksichtigt und IPP spielt eine Rolle in diesem Abwägungsprozess, wenn wohl auch nicht die prominenteste. Die Kooperation zwischen IPP und Verbraucherfragen sowie nachhaltigem Konsum ist sehr eng und eine interministerielle Arbeitsgruppe belegt dies auch durch ihre Institutionalisierung.
- ? **Schweiz:** Eine Politikfeldintegration wird bereits durch den Einbezug der IPP im Kapitel Fiskalpolitik der schweizerischen Nachhaltigkeitsstrategie demonstriert. Darauf aufbauend berücksichtigt die IPP insbesondere die Verknüpfungen mit dem öffentlichen Beschaffungswesen sowie mit Landwirtschaft & Ernährung als Politikfelder. Daneben findet eine Integration der IPP fallweise bei Revisionsprozessen bestehender Vorgaben und Vorschriften statt; dies bedeutet natürlich noch nicht notwendigerweise, dass damit auch eine „tiefe“ Integration sichergestellt ist.

Die Politikintegration scheint zumindest rhetorisch in einigen von uns betrachteten Staaten (z.B. Schweden, Schweiz) und bei der EU erfüllt zu sein. Aber in der pragmatischen Welt des Alltagsgeschäfts stellt Integration noch immer eine Herausforderung für die politischen Akteure dar und dies gilt auch für die IPP.

- **Integration des Lebenswegs:** Der Ansatz einer Betrachtung des gesamten Lebenswegs von Produkten wird oft als ein Hauptelement einer IPP betrachtet. In den von uns analysierten Staaten gilt dies ebenfalls: Alle Länder kündigen die Integration des Lebenswegs als ein Teil ihrer IPP an. Dies bedeutet natürlich noch nicht notwendigerweise, dass dies in der Implementation tatsächlich auch erfolgt.

### 9.3 Implementierung einer IPP

Die Formulierung expliziter oder auch nur impliziter konzeptioneller Strategien und Ansätze stellt ein Element des politischen Prozesses dar. Ein anderes Element ist, ob aus „netten“ Worten auch eine Implementation folgt. Das Implementationsdefizit wurde oft im Bereich der Politik generell wie auch der Umweltpolitik erwähnt. Eine andere Frage ist die der Prioritätensetzung in der Implementation angesichts begrenzter Kapazitäten. Auf diese Punkte wollen wir im Folgenden eingehen.

#### ***Prozessmanagement – mehr als Worte?***

Die Implementation einer IPP benötigt ein Prozessmanagement, das Kräfte bündelt und Aktivitäten koordiniert. Dabei stellt sich die Situation in den von uns analysierten Ländern wie folgt dar:

- **Europäische Union:** Das Prozessmanagement liegt bei der DG Umwelt. Die verantwortliche Abteilung sorgt für die Implementation der Maßnahmen, die in der IPP-Mitteilung angekündigt worden sind. Derzeit liegt die Implementation mehr oder minder im Zeitplan. Jegliche eher kritische und kontroverse politischen Weichenstellungen sind aber bis zur Vorlage eines Berichts der Kommission an den Europäische Rat und das EU-Parlament verschoben worden, der für 2007 vorgesehen ist.
- **Deutschland:** Das Umweltministerium und das Umweltbundesamt sorgen für die Begleitung des internationalen IPP-Prozesses und „übersetzen“ diesen in die deutsche Landschaft. Einige Bundesländer nehmen am internationalen Prozess teil und verankern dies auch institutionell; hier ist insbesondere Bayern zu nennen, das eine eigenständige IPP-Abteilung gegründet hat, die für das Prozessmanagement einer IPP sorgt.
- **Frankreich:** Das Umweltministerium ist für die Umsetzung der französischen Nachhaltigkeitsstrategie zuständig. Da IPP ein Teil dieser Strategie ist, ist das Prozessmanagement damit auch beim gleichen Ministerium. Eine spezielle Abteilung behandelt dabei IPP-Fragen. Allerdings scheint die praktische Implementation eher kritisch zu sein; dies zeigt das Beispiel des französischen Umweltzeichens: Die Nachhaltigkeitsstrategie kündigte die Erarbeitung von 35 weiteren Vergabegründungen (neben den bestehenden 35) bis Ende 2004 an, aber die Realisierung scheiterte – ein klares Signal für entweder ein unzureichendes Prozessmanagement oder für wenig seriöse Ankündigungen der Nachhaltigkeitsstrategie.

- **Großbritannien:** Wirtschafts- und Umweltministerien sind für produktbezogene Fragen zuständig. Daneben besteht der pluralistische ACCPE. Interessanterweise forderte der ACCPE in einem seiner Berichte (ACCPE 2004) die Einrichtung einer "dedicated products organisation", die als eine abteilungs- und ministerienübergreifende Einrichtung gebildet werden sollte. Das Umweltministerium nahm diese Forderung teilweise auf und prüft derzeit die Einrichtung einer sog. „task force on production“.
- **Österreich:** Ein spezielles IPP-Prozessmanagement besteht nicht. Allerdings kann die – bescheidene – Integration in die Nachhaltigkeitsstrategie und deren Umsetzung als eine gewisse Form der Prozesssteuerung betrachtet werden. Innerhalb dieser Strategie sind jedes Jahr Arbeitsprogramme zu erstellen, die geplante Aktivitäten ankündigen sollen. Daneben wird die Implementation dieser Maßnahmen und der dabei erzielten Fortschritte in jährlichen Arbeitsbereichen dokumentiert, der erste wurde vergangenes Jahr vorgelegt.
- **Schweden:** Das Prozessmanagement der schwedischen IPP liegt beim Umweltministerium, das durch die SWEPA unterstützt wird. Die SWEPA schlug zur Unterstützung der IPP-Implementation einen neuen, speziellen Rat vor (SWEPA 2002, 110), aber dieser Vorschlag wurde bisher nicht aufgegriffen. Bemerkenswert ist daneben noch der bereits oben erwähnte Informationsaustausch innerhalb der Regierung durch eine interministerielle Arbeitsgruppe.
- **Schweiz:** Das schweizerischen BUWAL trägt die Verantwortlichkeit für die Implementation der IPP in der Schweiz und leitet entsprechend auch eine regierungsinternes IPP-Netzwerk.

Das Management des IPP-Umsetzungsprozesses liegt oft bei den Einrichtungen, die auch für die Formulierung einer IPP zuständig sind (vgl. Kap. 9.2). Spezielle Abteilungen innerhalb oder außerhalb der Behörden, die sich um das Prozessmanagement kümmern sollten, wurden vorgeschlagen, etwa in Schweden und dem Vereinigten Königreich; sie wurden aber bisher nicht realisiert. Dies bedeutet, dass innerhalb der bestehenden Hierarchien die IPP-Prozesse zu managen sind.

### ***Prioritätensetzungen in Zeiten der Überlastung?***

Die praktische Implementation einer IPP ist mit einer Vielzahl von Akteuren, Adressaten, Instrumenten, Diskussionen und Aufgabenbereichen konfrontiert. Es kann deswegen hilfreich sein, sich zu konzentrieren und Bereiche zu priorisieren, um eine Aktivitätsüberlastung vorzubeugen.

- **Europäische Union:** Explizite thematische und instrumentelle Prioritäten wurden in der Mitteilung festgelegt. Der Herausforderung, einzelne Produktgruppen auszuwählen, wird derzeit gerade durch eine Studie im Auftrag der DG Umwelt nachgegangen; dieses Projekt soll sowohl eine methodologische Grundlage erarbeiten, die es später zur Ermittlung der aus Umweltsicht relevantesten Produktgruppen anwenden soll.
- **Deutschland:** Deutschlands IPP-Aktivitäten folgen entlang dem eingeführten Instrumentenset. Speziell der Blaue Engel und das öffentliche Beschaffungswesen werden als wichtige nationale Maßnahmen angesehen. Daneben verfolgen die deutschen Behörden den internationalen Fortgang der IPP.

- **Frankreich:** Die praktizierte Umweltpolitik konzentriert sich auf vier IPP-bezogene Maßnahmen. Eine darüber hinausgehende explizite Priorisierung oder Ermittlung wichtiger Produktgruppen besteht nicht. Die Praxis in diesen vier Bereichen konzentriert sich auf einige Ansatzpunkte. Konkrete Aktivitäten sind etwa die Gründung einer Vereinigung „Association consodurable“, die eine Internetplattform einrichtete, Ökodesignaktivitäten (z.B. Entwicklung eines Softwaretools, Pilotprojekte), Umweltdeklarationen nach dem ISO-Typ III und das öffentliche Beschaffungswesen.
- **Großbritannien:** Die Implementation einer IPP ist in den Kontext einer Markttransformation als Teil der Energieeffizienzstrategie eingebettet, wobei die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Mittelpunkt stand. Daneben listet das britische SCP-Aktionsprogramm die Verringerung des Wasserverbrauchs und des Abfallaufkommens als weitere prioritäre Bereiche auf.
- **Österreich:** Der Hauptstellenwert der österreichischen IPP liegt beim öffentlichen Beschaffungswesen, der Produktkennzeichnung und der Abfallpolitik. Daneben spielt eine sektorspezifische Produktpolitik eine dominierende Rolle. Ein ganzheitlicher Zugang, der sich auf der Analyse von Produktgruppen und die Erarbeitung von Prioritäten sowie Zielsetzungen bezieht, fehlt. Bisher folgt die IPP dem sektoriellen Zugang.
- **Schweden:** Die nächsten Schritte der schwedischen IPP konzentrieren sich auf den Kompetenzaufbau der Anspruchsgruppen; aktuelle Aktivitäten umfassen eine Weiterverfolgung und Intensivierung bestehender instrumenteller Routinen (z.B. White Swan, Umweltdeklaration – EPD), die Untersuchung zukünftiger Strategien (z.B. nach-haltiger Konsum, SCP), Unterstützung der Forschung durch ein eigenständig aufgelegtes Forschungsprogramme<sup>135</sup> und die Unterstützung der IPP bei der EU und im internationalen Raum, z.B. in Japan.
- **Schweiz:** IPP in der Schweiz fokussiert auf zwei Instrumente (LCA und Beschaffungswesen) und unternimmt eine Reihe von Anstrengungen, diese Instrumente zu stärken: Die Umweltkennzeichnung wird auch ohne ein eigenes nationales ISO-Typ I Kennzeichen unterstützt. Ökobilanzielle Aktivitäten besitzen in der Schweiz eine über 20-jährige Tradition. Die Realisierung des schweizerischen Kompetenzzentrums für Ökoinventare<sup>136</sup> wurde finanziell unterstützt und durch das BUWAL, EMPA und andere schweizerische Institutionen promotet. Das öffentliche Beschaffungswesen als zweites Element soll weiter ausgebaut, vertieft werden sowie noch stärker routinisiert werden.

Die Implementation der IPP kann Prioritäten auf verschiedenen Ebenen setzen: Etwa mit Blick auf einzelne priorisierte Produktgruppen. Diesem Zugang folgt die EU, derzeit allerdings zunächst noch auf methodologischer Basis. Ein anderer Zugang ist der, sich auf einzelne Instrumente zu konzentrieren, die das Marktgeschehen und verschiedene Adressaten in ökologischer Absicht abstützen sollen. Die meisten der von uns untersuchten Staaten folgen diesem Zugang: IPP konzentriert sich hier oft auf informative Instrumente wie ISO-Typ I Kennzeichen, Umweltdeklarationen – EPDs (Österreich, Frankreich, Deutschland, Schweden, Schweiz, Großbritannien), öffentliches Beschaffungswesen (Österreich, Frankreich,

---

<sup>135</sup> Das so genannte FLIPP-Programm („Furthering Life Cycle Considerations Through Integrated Product Policy“) wird von der SWEPA finanziert und von der Universität Lund durchgeführt (vgl. [http://www.iiee.lu.se/QuickPlace/flipp/Main.nsf/h\\_Toc/4e4650242cdb9919c1256e7a0070b6dd!/OpenDocument](http://www.iiee.lu.se/QuickPlace/flipp/Main.nsf/h_Toc/4e4650242cdb9919c1256e7a0070b6dd!/OpenDocument)).

<sup>136</sup> Das Zentrum stellt Ökobilanzdaten bereit und bietet konzeptionelle Unterstützung an (see [www.ecoinvent.ch](http://www.ecoinvent.ch)).

Deutschland, Schweiz), Ökodesign (Frankreich), Forschung (Schweden) und Ökobilanzen (Schweden, Schweiz).

## 9.4 Reformulierung

Eine Reformulierung stellt eine nächste Stufe im Policy-Zyklus dar und kann in einem komplexen und dynamischen Umfeld als notwendig betrachtet werden. Bisher haben wir noch keine explizite Reformulierung einer IPP festgestellt.

Diese Beobachtung ist jedoch nur teilweise korrekt. In einigen Staaten fand in den letzten Jahren ein Regierungswechsel statt, etwa in Belgien, Dänemark, Italien und den Niederlanden; in diesen Ländern wurden früher begonnene IPP-Aktivitäten eingefroren oder stark verändert. Der Verdacht liegt nahe, dass eine IPP in diesen Staaten als ein „linkes“ Projekt wahrgenommen wurde, das einen stärkeren regulatorischen Ansatz verfolgt und es entsprechend neu auszurichten galt.

Eine zweite Beobachtung unsererseits ist, dass die Aufgabe des Post-Johannesburg-Prozesses der Erarbeitung nachhaltiger Konsumtions- und Produktionsmuster (SCP) deutliche Verbindungen zur IPP besitzt. Mehrere Länder sind derzeit gerade mit der SCP beschäftigt, aber die Verbindungen und Schnittlinien zwischen IPP und SCP wurden dort kaum thematisiert – es scheint fast, als ob produktbezogene Umweltpolitik mit einem neuen Terminus verfolgt würde. Offensichtlich ist dies nicht zufrieden stellend; eine deutlichere sowie striktere Behandlung dieses Punktes scheint uns notwendig zu sein. Derzeit besteht also ein eher fragiles Gleichgewicht zwischen IPP und SCP.

Eine dritte Beobachtung ist, dass einige Länder eine IPP überhaupt nicht reformulieren können, da sie eine IPP auch nicht ausformuliert haben, z.B. Österreich.

Insgesamt denken wir, dass es derzeit noch zu früh ist, von einer Reformulierung einer IPP zu sprechen, aber gleichwohl kann diese erfolgen.

## 9.5 Ausblick und einige Schlussfolgerungen

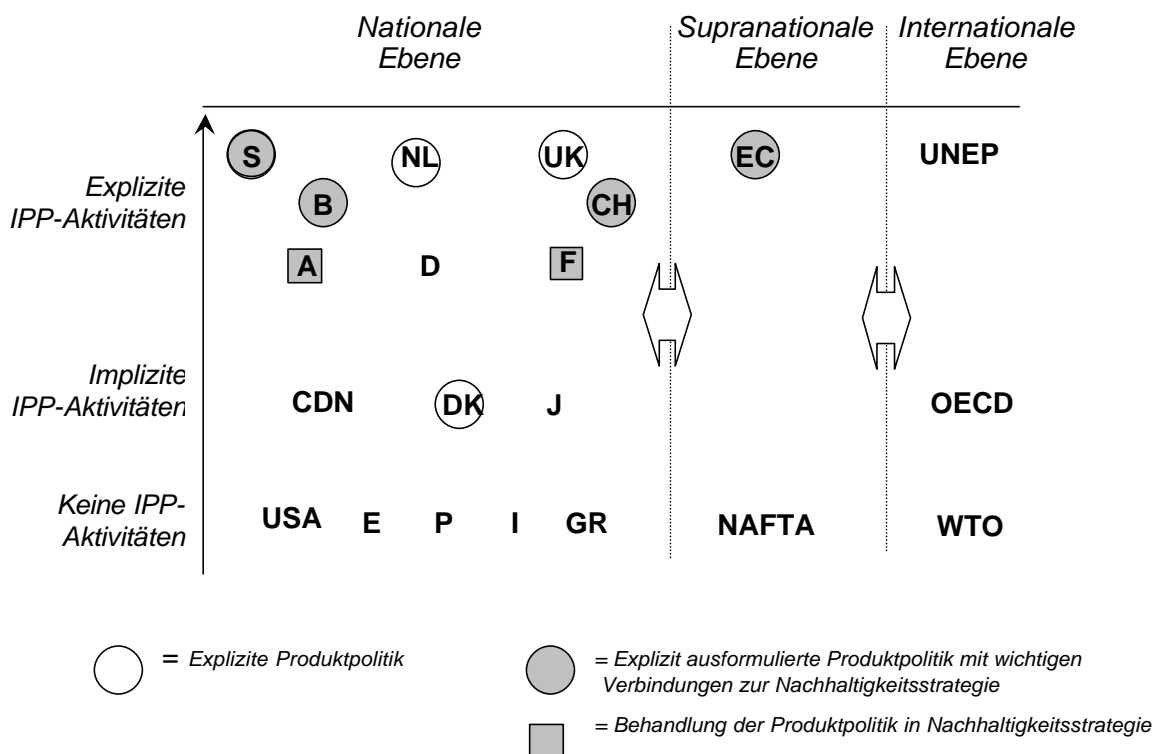
Das Aufkommen der Integrierten Produktpolitik (IPP) stellt ein interessantes und auch exemplarisches Beispiel für den allmählichen Übergang der politischen Aufmerksamkeit zu einer „neuen“ Quelle von Umweltbelastungen – Produkte und Dienstleistungen – dar. Die politische Entwicklung benötigte 10-15 Jahre und heute haben eine Reihe von Staaten wie auch die EU selbst IPP-Konzepte ausgearbeitet, die sie zu implementieren versuchen. Dieser zeitliche Rahmen scheint nicht sehr lange zu sein, insbesondere wenn man die historischen Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte berücksichtigt.

Verschiedene Staaten haben eigene politische Dokumente erarbeitet, etwa Schweden und auch die EU selbst, andere Länder folgten diesem Ansatz nicht, aber sind gleichwohl IPP-aktive Staaten, z.B. Deutschland. Länder wie Österreich und Frankreich haben einige vorbereitende Arbeiten durchgeführt, die aber nicht dazu geführt haben, dass der IPP-Ansatz intensiviert wurde oder eine aktive Implementation einer IPP erfolgte.



IPP ist in die Nachhaltigkeitsdebatte eingebettet. Die Intensität, mit der die von uns in diesem Bericht untersuchten Länder, IPP in ihren Nachhaltigkeitsstrategien behandeln, ist sehr unterschiedlich: Einige Länder – speziell Schweiz und Schweden – weisen der IPP eine prominente Rolle in ihren nationalen Nachhaltigkeitsstrategien zu, andere behandeln IPP dagegen nur am Rande, beispielsweise Deutschland. Staaten wie Österreich und Frankreich haben zwar keine explizit ausformulierten IPP-Konzepte, behandeln diese aber gleichwohl intensiver in ihren Nachhaltigkeitsstrategien. Abb. 9.1 charakterisiert diese Situation und stellt das IPP-Aktivitätsniveau in der einen Dimension und die nationale-internationale Akteursebene auf der anderen Dimension dar.

**Abb. 9.1:** IPP-Aktivitäten auf nationaler, supranationaler und internationaler Ebene



Die Erarbeitung von IPP-Konzepten und auch die Behandlung der IPP in den Nachhaltigkeitsstrategien bedeutet nicht notwendigerweise, dass eine Implementation erfolgt: Implementationsdefizite sind nicht neu in der Umweltpolitik, sie können auch im Falle der IPP beobachtet werden. Das offensichtlichste Beispiel ist Frankreich, das einige IPP-Aktivitäten ankündigte, deren Umsetzung jedoch nach wie vor eher eine Herausforderung darstellt. Das IPP-konzeptionell starke Großbritannien ist mit einem beträchtlichen geringeren Ausmaß der Implementation konfrontiert.

Eine klare Reformulierung einer IPP geschah bisher nicht, diese könnte aber im Zuge der Erarbeitung (und Umsetzung) des in Johannesburg 2002 vereinbarten 10-Jahres-Aktionsplan zu nachhaltigen Konsumtions- und Produktionsmustern (SCP) geschehen. Was fehlt, ist jedoch eine klare Koordination der IPP mit der SCP.

Die Kompetenzen für eine IPP liegen bei Ministerien und Umweltbehörden – das bedeutet auch, dass diese Institutionen in ihren jeweiligen Strukturen diese Aufgaben integriert haben. Neue institutionelle Wege wurden bisher noch nicht beschrieben – obwohl diese gefordert wurden; eine Ausnahme könnte Schweden darstellen, wo ein Zentrum für Umwelttechnologien geplant ist, in dessen Arbeit auch eine IPP integriert werden soll.

IPP bedeutet auch Integration: Integration stellt noch immer eine Herausforderung dar und dessen Realisierungsgrad zeigt im Beispiel der IPP noch immer beträchtliche Defizite, etwa mit Blick auf die Kohärenz verschiedener Politikbereiche, aber auch hinsichtlich der instrumentellen Integration. Ein wichtiges Problem ist die Schwierigkeit, Instrumente zu koordinieren: Oft liegt die instrumentelle Kompetenzverteilung quer zur institutionellen Verantwortlichkeit einer IPP, andere Ministerien oder Abteilungen sind dafür zuständig und die Intensität der Kooperation ist nicht zufrieden stellend – obwohl das Gegenteil behauptet wird. Interministerielle Arbeitsgruppen, wie sie etwa in Schweden bestehen, könnten dieses Problem vermindern.

Der Governanceansatz und die instrumentelle Orientierung der IPP sind auch recht unterschiedlich. Es werden Mischungen verschiedener regulatorischer Ansätze verfolgt, eine ausschließlich auf Selbstregulation zielende Politik besteht auf nationaler Ebene nicht; jedoch kann der der IPP Ansatz der EU mehr als ein selbstregulativer Ansatz betrachtet werden.

Die Beziehungen zwischen den instrumentellen Ansätzen und den Adressanten der jeweiligen Politiken sind auch noch hervorhebenswert. Die meisten Staaten kombinieren verpflichtende und freiwillige Instrumente, um eine IPP zu implementieren. Offensichtlich besteht kein ausschließlich verpflichtender IPP-Ansatz. Schweden fokussiert konzeptionell auf beide Instrumententypen und auch die bisher in der Schweiz implementierten IPP-Maßnahmen sind gleichermaßen gelagert. Der Fokus auf Angebots- und Nachfrageseiten des Marktes reicht von einem austarierten Ansatz, wie er in den meisten Ländern praktiziert wird, einem mehr nachfrageorientierten Ansatz (wie etwa in Deutschland, Frankreich und Großbritannien) bis zu einem mehr angebotsorientierten Ansatz (Bayern). Aber auch in diesen Fällen bestehende beträchtliche Unterschiede zwischen Konzeption und Praxis: Die avisierte Fokussierung auf alle Instrumente ist bisweilen doch auf den Einsatz freiwilliger Instrumente reduziert. Aber auch das Gegenteil ist der Fall – die schweizerischen IPP-Praktiken nutzen auch verpflichtende Instrumente.

Aus unserer Sicht stellen sich abschließend die folgenden Herausforderungen:

- Sicherstellung einer ausgewogenen Institutionalisierung einer IPP,
- Klärung der Governancephilosophie einer IPP und der Rolle der verschiedenen Anspruchsgruppen,
- Klarstellung des Verhältnisses zwischen Nachhaltigkeitsstrategien, IPP und SCP,
- Verbesserung der Integration verschiedener Politikfelder,
- bessere instrumentelle Integration, und
- Zuordnung von Kompetenzen und Verantwortlichkeit zu den IPP-Abteilungen.

Diese Herausforderungen sind nicht einfach zu lösen, aber entsprechende Überlegungen sind für den Fortgang einer IPP notwendig.

## 10 Abkürzungen

ACCPE	Advisory Committee on Consumer Products and the Environment (Großbritannien)
ADEME	Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie
APUG	Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ (Deutschland)
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung (Schweiz)
ASTRA	Bundesamt für Straßen (Schweiz)
BBL	Bundesamt für Bauten und Logistik (Schweiz)
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEUC	Vertretung der Verbraucherorganisationen
BFE	Bundesamt für Energie (Schweiz)
BKB	Beschaffungskommission des Bundes (Schweiz)
BLAK	Bund-Länder-Arbeitskreis (Deutschland)
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft (Schweiz)
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Österreich)
BMU	Bundesumweltministerium (Deutschland)
BMUJF	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Österreich)
BM VEL	Verbraucher-, Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium (Deutschland)
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Österreich)
BoeB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (Schweiz)
BUWAL	Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Schweiz)
CFDD	Commission Française du Développement Durable
CIDD	Comité Interministériel pour le Développement Durable (Frankreich)
CH	Schweiz
CSD	Commission for Sustainable Development
CSR	Corporate Social Responsibility
D	Deutschland
DEFRA	Department for Environment, Food and Rural Affairs (Großbritannien)
DETR	Department of Environment, Transport & the Regions (Großbritannien)
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DG	Generaldirektion
DIREN	Direction régionale de l'environnement (Frankreich)
DPPR	Direction de la prévention des pollutions et des risques (Frankreich)
DRIRE	Direction régionales de l'industrie, de la recherche et de l'environnement (Frankreich)
DTI	Department of Trade and Industry (Großbritannien)
DTLR	Department for Transport, Local Government and the Regions (Großbritannien)
EAWAG	Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Schweiz)
EBC	Environment Business and Consumers
EDA	Departement für auswärtige Angelegenheiten (Schweiz)
EDI	Departement des Innern (Schweiz)
EDIT	Eco Design Interactive Tools
EEB	Europäisches Umweltbüro

efd	Finanzdepartement (Schweiz)
EJPD	Justiz- und Polizeidepartement (Schweiz)
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EMPA	Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Schweiz)
EPS	Environment Protection Strategy
EPD	Environmental Product Declaration
EPFL	Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (Schweiz)
ESQCV	Evaluation simplifiée et qualitative du cycle de vie
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (Schweiz)
EU	Europäische Union
EVD	Volkswirtschaftsdepartement (Schweiz)
E&Y	Unternehmensberatung Ernst&Young
FONA	Forschungsprogramm Nachhaltigkeit (Deutschland)
IGöB	Interessengemeinschaft ökologische Beschaffung (Schweiz)
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
IPB	Institutionelle Private Beschaffer (Schweiz)
IPP	Integrierte Produktpolitik
ISO	International Organization of Standardization
KBB	Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen des Bundes (Schweiz)
KBOB	Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (Schweiz)
KMU	Klein- und mittelständische Unternehmen
KöB	Koordinationsgruppe ökologisch Bauen (Schweiz)
KOEBI	Koordinationsgruppe des Bundes für Energie- und Ökobilanzen (Schweiz)
LCA	Life Cycle Assessment
MEDD	Ministère de l'Ecologie et du Développement Durable (Frankreich)
MTP	Market Transformation Programme (Großbritannien)
NGO	Non-Governmental Organisations
NUP	Nationaler Umweltplan
NUTEK	Swedish National Board for Industrial and Technical Development
POEMS	Product-related Environmental Management Systems
PUSCH	Praktischer Umweltschutz Schweiz (Schweiz)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖP	Österreichisches Parlament
ROHS	Restriction of Hazardous Substances in Electrical and Electronic Equipment
RUMBA	Ressourcen- und Umweltmanagements in den Bundesämtern (Schweiz)
SBB	Schweizerische Bundesbahnen (Schweiz)
SCP	Sustainable Consumption and Production
SEAC	Swedish Environmental Advisory Council
SEK	Schwedische Krone
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen (Deutschland)
StMLU	Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Deutschland)
SWEPA	Swedish Environmental Protection Agency
UAP	Umweltaktionsprogramm der EU

UNO	United Nations Organisation
UVEK	Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Schweiz)
UVM	Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (Deutschland)
VBS	Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (Schweiz)
WEEE	Waste Electrical and Electronic Equipment (EU Verordnung)
WK	Wirtschaftskammer
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wildlife Fund

## 11 Literatur

- Abdilgaard, Anne et al. (2000): Survey of Nordic activities in IPP. In: Nordic Council of Ministers (Hg.) (2000): Proposal for a common Nordic IPP. Background documents prepared for a Nordic IPP-meeting in Saltsjöbaden February 9-10 in the year 2000. Kopenhagen: eigene Veröffentlichung
- ACCPE (o.J): Meeting Minutes. London: Manuskript (vgl. <http://www.defra.gov.uk/environment/consumerprod/accpe/>)
- ACCPE [Advisory Committee on Consumer Products and the Environment] (2000): Choosing Green - Towards More Sustainable Goods and Services, London: eigene Veröffentlichung
- ACCPE [Advisory Committee on Consumer Products and the Environment] (2001): European Commission Green Paper on Integrated Product Policy. Response from ACCPE. London: eigene Veröffentlichung
- ACCPE [Advisory Committee on Consumer Products and the Environment] (2002): Actions for greener Products. London: eigene Veröffentlichung
- ACCPE [Advisory Committee on Consumer Products and the Environment] (2004): From Principles to Action – Applying the Product Sustainability Toolbox. London: eigene Veröffentlichung
- ADEME [Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie] (2002b): Rapport d'activité 2002. Paris: eigene Veröffentlichung
- ADEME [Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie] (2002a): Devenir éco-consommateur – acheter et consommer mieux. Paris: eigene Veröffentlichung
- AFNOR [L'Association Française de Normalisation] (1998): Prise en compte de l'environnement dans la conception des produits. Paris: eigene Veröffentlichung
- Ahlner, Eva/Markusson, Nils (2000a): Current and future producer responsibility in Sweden. Brüssel/Stockholm: Manuskript
- AIM [Association des Industries de Marque] (1998): Integrated Product Policy – Preliminary comments by the Branded Goods Industry. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- Anderson, Arthur (2001): La Politique Intégrée des Produits. Paris: eigene Veröffentlichung
- Bachmann, Günther (2002): Nachhaltigkeit: Politik mit gesellschaftlicher Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 31-32/2002, 8-16
- BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie (2001a): Integrierte Produktpolitik - New Approach – Umweltinformation/-kommunikation – Labelling – Öffentliches Auftragswesen. Berlin: eigene Veröffentlichung (Internet: [http://www.bdi-online.de/BDIONLINE\\_INEAASP/iFILE.dll/610A633BC9E04BC0906C37AD0A747491/X769F4ECFF4704F9FB5DB6BCC7321212C/2F252102116711D5A9C0009027D62C80/DOC/diskussionspapier.DOC](http://www.bdi-online.de/BDIONLINE_INEAASP/iFILE.dll/610A633BC9E04BC0906C37AD0A747491/X769F4ECFF4704F9FB5DB6BCC7321212C/2F252102116711D5A9C0009027D62C80/DOC/diskussionspapier.DOC) – Besuch vom 22.1.2005)
- BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie (2001b): Grünbuch der Kommission für eine Integrierte Produktpolitik (IPP) – Bewertung durch den BDI. Berlin: eigene Veröffentlichung (Internet: [http://www.bdi-online.de/BDIONLINE\\_INEAASP/iFILE.dll/00E86E6D43D8489A99768288EB47608C/X4D3CFFAA4E7E11D5B9780050DA2662B7/2F252102116711D5A9C0009027D62C80/PDF/4D3CFFAA4E7E11D5B9780050DA2662B7.PDF](http://www.bdi-online.de/BDIONLINE_INEAASP/iFILE.dll/00E86E6D43D8489A99768288EB47608C/X4D3CFFAA4E7E11D5B9780050DA2662B7/2F252102116711D5A9C0009027D62C80/PDF/4D3CFFAA4E7E11D5B9780050DA2662B7.PDF)– Besuch vom 22.1.2005)
- BLAK [Bund-Länder-Arbeitskreis „Steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes“] (Hg.) (1999): Positionspapier zur Produktbezogenen Umweltpolitik. o.O.
- BLAK [Bund-Länder-Arbeitskreis „Steuerliche und wirtschaftliche Fragen des Umweltschutzes“] (Hg.) (2001): Positionspapier zur Stoff- und Produktbezogenen Umweltpolitik. o.O.

- BMLFUW [Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ] (2001): Green Paper on Integrated Product Policy – Austrian Position. Wien: unveröffentlichtes Manuskript
- BMLFUW [Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft] (2001a): Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Mag. Wilhelm Molterer zu der schriftlichen Anfrage (2145/J) der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Beschaffungswesen und integrierte Produktpolitik (IPP) (2136/AB XXI.GP)
- BMLFUW [Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ] (2002): Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung – Eine Initiative der Bundesregierung. Wien: eigene Veröffentlichung
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit] (1999a): Hintergrunddokument zum Thema Produktbezogene Umweltpolitik. In: Umwelt, Nr. 6, V-XVI
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit] (1999b): Schlußfolgerungen des Vorsitzes über die Ergebnisse des Informellen Treffens der EU-Umweltminister. In: Umwelt, Nr. 6, III-IV
- BMU [Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit] (1999c): Background Paper on Product Related Environmental Policy. Bonn: eigene Veröffentlichung
- BMU/BDI/UBA (2003): Umweltinformationen für Produkte und Dienstleistungen. Berlin: Broschüre
- BMU/BMG (1999): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Bonn: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://www.apug.de/archiv/pdf/Aktionsprogramm\\_1999.pdf](http://www.apug.de/archiv/pdf/Aktionsprogramm_1999.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- BMUJF [Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie] (1995): National Environmental Plan. Wien: eigene Veröffentlichung
- Bogeskär, Malin et al. (2002): Evaluation of Environmental Product Declaration Schemes. London: Report on behalf of DG Environment of the European Commission
- Bohlin, Sinikka/Linell, Anita (2001): SOU 2001:102 [Internet: <http://www.regeringen.se/content/1/c4/26/05/214a4fae.pdf> – Besuch vom 13.1.2005]
- Böttcher-Tiedemann, Christiane (1997): Entwicklungstendenzen produktbezogener Umweltpolitik. Besonderer Teil II: Produkte. Berlin: Manuskript
- Brezet, Han (1997): Ecodesign: a promising approach to sustainable production and consumption. Paris: UNEP
- Bundesregierung (2002a): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin: eigene Veröffentlichung (Langfassung)
- Bundesregierung (2002b): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin: eigene Veröffentlichung (Kurzfassung)
- Bundesregierung (2004): Fortschrittsbericht 2004 – Perspektiven für Deutschland. Berlin: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://www.bundesregierung.de/Anlage740735/pdf\\_datei.pdf](http://www.bundesregierung.de/Anlage740735/pdf_datei.pdf) – letzter Besuch vom 13.1.2005]
- BUS (1984): Ökobilanz von Packstoffen. Bern: Schriftenreihe Umwelt Nr. 24
- BUWAL (2000): Integrierte Produktpolitik IPP in der Schweiz: Statusbericht. Bern: Manuskript
- BUWAL (2001): Integrierte Produktpolitik IPP in der Schweiz. Bern: Manuskript
- BUWAL (o.J. a): [http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg\\_produkte/strategie/buwal/index.html](http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_produkte/strategie/buwal/index.html)
- BUWAL (o.J. b): [http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg\\_produkte/strategie/index.html](http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_produkte/strategie/index.html)

- BUWAL (o.J. c): [http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg\\_produkte/umsetzung/index.html](http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_produkte/umsetzung/index.html)
- Carter, Neil/Lowe, Philip (1998): Britain: Coming to terms with Sustainable Development? In: Hanf, Kenneth/Jansen, Alf-Inge (Hrsg.): Governance and Environment in Western Europe. Essex: Longman
- CIAA [Confédération des industries agro-alimentaires de l'UE] (1998): CIAA views on Integrated Product Policy. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- CIDD [Comité Interministériel pour le Développement Durable] (2003): Stratégie Nationale de Développement Durable. Paris: eigene Veröffentlichung [Internet: <http://www.ecologie.gouv.fr/IMG/pdf/sndd-2.pdf> – Besuch vom 13.1.2005]
- Clausen, Jens/Rubik, Frieder (2002): Die Auswirkungen einer Integrierten Produktpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen. Hannover/Heidelberg: Studie des IÖW im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- Dalhammar, Carl (2002): Lagstiftningens roll i den integrerade produktpolitiken. Stockholm: SWEPA [Internet: <http://www.naturvardsverket.se/dokument/hallbar/ipp/undlag/nylag.pdf> – Besuch vom 08.11.2004]
- Dalhammar, Carl (2004): Integrated product policy and product chain innovation: The role of legislation and its interaction with other policy instruments. Lund: Manuskript [Internet: [http://www.riw-netzwerk.de/seeon/download/04013\\_dalhammar.pdf](http://www.riw-netzwerk.de/seeon/download/04013_dalhammar.pdf) – Besuch vom 18.10.2004]
- Dalhammar, Carl/Mont, Oksana (2004): Integrated Product Policy and sustainable consumption: At the cross-road of environmental and consumer policies. Lund: Presentation at the International Workshop Driving forces of and barriers to sustainable consumption – Leeds 5-6 March 2004 [Internet: [http://www.env.leeds.ac.uk/%7Ehubacek/leeds04/3.3Dalhammar&Mont\\_Leeds1.pdf](http://www.env.leeds.ac.uk/%7Ehubacek/leeds04/3.3Dalhammar&Mont_Leeds1.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- DEFRA [Department for Environment and Rural Affairs] (1999): A better quality of life. A Strategy for Sustainable Development for the United Kingdom. London: The Stationery Office.
- DEFRA [Department for Environment and Rural Affairs] (2002): Directing the Flow – priorities for future water policy, London: eigene Veröffentlichung.
- DEFRA [Department for Environment and Rural Affairs] (2003): Changing Patterns: UK Government Framework for Environment for Sustainable Consumption and Production. London: eigene Veröffentlichung
- Department of Industrial Environmental Economics (1992): Extended Producer Responsibility as a Strategy to Promote Cleaner Products. Lund: eigene Veröffentlichung
- DETR [Department of the Environment, Transport and the Regions] (1998): Consumer Products and the Environment. London: eigene Veröffentlichung
- DETR [Department of the Environment, Transport and the Regions] DEFRA [Department for Environment and Rural Affairs] (1999): A better quality of life. A Strategy for Sustainable Development for the United Kingdom. London: The Stationery Office [Internet: [http://www.sustainable-development.gov.uk/uk\\_strategy/content.htm](http://www.sustainable-development.gov.uk/uk_strategy/content.htm) – Besuch vom 13.1.2005]
- DTI [Department for Trade and Industry] (2003): Our Energy Future – creating a low carbon economy. London
- DTLR [Department for Transport, Local Government and the Regions] (2002): Powering Future Vehicles Strategy. London
- E & Y et al. [Ernst & Young/SPRU] (1998): Integrated Product Policy. London: Bericht im Auftrag der DG Umwelt der Europäischen Kommission



- E & Y et al. [Ernst & Young/SPRU] (2000): Developing the Foundation for Integrated Product Policy in the EU. London: Bericht im Auftrag der DG Umwelt der Europäischen Kommission
- Ebert, Werner/Janoschka, Georg (2003): Netzwerk Coup 21. Abschlussbericht. Nürnberg: eigene Veröffentlichung
- Ecocycle Commission (1997a): Sustainable – attainable! A Strategy for Sustainable Materials and Products. Stockholm: Tryckfaktorn AB
- Ecocycle Commission (1997b): A Strategy for Ecologically Sustainable Materials and Products, Stockholm: eigene Veröffentlichung
- Ecocycle Commission (1997c): Producentansvar för Varor. Stockholm: eigene Veröffentlichung
- Edquist, Charles et al. (2000): Public Technology Procurement and Innovation. Dordrecht/NL: Kluwer
- EEA [European Environmental Agency] (Hg.) (1996): Environmental Taxes. Implementation and Environmental Effectiveness. Copenhagen: eigene Veröffentlichung
- EEB [European Environmental Bureau] (2001): EEB Response to the Commission Green Paper on Integrated Product Policy. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- EEB [European Environmental Bureau] (2003): An Environmental NGO vision paper towards a European Integrated Product Policy. Brüssel: EEB-Discussion paper [Internet [http://www.eeb.org/activities/product\\_policy/ENGO-vision-paper-towards-a-European-IPP-March2003.pdf](http://www.eeb.org/activities/product_policy/ENGO-vision-paper-towards-a-European-IPP-March2003.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- EEB [European Environmental Bureau] (2004): Driving Integrated Product Policy – Simulation of a directive on environmentally sound products. Explanatory memorandum. Brüssel: EEB-Discussion paper [Internet: [http://www.eeb.org/activities/product\\_policy/EEB-working-document-Explanatory-memorandum-on-Sound-Products-June2004.pdf](http://www.eeb.org/activities/product_policy/EEB-working-document-Explanatory-memorandum-on-Sound-Products-June2004.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (Hg.) (1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn: Economica
- EPA [Environmental Protection Agency] (Hg.) (1993): Status Report on the Use of Environmental Labels Worldwide. Washington: eigene Veröffentlichung
- EPA [Environmental Protection Agency] (Hg.) (1994): Determinants of Effectiveness for Environmental Certification and Labelling Programs. Washington: eigene Veröffentlichung
- EU Parlament & Rat (2002): Beschluß Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2002 über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel: Amtsblatt der Kommission vom 10.9.2002 [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/l\\_242/l\\_24220020910de00010015.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/l_242/l_24220020910de00010015.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- EU-COMMITTEE [The EU-Committee of the American Chamber of Commerce in Belgium] (1998): EU Committee Position Paper on Integrated Product Policy – Preliminary views. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- EU-COMMITTEE [The EU-Committee of the American Chamber of Commerce in Belgium] (1999): Brief an EU-Kommissarin Margot Wallstrøm vom 10.12.1999. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- Europäische Kommission (2001a): Grünbuch zur Integrierten Produktpolitik (KOM [2001] 68 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2001/com2001\\_0068de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2001/com2001_0068de01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2001b): Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung (KOM [2001] 264 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2001/com2001\\_0264de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2001/com2001_0264de01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]

- Europäische Kommission (2001c): European Governance Weißbuch (KOM [2001] 428 endgültig), Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/comm/governance/white\\_paper/de.pdf](http://europa.eu.int/comm/governance/white_paper/de.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2003a): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Integrierte Produktpolitik. Auf den ökologischen Lebenszyklus-Ansatz aufbauen (COM [2003] 302 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/smartapi/cgi/sga\\_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&type\\_doc=COMfinal&an\\_doc=2003&nu\\_doc=0302&lg=DE](http://europa.eu.int/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&type_doc=COMfinal&an_doc=2003&nu_doc=0302&lg=DE) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2003b): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Entwicklung einer thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen (KOM [2003] 572 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003\\_0572de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003_0572de01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2003c): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM [2003] 301 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/com/2003/com2003\\_0301en01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/com/2003/com2003_0301en01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2003d): Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG des Rates. Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/com2003\\_0453de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/com2003_0453de01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäische Kommission (2004a): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Stimulation von Technologie für nachhaltige Entwicklung: Ein Aktionsplan für Umwelttechnologie in der Europäischen Union (KOM [2004] 38 endgültig). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: [http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004\\_0038de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0038de01.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Europäisches Parlament (2002): Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Grünbuch der Kommission zur integrierten Produktpolitik (KOM [2001] 68 – C5-0258/2001 – 2001/2117 (COS)). Straßburg [Internet: <http://www3.europarl.int/omk/omnsapir.so/calendar?APP=PV2&LANGUE=DE> – Besuch vom 15.5.2002]
- Europäisches Parlament (2004): Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Integrierte Produktpolitik. Auf den ökologischen Lebenszyklus-Ansatz aufbauen“ (KOM [2003] 302 endgültig). Straßburg: Plenarsitzungsdokument vom 21. April 2005 (A5-0261/2004) [Internet: [http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/pv2?PRG=DOCPV&APP=PV2&LANGUE=DE&SDOCTA=40&TXTLST=1&POS=1&Type\\_Doc=RESOL&TPV=PROV&DATE=210404&PrgPrev=TYPEF@A5|PRG@QUERY|APP@PV2|FILE@BIBLIO04|NUMERO@261|YEAR@04|PLAGE@1&TYPEF=A5&NUMB=1&DATEF=040421](http://www3.europarl.eu.int/omk/omnsapir.so/pv2?PRG=DOCPV&APP=PV2&LANGUE=DE&SDOCTA=40&TXTLST=1&POS=1&Type_Doc=RESOL&TPV=PROV&DATE=210404&PrgPrev=TYPEF@A5|PRG@QUERY|APP@PV2|FILE@BIBLIO04|NUMERO@261|YEAR@04|PLAGE@1&TYPEF=A5&NUMB=1&DATEF=040421) - Besuch vom 7.2.2005]
- European Commission (1996): Progress Report on the Implementation of the European Community Programme of Policy and Action in relation to the environment and sustainable development “towards sustainability” (COM [95] 624). Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: <http://cec.lu/en/comm/dg11/env-act5/progr-rep.htm> – Besuch vom 13.6.1996]
- European Commission (1999): Workshop on Integrated Product Policy – 8 December 1998. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- European Commission (2001a): Green Paper on Integrated Product policy (COM [2001] 68 endgültig) (Brussels: [http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/gpr/2001/com2001\\_0068en01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/gpr/2001/com2001_0068en01.pdf) – Besuch vom 29.7.2004)
- European Commission (2001c): A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development (COM 2001 [264] final). Brüssel: eigene Veröffentlichung

- European Commission (2003a): Questions and answers on Integrated Product Policy (IPP) (Brussels: Memo/03/136 [Internet: [http://europa.eu.int/rapid/press\\_ReleasesAction.do?reference=MEMO/03/136&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu.int/rapid/press_ReleasesAction.do?reference=MEMO/03/136&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en) – Besuch vom 13.1.2005]
- European Commission (2003e): Report from the Commission on European Governance. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- European Commission (2004b): Innovate for a competitive Europe. A new action plan for innovation. Brüssel: eigene Veröffentlichung [Internet: <http://europa.eu.int/comm/enterprise/innovation/consultation/docs/innovate.pdf> – Besuch vom 29.7.2004]
- European Commission (2004c): Buying green! A handbook on environmental public procurement. Brüssel: SEC (2004) 1050 [Internet: [http://www.europa.eu.int/comm/internal\\_market/publicprocurement/ocs/keydocs/gpphandbook\\_en.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/publicprocurement/ocs/keydocs/gpphandbook_en.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- European Commission (2004d): Sustainable consumption and production. Inventory of Relevant Policies, Activities and Instruments at the European Community level. Brüssel: Manuskript [Internet: <http://www.unep.ch/scoe/archive/baltic/Inventory%20SCP%2012%20May%202004%20draft.doc> – Besuch vom 3.11.2004]
- European Parliament and European Council (1998): Decision No 2179/98/EC of 24 September 1998 on the review of the European Community programme of policy and action in relation to the environment and sustainable development 'Towards sustainability' (Brussels: Official Journal of the European Communities L 275 [Internet [http://europa.eu.int/comm/environment/env-act5/dec\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/env-act5/dec_en.pdf) – Besuch vom 14.1.2005]
- EU-Umweltminister (2001): 2355. Tagung des Rates – Umwelt – am 7.6.2001 in Luxemburg. Brüssel eigene Veröffentlichung [Internet <http://ue.eu.int/newsroom/main.cfm?LANG=1> – Besuch vom 20.7.2001]
- Frankl, Paolo/Rubik, Frieder (1999): LCA in business and industry. Adaptions patterns, applications and implications. Heidelberg et al.: Springer
- Frings, Ellen et al. (2002): Integrierte Produktpolitik in Baden Württemberg am Beispiel von Papierprodukten – Stand und Perspektiven. Empfehlungen für Wirtschaft und Staat. Stuttgart: Broschüre des Ministeriums für Umwelt und Verkehr
- Gebers, Betty/Führ, Martin (1992): Ecological Behaviour of Public Bodies in Denmark, Germany and The Netherlands – Appendices. Darmstadt: eigene Veröffentlichung
- Göll, Edgar/Thio, Sie Liang (2004): Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten. Baden-Baden: Nomos
- Gouldson, Andrew/Murphy, Joseph (1998): The Implementation of Environmental Practice. London: Earthscan
- Government Communication (2000): A Strategy for an Environmentally Sound Product Policy – Swedish Guidelines for an Integrated Product Policy. Stockholm: eigene Veröffentlichung
- Grawatsch, Markus/Schöning, Sebastian (2002): Studie zum produktintegrierten Umweltschutz in produzierenden Unternehmen Nordrhein-Westfalens. Duisburg: Studie im Auftrag der Effizienz-Agentur NRW
- Hansmeyer, Karl Heinrich (1980): Steuern auf spezielle Güter. In: Neumark, Fritz (Hg.): Handbuch der Finanzwissenschaften, Tübingen, Band 2, 709-887
- Hellenbrandt, Simone /Rubik, Frieder (Hg.) (1994): Produkt und Umwelt. Anforderungen, Instrumente und Ziele einer ökologischen Produktpolitik. Marburg: Metropolis
- Hey, Christian (2004): Die EU-Richtlinie zu energieverbrauchenden Produkten. Selbststeuerung versus ökologische Produktstandards in der IPP. In: Ökologisches Wirtschaften, Nr. 3-4, 20-21
- HM Treasury (2002): Tax and the environment: using economic instruments., London: eigene Veröffentlichung.
- Hruschka, T./Amerstorfer, A. ( 2001): IPP Austria. Wien: unveröffentlichtes Manuskript

- IDARio [Interdepartementaler Ausschuss Rio] (2002): Handlungsfeld 2 „Finanzpolitik“. Einführung einer Integrierten Produktpolitik. Bern: Manuskript
- IDARio [Interdepartementaler Ausschuss Rio] (2004): Schweizerische Aktivitäten für eine Nachhaltige Entwicklung: Bilanz und Perspektiven 2004. Zwischenbericht über den Stand der Folgearbeiten der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002 und des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002. Bern: eigene Veröffentlichung
- IKrW/IÖW [Institut für Kreislaufwirtschaft/Institut für ökologische Wirtschaftsforschung] (2004): Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Integrierten Produktpolitik (IPP) im Land Bremen. Bremen/Heidelberg: Gutachten im Auftrag der Bremer Innovations-Agentur
- ISO [International Organisation for Standardisation] (Hg.) (1997): Information Package on Life Cycle Assessment. Genf: eigene Veröffentlichung
- Jacob, Klaus/Klawitter, Simone (2004): European Union Case Study. Analysis of National Strategies for Sustainable Development. Berlin: Manuskript [Internet: [http://www2.gtz.de/rioplus/download/eu\\_case\\_study.pdf](http://www2.gtz.de/rioplus/download/eu_case_study.pdf) – Besuch vom 13.1.2005]
- Jacob, Klaus/Volkery, Axel (2003) Instruments for Policy Integration. Berlin: FFU report 06-2003
- Janin, M. (2000): Demarche d'éco-conception en entreprise. Paris et al.: eigene Veröffentlichung
- Jordan, A. (2000): the Europeanisation of UK Environmental Policy, 1970-2000. Working Paper 11/00 der School of Environmental Science der University of East Anglia
- Jordan, A./Wurzel, R./Zito, A./Brückner, L. (2003): Policy Innovation or „Muddling Through“? „New“ Environmental Policy Instruments in the United Kingdom. In: Dies. (Hg.): New Instruments of Environmental Governance? National Experiences and Prospects. London. 179-198
- Keil, Michael/Rubik, Frieder (2004): Integrierte Produktpolitik (IPP) am Beispiel der textilen Kette. Stuttgart: Studie im Auftrag des baden-württembergischen Ministeriums für Umwelt und Verkehr
- Kindermann, Arndt (1996): Entwicklungstendenzen der produktbezogenen Umweltpolitik. Einführung, Grundsätze und Akteure. Berlin: Manuskript
- Klasing, Anneke et al. (2004): Über Lissabon zu einem nachhaltigen Europa? In: Politische Ökologie, Heft 90, 74-75
- Kommission der niedersächsischen Landesregierung (2002): Abschlussbericht des Arbeitskreises 22 „Produktverantwortung“. Hannover: Broschüre des Umweltministeriums
- Kronsell, Annica (1997): Sweden: setting a good example. In: Anderson, Mikael Skou/Liefferink, Duncan (Hg.): European environmental policy. Manchester/New York: Manchester University Press, 40-80
- Lafferty, William M./Meadowcroft, James R. (2000): Implementing Sustainable Development. Oxford: Oxford University Press
- Lauber, V. (1997): Austria: A Latecomer which became a Pioneer. In: Andersen, M. S./Liefferink, D. (Hg.): European Environmental Policy: The Pioneers. Manchester/New York, 81-118
- Lund, P. et al. (1996): Utvärdering av NUTEKs program för effektivare energianvändning. Stockholm: eigene Veröffentlichung
- MEDD [Ministre de l'Ecologie et du Développement durable] (2004): La Politique Intégrée des Produits. Paris: unveröffentlichtes Arbeitspapier
- MEE [Ministry of Environment and Energy] and the Danish Environmental Protection Agency (1999a): Intensified Product-oriented Environmental Initiative. Copenhagen: eigene Veröffentlichung

- MEE [Ministry of Environment and Energy] and the Danish Environmental Protection Agency (1999b): Statement on „A product-oriented Environmental Initiative“. Copenhagen: eigene Veröffentlichung
- MEE [Ministry of Environment and Energy] and the Danish Environmental Protection Agency (1999c): Revised statement from the Danish EPA on the Product-oriented Environmental Initiative. Copenhagen: eigene Veröffentlichung
- Ministry of the Environment (2003): An Ecoefficient Society: non-toxic, resource-savaing environmental life-cycles. Stockholm: Broschüre Summary of Government Bill 2002/03: 117 [Internet <http://www.sweden.gov.se/sb/d/574/a/22065> – Besuch vom 10.8.2004]
- Ministry of the Environment (2004): A Swedish Strategy for Sustainable Development. Stockholm: Broschüre Government Communication 2003/04: 129 [Internet <http://www.sweden.gov.se/sb/d/2023/a/25275> – Besuch vom 13.1.2005]
- Ministry of the Environment and Natural Resources (1992): Hazardous goods. Stockholm: eigene Veröffentlichung
- Näslund, Siv (2004): Think new, think sustainable. In: Ökologisches Wirtschaften Nr. 3-4, 16-17
- Naturvårdsverket (2002): Samla in, återvinn! Uppföljning av producentansvaret för 2002. Stockholm: SWEPA-Report Nr. 5299 [Internet: <http://www.naturvardsverket.se/bokhandel/pdf/620-5299-3.pdf> – Besuch vom 13.1.2005]
- Neij, Lena (1997): Market transformation by technology procurement – The Swedish Experience. In: ENER-Bulletin, Nr. 20, 108-116
- Neitzel, Harald (1994): Zur Fortentwicklung einer ökologisch orientierten deutschen Produktpolitik. In: Hellenbrandt, Simone/Rubik, Frieder (Hg.) (1994): Produkt und Umwelt. Anforderungen, Instrumente und Ziele einer ökologischen Produktpolitik. Marburg: Metropolis, 51-63
- Nordbeck, Ralf (2001): Nachhaltigkeitsstrategien als politische Langfriststrategien: Innovationswirkungen und Restriktionen. Berlin: FFU-report 01-02 [Internet: [http://www.fu-berlin.de/ffu/download/rep\\_01-02.PDF](http://www.fu-berlin.de/ffu/download/rep_01-02.PDF) – Besuch vom 13.1.2005]
- Nordic Council (1995): Nordic Guidelines on Life Cycle Assessment. Copenhagen: eigene Veröffentlichung
- Nordic Council of Ministers (Hg.) (2000): Proposal for a common Nordic IPP. Background documents prepared for a Nordic IPP-meeting in Saltsjöbaden February 9-10 in the year 2000. Kopenhagen/DK
- Nuij, Robert (2005): Integrated Product Policy and Governance – a necessary symbiosis. In: Rubik, Frieder/Scheer, Dirk (Hg.) (2005): Governance and Integrated Product Policy. London: Greenleaf [in Vorbereitung]
- o.N. (2002): Umweltpakt Saar. Saarbrücken: <http://www.umweltpakt.saarland.de/index.html> [Besuch vom 13.1.2005]
- o.N. (2003): FLIPP. Furthering Life Cycle Considerations Through Integrated Product Policy. Stockholm: Broschüre [Internet: <http://www.naturvardsverket.se/dokument/omverket/forskkn/aktuell/utlys/flipp.pdf> – Besuch vom 13.1.2005]
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1991): Environmental Labelling in OECD Countries. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1994a): Managing the Environment – The Role of Economic Instruments. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1994b): Environment and Taxation: The Cases of The Netherlands, Sweden and the United States. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1996): Pollution Prevention and Control – Extended Producer Responsibility in the OECD Area, Phase 1 Report. Paris: eigene Veröffentlichung

- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1997a): Green Goods IV: International Conference on Greener Public Purchasing. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1997b): Eco-labelling: Actual Effects of Selected Programmes. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1997c): Sustainable Product Policies and Life Cycle Management – Greener Public Purchasing, papers presented at the Workshop Sessions of Green Goods IV – International Conference on Greener Public Purchasing 1997. Biel/Bienne: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1997d): Evaluating Economic Instruments for Environmental Policy. Paris: eigene Veröffentlichung
- OECD [Organisation for Economic Co-operation and Development] (1999): Conclusions and Papers presented at the international conference: Green goods V „Eco-labelling for a sustainable future“. Paris: ENV/EPOC/PPC (99)4/final der OECD
- Oehme, Ines (2002): Umweltfreundliches Beschaffungswesen – ein Baustein für IPP (Vortrag gehalten auf der Ökobüro-Tagung „Integrierte Produktpolitik – ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit?“ am 12. November 2002)
- Onida, Marco (2004): Environmental Protection by Product Policy: Focus on Dangerous Substances. In: elni Review, Nr. 2, 1-11
- Oosterhuis, Frans/Rubik, Frieder/Scholl, Gerd (1996): Product Policy in Europe. New Environmental Perspectives. Dordrecht u.a.: Kluwer
- ÖP [Österreichisches Parlament] (2001): Anfrage 2145/XXI.GP
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (1995): Preliminary results of product policy survey. Paris: Restricted document of the pollution prevention and control group
- Poujade, R. (1975): Le Ministère de l'impossible. Paris: eigene Veröffentlichung
- Probst, Simone (2001): Integrierte Produktpolitik. Rede beim Europäischen VDMA-Umwelttag am 20.11.2001 in Brüssel [Internet: [http://www.bmu.de/de/txt/reden/rede\\_probst011120/](http://www.bmu.de/de/txt/reden/rede_probst011120/) – Besuch vom 13.1.2005]
- Reinhard, Ylva (2005): Integrated Product Policy in Sweden. In: Rubik, Frieder/Scheer, Dirk (Hg.): Governance and Integrated Product Policy. London: Greenleaf [in Vorbereitung]
- Rentsch, Christoph (2003). ‚IPP - The Product Related Part of the Swiss Governments Strategy for Sustainable Development‘ Präsentation an der International Summer Academy "From Government to Governance – The Case of Integrated Product Policy" Würzburg, September 7 - 11, 2003. Bern: eigene Veröffentlichung
- Rubik, Frieder (1994a): Inventory of product policy instruments: Case study Germany. Berlin: Schriftenreihe des IÖW Nr. 72/94-D
- Rubik, Frieder (2000a): Innovationen durch die Umweltpolitik – Integrierte Produktpolitik (IPP) in Deutschland. Heidelberg/Berlin: Studie im Auftrag des BMU [Internet: <http://www.ioew.de/>]
- Rubik, Frieder (2002): Integrierte Produktpolitik. Marburg: Metropolis
- Rubik, Frieder/Empacher, Claudia (1994b): Inventory of product policy instruments: Case study European Community. Berlin: Schriftenreihe des IÖW Nr. 72/94-EU
- Rubik, Frieder/Frankl, Paolo (2005): The Future of Eco-labelling: Making Environmental Product Information Systems Effective. London: Greenleaf [im Druck]
- Rubik, Frieder/Keil, Michael (2004): Kooperative Ansätze im Rahmen einer Integrierten Produktpolitik. Stuttgart: Broschüre des Ministeriums für Umwelt und Verkehr
- Rubik, Frieder/Teichert, Volker (1997): Ökologische Produktpolitik: Von der Beseitigung von Stoffen und Materialien zur Rückgewinnung in Kreisläufen. Stuttgart: C.E. Poeschel
- Rydén, Erik/Stahl, Jo (Hg.) Green goods. Kretsloppsdelegationens Rapport No. 5. Stockholm

- Scheer, Dirk (2002): Environmental Product Information Schemes in Austria. In: Rubik, Frieder/Scholl, Gerd [Hg.] (2002): Eco-labelling practices in Europe. Berlin: IÖW-Schriftenreihe 162/02, 30-47
- Schnappauf, Werner (2003): Grußwort. In: StMLU (Hg.): Mehr Nutzen für Hochtechnologieprojekte. Ergebnisse des Pilotprojekts IPP in der Medizintechnik 2003. München: Broschüre des Umweltministeriums, 3
- Scholl, Gerd (1997): Entwicklungstendenzen der produktbezogenen Umweltpolitik. Instrumente und Maßnahmen. Heidelberg: Manuskript
- Schweizerischer Bundesrat (2002): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002. Bern: eigene Veröffentlichung
- SETAC [Society of Environmental Technology and Chemistry] (Hg.) (1993): Guidelines for Life Cycle Assessment. A "Code of Practice". Brussels: eigene Veröffentlichung
- Smith, Derek. et al. (1999) Adoption by Industry of Life Cycle Approaches. Its Implications for Industry Competitiveness. London: Kogan page
- Sørensen, Gert Lyng (2000): A better environment through the market – New opportunities for sustainable development via an integrated product policy (IPP). Report from Nordic IPP Seminar. Kopenhagen: eigene Veröffentlichung
- SRU [Sachverständigenrat für Umweltfragen] (2002): Umweltgutachten 2002. Stuttgart et al.: Metzler-Poeschel
- Strategie Nachhaltige Entwicklung: Status IPP vom 12. Oktober 2004 (interner Entwurf, Publikation in Vorbereitung)
- Stratos (2004): Sweden Case Study. Analysis of National Strategies for Sustainable Development. Ottawa: Manuskript [Internet: [http://www.gtz.de/rioplus/download/special/sweden\\_case\\_study.pdf](http://www.gtz.de/rioplus/download/special/sweden_case_study.pdf) – Besuch vom 22.9.2004]
- Sustainable Development Strategy (2002): Technical Annex; Interdepartmental Rio Committee c/o Federal Office for Spatial Development (ARE). Bern: eigene Veröffentlichung
- Swanson, D. et al. (2004) National Strategies for Sustainable Development. Challenges, Approaches and Innovations in Strategic and Co-ordinated Action. Berlin/London: International Institute for Sustainable Development and Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, [Internet: <http://www.iisd.org/publications/publication.asp?pno=640> – Besuch vom 13.1.2005]
- SWEPA [Swedish Environmental Protection Agency] (1999): Producenters ansvar för varors miljöpåverkan – underlag till en miljöpassad produktpolitik. Stockholm: eigene Veröffentlichung
- SWEPA [Swedish Environmental Protection Agency] (2002): Towards greener products. Stockholm: Broschüre Report 5296
- Trittin, Jürgen (2000): Zukunft des produktbezogenen Umweltschutzes – was erwarten Politik und Industrie. Rede beim BMU/BDI-Workshop „Perspektiven des produktbezogenen Umweltschutzes“ am 1.2.2000 [Internet: [http://www.bmu.de/de/txt/reden/rede\\_trittin000201/](http://www.bmu.de/de/txt/reden/rede_trittin000201/) – Besuch vom 13.1.2005]
- UAP [Environmental Action Programme] (Hg.) (1992): Towards Sustainability - An Environmental Union Programme of Policy and Action in Relation to the Environment and Sustainable Development. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- UNICE [Union des confédérations de l'industrie et des Employeurs d'Europe] (1998b): Integrated Product Policy – UNICE Comments on the Five Building Blocks of Measures proposed by the Ernst & Young Study. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- UNICE [Union des confédérations de l'industrie et des Employeurs d'Europe] (2000): UNICE Contribution to the green paper on Integrated Product Policy. Brüssel: eigene Veröffentlichung

- UNICE [Union des confédérations de l'industrie et des Employeurs d'Europe] (1998a): Integrated Product Policy – UNICE Opinion. Brüssel: eigene Veröffentlichung
- van Rossem, Chris et al. (2004): Throwing out the baby with bathwater? A critical review of the EU-Communication on IPP. In: *Ökologisches Wirtschaften*, Nr. 3-4, 11-13
- VROM [Dutch Ministry of Housing, Spatial Planning and Environment] et al. (1990): National Environmental Policy Plan Plus (NEPP+). The Hague: eigene Veröffentlichung
- VROM [Dutch Ministry of Housing, Spatial Planning and Environment] (1994): Policy Document on Products and the Environment. The Hague: eigene Veröffentlichung
- Weale, A. (1997): The United Kingdom. In: Jänicke, Martin/Weidner, Helmut (Hg.): National Environmental Policies. Berlin: Springer
- Weale, A./Pridham, G./Cini, M./Konstadakopoulos, D./Porter, M./Flynn, B. (2000) Environmental Governance in Europe. An Ever Closer Ecological Union?, Oxford: Oxford University Press.
- WK [Wirtschaftskammer Österreich] (2001): Erste Stellungnahme zum Grünbuch IPP KOM (2001) 68. Wien: unveröffentlichtes Manuskript (Internet: <http://wko.at/up/enet/Stellung/IPPStell.htm>)
- Wurzel, R./Brückner, L./Jordan, A./Zito, A. (2003): Struggling to leave Behind a Highly Regulatory Past? 'New ' Environmental Policy Instruments in Austria. In: Diess. (Hg.): New Instruments of Environmental Governance? National Experiences and Prospects. London, 51-72



## 12 Gesprächsleitfaden

### **Grundlagen**

- ▶ Wurde bei Ihnen IPP explizit definiert? Wenn ja: Wie? Quelle? Wenn nein: Wurde IPP implizit definiert?
- ▶ Welche sind die besonderen Merkmale dieser (impliziten oder expliziten) Definition?
- ▶ Hat sich in der Praxis etwas bei diesen Merkmalen verschoben?
- ▶ Gibt es einen nationalen IPP-Approach im Sinne eines Konzepts oder politischen Dokuments?
- ▶ Was waren die Gründe, auf nationaler Ebene eine (implizite oder explizite) IPP zu initiieren?

### **Ziele & Prinzipien**

- ▶ Welche Ziele werden mit einer IPP verfolgt?
- ▶ Auf welchen Prinzipien ruht eine IPP?
- ▶ Wie beurteilen Sie diese aus heutiger Sicht?
- ▶ Wie beurteilen Sie die bisherige Zielerreichung ggf. andere Ergebnisse?
- ▶ Gibt es zu einer IPP verwandte Konzepte?

### **Bisherige Aktivitäten**

- ▶ Welche Maßnahmen & Aktivitäten wurden bei Ihnen im Bereich einer IPP bisher durchgeführt?
- ▶ Was waren die bisherigen Schwerpunkte der IPP-Arbeiten?
- ▶ Wurden diese Schwerpunkte explizit festgelegt?
- ▶ Gibt es prioritäre Anwendungsfelder oder Produktbereiche?
- ▶ Wurden diese explizit festgelegt?
- ▶ Wie würden Sie ihren nationalen IPP-Ansatz charakterisieren? Wo liegen die Schwerpunkte?

### **Zukünftige Aktivitäten**

- ▶ Welche Aktivitäten & Maßnahmen werden für die nächste Zeit/Jahre geplant?
- ▶ Gibt es dabei irgendwelche Schwerpunktsetzungen? Wenn ja: Welche, wer nimmt diese vor?
- ▶ IPP und 10-Jahresplan von Johannesburg (Nachhaltige Produktions- und Konsumtionsmuster): Welche Verknüpfungen planen Sie bzw. haben diese bereits vorgenommen? Wie setzten Sie die international getroffenen Vereinbarungen zur Veränderung der Konsum- und Produktionsweise national um?

### **Institutionelle behördliche Verankerung**

- ▶ Gibt es bei Ihnen eine institutionelle Verankerung der IPP? Wenn ja: Wo (Person, Institution, Abteilung)
- ▶ Welche weiteren Institutionen sind beteiligt?
- ▶ Gibt es behördeninterne Netzwerke, Arbeitskreise oder dgl.?
- ▶ Gibt es eine Einbettung regionaler bzw. lokaler Akteure in die behördlichen IPP-Arbeiten?

- ▶ Welche personellen Ressourcen?
- ▶ Verfügen Sie (oder andere) über F&E-Mittel?
- ▶ Bestehen IPP-Routinen und falls ja, wie sehen diese aus?

### **Integration**

- ▶ Wie sieht es aus Ihrer Sicht bei der Integration einer IPP mit Blick auf die folgenden Dimensionen aus?
  - ? Integration des stofflichen Lebenswegs („Cradle to grave“)
  - ? Integration anderer Politikfelder
  - ? Integration der Instrumente
  - ? Integration von Akteuren & Adressaten
  - ? Integration auch der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit
  - ? Weitere Aspekte von Integration?
- ▶ Würden Sie bei der Interpretation dieser Dimensionen zwischen dem konzeptionellen Anspruch und der Praxis der Implementation unterscheiden?
- ▶ Bei welchen dieser Dimensionen liegt für Sie der zukünftige Schwerpunkt?
- ▶ Welche Verbindung besteht zwischen der IPP und Ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie?

### **Zusammenarbeit mit Externen**

- ▶ Erfolgt eine Einbeziehung Externer etwa in Form von Gesprächskreisen, Workshops etc.?
- ▶ Ist diese Einbeziehung bereits in der Konzeptarbeit erfolgt?
- ▶ Oder erst in der konkreten IPP-Arbeit?
- ▶ Wie sieht die Einbeziehung von folgenden Gruppen aus?
  - ? Wirtschaft & Unternehmensverbände
  - ? NGOs (v.a. Umwelt- und Verbraucherorganisationen)
  - ? Gewerkschaften
  - ? Wissenschaft/Beratung
  - ? Banken & Versicherungen.
  - ? Andere?

### **Internationale Einbettung**

- ▶ Berücksichtigen Sie die Entwicklungen bei der EU, OECD bzw. UN in ihrer Arbeit?
- ▶ Sind Sie in die Arbeiten der EU, OECD bzw. UN involviert bzw. darüber informiert?
- ▶ Sind Sie international auf institutionelle Weise eingebunden und falls ja, wie?
- ▶ Bestehen andere/weitere Formen der internationalen Einbindung?

### **Ausblick**

- ▶ Wie wird sich die IPP aus Ihrer Sicht weiterentwickeln?
- ▶ Gibt es Anzeichen für eine Revision bzw. Reformulierung einer IPP?
- ▶ Wo sehen Sie prinzipielle Implementationshemmnisse bzw. -chancen für eine IPP?
- ▶ Haben Sie noch andere für uns interessante Hinweise?

## 13 Gesprächskontakte

Interviews haben mit folgenden Personen stattgefunden:

- Dr. Pascal Bader, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart, Referat 21 „Grundsatzfragen der Umweltpolitik“, Interview am 12.3.2004;
- Dr. Frans Berkhout, Professor of Innovation and Sustainability and Director, Institute for Environmental Studies/Instituut voor Milieuvraagstukken (IVM), Vrije Universiteit, Amsterdam, Interview am 14. 4.2004;
- Gunilla Blomqvist, schwedisches Umweltministerium, Abteilung Sustainable Development and environmental integration, Stockholm, Interview am 18.8.2004;
- Christiane Böttcher-Tiedemann, Umweltbundesamt, Leiterin der Abteilung „Methoden der Produktbewertung, Umweltzeichen“, Berlin, Interview am 24.3.2004;
- Martin Büchele, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung VI/5 „Betrieblicher Umweltschutz und Technologie“, Wien, Interview am 7.9.2004;
- Julio Cardoso, Europäische Kommission, DG Industrie, Directorate E „Environment & Sustainable Development“ - Unit E 1 „Environmental Aspects of Enterprise Policy“, Brüssel, Interview am 9.9.2004;
- Carl Dalhammar, Universität Lund, International Institute for Industrial Environmental, Lund, Interview am 20.8.2004;
- Eva Eiderström, Swedish Society for Nature Conservation (SSNC), Leiterin der Abteilung „Handla Miljövänligtkontoret“, Göteborg, Interview am 28.9.2004;
- Rheinhard Friedli, Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), Leitung Fachgruppe Nachhaltiges Bauen, Interview am 06.10.2004;
- Robert Goodchild, Europäische Kommission, DG Umwelt, Directorate G „Sustainable Development & Integration“ - Unit G 4 „Sustainable Production & Consumption“, Brüssel, Interview am 10.9.2004;
- Dr. Carl-Otto Henseling, Umweltbundesamt, Berlin, Fachgebiet III.1.2, Interview am 25.3.2004;
- Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), Berlin, Interview am 2.4.2004;
- Roland Hischier, Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA), Leiter der Abteilung „Life Cycle Assessment“, St. Gallen, Interview am 17.6.2004;
- Dr. Klaus Kögler, Europäische Kommission, DG Umwelt, Directorate G „Sustainable Development & Integration“ - Unit G 4 „Sustainable Production & Consumption“, Brüssel, Interview am 15.9.2004;
- Hans-Jörg Lehmann, Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Chef Stabsstelle Ökologie, Bern, Interview am 29.6.2004;

- Christian Löwe, Umweltbundesamt, Abteilung „Methoden der Produktbewertung, Umweltzeichen“, Berlin, Interview am 15.9.2004;
- Eckart Meyer-Rutz, Bundesministerium für Umwelt, Reaktorsicherheit und Naturschutz (BMU), Leiter des Referats G I.5 „Produktbezogener Umweltschutz“, Berlin, Interview am 30.3.2004;
- Robert Nuij, Environmental Resources Management (ERM), Pavia/Italien, Interviews am 14.5.2004 und 5.8.2004;
- Dr. Ines Oehme, IFZ - Interuniversitäres Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur, Graz, Interview am 24. 9.2004;
- Ylva Reinhard, Swedish Environmental Protection Agency, Section for sustainable production and consumption, Stockholm, Interview am 6.9.2004;
- Dr. Christoph Rentsch, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), Chef der Sektion Produkte, Bern, Interview am 13.10.2004;
- Bob Ryder, Head of Unit Environment, Business and Consumer Division, Department of Environment, Food & Rural Affairs (DEFRA), London/UK, Interview am 20. April 2004;
- Dr. Barbara Schmon, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung II/3 „Nachhaltige Entwicklung und Umweltförderpolitik“, Interview am 3. Dezember 2004;
- Melissa Shinn, European Environmental Bureau (EEB), Brüssel, Interview am 17.9.2004;
- Herbert Tichy, Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), Geschäftsführer der Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB), Bern, Interview am 22.6.2004;
- Jean-Paul Ventere, Ministère de l'Écologie et du Développement Durable, Bureau de la qualité écologique des produits, Interview am 16.10.2004;
- Elisabeth Vogt, Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), Geschäftsleiterin der BKB, Bern, Interview am 21.6.2004;
- Paul White, Market Transformation Programme, London/UK, Interview am 16.4.2004.

# Publikationen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

Das IÖW veröffentlicht die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit in einer Schriftenreihe, in Diskussionspapieren sowie in Broschüren und Büchern. Des Weiteren ist das IÖW Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“, die allvierteljährlich im oekom-Verlag erscheint, und veröffentlicht den IÖW-Newsletter, der regelmäßig per Email über Neuigkeiten aus dem Institut informiert.

## Schriftenreihe/Diskussionspapiere



Seit 1985, als das IÖW mit seiner ersten Schriftenreihe „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ suchte, veröffentlicht das Institut im Eigenverlag seine Forschungstätigkeit in Schriftenreihen. Sie sind direkt beim IÖW zu bestellen und auch online als PDF-Dateien verfügbar. Neben den Schriftenreihen veröffentlicht das IÖW seine Forschungsergebnisse in Diskussionspapieren – 1990 wurde im ersten Papier „Die volkswirtschaftliche Theorie der Firma“ diskutiert. Auch die Diskussionspapiere können direkt über das IÖW bezogen werden. Informationen unter [www.ioew.de/schriftenreihe\\_diskussionspapiere](http://www.ioew.de/schriftenreihe_diskussionspapiere).

## Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“



Ausgabe 2/2010

Das IÖW gibt gemeinsam mit der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) das Journal „Ökologisches Wirtschaften“ heraus, das in vier Ausgaben pro Jahr im oekom-Verlag erscheint. Das interdisziplinäre Magazin stellt neue Forschungsansätze in Beziehung zu praktischen Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft. Im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft stellt die Zeitschrift neue Ideen für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften vor. Zusätzlich bietet „Ökologisches Wirtschaften online“ als Open Access Portal Zugang zu allen Fachartikeln seit der Gründung der Zeitschrift 1986. In diesem reichen Wissensfundus können Sie über 1.000 Artikeln durchsuchen und herunterladen. Die Ausgaben der letzten zwei Jahre stehen exklusiv für Abonnent/innen zur Verfügung. Abonnement unter: [www.oekom.de](http://www.oekom.de).

## IÖW-Newsletter

Der IÖW-Newsletter informiert rund vier Mal im Jahr über Neuigkeiten aus dem Institut. Stets über Projektergebnisse und Veröffentlichungen informiert sowie die aktuellen Termine im Blick – Abonnement des Newsletters unter [www.ioew.de/service/newsletter](http://www.ioew.de/service/newsletter).

---

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.ioew.de](http://www.ioew.de) oder Sie kontaktieren die

IÖW-Geschäftsstelle Berlin  
Potsdamer Straße 105  
10785 Berlin  
Telefon: +49 30-884 594-0  
Fax: +49 30-882 54 39  
Email: [vertrieb\(at\)ioew.de](mailto:vertrieb(at)ioew.de)



| i | ö | w

INSTITUT FÜR  
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

GESCHÄFTSTELLE BERLIN

MAIN OFFICE

Potsdamer Straße 105

10785 Berlin

Telefon: + 49 – 30 – 884 594-0

Fax: + 49 – 30 – 882 54 39

BÜRO HEIDELBERG

HEIDELBERG OFFICE

Bergstraße 7

69120 Heidelberg

Telefon: + 49 – 6221 – 649 16-0

Fax: + 49 – 6221 – 270 60

[mailbox@ioew.de](mailto:mailbox@ioew.de)

[www.ioew.de](http://www.ioew.de)